



DOKUMENTATION  
DER  
STARTERKONFERENZ

Arbeitspapiere  
zum Programm  
Soziale Stadt

# DOKUMENTATION DER STARTERKONFERENZ

1. und 2. März 2000, Berlin

Arbeitspapiere zum Programm Soziale Stadt  
Band 4

Berlin, Mai 2000

Deutsches Institut für Urbanistik 

Straße des 17. Juni 112 • 10623 Berlin

# Inhalt

Vorbemerkungen

## 1. Perspektiven zum Programm von Bund und Ländern

Prof. Dr. Michael Krautzberger,  
Ministerialdirektor, Leiter der Abteilung Bauwesen und Städtebau des Bundesministeriums  
für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen, Berlin

Begrüßung

Eugen Wagner,  
Senator und Präses der Baubehörde Hamburg, Vorsitzender der ARGEBAU

Das Programm „Soziale Stadt“ als wichtiges Element der  
Stadterneuerungspolitik der Länder

Dr. Christine Bergmann,  
Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Berlin

Beispiel für Bündelung auf der Bundesebene: der Beitrag der Jugendhilfe

Reinhard Klimmt,  
Bundesminister für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen, Berlin

Das Programm „Soziale Stadt“ – ein neuer Ansatz  
in der Städtebaupolitik des Bundes

## 2. Bündelung der Ressourcen – Erfahrungen und Aktivitäten aus den Ländern und Modellgebieten

Dr. Rolf-Peter Löhr  
Deutsches Institut für Urbanistik

Einführung in den Themenbereich

Sachsen-Anhalt und Halle-Silberhöhe

Hessen und Kassel-Nordstadt

Hamburg und Altona-Lurup

Nordrhein-Westfalen und Gelsenkirchen-Bismarck

Bremen und Gröpelingen

## 3. Management und Organisation – Erfahrungen und Aktivitäten aus den Modellgebieten

Leipzig-Ostraum

Hannover-Vahrenheide-Ost

Neunkirchen Östliche Innenstadt

Flensburg-Neustadt

Ludwigshafen-Westend

Beiträge aus dem Plenum und Anmerkungen vom Podium

4. Aktivierung der Quartiersbevölkerung –  
Erfahrungen und Aktivitäten aus den Modellgebieten

Nürnberg-Südstadt

Berlin-Kottbusser Tor

Leinefelde-Südstadt

Cottbus-Sachsendorf-Madlow

Singen-Langenrain

Schwerin-Neu-Zippendorf

Beiträge aus dem Plenum und Anmerkungen vom Podium

5. Aufgaben des Difu als „Task Force“ –  
Anmerkungen zu den Aktivitäten in den Modellgebieten

Dr. Heidede Becker,

Deutsches Institut für Urbanistik, Berlin

6. Podiumsgespräch

Erfordernisse und Chancen des neuen Programms – eine Betrachtung  
aus verschiedenen Blickrichtungen

Anhang

- Programm der Starterkonferenz
- Difu-Flyer zur Programmbegleitung
- Photographische Impressionen von der Starterkonferenz

## Vorbemerkungen

Am 1. und 2. März 2000 fand auf Einladung des Bundesministeriums für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen (BMVBW) sowie des Deutschen Instituts für Urbanistik (Difu) die Starterkonferenz zum Bund-Länder-Programm „Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf – die soziale Stadt“ im Haus der Kulturen der Welt in Berlin statt. Zu der Veranstaltung waren fast 3 000 Einladungen versandt worden, die entsprechend dem breit angelegten, integrativen Ansatz des Programms an sehr viele verschiedene Adressatengruppen gerichtet waren. Dazu gehören:

- Fraktionen der demokratischen politischen Parteien im Bundestag und in allen Landesparlamenten,
- Städte (Bürgermeister, Planungs-, Jugend-, Sozialämter),
- Ausschüsse des Deutschen Städtetages und des Deutschen Städte- und Gemeindebundes für Bauen und Verkehr, Wirtschaft, Jugend und Soziales,
- Bundesministerien für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Arbeit und Sozialordnung, Umwelt, Wirtschaft, Inneres, Bildung und Forschung, Verkehr, Bau- und Wohnungswesen,
- Bundesanstalt für Arbeit, Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung, Bundesjugendkuratorium,
- Landesministerien für Arbeit, Wirtschaft, Umwelt, Städtebau, Jugend, Inneres Bildung, Regierungspräsidien der Länder,
- Gewerkschaften, Arbeitgeberverbände, DIHT und IHKs, Wirtschaftsverbände (Einzelhandel, Handwerk, Gastronomie), ADAC, DB AG,
- Verbände der Wohnungswirtschaft (GdW, BFW), Landesentwicklungsgesellschaften, Wohnungsbauunternehmen und -genossenschaften, Deutscher Mieterbund, Haus- und Grundeigentümerverbände,
- Wohlfahrtsverbände (DPWV, AWO, Caritas, Diakonisches Werk) auf Bundes- und Landesebene, Kirchen, Ausländerverbände, Frauenverbände, Kinderhilfswerk,
- Netzwerke im Themenspektrum „Soziale Stadt“, u.a. Deutscher Verband für Wohnungswesen, Städtebau und Raumordnung, DSSW, BAG „Soziale Brennpunkte“, Städte-Netzwerk NRW, AG Bestandsentwicklung, BBJ Consult, Gesunde Städte-Netzwerk,
- Hochschulinstitute, Planungsbüros, Architekten und Landschaftsarchitekten, kulturelle Einrichtungen und Verbände,
- Bürgerinitiativen, Quartierseinrichtungen, Nachbarschaftshäuser,
- sonstige Interessenten an den Veröffentlichungen des Difu zur „Sozialen Stadt“.

Dieses breite Spektrum spiegelt sich auch in der tatsächlichen Zusammensetzung der mehr als 900 an der Starterkonferenz Teilnehmenden wider. Aus allen oben

aufgeführten Gruppierungen waren Vertreter und Vertreterinnen anwesend. Alle staatlichen Ebenen waren ebenso vertreten wie die für die Zielsetzung des Programms wesentlichen politischen Bereiche und gesellschaftlich relevanten Gruppen, wenn auch sicherlich z.B. Wirtschaftsunternehmen fehlten. Auch Gäste aus Belgien, Dänemark, Frankreich, Großbritannien und der Schweiz konnten begrüßt werden. Den Schwerpunkt der Teilnehmenden bildeten die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aus den städtischen Ämtern für Stadtplanung, Stadtentwicklung und -erneuerung einerseits sowie für Jugend und Soziales andererseits.

Im Mittelpunkt der Konferenz standen die Berichte aus den von den Ländern ausgewählten 16 Modellgebieten zu den zentralen Themenbereichen des Programms: Bündelung der Ressourcen, Management und Organisation sowie Aktivierung der Quartiersbevölkerung. Die Berichte boten ein lebendiges Bild der vielschichtigen und unterschiedlichen Probleme und Erfolge, Aktivitäten und Absichten in den Gebieten.

In der abschließenden Podiumsdiskussion wurden Positionen zum Programm „Soziale Stadt“ aus Sicht der für die Umsetzung wichtigsten Fachrichtungen und Akteursgruppen mit ihren unterschiedlichen Interessen und Potenzialen erläutert, aber auch einvernehmlich die Perspektiven und Chancen einer gemeinsamen Strategie zur Stabilisierung und Verbesserung der Lebensverhältnisse der Menschen in Stadtteilen mit besonderem Entwicklungsbedarf aufgezeigt. Die Akteure vor Ort konnten von der Starterkonferenz nicht nur viele Anregungen und Kontakte mitnehmen, sondern für ihre schwierige tägliche Arbeit auch viel Aufmunterung und Anerkennung erfahren. Diese Art von Erfahrungsaustausch soll durch weitere bundesweite, vor allem aber auch regionale und örtliche Treffen der Akteure einschließlich der Bevölkerung fortgesetzt werden.

Difu-Projektgruppe Soziale Stadt

Berlin, Mai 2000

# 1 ■

## Perspektiven von Bund und Ländern

Prof. Dr. Michael Krautzberger

Ministerialdirektor, Leiter der Abteilung Bauwesen und Städtebau des  
Bundesministeriums für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen, Berlin

Begrüßung ..... 1

Eugen Wagner

Senator und Präses der Baubehörde Hamburg, Vorsitzender der ARGEBAU

Das Programm „Soziale Stadt“ als wichtiges Element der  
Städterneuerungspolitik der Länder ..... 3

Dr. Christine Bergmann

Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Berlin

Beispiel für Bündelung auf der Bundesebene:  
der Beitrag der Jugendhilfe ..... 11

Reinhard Klimmt

Bundesminister für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen, Berlin

Das Programm „Soziale Stadt“ – ein neuer Ansatz in der  
Städtebaupolitik des Bundes ..... 16



Prof. Dr. Michael Krautzberger  
Ministerialdirektor, Leiter der Abteilung Bauwesen und Städtebau,  
Bundesministerium für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen, Berlin

Frau Bundesministerin Dr. Bergmann, Herr Bundesminister Klimmt,  
sehr geehrter Herr Senator Wagner, meine sehr geehrten Herren Staatssekretäre,  
sehr geehrte Damen und Herren.

Mein Name ist Michael Krautzberger. Ich bin beauftragt worden, diese Veranstaltung zu eröffnen und darf Sie sehr herzlich zur Starterkonferenz „Soziale Stadt“ hier in Berlin begrüßen. Die Begrüßung verbinde ich mit dem Blick in den Saal, mit der großen Freude und Befriedigung, dass Sie in so großer Zahl der Einladung gefolgt sind. Wir haben schon mit großem Zuspruch gerechnet, aber dass über 900 Personen der Einladung gefolgt sind, das freut uns besonders, macht uns aber auch nervös, weil wir daraus sehen, welcher Anspruch mit dem Programm verbunden wird und welcher dringende Handlungsbedarf, aber auch welches Informationsbedürfnis für dieses Programm bestehen.

Ich darf mich am Anfang bei denjenigen entschuldigen, die heute früh bereits vor diesem Haus der Kulturen der Welt waren. Wir hatten ursprünglich am Vormittag beginnen wollen, doch die Minister waren leider verhindert. Vielen Dank für Ihr Verständnis.

Ich freue mich ganz besonders, dass auch mehrere Abgeordnete des Deutschen Bundestages und Abgeordnete aus den Länderparlamenten zu uns gekommen sind. Mein besonderer Gruß gilt Gästen, die aus Belgien, Dänemark, Frankreich, Großbritannien und aus der Schweiz gekommen sind. Und ich begrüße besonders herzlich die zahlreichen – auch sie kann ich nicht namentlich nennen – Bürgermeisterinnen und Oberbürgermeister, Stadtbauräte, Beigeordneten aus Städten und Gemeinden.

Die Teilnehmer und Teilnehmerinnen, die der Einladung des Bundesministers gefolgt sind, kommen aus einem sehr breiten Feld, aus Politik und Verwaltung, viele aus der Wohnungswirtschaft, aus Beratungseinrichtungen, aus Wohlfahrtsverbänden, aus der Wirtschaft, aus den Bereichen Architektur, Städtebauliche Planung und auch sehr viele Bürger- und Quartiersinitiativen: ein breites Spektrum – was das Programm „Soziale Stadt“ anspricht. Wir wünschen uns, dass wir diese „Integration“ nicht nur in der Veranstaltung zustande bringen, sondern auch später bei der Arbeit in den Stadtteilen.

Bei dieser Arbeit, die wir heute in einem ersten wichtigen Punkt bündeln wollen, unterstützt uns das Deutsche Institut für Urbanistik (Difu). Das Difu hat diese Veranstaltung vorbereitet. Das Difu wird die Städte durch eine Art „Task Force“ begleiten. Und viele von Ihnen haben sicher auch schon entdeckt, dass die Soziale Stadt inzwischen über eine eigene Website, [www.sozialestadt.de](http://www.sozialestadt.de), zugänglich ist, mit aktuellen Informationen über die Gebiete und Maßnahmen, die fortgeschrieben werden. Und auch ein Forum ist eingerichtet worden, in dem der Dialog hergestellt werden kann

und Anregungen für das Programm gegeben werden. Außerdem wird das Difu gemeinsam mit Empirica die Best-Practice-Analysen übernehmen.

Das Programm „Soziale Stadt“ ist ein anspruchsvolles Programm, was die Gebietskulisse betrifft, aber ebenso anspruchsvoll, was die Art und Weise betrifft, wie Bund, Länder, Gemeinden und auch horizontale Verwaltungen, vor allem aber auch Bürger und Gruppen vor Ort kooperieren wollen. Deshalb ist es überhaupt nur möglich, dies als Gemeinschaftsinitiative von Bund und Ländern zu betreiben.

## Das Programm „Soziale Stadt“ als wichtiges Element der Stadterneuerungspolitik

Zunächst möchte ich dem Bundesministerium für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen sowie dem Deutschen Institut für Urbanistik herzlich für die Einladung danken. Bietet sie mir doch die Gelegenheit, eines der wichtigsten Themen meines Verantwortungsbereiches als Vorsitzender der Bauministerkonferenz einmal etwas ausführlicher zu beleuchten als dies sonst in der Hektik des Alltagsgeschäfts möglich ist.

Vor gut drei Jahren – im November 1996 – hat die ARGEBAU-Ministerkonferenz einen einstimmigen Beschluss zum Thema „Soziale Polarisierung in den Städten“ gefasst. Darin heißt es eingangs:

*„Die Ministerkonferenz ... ist der Überzeugung, dass die Lösung der wachsenden Probleme in den Städten eine vordringliche Aufgabe der nachhaltigen Stadtentwicklungspolitik darstellt, die von Bund, Ländern und Gemeinden gemeinsam aufgegriffen werden muss. Die ARGEBAU-Ministerkonferenz empfiehlt eine Bund-Länder-Gemeinschaftsinitiative, „Soziale Stadt“ und bittet den Bund, an einem nationalen Aktionsprogramm für Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf mitzuwirken.“*

Weiter heißt es in dem Beschluss:

*„Die Zersplitterung von Zweckwendungsbereichen erschwert häufig komplexe quartiersbezogene Handlungsansätze. Die staatlichen Finanzhilfen verschiedener Ressorts, die jeweils für die bauliche, wirtschaftliche oder soziale Verbesserung in städtebaulichen Problemzonen geeignet sind, sind daher auf Bundes- und Landesebene ressortübergreifend zu koordinieren und in ihrem Einsatz aufeinander abzustimmen.*

*Die städtebauliche Erneuerung hat sich als handlungsorientiertes und finanzpolitisches Instrument zur Bündelung öffentlicher Aktivitäten auf kommunaler Ebene bewährt. Finanzierungskontinuität ist hier mittelfristig zu gewährleisten.“*

Die Gemeinschaftsinitiative „Soziale Stadt“ – so wurde abschließend gefordert – solle „den Rahmen bilden für eine zwischen Bund und Ländern abgestimmte Strategie gegen die soziale Polarisierung in den Städten“.

Dies war sozusagen die Geburtsstunde der Gemeinschaftsinitiative „Soziale Stadt“. Im vergangenen Jahr wurde diese Initiative dann von der neuen Bundesregierung zum Anlass genommen, die Städtebauförderung um das eigenständige neue Bund-Länder-Programm „Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf – die soziale Stadt“ zu ergänzen. Das Programmvolumen beträgt zunächst jährlich 300 Mio. DM, woran sich der Bund mit einem Drittel beteiligt.

Bevor ich jedoch näher auf die Einzelheiten der Initiative eingehe, möchte ich den – letztlich doch recht vieldeutigen – Begriff „Soziale Polarisierung“ noch einmal aufnehmen. Ich will kurz darstellen, welche Probleme es sind, mit denen die Wohnungsunternehmen und insbesondere die Bereiche Wohnungswesen, Bau- und Stadtentwicklung vor Ort seit einer Reihe von Jahren konfrontiert werden. Hierzu einmal einige wenige Zahlen, die sich auf die westdeutschen Bundesländer beziehen:

Im Jahre 1980 gab es dort insgesamt rund 4 Millionen Sozialwohnungen. Der Sozialwohnungsanteil am gesamten Wohnungsbestand der damaligen Bundesrepublik machte somit ungefähr 20 Prozent aus. Im Jahre 2005 wird es in Westdeutschland wahrscheinlich aber nur noch eine Million Sozialwohnungen geben – und das wären dann nur noch 3 Prozent des westdeutschen Gesamtwohnungsbestandes.

Dies wäre natürlich überhaupt kein Problem, wenn es zugleich einen entsprechenden Rückgang des Bedarfs an Sozialwohnungen gäbe; doch leider ist das Gegenteil der Fall: Bedingt durch die hohe Arbeitslosigkeit und die erhebliche Zuwanderung der letzten Jahre ist die Nachfrage nach preiswertem Wohnraum nach wie vor groß.

Diese Situation hat zur Folge, dass sich in bestimmten Wohnungsbeständen in immer stärkerem Maße Haushalte mit niedrigem Einkommen – insbesondere Arbeitslose und Sozialhilfeempfänger- konzentrieren. Dabei handelt es sich in erster Linie um Sozialwohnungen, aber auch um ungebundene Bestände mit einfacher und mittlerer Ausstattung, in denen ein Instandsetzungs- und Modernisierungstau besteht.

Genau diese Entwicklung ist es, die der eingangs zitierte Text mit „Sozialer Polarisierung“ umschreibt: Wenn wir nicht handeln, bekommen wir in unseren Städten eine räumliche Aufteilung, bei der bestimmte Gebiete mit dem Stigma der Armut versehen werden. Es besteht die Gefahr der Herausbildung von Ghettos, die sich in einer Abwärtsspirale bewegen.

Viele von Ihnen kennen wahrscheinlich die Studie „Überforderte Nachbarschaften“, die der Gesamtverband der Wohnungswirtschaft 1998 vorgelegt hat. Dort wird diese Abwärtsspirale sehr eindringlich dargestellt:

*„Ein wachsender Anteil von Sozialhilfeempfängern bedeutet ..., dass immer weniger Kontakte zur Arbeitswelt bestehen; in den Siedlungen, die von Sozialhilfeempfängern und Niedrigverdienern dominiert werden, schrumpft gleichzeitig das Einzelhandelsangebot. Die schlechte wirtschaftliche Situation der einzelnen Haushalte führt in ein, Milieu der Ärmlichkeit!. Bewohner und Siedlungen sind überfordert ...*

*„Milieu der Ärmlichkeit“ bedeutet, dass die Anregungen und Annehmlichkeiten des normalen Alltagslebens aus dem Gesichtskreis verschwinden. Es bedeutet, ohne wirtschaftlich relevante Kontakte und Beziehungen zu leben; es bedeutet viel Umgang mit frustrierten, durch tägliche Sorgen aufgefressenen Menschen; es bedeutet abnehmende Initiative und wachsende Lähmung sowie schließlich auch den Verlust an Fähigkeiten und Qualifikationen.“*

Diese Beschreibung ließe sich fortsetzen, indem man auf die vielen negativen Erscheinungen verweist, die sich wiederum aus dieser Frustration ergeben:

Alkoholismus, Vandalismus, Jugendkriminalität, Fremdenhass sind hier nur einige Stichworte. Es geht mir keineswegs darum, Schwarzmalerei zu betreiben und düstere Zukunftsvisionen zu entwerfen. Aber ich plädiere für eine ungeschönte Sicht der Dinge. Dazu gehört meines Erachtens die Einschätzung, dass – trotz des sich abzeichnenden wirtschaftlichen Aufschwungs – die Gefahr der sozialen Polarisierung in unseren Städten nicht quasi „von selber“ verschwinden wird.

Und wer realistisch denkt, weiß selbstverständlich auch, dass die Möglichkeiten der Politik, Armutsprobleme zu bekämpfen, gerade angesichts knapper Kassen sehr deutlich begrenzt sind. Aber umso mehr ist die Politik verpflichtet, die Handlungsspielräume, die sie dennoch hat, intensiv und klug zu nutzen. Das bedeutet zum einen, dass wir das Angebot preisgünstiger Wohnungen – auch auf dem freien Wohnungsmarkt – halten und ausbauen müssen. Zum anderen müssen wir – und das ist ja das Thema des heutigen Tages – in verstärktem Maße auf allen Ebenen zusammenarbeiten, wenn es um die vielfältigen Aufgaben der sozialen Stadtteilentwicklung geht.

In meiner Heimatstadt Hamburg gibt es seit den 80er Jahren in Fortsetzung der klassischen Städtebauförderung unterschiedliche Programme, mit denen ausgewählte Wohnquartiere gefördert werden. Diese Programme wurden 1998 zusammengefasst und bilden nun – neben dem Sanierungsprogramm – eine tragende Säule des neuen Programms „Soziale Stadtentwicklung“.

Ein ähnliches Programm hat z.B. Bremen unter der Bezeichnung „Wohnen in Nachbarschaften“ entwickelt; in Nordrhein-Westfalen gibt es entsprechende Aktivitäten im Rahmen eines „Gesamten Stadterneuerungsprogramms“; Sachsen-Anhalt hat die „Landesinitiative URBAN 21“ ins Leben gerufen; in Hessen läuft unter dem Kürzel „HEGISS“ die „Hessische Gemeinschaftsinitiative Soziale Stadt“.

Ich könnte noch viele weitere Beispiele nennen, aber diese Programme verfolgen – unabhängig von ihrer jeweiligen Bezeichnung – letztendlich das gleiche Ziel: Fachpolitische Aktivitäten sollen gebündelt, öffentliche und private Ressourcen verknüpft werden, um sozial benachteiligten Stadtteilen wirksam helfen zu können.

Durch die Gemeinschaftsinitiative „Soziale Stadt“ erhalten all diese Bemühungen – unter Einbeziehung des Bundes – einen gemeinsamen Rahmen. Dies ist sehr gut, denn die Bündelung der Kräfte ist nicht nur jeweils innerhalb einer Stadt, einer Gemeinde oder eines Landes, sondern über alle Ebenen hinweg erforderlich.

Die ARGEBAU-Ministerkonferenz hat als Ergebnis langer und intensiver Beratungen einen Leitfaden beschlossen, der die Ausgestaltung der Gemeinschaftsinitiative konkretisiert. Bei der Erarbeitung dieses Leitfadens haben wir uns zunächst mit folgender Frage befasst: Wie lassen sich „Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf“ charakterisieren, welche objektiven Kriterien können hier zur Anwendung gebracht werden? Dabei stellte sich heraus, dass es sich bei den betroffenen Gebieten meistens um einwohnerstarke, hochverdichtete Quartiere handelt, die ganz bestimmte, deutlich erkennbare Defizite aufweisen. Zu diesen Defiziten zählen z.B. bauliche Mängel, Umweltbelastungen, ein wenig ansprechendes Wohnumfeld, geringes Arbeitsplatzangebot, ein hoher Anteil an Transfereinkommensbeziehern und ein Mangel an Einrichtungen im Bereich der sozialen und kulturellen Infrastruktur.

Es ist jedoch nicht nur großstädtische Bereich betroffen. Zu den Problemgebieten im Sinne der Gemeinschaftsinitiative zählen auch Wohnsiedlungen in strukturschwachen Regionen, die z.B. durch den Abzug von Streitkräften in zusätzlichem Maße ins Hintertreffen geraten sind.

Der Leitfaden unterscheidet zwischen zwei Gebietstypen, die sich als besonders problematisch herauskristallisiert haben. Zum einen handelt es sich um „*innerstädtische oder innenstadtnahe (oft gründerzeitliche) Quartiere in benachteiligten Regionen mit nicht modernisierter Bausubstanz und deutlich unterdurchschnittlicher Umweltqualität*“.

In diesen Quartieren sind selbsttragende Stadterneuerungsprozesse weitgehend zum Stillstand gekommen. Während private Investoren keine Zukunftsperspektiven sehen, wandern aufstiegsorientierte Haushalte ab. Stattdessen rücken ökonomisch schwache Haushalte mit häufig stark eingeschränkten sozialen Fähigkeiten nach, weil sie aus den „aufstrebenden“ Stadtteilen verdrängt werden.

Trotz der großen Anstrengungen, die in den neuen Bundesländern während der letzten zehn Jahre unternommen wurden, um bauliche, funktionelle und ökologische Probleme zu entschärfen, hat sich diese negative Tendenz – die von den Sozialwissenschaftlern als „soziale Segregation“ bezeichnet wird – auch dort in einigen innerstädtischen Bereichen verstärkt.

Der zweite Gebietstyp, der bei der Erstellung des Leitfadens zur Ausgestaltung der Gemeinschaftsinitiative herausgearbeitet wurde, sind „große Wohnsiedlungen aus der Nachkriegszeit und Wohnsiedlungen der abgezogenen Streitkräfte mit wenig individueller Architektur, fehlender Nutzungsmischung und unzureichender sozialer Infrastruktur“. Auch diese Problemgebiete finden sich sowohl in den westlichen als auch in den östlichen Bundesländern. Gemeint sind Siedlungen, die am Stadtrand liegen und eine schlechte Anbindung an den öffentlichen Nahverkehr haben. Häufig wurden sie als „Schlafstädte“ konzipiert und haben deshalb nur ein sehr schwaches lokales Wirtschaftsleben.

Der Mangel an ansprechender Gebäude- und Wohnumfeldgestaltung und kommunikativen Einrichtungen behindert die Identifikation mit der Siedlung und die Herausbildung eines „Wir-Gefühls“ unter den dort lebenden Menschen. Auch hier kommt es zur Abwanderung stabilisierend wirkender Haushalte und zum Nachrücken sozial schwacher Haushalte, die sich das Wohnen in anderen Gegenden nicht bzw. nicht mehr leisten können. In den westdeutschen Siedlungen dieser Art ist der Grundstein für die Konzentration einkommensschwacher Haushalte sehr häufig allerdings bereits dadurch gelegt worden, dass weitgehend nur Sozialwohnungen gebaut wurden und nicht der inzwischen übliche „Mix“ von geförderten und frei finanzierten Mietwohnungen und Eigentumsmaßnahmen.

In Ostdeutschland sind unter den Neubaustandorten vor allen die Siedlungen der 70er und 80er Jahre von Segregationstendenzen bedroht. Insbesondere weil sie im Gegensatz zu den Plattenbausiedlungen der 50er und 60er Jahre häufig eine sehr ungünstige Lage im Stadtgefüge und viele andere der erwähnten Defizite aufweisen.

Nachdem ich jetzt sehr viel von Problemen gesprochen habe, möchte ich mich der Frage zuwenden: Was muss im Rahmen der Gemeinschaftsinitiative „Soziale Stadt“ – also in einer gemeinsamen Anstrengung der Länder im Zusammenwirken mit dem Bund – geschehen, um die Situation der angesprochenen Gebiete zu verbessern? Wie schaffen wir es den Abwärtstrend in diesen Gebieten zu stoppen und mittelfristig umzukehren? Erforderlich ist ein ganzes Sortiment gut aufeinander abgestimmter und ineinander greifender Maßnahmen aus den verschiedensten Politikbereichen.

Wie in vielen anderen Zusammenhängen kommt es auch hierbei ganz entscheidend darauf an, die Motivation der betroffenen Bürgerinnen und Bürger zu wecken. Nur wenn es gelingt, das Interesse der Menschen für die Belange ihres jeweiligen Stadtteils zu beleben, kann die Initiative erfolgreich sein. Es muss eine Grundstimmung entstehen nach dem Motto: „Mir ist es nicht egal, was aus dieser Siedlung und diesem Stadtteil wird. Ich bleibe hier und tue etwas!“

Wir alle wissen natürlich, dass sich eine solche Aufbruchstimmung nicht auf Knopfdruck erzeugen lässt. Aber viele Bewohnerinnen und Bewohner fühlen sich in ihrem Quartier zu Hause; sie leiden unter den negativen Äußerungen anderer, die das Gebiet häufig gar nicht aus eigener Anschauung kennen. Daher sehe ich gute Chancen, dass viele Menschen bereit sein werden, sich zu engagieren, wenn man hierfür die geeigneten Rahmenbedingungen schafft. Dazu zähle ich z.B. die Einrichtung von Stadtteilbüros, die Einrichtung kleiner Verfügungsfonds für stadtteilbezogene Aktivitäten sowie die Bereitstellung von Gemeinschaftsräumen, in denen Bürger sich treffen und miteinander diskutieren können.

Wenn es um die Erhöhung der Identifikation der Menschen mit ihrem Stadtteil geht, ist natürlich die Verbesserung des Wohnwertes der Wohnungen durch Instandsetzung, Modernisierung und Umbau ein sehr wesentlicher Punkt. Hier gibt es in zahlreichen Siedlungen viel zu tun. Das Gleiche gilt für die Verbesserung des *Wohnumfeldes*, die man z.B. durch eine sinnvollere Nutzung von Freiflächen und durch eine ansprechendere Gestaltung von Hauseingängen und Treppenhäusern erreichen kann.

In diesem Zusammenhang möchte ich betonen, dass die Wohnungsunternehmen nach meinem Eindruck in immer stärkerem Maße erkennen, wie groß ihre Verantwortung im Bereich der sozialen Stadtteilentwicklung ist und auch entsprechend handeln. So sprechen z.B. die Schaffung der eben erwähnten Gemeinschaftsräume, die Organisation von Ausflügen für Senioren und Spieleabende, die Einrichtung von Pfortnerlogen und vieles andere mehr für ein deutlich gestärktes Sozial-Bewusstsein der Wohnungsunternehmen.

Man hat erkannt, dass es in der heutigen Zeit nicht allein darauf ankommt, den Menschen ein Dach über dem Kopf zu bieten, sondern dass es zugleich sehr wichtig ist, Aktivitäten zu entfalten, die sich mit dem Wort „Sozialmanagement“ umschreiben lassen. Parallel dazu muss es gelingen, die lokale Wirtschaft der betroffenen Gebiete zu stärken. Die Schaffung von Arbeitsplätzen vor Ort ist ein wesentlicher Schritt zur Stabilisierung der Quartiere. Hierbei sind die unterschiedlichsten Beschäftigungsmodelle – sowohl des ersten als auch des zweiten Arbeitsmarktes – denkbar. Auf jeden Fall müssen private Unternehmen mit ins Boot geholt werden. Sinnvolle Tätigkeiten gibt es

genug, wie etwa die Arbeit in Recyclinghöfen, Stadtteilwerkstätten, Stadtteilcafes, Bücherläden und anderen Einrichtungen, die für das Gemeinwesen von Bedeutung sind. Wichtig sind in diesem Zusammenhang selbstverständlich auch Einrichtungen zur vorbereitenden Qualifizierung und ebenso auch Beratungsangebote für Menschen, die sich selbständig machen wollen. Ich habe jetzt nur einen Teil der im Leitfaden empfohlenen Maßnahmen genannt; doch bereits dieser Ausschnitt macht zwei Dinge deutlich, die den Charakter der Gemeinschaftsinitiative und ihrer Aufgaben bestimmen:

Erstens: Erfolg ist nur möglich, wenn es tatsächlich zu der bereits angesprochenen Bündelung der Kräfte und der Verantwortlichkeiten kommt: Die Bereiche Bau, Stadtentwicklung, Wirtschaft, Soziales, Bildung, Inneres, Umwelt, die Wohnungsunternehmen, die Gewerkschaften, die Kammern, die Verbände usw. – sie alle müssen zusammenarbeiten, wenn es in den gefährdeten Quartieren am Ende zu einer sich selbsttragenden Aufwärtsentwicklung kommen soll.

Zweitens: Selbst wenn man es wollte, könnte man die einzelnen Maßnahmen in ihrer Wirkung häufig gar nicht einem bestimmten Verantwortungsbereich zuordnen. Oder anders gesagt: Es werden oft mehrere Fliegen mit einer Klappe geschlagen. Lassen Sie mich dies an einem einzigen Beispiel verdeutlichen:

In Hamburg werden mittlerweile viele Häuser in Großsiedlungen durch Pförtner betreut. Es handelt sich dabei um Menschen, die zuvor längere Zeit arbeitslos waren. Mehrere hundert Frauen und Männer, die zum Teil schon keine Hoffnung auf Arbeit mehr hatten, haben auf diesem Wege wieder die Möglichkeit erhalten, sich einzubringen und Geld zu verdienen. Außerdem werden sie während dieser befristeten Tätigkeit gezielt qualifiziert, um ihre Chancen auf eine Beschäftigung im ersten Arbeitsmarkt deutlich zu erhöhen. Dies ist der arbeitsmarktpolitische Aspekt. Hinzu kommt aber Folgendes: Alle Befragungen haben gezeigt, dass die dortigen Mieterinnen und Mieter dank der Anwesenheit dieser „Hausbetreuer“ – wie wir sie in Hamburg nennen – ein erhöhtes Sicherheitsgefühl haben und Vandalismus- und Verschmutzungsprobleme massiv reduziert wurden.

Und noch etwas ist eingetreten: Auch die in Großwohnanlagen häufig beklagte „Sprachlosigkeit“ wurde erheblich abgebaut; denn die Hausbetreuer sind nicht nur Aufsichtspersonen, in deren Gegenwart man besser keinen Unsinn macht, sondern Ansprechpartner in vielerlei Hinsicht: Dies reicht von der Annahme von Paketen über die Aufbewahrung und Herausgabe von Wohnungsschlüsseln bis hin zum Auswechseln von Treppenhaus-Glühbirnen.

Sie sehen daran: Die Abwärtsspirale aus Arbeitslosigkeit, Anonymität, Vandalismus und Quartiersverfall lässt sich mit Hilfe guter Ideen und relativ bescheidenem Geldmitteleinsatz anhalten und umkehren. Hinsichtlich des Einsatzes der im Leitfaden erwähnten wohnungspolitischen Maßnahmen, die zur Stabilisierung problembelasteter Wohnquartiere beitragen können, möchte ich darauf hinweisen, dass diese in der Bundesrepublik bereits seit längerer Zeit mit unterschiedlichen Ergebnissen zur Anwendung kommen.

Dies gilt z.B. für den § 7 des Wohnungsbindungsgesetzes, der es ermöglicht Wohnungen des Ersten Förderungsweges von den Belegungsbindungen freizustellen.

Dieses Instrument ist so flexibel, dass sowohl ganze Gebiete als auch Häuser bestimmter Art und sogar gezielt einzelne Wohnungen freigestellt werden können, um die Herausbildung einseitiger Bewohnerstrukturen zu verhindern bzw. zu beseitigen. Des Weiteren lässt diese Vorschrift des Wohnungsbindungsgesetzes die Möglichkeit zu, einen Bindungstausch vorzunehmen. Das bedeutet: Dort wo es im Sinne der Herstellung einer besseren sozialen „Durchmischung“ geboten erscheint, kann eine gebundene Wohnung an einen Einkommensüberschreiter und dafür an anderer Stelle eine ungebundene Wohnung an den Inhaber eines Wohnberechtigungsscheines vergeben werden, so dass unter dem Strich kein Verlust an gebundenem Wohnraum eintritt.

Auch das Thema „Zweckentfremdung“ möchte ich in diesem Zusammenhang ansprechen.

Zweckentfremdung von Wohnraum ist grundsätzlich nichts Gutes und muss bekämpft werden. Ausnahmen können jedoch dann gemacht werden, wenn es darum geht, Einrichtungen unterzubringen, die der Betreuung oder Entwicklung eines Wohngebietes dienen. Ich denke hier z.B. an Verwalterbüros der Wohnungsunternehmen, Stadtteilbüros, Müttertreffs, aber auch an Läden und Werkstätten.

Die Diskussion über Vor- und Nachteile dieser Instrumente und über die Möglichkeiten ihrer Weiterentwicklung wird in der ARGEBAU – unter Beteiligung des Deutschen Städtetages – lebhaft geführt. Ich kann mir gut vorstellen, dass es in einigen wichtigen Punkten schon bald eine gemeinsame Linie aller Länder geben wird.

Das Zusammenspiel von Städten, Gemeinden, Ländern und Bund bei der Umsetzung der Gemeinschaftsinitiative lässt sich folgendermaßen skizzieren: Die Auswahl der Gebiete, denen eine besondere Förderung zukommen soll, erfolgt durch die Städte und Gemeinden. In diesem Zusammenhang ist eine alle relevanten Lebensbereiche umfassende Darstellung zu erarbeiten. Aus dieser Darstellung muss hervorgehen, ob und in welchen Bereichen diese Gebiete deutliche Defizite gegenüber den Durchschnittswerten der jeweiligen Gemeinde aufweisen.

Das ist in meinen Augen ein wichtiger Verfahrensschritt. Denn nur auf diese Weise kann erreicht werden, dass die begrenzten finanziellen Mittel jenen Gebieten zugute kommen, die sie wirklich benötigen. Danach werden im Zusammenwirken aller gemeindlichen Fachressorts konkrete Handlungskonzepte erarbeitet. Diese bilden dann eine verbindliche Grundlage für den gebündelten Finanzmittel- und Personaleinsatz; sie lassen aber genug Spielraum für die Eigeninitiative der Menschen aus dem jeweiligen Gebiet – also für die Mieterinnen und Mieter, Grundeigentümer, Gewerbetreibende etc. Diese Bürgermitwirkung soll von den Städten und Gemeinden aktiv gefördert und langfristig gesichert werden.

Auch die Auswahl des Quartiersmanagement, dem eine sehr verantwortungsvolle Aufgabe zukommt, ist Sache der Städte und Gemeinden. Wichtig ist dabei, dass sich die Länder vor der endgültigen Vergabe von Programmmitteln vergewissern, dass die erforderlichen Vorbereitungen für eine Erfolg versprechende Ämterkoordination, den Einsatz des Gebietsmanagers und die dringend erwünschte Bürgerbeteiligung getroffen wurden. Selbstverständlich müssen aber auch die Länder ihre „Hausaufgaben“ machen. Sie müssen die Aktivitäten ihrer Fachressorts so koordinieren, dass in den ausgewählten

Gebieten tatsächlich eine Wirkung im Sinne der Gemeinschaftsinitiative erreicht werden kann.

Darüber hinaus ist es Aufgabe der Länder, den Erfahrungsaustausch zwischen den beteiligten Städten und Gemeinden zu organisieren, um eine vernünftige Ausgangsbasis für die im Programm vorgesehene – und für dessen Weiterentwicklung auch dringend erforderliche – Begleitforschung zu schaffen.

Als Vertreter der Länder möchte ich an dieser Stelle die Bitte äußern, dass auch auf Bundesebene alles dafür getan werden möge, die ressortübergreifende Zusammenarbeit im Hinblick auf die Ziele der „Sozialen Stadt“ weiter zu verbessern. In diesem Zusammenhang sei insbesondere darauf hingewiesen, dass sowohl dem Bundesministerium für Wirtschaft als auch dem Bundesarbeits- und Sozialministerium sowie der Bundesanstalt für Arbeit eine große Bedeutung bei der Umsetzung des Programms zukommt. Nur mit Unterstützung dieser Institutionen wird es möglich sein, die wirtschafts- und arbeitsmarktpolitische Komponente der gebietsbezogenen Förderung zu realisieren.

Wenn ich hier die Rolle des Bundes anspreche, muss ich aus Länder-Sicht auch noch ein grundsätzliches Wort zur Finanzierung sagen: Die ARGEBAU ist sich immer darüber im Klaren gewesen, dass eine Beteiligung des Bundes eine wichtige Voraussetzung für den Erfolg der Gemeinschaftsinitiative darstellt. Deshalb haben wir uns im Dezember 1998 mit einer entsprechenden Forderung an die neue Bundesregierung gewandt und gleichzeitig den Gemeinden angeboten, ihnen bei der Einwerbung der EU-Mittel zu helfen. Die Tatsache, dass der Bund nun in die Finanzierung eingestiegen ist, betrachten wir als Erfolg unserer Bemühungen.

Es bleibt festzuhalten: Die Bundesregierung hat sich in einer sehr wichtigen Frage nicht nur mit Worten, sondern auch mit Taten ihrer Verantwortung gestellt – und das ist ausdrücklich zu begrüßen.

Ich hoffe sehr, dass es hier zu einer Verstetigung über viele Jahre hinaus kommen wird, denn – um es nochmals zu betonen – die Probleme, um die es hier geht, sind zäh und schwierig und nicht von heute auf morgen zu lösen. Und es würde auch überhaupt keinen Sinn machen, Verantwortung zwischen Bund, Ländern und Gemeinden hin und her zu schieben, weil wir letztendlich alle nur verlieren würden, wenn die Aufgaben, die hier anstehen, ungelöst blieben.

Deshalb hoffe ich sehr, dass von dieser Konferenz ein weiteres deutliches Signal für eine intensive Zusammenarbeit aller Beteiligten zum Wohle unseres Landes ausgehen wird. Nur gemeinsam können wir es schaffen!

## Beispiele für Bündelung auf der Bundesebene: der Beitrag der Jugendhilfe

Gerne bin ich der Einladung gefolgt, heute hier zu Ihnen zu sprechen und den Beitrag der Jugendpolitik zum Programm „Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf – die soziale Stadt“ darzustellen.

Dieses Programm steht für ein neues Politikverständnis: Über verschiedene Politikbereiche hinweg koordinieren wir unsere Arbeit. Mit der Bündelung von Ressourcen wollen wir es schaffen, dass nicht Einzelinteressen von Institutionen und Verwaltungen das Handeln bestimmen.

Wenn wir uns die Entwicklung in unseren Städten anschauen, dann müssen wir feststellen, dass sich in den letzten Jahren immer mehr soziale Brennpunkte entwickelt haben.

Zu wenig Arbeits- und Ausbildungsplätze, Schwierigkeiten in Schulen, erhöhte Gewalt- und Kriminalitätsbelastung, Alkohol- und Drogenmissbrauch, die Verwahrlosung von Gebäuden, Straßen und öffentlichen Plätzen drohen nicht mehr länger Einzelercheinungen zu bleiben, sondern konzentrieren sich in einzelnen Stadtteilen.

Mit dieser Kumulation von sozialen Problemen sind Entwicklungen erkennbar, die dazu führen können, dass die Bewohner, die dazu in der Lage sind, diese Quartiere verlassen. Die, die zurückbleiben, sind dann immer mehr auf staatliche Hilfen angewiesen. Dieser vielfach schleichende Prozess der Segregation läuft hier in Berlin seit dem Fall der Mauer und der Wiedervereinigung gleichsam in Zeitraffer ab.

Vor allem junge Familien verlassen problembelastete Stadtteile, wenn sie erkennen müssen, dass Kinder und Jugendliche hier stärkeren und vielfältigeren Gefahren ausgesetzt sind als in anderen Sozialräumen. Wenn Eltern bewusst wird, dass die Zukunftschancen ihrer Kinder gefährdet sind, dann beschließen sie häufig weg zu ziehen.

In den belasteten Stadtteilen und Quartieren bleiben dann die zurück, die nicht wegziehen können und das sind die Menschen, die mit Arbeitslosigkeit, Armut und Ausgrenzung zu kämpfen haben. Dies wiederum bedeutet für die Kinder und Jugendlichen, die in solchen segregierten Stadtteilen und Quartieren zurück bleiben, dass sie immer mehr von der gleichberechtigten Teilhabe an unserer Gesellschaft ausgeschlossen werden.

Arbeitslosigkeit, Armut und Ausgrenzung werden für sie zur gesellschaftlichen Normalität. Sie lernen unsere Gesellschaft als unsolidarisch, als ein System kennen, das keine oder nur geringe Zukunftschancen bietet. Diese Dynamik kennen wir aus anderen Ländern. Die Politik darf vor diesen Entwicklungen nicht die Augen verschließen.

Die sozialen Probleme haben in den letzten Jahren unzweifelhaft zugenommen. Aber noch ist die soziale und räumliche Polarisierung noch nicht so weit fortgeschritten wie in anderen – auch europäischen – Ländern. Wir haben in Deutschland die Chance, diesen Prozess zu stoppen, wenn jetzt entschlossen gehandelt wird. Deshalb ist das Eindämmen von sozialer Ausgrenzung eine zentrale gesellschaftspolitische Aufgabe in unserem Land.

Wir müssen jetzt eingreifen und dafür sorgen, dass diese Abwärtsspirale gestoppt wird. Wir müssen in die Menschen, in ihre Entwicklungspotenziale, investieren. Dies kann nur gelingen, wenn wir alle gemeinsam auf Bundesebene, in den Ländern und den Kommunen unsere Möglichkeiten nutzen, konzentriert und konzertiert unsere Ressourcen einsetzen.

Familien- und Jugendpolitik kann hier nur gemeinsam mit Stadtentwicklung, Wohnungsbauförderung, Wirtschaftsförderung, Schule, Arbeitsmarktpolitik und weiteren Politikbereichen erfolgreich sein.

Ich habe deshalb als Bundesjugendministerin mit dem Programm „Entwicklung und Chancen junger Menschen in sozialen Brennpunkten“ (kurz E & C genannt) einen neuen Schwerpunkt gesetzt.

Unser Programm E & C ist ganz bewusst auf das parallel laufende Bund-Länder-Programm „Stadtteile mit besonderem Erneuerungsbedarf – die soziale Stadt“ bezogen und mit ihm vernetzt. Es wird in den Stadtteilen der „Sozialen Stadt“ durchgeführt, um Synergieeffekte zu erzielen.

Wir setzen kinder- und jugendspezifische Prioritäten, um gerade in diesen Sozialräumen die Lebensbedingungen und Chancen von Kindern und Jugendlichen, von Familien zu verbessern, den Niedergang von Stadtteilen mit ihnen gemeinsam aufzuhalten und nachhaltige Entwicklungen anzustoßen.

Eigeninitiative fördern und Selbstverantwortung stärken – das ist die Maxime unseres Programms.

Wir wollen mit dem Programm E & C

- Ressourcen der Kinder- und Jugendhilfe mobilisieren,
- die Arbeit der Kinder- und Jugendhilfe weiterentwickeln,
- den Blick in der Kinder- und Jugendhilfe stärker als bisher auf die Probleme und Schwierigkeiten junger Menschen in diesen Sozialräumen richten.

Im vergangenen Jahr haben wir in allen Bereichen der Kinder- und Jugendhilfe 13 Fachforen durchgeführt, die die Fachdiskussion auf die Probleme der belasteten Stadtteile und Quartiere fokussiert haben.

Ich wage inzwischen zu behaupten, dass unser Programm E & C mit seiner Philosophie der ganzheitlichen Sicht der Probleme und der Vernetzung der Ressourcen bei der Fachöffentlichkeit und den Trägern der Kinder- und Jugendhilfe angekommen ist.

In der Jugendhilfe ist das Echo groß und positiv. Wir wissen, dass nur dann, wenn alle Akteure zur Kooperation bereit sind, die Abwärtsentwicklung gestoppt werden kann.

Betriebe, Arbeitsämter, Schulen, Kommunen und freie Träger müssen deshalb motiviert werden, lokale Pakete zu bilden und zusammenzuarbeiten.

Ein ermutigendes Beispiel auf Bundesebene ist z.B., wenn die Dresdner Bank Schulen Computer für 4,9 Mio. DM spendet oder die Telekom kostenlos Internetzugänge einrichtet.

Kein Bereich unserer Gesellschaft darf sich entziehen. E & C setzt hier an: Durch die Vernetzung und Bündelung unterschiedlicher jugendpolitischer Ressourcen wird die Jugendhilfe ihren Beitrag leisten.

Mit dem Programm verfolgen wir drei zentrale Ziele:

- Vorhandene Mittel und Fördermöglichkeiten sollen sozialräumlich bezogen zur Verbesserung dieser Räume genutzt werden,
- Einzelmaßnahmen und Strukturen der Kinder- und Jugendhilfe werden zu einem Gesamtpaket vernetzt,
- Lücken im Angebot werden durch neue Maßnahmen und Angebote geschlossen.

Nur so können wir dazu beitragen, dass alle Jugendlichen ihren Platz in der Gesellschaft finden und auch die benachteiligten jungen Menschen nicht im Abseits gelassen, sondern in unsere Gesellschaft integriert werden.

Wir wissen jedoch auch, dass mit diesem Maßnahmenbündel Ausgrenzungsprozesse nicht automatisch und wie von selbst gestoppt und alle Probleme junger Menschen gelöst werden können. Die notwendige Integration junger Menschen in die Gesellschaft kann nur gelingen, wenn die Kinder und Jugendlichen selbst zum Mitmachen gewonnen werden.

Die Beteiligung und Partizipation der Kinder und Jugendlichen steht für mich im Zentrum, ist Methode und Ziel zugleich. Dazu gehört auch, dass Erwachsene sich für sie engagieren, sie ernstnehmen und zu Vorbildern werden.

Nur wenn Kinder und junge Heranwachsende praktisch erfahren, dass sie nicht am Rande stehen, sondern einbezogen werden, können sie ihre Chancen zur Entwicklung und Integration auch nutzen. Alarmierend ist, dass eine wachsende Zahl Jugendlicher die Teilnahme an vorhandenen schulischen und außerschulischen Förderangeboten verweigert, weil diese ihren Voraussetzungen, Zielen und Erwartungen nicht entsprechen. Für diese – besonders benachteiligten – Jugendlichen haben wir mit dem Freiwilligen Sozialen Trainingsjahr ein neues, maßgeschneidertes Angebot entwickelt, das ihnen die fehlenden sozialen und beruflichen Schlüsselqualifikationen vermittelt.

Beispielhaft ist schon jetzt die Zusammenarbeit mit der Bundesanstalt für Arbeit einschließlich der lokalen Arbeitsämter und den Kommunen, die gemeinsam mit uns dieses neue Angebot finanzieren. Die Jugendlichen sollen Qualifikationen erwerben können, die auf dem Arbeitsmarkt tatsächlich nachgefragt werden. Dafür wird mit ihnen gemeinsam ein persönlicher Qualifizierungsplan entwickelt und als Vertrag festgehalten.

Ziel des Angebotes ist es, eine Orientierung und Motivation für die Aufnahme einer Berufsausbildung oder aber auch die Rückkehr zur Schule zu schaffen. Den Kern des

pädagogischen Konzepts bildet die Verbindung von Arbeitserfahrungen mit externen Qualifizierungsbausteinen. Die Arbeitserfahrungen finden unter realen Bedingungen statt, nicht in pädagogischen Schonräumen. Die Arbeit soll der Orientierung dienen, Lernen am Arbeitsplatz ermöglichen und Motivation für weitere Qualifizierungsschritte wecken. Hierfür ist eine enge Kooperation mit Schulen, Sozialamt, Jugendamt und der Arbeitsverwaltung erforderlich und hat sich in den ersten Stadtteilen bereits bewährt. Das Soziale Trainingsjahr wird zunächst bundesweit in 20 bis 40 Stadtteilen eingerichtet und soll in einem ersten Schritt bis zu 1000 Jugendliche erreichen.

In den Stadtteilen mit besonderem Entwicklungsbedarf lebt vielfach ein hoher Anteil an ausländischen Mitbürgerinnen und Mitbürgern. Bei den Unterstützungsangeboten im schulischen, beruflichen und sozialen Bereich müssen daher die speziellen Anliegen von jungen Ausländerinnen und Ausländern besonders berücksichtigt werden. Eine erfolgreiche Integration der Zuwanderinnen und Zuwanderer ist zur Sicherung des sozialen Friedens in diesen Stadtteilen unerlässlich.

Im Rahmen von E & C sollen modellhaft Jugendgemeinschaftswerke und andere Stellen in sozialen Brennpunkten als zentrale Ansprechpartner für junge Migranten weiterentwickelt werden. Sie werden damit zentrale Anlaufstelle und Anwalt für alle jungen Menschen mit Migrationshintergrund, die auf entsprechende Integrationshilfen angewiesen sind. Diese Anlaufstellen sollen vor allem die speziellen Gesichtspunkte von zugewanderten Kindern und Jugendlichen in die Stadtentwicklungs- und Jugendhilfeplanung einbringen. In der Regel fehlt ein umfassendes Integrationskonzept, das bereits bei der Planung ansetzt, um den jungen Menschen den gleichen Zugang zu den Angeboten wie einheimischen Jugendlichen zu ermöglichen. Nur durch eine stärkere Öffnung der bestehenden Leistungen und Hilfen können auch ausländische Kinder und Jugendliche erreicht werden.

Auf diese Weise können zudem die zugewanderten jungen Menschen aus ihren Nischen herausgeholt werden. Zur Integration aller Jugendlichen gehört auch, dass wir das vorhandene Wissen und die Praxiserfahrungen besser zugänglich machen.

Mit unserem Wettbewerb „Fit für Leben und Arbeit – neue Praxismodelle zur sozialen und beruflichen Integration von Jugendlichen“ haben wir in Zusammenarbeit mit den kommunalen Spitzenverbänden 100 Praxismodelle prämiert, die wegweisend für viele stehen und Beispiele dafür sind, was praktisch möglich ist.

So hat das Projekt Batman in Potsdam damit begonnen, nicht nur benachteiligte Jugendliche auf die Anforderungen der betrieblichen Ausbildung vorzubereiten. Sie unterstützen zunehmend auch Betriebe bei der Ausbildung dieser Jugendlichen: bei der Auswahl der geeigneten Bewerber/innen, bei der Bereitstellung von Stützunterricht, bei der Lösung von Konflikten im Betrieb.

In der Stadt Senftenberg läuft ein Projekt, das die Ausbildung benachteiligter Jugendlicher mit der baulichen Sanierung eines Stadtteils und der besseren Vernetzung der sozialen Dienste für dessen Bewohner verknüpft. Die Jugendlichen werden im Zuge der Sanierungsmaßnahmen in Bauberufen qualifiziert und erwerben Abschlüsse als Fachkräfte. Die Wohn- und Wohnumfeldqualität wird nachhaltig verbessert. Und in

einem der hergerichteten Gebäude bieten die Träger der Sozialarbeit kooperativ ihre Leistungen an.

Möglich war dies durch eine konzertierte Aktion von Kommune und Freien Trägern, die in diesem Vorhaben Wege erproben, unfruchtbare Konkurrenz zu überwinden und zum Nutzen von Familien und Jugendlichen ihre Leistungen abstimmen und dort anbieten, wo sie benötigt werden.

Dies sind nur zwei von 100 prämierten Praxismodellen. Die meisten Praxismodelle zeigen, dass maßgeschneiderte Unterstützungsangebote effektiver sein können als die Subventionierung von Ausbildungsplätzen.

Wir werden die Preisträger unseres Wettbewerbs am 9. und 10. Mai in der Kulturfabrik in Leipzig präsentieren. Ich darf Sie herzlich dazu einladen.

Damit das Jugendprogramm E & C gelingt und dem Anspruch, bessere Chancen für junge Menschen in sozialen Brennpunkten zu eröffnen, gerecht wird, bin ich, sind wir alle, sind die Kinder und Jugendlichen, sind die Familien ganz besonders auf Ihre Bereitschaft mitzumachen, Barrieren abzubauen und zu kooperieren, angewiesen.

Ich appelliere an Sie, lassen Sie uns gemeinsam für die Menschen in diesen Sozialräumen eine bessere, eine menschenwürdige Zukunft schaffen. Lassen Sie uns mehr Solidarität in unserer Gesellschaft mobilisieren. Sorgen wir dafür, dass Entwicklung in unseren Städten eine soziale Stadtentwicklung wird.

## Die Soziale Stadt – ein neuer Ansatz in der Städtebaupolitik des Bundes

### 1. Einleitung

Am 5. Juli letzten Jahres haben wir die Auftaktveranstaltung zum Bund-Länder-Programm „Die soziale Stadt“ – auch in Berlin – im Rathaus Schöneberg durchgeführt.

Das Thema ist ein zentraler Schwerpunkt meiner Arbeit. Der tiefgreifende Wandel unseres Alltags und das hohe Tempo der Veränderungen verstärken das allgemeine Gefühl der Verunsicherung in der Gesellschaft. Diese Auswirkungen des sozialen Wandels sind besonders in den Städten und Ballungsräumen spürbar. Zunehmende Verunsicherung beeinträchtigt die Entfaltungsmöglichkeiten und die Lebensqualität der Menschen. Deshalb wollen wir durch gezielte Maßnahmen Konfliktpotenzialen und Sicherheitsrisiken entgegenwirken und die Sicherheit in den Städten und auf unseren Straßen erhöhen.

Natürlich gehört dazu auch die Polizei. Wer wüsste nicht, dass sie gerade in Städten ein positives Sicherheitsgefühl vermittelt. Wichtig sind aber auch alle Maßnahmen, die die Menschen selbst befähigen, die Sicherheit ihres Lebensumfeldes zu erhöhen. Voraussetzung für Sicherheit ist auch ein ausgeprägtes Verantwortungsbewusstsein für die Gemeinschaft und die Bereitschaft zum sozialen Ausgleich.

Beim Programm *Soziale Stadt* geht es also vor allem darum, wie künftig unsere Städte funktionieren – wie Menschen dort leben, arbeiten und wohnen können. Diese Frage ist von elementarer Bedeutung für das Funktionieren des Gemeinwesens.

Die Vorbereitungen sind abgeschlossen:

- die Bund-Länder-Verwaltungsvereinbarung ist unterzeichnet;
- die Länder haben 162 Fördermaßnahmen in 124 Gemeinden benannt.

Das Programm kann nun starten. Wir haben diesen Zeitpunkt zum Anlass genommen, diese Konferenz durchzuführen. *Ziel ist es, den integrativen Ansatz des Programms vorzustellen und die dazu nötigen Akteure zusammenzubringen.* Wir haben damit eine Plattform für Erfahrungsaustausch und für Innovationen. Die Chancen des neuen Programms werden so deutlich.

Lassen Sie mich zu Beginn den umfassenderen Rahmen des Programms darstellen:

Der *UN-Gipfel 1992* in Rio hat alle Staaten zu einer dauerhaften sozial- und umweltgerechten Entwicklung aufgerufen. Dieser Forderung liegt das Konzept der Nachhaltigkeit zugrunde. Dies wurde auf der 2. Konferenz über menschliche

Siedlungen – *HABITAT II 1996* in Istanbul – auf eine nachhaltige Entwicklung der Städte und Gemeinden übertragen. Das hat den Städten eine neue Reformperspektive eröffnet. Der Prozess von Rio fordert eine *lokale Agenda 21*. Darauf haben sich mehrere europäische Städte im *Mai 1995* in der „*Charta von Aalborg*“ verpflichtet. Inzwischen haben 408 europäische Städte diese Charta unterzeichnet, darunter 46 deutsche Städte.

Dieser gesamte Prozess hat Impulse ausgelöst, durch die die Städte zu Vorreitern der gesellschaftlichen Modernisierung werden können.

Dabei sind zwei wichtige Ziele deutlich geworden:

- Die Städte müssen für eine *ausgewogene Mischung* zwischen *Arbeit, Wohnen* und *Freizeit* sowie für vielfältige Nutzungsstrukturen sorgen, um Segregation, Ghettoisierung und Zersiedlung zu vermeiden.
- Stadträume müssen öffentliche Räume bleiben. Zur Lebensqualität der Städte gehören Chancengleichheit, Erschwinglichkeit, Alltagsbequemlichkeit, Entfaltungs- und Kommunikationsspielräume auch für Jugendliche und Kinder.

Diese Ziele machen deutlich, dass die Hauptlast und Verantwortung auf dem Weg zu einer menschlichen Stadt von den Kommunen selbst zu tragen ist.

In der kommunalen Ausfüllung der Anforderungen an eine nachhaltige Stadtentwicklung können in der Praxis erhebliche Spannungen auftreten. Diesen Spannungen entgegenzuwirken und im Sinne des Rio-Prozesses unter Einbeziehung aller gesellschaftlichen Kräfte eine nachhaltige Stadtentwicklung zu unterstützen, ist eine wichtige staatliche Aufgabe. Das Programm *Soziale Stadt* zielt in diese Richtung.

Einige Bundesländer haben bereits in diese Richtung gearbeitet:

- z.B. NRW mit dem Programm „Stadtteile mit besonderem Erneuerungsbedarf“,
- z.B. Bremen mit dem Programm: „Wohnen in Nachbarschaften“,
- z.B. Hamburg mit dem „Armutsbekämpfungsprogramm“.

Jetzt gibt es erstmals ein Bund-Länder-Programm, um Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf aus ihrer Abseitsstellung herauszubringen.

Lassen Sie mich das Anliegen der Bundesregierung näher erläutern:

## 2. Verstädterung: Chancen und Risiken

Die gravierenden sozialen und ökonomischen Veränderungen der vergangenen Jahre haben ihre Auswirkungen auch auf die Städte in Deutschland gehabt. Über lange Jahre anhaltend hohe Arbeitslosigkeit, insbesondere Jugendarbeitslosigkeit, starke Wanderungsbewegungen sowohl innerhalb Deutschlands als auch Zuwanderungen aus anderen Staaten haben im Zusammenhang mit einem nur verhaltenen Wirtschaftswachstum zu *Belastungen* für die Städte und Gemeinden geführt.

Dabei haben wir immer noch einen hohen Standard und beachtliche Lebensqualität auch in unseren Städten.

Ein kurzer Blick über den „Tellerrand“: Wir müssen uns vor Augen führen; die Hälfte der Menschheit lebt in Städten. Und im Jahr 2025 wird es fast 100 städtische Agglomerationen mit mehr als 5 und bis zu 30 Mio. Einwohnern geben. Das sind zunächst nur Quantifizierungen. Sie warnen uns aber frühzeitig vor Problemen, mit denen wir teilweise und in Ansätzen schon zu tun haben.

Ich will keine Horrorvisionen verkünden. Schließlich bietet die Urbanisierung auch *Chancen*. Städte waren immer auch Kultur- und Bildungsträger für die Menschen. Und sie schufen die besten Voraussetzungen für die unerlässliche Kooperation der wirtschaftlichen Kräfte.

Der fortschreitende Prozess der Urbanisierung schafft aber auch eine Reihe schwerwiegender *Probleme*, die sich gegenseitig beeinflussen und damit zum Teil verstärken. In den Entwicklungsländern wachsen die Slums. Probleme bei der Trinkwasserversorgung und Abwasserbeseitigung gefährden dort Leben und Gesundheit der Menschen. Immobilität behindert Wachstum. Armut, Kriminalität und soziale Konflikte verschärfen sich. Die soziale Segregation wächst.

Auf unserem Kongress *URBAN 21* Mitte 2000 werden wir uns diesen Fragen stellen – mit Experten aus aller Welt.

Unsere Sorgen in unseren Städten sind von anderer Quantität und anderer Qualität. Leicht nehmen dürfen wir sie aber nicht.

Auch in unseren Städten gibt es Stadtteile mit erheblichen gesellschaftlichen Problemen:

- hohe Arbeitslosigkeit, insbesondere wachsende Jugendarbeitslosigkeit,
- unzureichende Integration ausländischer Mitbürger,
- vernachlässigte öffentliche Räume, zum Teil leerstehende Gebäude,
- Drogenprobleme, zunehmende Gewaltbereitschaft und Vandalismus;
- erschwerter Zugang zu schulischer Ausbildung und zu Bildungsabschlüssen führen zu Gewaltbereitschaft und Kriminalität.

Wir sind deshalb gefordert, dem Qualitätsverlust oder der Verwahrlosung einzelner Stadtteile entgegenzutreten.

### 3. Die Zukunft der Städte mit dem europäischen Stadtmodell sichern

Welche politischen Prämissen setzen wir für die Entwicklung unserer Städte?

Wir wollen, dass die Menschen sicher leben können. Nur aus diesem Gefühl heraus kann die Kraft erwachsen, die vor allem Jugendliche für die Gestaltung der Zukunft brauchen.

Wir wollen die Städte modernisieren,

- sie als Orte der demokratischen Kultur sichern,
- ihre wirtschaftliche Leistungskraft stärken,
- den sozialen Fortschritt bewahren und
- die ökologischen Lebensgrundlagen erhalten.

Hierüber herrscht Einigkeit. Aber an was wollen wir uns orientieren?

Wir setzen auf das europäische Stadtmodell:

- auf eine Stadt mit menschlichem Gesicht bei hoher, urbaner Dichte, eine Stadt, die ihr baukulturelles Erbe bewahrt, sich aber gleichzeitig modernen Entwicklungen nicht verschließt;
- auf eine Stadt, die sozial, ökonomisch und kulturell tragfähig ist.

Hierzu gehören:

- intelligente Verkehrssysteme,
- sparsame Energieversorgung mit neuen Energieträgern sowie
- umwelt- und flächenschonende Bau- und Siedlungsformen.

Noch sind in Deutschland die so genannten überforderten Nachbarschaften die Ausnahme. Deshalb müssen wir jetzt handeln. Der Blick nach *GB*, *NL* oder die *USA* zeigt, wie komplex die Ursachen von sozialen Brennpunkten sind. Diese Länder haben bereits reagiert und wir sollten davon lernen. Letztlich gehen die Ansätze dahin, die räumliche Konzentration vor allem von armen Haushalten, Arbeitslosen und/oder ausländischen Haushalten in bestimmten Wohngebieten aufzulösen oder zu vermeiden.

Die Erfahrungen zeigen, dass es nicht *das Instrument* zur Lösung der Probleme gibt. Klar ist aber: Wir brauchen integrierte Ansätze unter Beteiligung aller gesellschaftlicher Gruppen.

#### 4. Unser Lösungsansatz

Wir wollen die Lebensqualität der Städte insbesondere mit drei Ansätzen erhalten:

- Wohnen als Soziales Gut sichern,
- Städtebauförderung,
- Programm „Soziale Stadt“.

Alle drei Ansätze dieses Dreiecks haben auch *positive Beschäftigungswirkungen*. In der Regel gilt, dass 1 Mrd. DM an Investitionen etwa 10 000 Arbeitsplätze schaffen oder sichern (gilt auch für Verkehrsinvestitionen).

*Wohnen ist ein Soziales Gut*. Für die Menschen spielt Wohnen eine existentielle Rolle. Es muss deshalb klar sein: Haushalte, die der Unterstützung bedürfen, müssen sie auch weiter erhalten. Das ist Aufgabe des Sozialstaates und dieser Verpflichtung kommen wir nach. Wir tun dies vor allem mit Wohngeld und Sozialem Wohnungsbau. Um hierfür

auch künftig Geld zu haben, darf Geld nur dorthin fließen, wo es wirklich benötigt wird. Daran müssen wir ständig arbeiten.

*Sozialer Wohnungsbau:* Wir brauchen den Sozialen Wohnungsbau, um ein Wohnungsangebot für die Haushalte zu haben, die sich nicht selbst am freien Markt versorgen können. Wenn wir die Ziele des Programms *Soziale Stadt* erreichen wollen, spielt auch der Soziale Wohnungsbau eine wichtige Rolle. Eine stärkere Nutzung des Wohnungsbestandes – für Miete und Eigentum – würde einen wichtigen Beitrag zur Auflösung und Vermeidung von Konzentrationsprozessen leisten. Das wollen wir mit der Reform des Sozialen Wohnungsbaus umsetzen.

*Wohngeld:* Wenn der Verlust von Einkommen und steigende Mieten nicht auch zum Verlust der Wohnung führen soll, brauchen wir das Wohngeld. Für die Städte ist auch wichtig, dass hiermit die Wohnkaufkraft gestärkt wird. Unsere Wohngeld-Reform stellt das sicher.

*Städtebauförderung:* Sie ist das zentrale Instrument zur Erneuerung und Entwicklung der Städte und Gemeinden in Deutschland. Sie führt mehrere investive Infrastrukturbereiche zusammen (vor allem Wohnungsbau und Verkehr) und hat hohe Beschäftigungseffekte sowie Anstoßwirkungen auf private Investitionen. Dies gilt insbesondere für mittelständisches Handwerk, Handel und Gewerbe mit einer hohen sektoralen, regionalen und lokalen Zielgenauigkeit. Deshalb werden wir die Städtebauförderung mit jährlich 600 Mio. DM fortführen.

## 5. Die soziale Stadt

Der nächste Teil des Dreiecks hat uns heute hier zusammengeführt. Bisher haben wir mit den „klassischen“ Programmen der Investitionsförderung gearbeitet: z.B. Städtebauförderung und Sozialer Wohnungsbau, mit ihren meist hohen Beschäftigungswirkungen und Folgewirkungen auf private Investitionen.

1999 haben wir erstmals das Programm *Die soziale Stadt* aufgelegt, um Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf vor einer Abseitsstellung zu bewahren. Die komplexen sozialen, wirtschaftlichen und städtebaulichen Probleme in bestimmten Stadtteilen sind mit herkömmlichen Instrumenten und Verfahren nicht zu lösen. Deshalb brauchen wir einen umfassenden Förderansatz, der investive und nichtinvestive Maßnahmen mit dem Schwerpunkt der städtebaulichen Erneuerung „aus einer Hand“ zusammenfasst: *Die Soziale Stadt*.

Wir brauchen fürs Gelingen Engagement vor Ort, den Willen und die Fähigkeit, die Kraft aller Fachbereiche zu bündeln und zu nutzen für das eine gemeinsame Ziel. Die Situation analysieren, ein Konzept entwickeln und umsetzen – darum geht es. Unser Programm Soziale Stadt kann dafür Anstoß und wertvolle Hilfe sein.

Ein solches Konzept zielt beispielsweise auf

- die Beseitigung städtebaulicher Defizite,
- die Verbesserung des Wohnungsbestandes,
- die Erneuerung / Fortentwicklung der sozialen Infrastruktur,

- die Verbesserung der verkehrlichen Infrastruktur,
- die Schaffung von Frei- und Grünflächen und
- die Verbesserung der ökologischen Gesamtsituation.

*Aber auch*

- auf die Stärkung der Sicherheit,
- auf Institutionen und Organisationen der Jugendarbeit und
- auf den konzentrierten Einsatz der regionalen Wirtschaftsförderung.

Die *Soziale Stadt* kann der Fokus werden für die längst fällige Debatte über die Situation und die Zukunft unserer Städte, an der so vieles hängt. Letztlich müssen wir die Menschen selbst erreichen. Nur wenn sie sich engagieren und aktivieren lassen, kann die Soziale Stadt ein voller Erfolg werden.

## a) Zu erwartendes Ergebnis

Das Programm gibt mit dem Anteil meines Hauses zuallererst Anstoß für bauliche und städtebauliche Verbesserungen – d.h. auch:

- *Beschäftigungsimpulse* durch Stärkung der lokalen Wirtschaft, Schaffung und Sicherung örtlicher Arbeitsplätze sowie Qualifizierung von Arbeitssuchenden.

In der Abstimmung mit anderen Fachbereichen sind auch im Blick:

- *soziale Impulse* durch Verbesserung der Wohnverhältnisse, Unterstützung des sozialen Miteinanders, Wiederherstellung von gemischten Bewohnerstrukturen, Schaffung von mehr Sicherheit im öffentlichen Raum, Verbesserung des Infrastrukturangebotes;
- *ökologische Impulse* durch ökologisches Planen, Bauen und Wohnen;
- *partizipatorische Impulse* durch Entwicklung und Nutzung der Initiativen der Bewohner zur attraktiven Quartiersgestaltung.

Trotz angespannter Haushaltslage stellt die Bundesregierung von 1999-2003 jährlich 100 Mio. DM für das neue Programm zur Verfügung. Mit den Komplementärmitteln von Ländern und Gemeinden stehen dann jährlich 300 Mio. DM bereit. Bis 2003 sind das insgesamt 1,5 Mrd. DM. Hinzu kommen Mittel anderer Ressorts und der EU. Wenn wir es schaffen, diese Mittel zu verstetigen, wie geplant einzusetzen und auf kommunaler Ebene Aktivitäten zu initiieren, dann wird das Programm ein Erfolg werden. Ich werbe dafür.

Diese Programmmittel allein, die weitgehend für investive Maßnahmen zur Verfügung stehen, können nicht alle Bereiche eines integrierten Handlungsansatzes abdecken. Dazu bedarf es der *Bündelung* mit Programmen aus anderen Politikbereichen.

*Synergieeffekte* der unterschiedlichen Ressourcen zu erreichen, ist mithin das oberste Ziel des neuen stadtentwicklungspolitischen Ansatzes. Dieser Auftrag wendet sich deshalb an *alle staatlichen Ebenen*: Die *Gemeinden* – auf deren Ebene die eigentliche Koordinierungsarbeit zu leisten ist – sind aufgerufen, zur Begleitung des Programms ein

„gebietsbezogenes integriertes stadtentwicklungspolitisches Handlungskonzept“ zu erarbeiten und fortzuschreiben. Dies erfordert wohl eine *kommunale Ämterkonferenz* – der heutige Nachmittag wird uns dazu ja noch Beispiele präsentieren.

*Bund und Länder* werden alle erforderlichen und bereitstehenden Mittel und Maßnahmen bündeln und koordinieren. Dies wird auf Landesebene in einigen Ländern bereits erfolgreich praktiziert (z.B. NRW, HH, HB, Hessen, NS, Schl.-H., Ba-Wü).

Aber auch die Bemühungen auf Bundesebene haben die Offenheit und Bereitschaft aller Ressorts für die Notwendigkeit gezeigt, alle relevanten politischen, organisatorischen und finanziellen Ressourcen zu bündeln und in die stadtentwicklungspolitische Aufgabe einzubringen.

## b) Zusammenarbeit mit anderen Ressorts

Mit dem *Programm Entwicklung und Chancen junger Menschen in sozialen Brennpunkten* (E&C) setzt das *Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend* (BMFSFJ) den Schwerpunkt, jungen Menschen aus diesen Sozialräumen bessere Voraussetzungen für ihre Zukunft zu vermitteln. Ziel des Programms ist vor allem, das Augenmerk stärker als bisher auf die Probleme und Schwierigkeiten junger Menschen in sozialen Brennpunkte zu lenken.

Aus dem Aufgabenbereich des *Bundesministeriums für Arbeit und Sozialordnung* (BMA) ergeben sich stadtentwicklungsrelevante Förderungsmöglichkeiten insbesondere aus den *Arbeitsbeschaffungs- und Strukturanpassungsmaßnahmen* und aus dem *Sofortprogramm zum Abbau der Jugendarbeitslosigkeit*.

Das *Bundesministerium des Innern* (BMI) fördert das Projekt *Sport mit Aussiedlern* und prüft zur Zeit, ob und wie dieses Projekt und die mit Integrationsmitteln des Bundesinnenministeriums geförderten wohnumfeldbezogenen Maßnahmen mit dem stadtentwicklungspolitischen Ansatz verknüpft und vernetzt werden können.

Das *Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie* (BMWi) kann seine Programme *Förderung der regionalen Wirtschaftsstruktur, Mittelstandsförderung und Förderung von Innovation und Technologie* einbringen. Hinzu kommen die KfW-Programme für Investoren und Existenzgründer.

Fragen des Ansatzes *Die soziale Stadt* sollen schließlich in das vom *Bundesministerium für Bildung und Forschung* (BMBF) geförderte *Forschungsprogramm Bauen und Wohnen* einbezogen werden.

Natürlich ist klar: Die Umsetzung dieser Bereitschaft zur Kooperation in gemeinsamen Aktionen verlangt kontinuierlich und beharrlich eine „Politik der kleinen Schritte“. Insbesondere sind die Möglichkeiten einer ressortübergreifenden Zusammenarbeit von Fall zu Fall gebiets-, problem- und maßnahmenbezogen zu erörtern.

Zur *Bündelung aller nationalen Ressourcen* muss schließlich die Verzahnung nationaler Förderprogramme mit den *Programmen der EU-Strukturfondsförderung* hinzukommen. Die Neugestaltung der EU-Strukturfonds im Rahmen der AGENDA 2000 ermöglicht die Ergänzung des nationalen Bund-Länder-Programms *Die soziale Stadt* durch EU-Mittel.

## c) Beispiele aus dem Programm Die Soziale Stadt

Wie muss man sich dieses Programm eigentlich in der Praxis vorstellen? Was geschieht vor Ort?

Folgende Maßnahmen werden eine Rolle spielen:

- Aktivierung örtlicher Potenziale,
- Stadtteilmanagement (Einrichtung von Stadtteilbüros),
- Angebote für Existenzgründer, Jugendwerkstätten, Treffpunkte, Jobvermittlung,
- Stadtmarketing, Umgestaltung des öffentlichen Raums,
- Bürgertreffpunkte, Gesundheitszentren, Spielwohnungen, Seniorentreffs,
- Neu- und Umgestaltung von Plätzen, Gewässern, Parkanlagen, Höfen.

An drei Beispielen will ich das deutlich machen:

### **Berlin – Wedding-Sparrplatz**

Für Berlin insgesamt stellen wir aus dem Programm *Die Soziale Stadt* etwa 5 Mio. DM zur Verfügung.

Die Situation in einem Stadtteil Berlins – Wedding-Sparrplatz / Sprengelkiez und die Anstrengungen dort zeigen, wo entsprechender Entwicklungsbedarf vorhanden ist und wie erfolgversprechend angesetzt werden kann: nicht schematisch, sondern je nach Situation.

*Was war die Situation?:*

- Defizite der sozialen Infrastruktur,
- überbelegte, schlecht ausgestattete und kleine Wohnungen,
- fehlende Arbeitsplätze,
- Leerstand von Laden- und Gewerberäumen,
- Verwahrlosung des öffentlichen Raums,
- Unsicherheit und Kriminalität,
- hohe Bevölkerungsdichte  
(in dem etwa 55 Hektar großen Gebiet leben ca. 14 600 Einwohner),
- Arbeitslosenquote: 29 Prozent; Migrantanteil: 36 Prozent.

*Was waren die Lösungsansätze?:*

- Im Juni 1998 wurde als „örtliche Unterstützungseinrichtung“ ein *Nachbarschaftsladen* gegründet.
- Es wurde ein Handlungskonzept „Arbeit und Nachbarschaft“ erarbeitet.
- Es wurde ein *Bündnis für Beschäftigung, Lebensqualität und sozialen Zusammenhalt* ins Leben gerufen, in dem der öffentliche, der private und der gemeinnützige Sektor eng zusammenwirken.

Unterstützt durch die Bezirksverwaltung und den Senat wurde zur Koordinierung dieser quartiersorientierten, integrierten Stadtteilentwicklung ein *Quartiersmanager* eingesetzt, der die verschiedenen Interessen koordiniert und das Selbsthilfepotenzial aktiviert.

### **Gelsenkirchen (NRW)**

Gelsenkirchen – *Bismarck/Schalke Nord* wurde bereits 1994 in das Landesprogramm „Stadtteile mit besonderem Erneuerungsbedarf“ aufgenommen. In dem gründerzeitlich, monoindustriell geprägten innerstädtischen Quartier leben ca. 19 300 Einwohner, davon 22,5 Prozent Migranten. Umfangreiche Deindustrialisierungsprozesse waren für einen Großteil der Bevölkerung, insbesondere unter Jugendlichen und Migranten, mit dem Verlust des Arbeitsplatzes verbunden. Der Stadtteil drohte ins Abseits zu rutschen.

Im Sommer 1995 wurde als Kontaktstelle ein Stadtteilbüro eingerichtet. Das *Stadtteilbüro* hat auch die Aufgaben des Projektmanagements und der Projektentwicklung übernommen. Im Rahmen des Stadtteilprojektes wurde ein Vernetzungsprojekt für verschiedene soziale Aktivitäten gegründet. Seit Sommer 1998 arbeitet ein Büro für lokale Wirtschaftsentwicklung.

Das Programmgebiet Gelsenkirchen – Bismarck/Schalke Nord verdeutlicht, wie vielschichtig die Auswirkungen von Deindustrialisierungsprozessen auf die Stadtteilentwicklung sein können und welcher Anstrengungen es bedarf, einen Stadtteil wieder funktionsfähig zu machen.

Stichworte hierzu:

- Reaktivierung von Brachflächen,
- Ansiedlung neuer Gewerbegebiete,
- Verknüpfung von Beschäftigungsförderung und Qualifizierung mit städtebaulichen Maßnahmen.

Wir wollen diesen Prozess in *Gelsenkirchen* unterstützen und stellen dafür *Bundesmittel* in Höhe von rd. *2,9 Mio. DM* bereit. Wir gehen davon aus, dass mit Hilfe dieser Bundesmittel die Umsetzung investiver Maßnahmen unterstützt wird. Außerdem wird es zu Bündelungseffekten kommen, da verschiedene Landesministerien zusammenarbeiten.

### **Neunkirchen-Innenstadt (Saarland)**

Lassen Sie mich abschließend ein drittes Beispiel einer Maßnahme vorstellen, die wir in das Bund-Länder-Programm *Die soziale Stadt* aufgenommen haben: Neunkirchen-Innenstadt im Saarland.

Neunkirchen, in den 70er Jahren wirtschaftlich von der Stahlindustrie (Eisenwerk) geprägt, hat den durch den Niedergang der Montanindustrie aufgezwungenen Strukturwandel zu einer Dienstleistungs- und Einkaufsstadt beispielhaft gemeistert. Gleichwohl trifft diese positive Entwicklung nur für das Geschäftszentrum am östlichen Rand des Fördergebiets in unmittelbarer Nachbarschaft des historischen Hüttenareals und des innerstädtischen Einkaufszentrums (Saarpark-Center) zu.

Eine über dieses Teilgebiet hinausgehende Ausstrahlung in angrenzende Wohngebiete konnte nicht erreicht werden:

- Große Teile der Bausubstanz sind überaltert.
- Es gibt eine Konzentration einkommenschwacher Bevölkerungsgruppen.
- Der Ausländeranteil beträgt ca. 27 Prozent.
- Die Arbeitslosenquote liegt bei ca. 27 Prozent.
- Ca. 24 Prozent sind Sozialhilfeempfänger.
- Der Anteil alleinerziehender Mütter ist überdurchschnittlich.

Die Folgen sind hohe Abhängigkeit von Transferleistungen, kaum nachbarschaftliche Beziehungen, geringe Integrationsbereitschaft ausländischer Mitbürger, hohe Kriminalitätsrate und das fehlende subjektive Sicherheitsgefühl im öffentlichen Raum.

Auch in Neunkirchen zeigte sich, dass die Beseitigung städtebaulicher Missstände allein komplexe Probleme in schwierigen Stadtteilen nicht lösen kann. Die Entwicklungsziele für Neunkirchen verdeutlichen die neue Zielrichtung in der Stadtteilentwicklung und die komplexen Zusammenhänge mit verschiedenen Handlungsfeldern:

- durch Förderung von Nachbarinitiativen und Aufbau eines funktionierenden sozialen Netzes,
- der Schaffung sozial verträglicher Nutzungen,
- der Verbesserung der Arbeitsmarktchancen der ansässigen Bevölkerung,
- dem Ausbau der öffentlichen Infrastruktur.

Die *Handlungsfelder* in Neunkirchen beziehen sich insbesondere auf die Bereiche:

- Gemeinwesenarbeit/ Sozialwesen,
- Beschäftigung/ Qualifizierung,
- Jugend- und Familienhilfe
- und schließen dabei die klassische Sanierung mit ein.

Die Umsetzungsphase soll in Neunkirchen im Frühjahr 2000 beginnen. Geplant ist u.a. ein *Stadtteilbüro* als Ausgangspunkt für die Koordinierung der Gemeinwesenarbeit und als Anlaufstelle für die Bürger. Für das Saarland insgesamt stellt der Bund etwa 1,3 Mio. DM bereit.

## 6. Schlusswort

Meine Damen und Herren,  
ich habe Ihnen in Kürze drei Beispiele vorgestellt, die den neuen Ansatz der Stadtentwicklungspolitik verdeutlichen. Die Situationen vor Ort sind sehr unterschiedlich. Gleichwohl ist unsere politische Zielstellung dieselbe:

Wir wollen funktionierende Städte, in denen wir uns wohl fühlen. Städte, die für uns und unsere Kinder sicher sind. Städte, mit einer positiven Zukunftsperspektive. Dieses können wir nur gemeinsam erreichen mit Hilfe einer neuen, integrativen Städtebaupolitik.

Ich freue mich über die positive Resonanz auf das Programm bei den Verbänden und freien Trägern. Für deren Mitwirkungsbereitschaft und Anregungen bin ich dankbar.

Es zeigt sich, dass hinsichtlich Diagnose und Therapie weitgehend Übereinstimmung herrscht.

Mit dem Programm *Soziale Stadt* und der *Städtebauförderung* haben wir Instrumente, die regional und lokal zielgenau eingesetzt werden können. Die Mittel kommen dann vor allem dem örtlichen Mittelstand und Handwerk zugute.

Gleichzeitig sichern wir die Zukunft unserer Städte. Das ist ein entscheidender Beitrag für die Zukunft Deutschlands.

Wie so oft stand eine gute „politische Idee“ am Anfang. Die Umsetzung in die Praxis wird viel Zeit in Anspruch nehmen. Das kennen wir alle.

Diese Veranstaltung wird ein weiterer Baustein zur Lösung der anstehenden Aufgaben sein.

# 2 ■

## Bündelung der Ressourcen – Erfahrungen und Aktivitäten aus den Ländern und Modellgebieten

Moderation: Dr. Rolf-Peter Löhr, Deutsches Institut für Urbanistik

Dr. Rolf-Peter Löhr Stellvertretender Institutsleiter Deutsches Institut für Urbanistik Einführung in den Themenbereich .....	1
Joachim Stappenbeck (verhindert) Dr. Friedrich Busmann Beigeordneter, Dezernat Planen und Umwelt, Halle/Saale Bundesförderungsprogramm „Soziale Stadt“. Das Beispiel des Modellgebietes Halle-Silberhöhe .....	2
Ilona Caroli Stadträtin, Dezernat für Arbeitsförderung, Frauen, Gesundheit und Soziales, Kassel „Bündelung der Ressourcen“ im Rahmen des Kasseler Nordstadtprojektes .....	5
Till Krüger Ltd. Baudirektor, Stadtentwicklungsbehörde der Freien und Hansestadt Hamburg „Soziale Stadtteilentwicklung“ in Hamburg .....	14
Martin Brinkmann Stadtentwicklungsgesellschaft STEG, Hamburg-Altona-Lurup Bundesprogramm Soziale Stadt und Hamburgisches Stadtteilent- wicklungsprogramm Säule II am Beispiel des Pilotstadtteils Lurup: Flüsseviertel und Lüdersring .....	18
Karl Jasper Ltd. Ministerialrat, Ministerium für Arbeit, Soziales und Stadtentwicklung, Kultur und Sport des Landes Nordrhein-Westfalen, Düsseldorf Ressortsübergreifendes Handlungsprogramm der Landesregierung Nordrhein-Westfalen „Stadtteile mit besonderem Erneuerungsbedarf“ und Bund-Länderprogramm für „Stadtteile mit besonderem Erneuerungsbedarf – die soziale Stadt“ .....	25

Wolfram Schneider Stadtplanungsamt, Gelsenkirchen		
Stadtteilprogramm Gelsenkirchen-Bismarck/Schalke-Nord Ressourcenbündelung bei sozialen Projekten .....	31	
Stefan Rommelfanger Stadtplanungsamt, Stadtteilbüro Bismarck/Schalke-Nord, Gelsenkirchen		
Projekt Lahrshof – Gemeinsam für Denkmalschutz, Gesundheits- versorgung und Jugendhilfe .....	36	
Johannes Mehlmann Stadtplanungsamt, Stadtteilbüro Bismarck/Schalke-Nord, Gelsenkirchen		
Forum der Vereine .....	39	
Siegfried Staud Senatsverwaltung für Bau und Umwelt, Bremen		
Bündeln von Ressourcen als Folge veränderter sozialräumlicher Entwicklungen in der Stadt .....	42	
Annegret Lüking Bremische Gesellschaft für Stadterneuerung, Stadtentwicklung und Wohnungsbau m.b.H.		
Modellgebiet Bremen-Gröpelingen – das Bündeln von Ressourcen .....	45	
		
		
		
		
		
		

## Einführung in den Themenbereich „Bündelung der Ressourcen“

Guten Abend, meine sehr geehrten Damen und Herren! Im Namen des Deutschen Instituts für Urbanistik und seiner Arbeitsgruppe „Soziale Stadt“ begrüße ich Sie sehr herzlich zum zweiten Programmteil der Starterkonferenz zum Bund-Länder-Programm „Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf – die soziale Stadt“. Ich hoffe, dass die Konferenz Ihnen für Ihre schwierige tägliche Arbeit *viele Anregungen und Kontakte* und *viel Aufmunterung und Bestätigung* bringen wird. Für uns erhoffe ich das natürlich auch. Der *Erfahrungsaustausch* untereinander gehört zu den wichtigsten Bedingungen für den Erfolg des sehr ambitionierten Programms.

Bei der Auftaktveranstaltung im Mai letzten Jahres hat Staatssekretär Alan Meale vom britischen Städtebauministerium über die Aktivitäten der britischen Regierung zur *Bekämpfung sozialer Ausgrenzung und zur Herstellung gleichwertiger Lebensbedingungen* für alle Menschen im Königreich berichtet. Vor knapp zwei Wochen veröffentlichte nun das britische Städtebauministerium eine *Einschätzung der Wirkungen des von 1992 bis 1998 in 31 benachteiligten Gebieten durchgeführten „City Challenge“ Programms*, eines Vorläufers des von Staatssekretär Meale vorgestellten Single Regeneration Budgets, durch die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft KPMG Consulting.

Das wichtigste Ergebnis dieser Evaluation ist die *große Bedeutung einer umfassenden Kooperation unterschiedlicher Partner aus Staat und Gesellschaft*. Eine funktionierende Partnerschaft erbringe einen *deutlich gesteigerten Effekt gegenüber isolierten Einzelmaßnahmen*. Allerdings wird auch darauf hingewiesen, dass es *Zeit* braucht, bis *gegenseitiges Vertrauen und wirkliche Zusammenarbeit* der Partner entstehen. Aber *ohne* die Integration von *Politikfeldern* wie etwa Schule, Jugendhilfe, Gesundheit, Arbeit, Wohnungswesen, Polizei und Sozialarbeit und *ohne* die Einbeziehung *privater Firmen* ist Stadterneuerung nach diesem Bericht der KMPG *nicht* in der Lage, eine abwärts gerichtete Entwicklung in den Quartieren umzukehren. *Der gebündelte und zielgenaue Einsatz aller verfügbaren Ressourcen ist auch einer der wichtigsten Grundsätze des Programms „Soziale Stadt“*. Dabei dient die Bündelung sicherlich zur Verbesserung der Effektivität und Effizienz der Verwendung staatlicher Mittel, aber sie ist nur vorstellbar als *Ergebnis einer produktiven Kooperation verschiedener Sektoren aus Staat und Gesellschaft*, weil nur so den *vielfältigen Problemen der Menschen wirksam begegnet* und die *Entfaltung ihrer Potenziale unterstützt* werden kann. Ein Beispiel für eine solche Bündelung und Kooperation auf *Bundesebene* haben uns Frau Ministerin Dr. Bergmann und Herr Minister Klimmt vorhin vorgestellt.

Die entscheidende Ebene für die Bündelung ist aber die Gemeinde- oder sogar die Quartiersebene. Sie bedarf allerdings der Unterstützung nicht nur durch den Bund, sondern auch durch die Länder. Beispiele für die Bündelung und Kooperation auf Landes- und Gemeinde- oder Quartiersebene wollen wir daher im Folgenden vorstellen.

## Bundesförderprogramm „Soziale Stadt“. Das Beispiel des Modellgebietes Halle-Silberhöhe.

Silberhöhe: der Stadtteil innerhalb der Stadt Halle mit dem allergrößten Entwicklungsbedarf von insgesamt vier großen Plattenbausiedlungen, in denen bis vor kurzem noch knapp die Hälfte der 255 000 Hallenser wohnte. Silberhöhe: die zweitgrößte Plattensiedlung der Stadt mit zur Zeit noch ca. 24 000 Einwohnern. Am Ende der zweitägigen Starterkonferenz zur Sozialen Stadt werden weitere vier bis fünf Haushalte voraussichtlich ausgezogen sein und nur etwa zwei werden von außen in diesen Stadtteil ziehen.

Es werden sozial schwache Haushalte sein. Sie tragen dazu bei, dass die vorhandene Sozialproblematik dieses Stadtteils weiter verstärkt wird und die sogenannte Segregation zunehmen wird.

Diese Sozialschwäche wird durch fast alle signifikanten Sozialindikatoren bestätigt. Von der schon fast alles erklärenden hohen Arbeitslosenquote (25,6 Prozent gegenüber 20,7 Prozent innerhalb der Gesamtstadt) über den hohen Anteil der Sozialhilfeempfänger (1 760 Personen) bis zur Jugendkriminalität.

Für die dramatische Entvölkerung ist nur zum Teil der leider unveränderte Rückgang der natürlichen Bevölkerung unserer Stadt verantwortlich.

Die viel zitierten Wegbrüche der Industriearbeitsplätze des ehemaligen Chemiestandortes Halle erklären die hohe Arbeitslosigkeit und die Wegzüge in den ersten Jahren nach der Wende, nicht aber die jetzt festzustellenden Wegzüge innerhalb ein und derselben Stadtregion.

Hierfür sind die mehrschichtigen Qualitätsprobleme dieser „Schlafstadt“ verantwortlich. Suburbia wurde einmal als „zivile Form des Garnisonslebens“ bezeichnet. Aber suburbia hat von den beiden die Urbanität kennzeichnenden Komponenten Öffentlichkeit und Privatheit zumindest eine ausgeprägte Privatheit. Silberhöhe hat weder das eine noch das andere in Qualität.

Wir haben diese Qualitätsprobleme in unserem Kurzporträt ausreichend gewürdigt. Wir kämpfen mit dem Doppelproblem, die Infrastruktur für eine am Ende der DDR-Zeit nicht zu Ende gebaute zentrumslose und arbeitsplatzarme Stadt nachzurüsten und gleichzeitig die übliche Modernisierung und Instandsetzung der Wohnungen mit großem Tempo sicherzustellen.

Trotz erheblicher Investitionen vor allem in großzügige Grünanlagen und der Sanierung bzw. Teilsanierung von mehr als der Hälfte aller 14 400 Wohnungen scheinen wir unvermindert gegen den Strom zu schwimmen, gegen den wegziehenden Bevölkerungsstrom.

In Kürze wird mindestens jede fünfte Wohnung leer stehen. Und das Ergebnis unserer sorgfältigen stadtreionalen Wohnraumbedarfsprognose ist, dass in absehbarer Zeit jede dritte Wohnung leer stehen wird, und das bei relativ optimistischen Prognoseannahmen, wenn nicht ein kleines Wunder passiert.

Werden wir also mit dem ideellen und materiellen Programm der „Sozialen Stadt“ den ideellen und materiellen Werteverfall der ehemals sozialistischen Stadt bremsen können? Wie zukunftsfähig ist Silberhöhe? Nachhaltig ist diese Siedlung eigentlich nur noch in punkto Energiebilanz und sparsamem Umgang mit Grund und Boden zu nennen. Wichtige Ansätze! Wir werden mit jedem Pfund wuchern müssen. Wir werden uns Mühe geben, optimistisch zu bleiben und nicht etwa sozialromantisch zu werden, wenn wir dabei den Leitfaden der ARGEBAU zur Ausgestaltung der Gemeinschaftsinitiative „Soziale Stadt“ (vom 22. April 1998) vor Augen haben. Denn die Ansprüche sind hoch. Ich zitiere:

- „Nicht mehr die Beseitigung städtebaulicher Missstände steht im Zentrum des politischen Interesses, sondern die Funktion und der Zusammenhalt des Gemeinwesens Stadt.“
- Der Segregation soll entgegengewirkt werden, die Bevölkerung vor Verdrängung geschützt werden.
- Ein nachhaltiger Aufschwung auf sozialem, wirtschaftlichen, städtebaulichem und ökologischem Sektor.
- Selbständige, lebensfähige Stadteile mit dem Anspruch, Quartiersentwicklungsprozesse in Gang zu setzen, Arbeitsbeschaffung mit Werkstätten aller Art, Tauschringen. Eine soziokulturelle Infrastruktur für alle einschließlich Kindern, Kinderbauernhöfe etc. und natürlich die bekannten Ziele der Wohnumfeldgestaltung und Ökologie. Schlussendlich alles mit intensiver Bürgermitwirkung. Usw.

Was ist nun unsere Agenda 21 für die Silberhöhe? Stichworte dazu:

- Seit etwa zwei Jahren verstärkte Impulse seitens der Stadtverwaltung (Dezernat Planen und Umwelt, Sozialdezernat) zum Aufbau von Kommunikationsebenen und zur Stärkung der bestehenden Bürgerinitiative Silberhöhe.
- Es entstand der „Arbeitskreis Silberhöhe“ mit Akteuren aus allen Bevölkerungsschichten, den Stadtwerken (als einer der wenigen Arbeitgeber vor Ort), Vertretern der zehn Wohnungsunternehmen, Vertretern der soziokulturellen Einrichtungen. Gemeinsame Veranstaltungen etwa alle zwei bis drei Monate.
- Dazu eine übergreifende sogenannte Stadtteilkonferenz in größeren Zeitabständen für die gesamte Bevölkerung.
- Einrichtung eines Bürgerbüros, ausgelöst durch die Landesinitiative Urban 21 und das Programm „Soziale Stadt“. Gemeinsame Finanzierung von Stadt und Wohnungsunternehmen.

- Ausgangspunkt für das Stadtteilmanagement. Betreut durch ein Architekturbüro aus Halle und S.T.E.R.N GmbH aus Berlin. Enge Kooperation mit dem sozialen Beratungsdienst Silberhöhe und den Wohnungsunternehmen. Herausgabe einer Stadtteilzeitung Silberhöhe.
- Aufgaben von S.T.E.R.N GmbH: Unterstützung des Dezernates Planen und Umwelt bei der Gesamtkoordination verwaltungsintern sowie mit den Wohnungsunternehmen. Abwicklung der Förderprogramme, Kosten und Finanzierung. Vor allem: Betreuung der konkreten Projekte von „Soziale Stadt“ und der Landesinitiative Urban 21.
- Die Projekte: Umnutzung einer ehemaligen Schule als Stadtteilzentrum. Umnutzung eines leerstehenden Jugendklubs als sogenannte Kiezkneipe (Ausbildungs- und Jugendwerkstatt), Bau einer Ausbildungswerkstatt nach Abbruch von Elf-Geschossern, Schaffung von „Lungerpunkten“ für Jugendliche. Dies alles zugleich als Einstieg für das Programm Urban 21.
- Intensivierung der Kooperation zwischen den in Bedrängnis geratenen elf Wohnungsunternehmen (sechs private, ein städtisches, vier genossenschaftliche) und der Stadtverwaltung. Unter anderem auf der Basis einer Kooperationsvereinbarung zu allen wichtigen Maßnahmen beider Partner inklusive Kosten- und Finanzierungsplanung, Durchführung der Abbruchkonzepte, Informationspolitik.
- Erarbeitung eines städtebaulichen Erneuerungskonzeptes für die Silberhöhe mit umfassendem Rückbaubestandteil für etwa ein Drittel aller Wohneinheiten (6 000), darunter fast alle Hochgeschosser. Ein Ratsbeschluss ist dafür in Kürze vorgesehen. Der Erfolgswang wächst täglich. Der soziale Friede ist labil geworden in der Silberhöhe. Die Dialogfähigkeit und das Geschick der Akteure bei der Vermittlung unangenehmer Wahrheiten ist aufs äußerste gefordert. Die Ungewissheit der Finanzierung eines Stadterneuerungsprogramms inklusive Abbruch von mindestens einer halben Milliarde DM für vor allem Investitionen im Bereich der Wohnungsunternehmen lähmt immer wieder unser Engagement.

Zum Schluss ein offenes Wort, das nicht missverstanden werden soll, denn wir brauchen jede Hilfe, auch die des Programms „Soziale Stadt“:

Es wäre unsozial, den Bürgern die Wahrheit zu verweigern. Es wäre unsozial, so zu tun, als könnte Silberhöhe seine jetzige Größe annähernd erhalten und die Notwendigkeit umfassender und vor allem geordneter Abbruchmaßnahmen zu leugnen. Es wäre unsozial, private und öffentliche Fehlinvestitionen zuzulassen. Es wäre unsozial, ohne intensive Wohnungsbauförderung für die Modernisierung von Wohnungen und der Städtebauförderung für die städtebauliche Nachrüstung die Programmziele der „Sozialen Stadt“ in Silberhöhe verwirklichen zu können.

## „Bündelung der Ressourcen“ im Rahmen des Kasseler Nordstadt-Projektes

### Modellstandort im Rahmen des Bund-Länder-Programms

Sehr geehrte Damen, sehr geehrte Herren, ich habe auf Bitten von Herrn Ministerialrat Raabe vom Hessischen Ministerium für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung, der leider kurzfristig seine Teilnahme an dieser Veranstaltung absagen musste, die Aufgabe übernommen, Sie eingangs kurz über die landespolitischen Aktivitäten in Hessen zur Thematik „Soziale Stadt“ zu informieren.

Dieser Bitte komme ich gerne nach, denn die auf Landesebene aufgebaute „Hessische Gemeinschaftsinitiative – Soziale Stadt“, kurz HEGISS genannt, hat sich für die hessischen Standorte inzwischen zu einem überaus wichtigen Informations- und Kommunikationsnetzwerk entwickelt. Eingebunden in das Netzwerk sind inzwischen nicht nur Standorte, die im Rahmen des Bund-Länder Programms „Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf – die soziale Stadt“ gefördert werden, sondern neben interessierten Kommunen ebenfalls jene Akteure in den Städten, die neue Wege suchen im Kontext „integrierter Stadtentwicklung“ und hierzu einen adäquaten Erfahrungsaustausch anstreben.

Durch das Hessische Ministerium für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung wird HEGISS darüber hinaus maßgeblich mitgetragen und gestaltet durch Vertreterinnen und Vertreter der Wohnungswirtschaft, der Wissenschaft, von Trägern sozialer Arbeit, hier insbesondere von der Landesarbeitsgemeinschaft für soziale Brennpunkte und von den Kommunen im Netzwerk. Derzeit befinden wir uns in der Schlussphase zur Vereinsgründung und werden in naher Zukunft in Form einer Geschäftsstelle über eine feste Anlaufstelle in Hessen für das Thema „Soziale Stadtentwicklung“ verfügen. Aufgabe der Geschäftsstelle „HEGISS“ wird es sein, für Akteure in der Stadtentwicklung, für Kommunen, Institutionen, Träger und Vereine, selbstverständlich auch für bürgerschaftlich organisierte Interessensgruppen Beratung, Fortbildung und Information anzubieten und zu koordinieren.

Als Kommunalpolitikerin kann ich nur unterstreichen, dass unsere frühe Mitwirkung in der Hessischen Gemeinschaftsinitiative überaus hilfreich war für die Projektaufbauphase des Kasseler Nordstadtprojektes und ich es deshalb begrüße und unterstütze, dass dieses Netzwerk in Kürze über feste, formalisierte Strukturen verfügen wird. HEGISS wird dann als professionalisierter Dienstleister für das Thema „Soziale Stadt“ in Hessen agieren und bietet darüber hinaus seine Mitarbeit in einem Netzwerk der Länder und des Bundes an. Diese neu entstandene Organisationsstruktur auf hessischer Ebene ist ein ganz deutliches Zeichen für die Etablierung ressortübergreifender Handlungsansätze, auch auf der landespolitischen Ebene. Als unterstützend erweisen sich inzwischen die

interministeriell entwickelten Kooperationen im Kontext einer sozial orientierten Stadtentwicklungspolitik, ein Ansatz der landespolitisch in Hessen seit Jahren verfolgt wird und durch neue Leitlinien inzwischen im großen Umfang Eingang in die kommunalpolitische Praxis erfährt. Meine nachfolgenden Ausführungen werden belegen, wie wichtig eine fachlich abgestimmte Landes- und selbstverständlich auch abgestimmte Bundespolitik im Kontext der integrierten Stadtentwicklung ist. Denn die Kommunen können selbstverständlich auch nur dann optimiert arbeiten, wenn eine adäquate und aufeinander abgestimmte Bundes- und Landespolitik den programmatischen Hintergrund bilden für vernetzte Lösungsmodelle, anwendbar für komplexe Problemlagen in Stadtteilen mit spezifischen Handlungsbedarfen, die hier im Mittelpunkt der Veranstaltung stehen.

Ich komme zum Standort Kassel-Nordstadt: Das Thema der Ressourcenbündelung unter dem Vorzeichen der „sozialen Stadt“ steht für mich in einem untrennbaren Kontext zur Entwicklung neuer Steuerungsmodelle in der Verwaltung. Ich werde deshalb die Projektvernetzung – sprich: die Bündelung von Teilprojekten und damit die Bündelung unserer Ressourcen auf Stadtteilebene – in Bezug setzen zu dem in Kassel gewählten Steuerungsmodell.

Ich weise gleich zu Anfang darauf hin, dass wir in Kassel im Verlauf der Projektkonzeption für unseren Standort eine sehr deutliche Abgrenzung und Definition der Begrifflichkeiten Quartiersmanagement, Stadtteilmanagement und Projektmanagement auf Verwaltungsebene entwickelt haben. Ich werde auf diese Definitionsschärfen an den entsprechenden Punkten meines Vortrages noch einmal eingehen, weil die Festlegung der Managementziele auf den unterschiedlichen Handlungsebenen: Quartier, Stadtteil, Verwaltung, die Voraussetzung ist für die Bündelung der Ressourcen aller mitwirkenden Akteure.

Bereits die Projektaufbauphase stand in Kassel unter der Prämisse der verbesserten Ressourcenbündelung. Diese Prämisse ist Grundbaustein der Projektphilosophie im Nordstadt-Projekt: Es ging und geht in der integrierten Stadtentwicklung nicht nur um neue Projekte oder Instrumente, sondern im Wesentlichen darum, die bestehenden Instrumentarien und Projekte, mit denen klassischerweise Kommunen arbeiten:

- durch neue Steuerungsmodelle besser, d.h. effizienter, zu vernetzen und
- im Zuge neuer Steuerungsmodelle, intermediär angesiedelte Mitwirkungsformen zu entwickeln, die mehr Eigenverantwortung und Initiative bei Trägern, Institutionen, Wirtschaft und Bürgerschaft ermöglichen.

Ein Novum ist also die Effizienz der eingesetzten Instrumentarien durch höhere Auslastung und inhaltliche Abstimmung derselben untereinander. Das heißt, Qualität und Wirkung von Projekten und Maßnahmen können durch verbesserte Steuerungsmodelle mit dem originären Ziel einer optimierten Ressourcenbündelung nachhaltig verbessert werden.

Untermuert von dieser These werde ich Ihnen den chronologischen Verlauf des Kasseler Projektes skizzieren, den Standort Kassel-Nordstadt anhand eines Steckbriefes

vorstellen und dabei immer wieder den Bezug zum Thema der Ressourcenbündelung herstellen.

Das Nordstadtprojekt wurde im Herbst 1997 unter der Federführung meines Dezernates Arbeitsförderung, Frauen, Gesundheit und Soziales mit einer „Impulsveranstaltung im Stadtteil“ gestartet.

Januar 1998 richtete ich in der Kommunalen Arbeitsförderung Kassel, eine gemeinnützige GmbH, die Koordinierungsstelle für das Nordstadt-Projekt ein. Ziel war es, konzentriert auf den Stadtteil Nordstadt die Instrumente der Sozialplanung, insbesondere auch die der Arbeitsförderung in meinem Dezernat mit weiteren Politik- und Arbeitsfeldern in anderen Dezernaten, u.a. mit der Jugendarbeit und Stadtplanung sowie interessierte Akteure im Stadtteil zu verknüpfen. Mitte 1998 konnte das Bau- und Planungsdezernat sowie das Sozialdezernat der Stadt Kassel einen gemeinsamen Antrag auf Aufnahme in das Hessische Landesprogramm „Einfache/Soziale Stadterneuerung“ stellen; die Aufnahme erfolgte Februar 1999.

Festgelegt durch einen Magistratsbeschluss liegt in Kassel die Federführung für das Gesamtprojekt in der Zuständigkeit des Sozialdezernats, die Federführung für die Umsetzung der städtebaulichen Maßnahmen liegt beim Planungsdezernat.

Dieses in Kassel gewählte Konstrukt halte ich für den ersten, wichtigen Aspekt für die effiziente Bündelung der Ressourcen, weil sich hieraus im Folgenden aus dem Charakter der Zuständigkeiten im Steuerungsmodell sehr deutlich eine verbindliche Verknüpfung städtebaulicher und sozialplanerischer Instrumentarien ergibt. Ich verweise deshalb bereits an dieser Stelle darauf, dass ich aus diesen Gründen die sehr verwaltungsnah Anbindung des Stadtteil- und Projektmanagements – *nicht des Quartiersmanagements* – für einen großen Vorteil halte. Zugespitzt: Die Förderpolitik des Landes wie des Bundes im Kontext der sozialen Stadt interpretiere ich als implizite Aufforderung zur Verwaltungsmodernisierung, also zur Überwindung starrer Ressortzuständigkeiten.

Werfen wir einen Blick auf den Stadtteil anhand der Folie 1:

Kassel hat 200 000 Einwohner, davon leben 16 000 in der Nordstadt. Die Nordstadt ist historisch ein von Großindustrien, Gewerbe und Handwerk Verwaltungsmodernisierung, also zur Überwindung starrer geprägter Standort, ein klassischer Arbeiterstadtteil, in dem dramatischer Arbeitsplatzabbau gerade in der Schwerindustrie in den vergangenen 15 Jahren zu einer negativen Entwicklung der Sozialstrukturdaten geführt haben. Nur ausschnitthaft seien die Zahlen genannt: 44 Prozent der ausländischen Bevölkerung in Kassel leben in der Nordstadt, fast 50 Prozent davon sind türkischer Herkunft; 40 Prozent der Gesamtbevölkerung in der Nordstadt sind arbeitslos und 18 Prozent erhalten Sozialhilfe.

## **NORDSTADT-PROJEKT KASSEL ➔ Steckbrief**

**EINWOHNER/ -INNEN STADT KASSEL: ca. 200.000**

**EINWOHNER/ -INNEN NORDSTADT-KASSEL: ca. 16.000**

- bevölkerungsreichster und dichtbesiedelster Stadtteil
- industriell geprägter Stadtteil (Thyssen-Henschel, Adtranz)
- klassischer Arbeiterstadtteil
- hohe Baudichte
- hoher Altbauanteil
- mangelnde Freiflächenausstattung
- hohe Verkehrsbelastung
- Hochschulstandort seit 1970

### **AUSLÄNDISCHE MITBÜRGERINNEN UND MITBÜRGER:**

Stadt Kassel: ca. 30.000 ≈ 14% der Gesamtbevölkerung

Nordstadt: ca. 7.000 ≈ 44,4% der gesamten Stadtteilbevölkerung

### **AUSLÄNDER/-INNEN NACH NATIONALITÄTEN IN DER NORDSTADT:**

Nationalität	%
Türkisch	46,9
ehem. Jugoslawisch	13,6
Sonstige:	39,5

### **KONFESSIONSZUGEHÖRIGKEIT NACH DEN DREI GRÖSSTEN KONFESSIONEN:**

Konfession	%
evangelisch	42,5
islamisch	20,0
katholisch	16,5

### **ARBEITSLOSENQUOTE:**

- ca. 40 % der Gesamtbevölkerung in der Nordstadt ist arbeitslos
- ca. 18 % der Gesamtbevölkerung in der Nordstadt erhält Sozialhilfe

(STAND 2000)

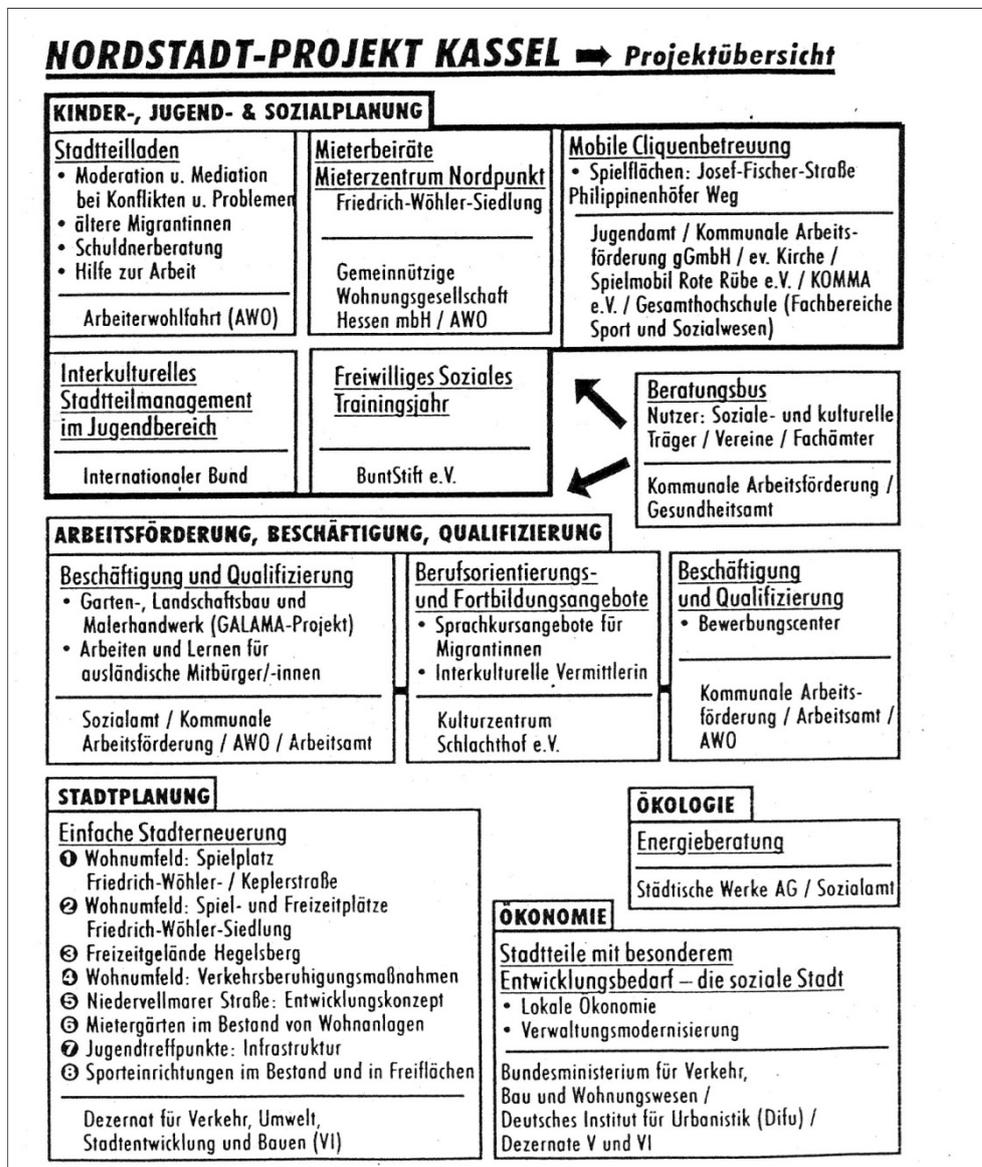
Folie 1

Die Nordstadt ist keineswegs ein Stadtteil mit ausschließlichen Negativfaktoren, belastende Entwicklungen in der sozialen wie baulich-räumlichen Struktur des Stadtteils sind dennoch nicht zu übersehen.

Wir kommen zur Folie 2: Ich kann die Teilprojekte hier nicht im Einzelnen ausführen; sie erkennen jedoch übergeordnet fünf Arbeitsfelder, die im Gesamtprojekt unterschiedliche Querbezüge in der Koordinierung und Abstimmung untereinander aufweisen.

1. Kinder-, Jugend- und Sozialplanung,
2. Arbeitsförderung, Beschäftigung, Qualifizierung,
3. Ökologie,
4. Stadtplanung: dies sind die Maßnahmen, die im Rahmen des Landesprogramms „Einfache Stadterneuerung“ umgesetzt werden und

5. Förderung der lokalen Ökonomie und das Thema Verwaltungsmodernisierung wollen wir perspektivisch mit Unterstützung des Bundesprogramms ausbauen ab diesem Jahr.

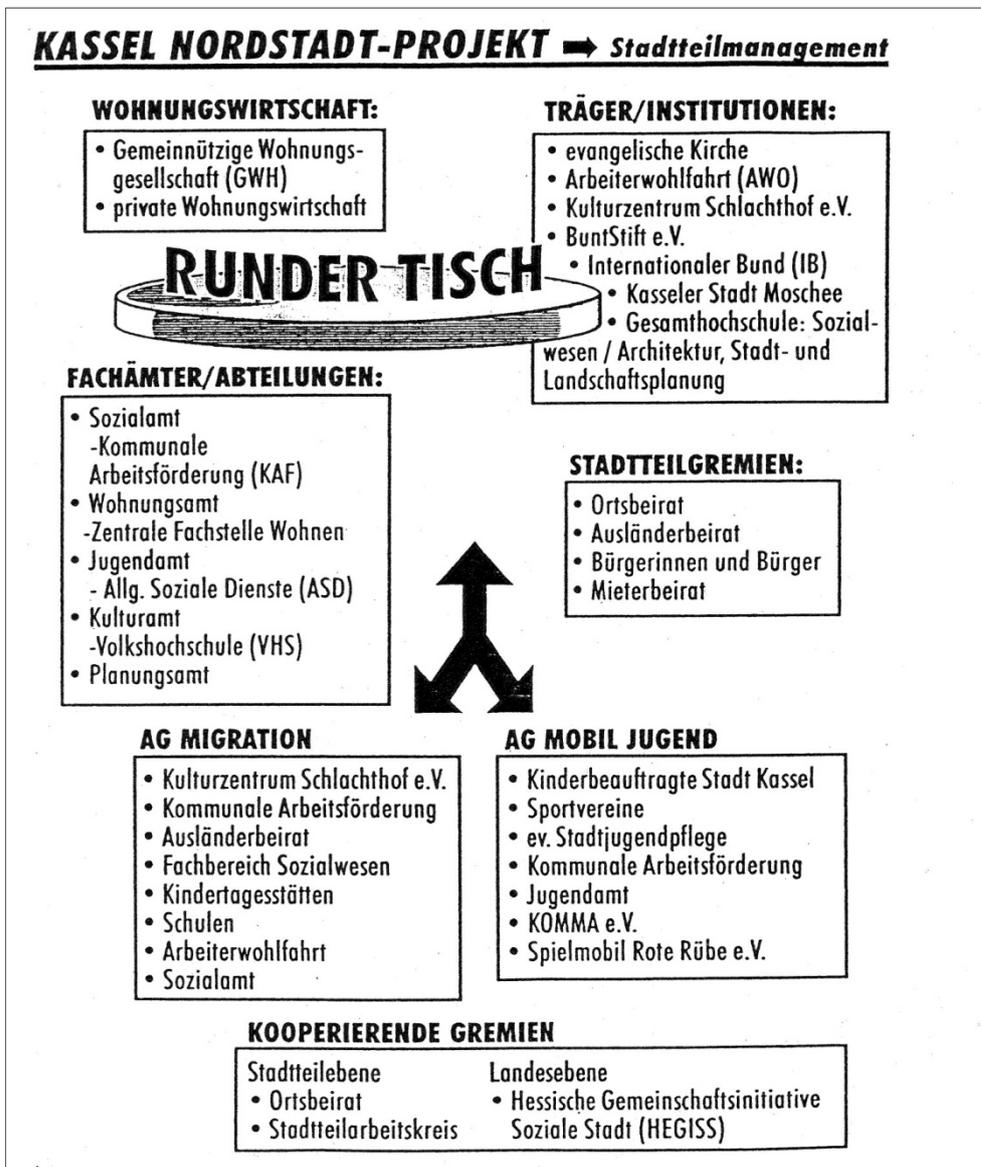


Folie 2

Im Arbeitskontext des Stadtteilladens in Trägerschaft der Arbeiterwohlfahrt und im Mieterzentrum „Nordpunkt“, in gemeinsamer Trägerschaft der Arbeiterwohlfahrt und der Gemeinnützigen Wohnungsbaugesellschaft Hessen bieten wir ein sozialräumlich abgestimmtes Angebot von Beratungsarbeit, Zielgruppenarbeit und Gemeinwesenarbeit an. Das heißt: die Angebote sind quartiersnah und bedarfsorientiert zwischen verschiedenen Trägern ausgerichtet und koordiniert. Diese Form der Abstimmung sozialer Angebote für die Zielgruppen Kinder, Jugend, Frauen, Migrantinnen/Migranten, Arbeitssuchende im engeren sozialräumlichen Bezug definieren wir als *Quartiersmanagement*. Wir bündeln damit unsere sozialplanerischen Ressourcen in spezifischen Quartieren des Stadtteils, in denen ein besonderer Handlungsbedarf zu

erkennen ist. Diese spezifischen Angebote sind dabei nicht im gesamten Stadtteil erforderlich. Leistungsbeschreibungen und Controlling dieser sozialarbeiterischer Angebote erfolgen über Verträge mit den freien Trägern nach § 93 BSHG. U.a. über das Quartiersmanagement wird projektbezogen die Bürgermitwirkung- und Beteiligung/Motivation zur Eigeninitiative der Bewohnerschaft sowie ihre Selbstorganisation gestützt.

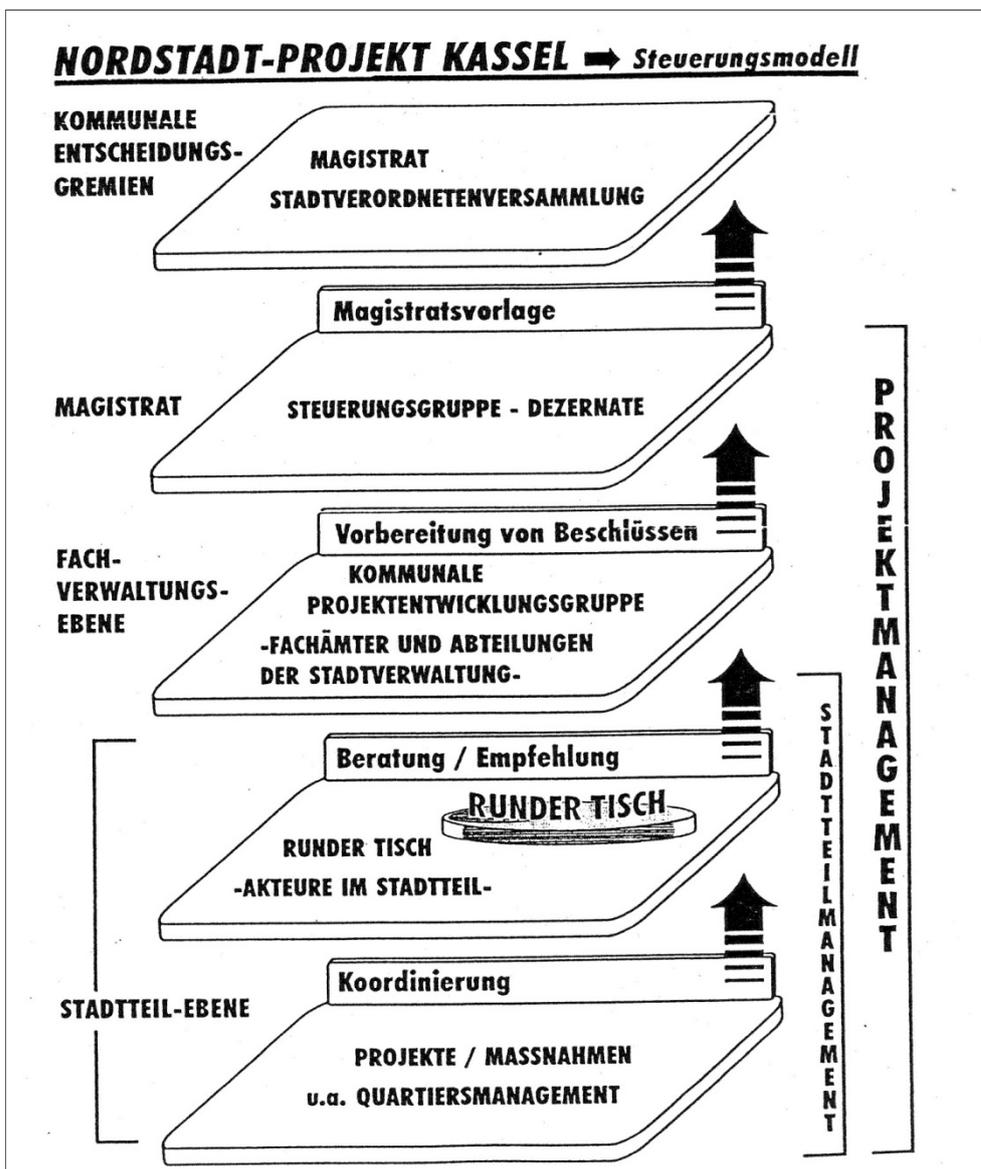
Die dritte Folie zeigt den so genannten „Runden Tisch Nordstadt-Projekt“. Die Koordination aller Teilprojekte, die Sie auf der zweiten Folie im Überblick gesehen haben, werden hier in 14-tägigen Arbeitstreffen inhaltlich abgesprochen, vernetzt und weiterentwickelt. Das Gremium versteht sich nicht „als Interessenvertretung des Stadtteils“, wengleich natürlich Interessensvertreter des Stadtteils hier mitwirken, sondern als ein Gremium des Interessensausgleichs der kooperierenden Akteure.



Folie 3

Ich könnte auch sagen, es ist kein politisches Gremium sondern ein Fachgremium im Sinne „Expertinnen/Experten im Stadtteil“. Die Arbeitsformen sind deshalb dialogisch und konsensorientiert geprägt. Kontinuierlich mitwirkende Akteure sind Fachämter der Stadt Kassel, Wohnungswirtschaft, konfessionelle und freie Träger, Vereine und Institutionen, die Universität mit zwei Fachbereichen sowie Vertreter aus Stadtteilgremien: der Ortsbeirat, der Ausländerbeirat sowie Bürgerinnen und Bürger. In diesem Gremium geht es um Arbeitsabsprachen und Koordinierung der Teilprojekte den gesamten Stadtteil betreffend. Als „Stadtteilmanagement“ bezeichnen wir deshalb die Organisation, Moderation und Dokumentation der Sitzungen des „Runden Tisches“, sowie die aus den Sitzungen resultierenden weiteren Koordinierungsaufgaben, respektive die Vernetzung der Arbeit dieses Gremiums mit dem *Projektmanagement* auf der Ebene der Kommunalverwaltung.

Folie 4 zeigt die notwendige „Schnittstelle“ von Projektmanagement auf kommunaler Verwaltungsebene mit dem eben beschriebenen Stadtteilmanagement.



Ein Magistratsbeschuß sichert das Verfahren und die Funktionen der Projektgremien ab: Demnach hat der Runde Tisch Nordstadt-Projekt eine beratende Funktion gegenüber den formalen, demokratisch legitimierten Entscheidungsgremien im Magistrat. Das heißt: Die politischen Entscheidungen werden auf der Grundlage und unter Berücksichtigung der Beratungen im Stadtteil gefällt, vorbereitet wird dies durch die beiden Gremien Kommunale Projektentwicklungsgruppe – verkürzt sind dies die Fachämter, vertreten durch die Amtsleitungen – und die Steuerungsgruppe, das sind die Dezernentin und die mitwirkenden Dezernenten.

Die Koordinierung für das Stadtteil- und für das Projektmanagement ist angesiedelt, wie eingangs bereits erwähnt, in der Kommunalen Arbeitsförderung Kassel; diese hat die Rechtsform einer gemeinnützigen GmbH, personell ist die Koordinierungsstelle ausgestattet mit zwei Personen, Vollzeit; das Projektmanagement wird derzeit unterstützt durch eine ABM-Stelle für das Stadtteilmanagement. Diese Koordinierungsstelle agiert somit in den Stadtteil hinein wie in die Verwaltung. Ich akzeptiere hier durchaus das Bild, dass die verschränkte Ansiedlung des Projekt- und Stadtteilmanagements in einer Koordinierungsstelle, verwaltungsnah in einer städtischen gGmbH angesiedelt, einen „verlängerten Arm“ der Verwaltung in den Stadtteil hinein darstellt, wohlgemerkt nicht im Sinne der Kontrolle oder Einflussnahme, sondern in dem Sinne, dass wir die umfangreichen Ressourcen und Instrumentarien der städtischen Verwaltung optimaler bündeln, und zwar finanziell wie inhaltlich. Die Beratungskompetenz auf Stadtteilebene über die intermediäre Form des Runden Tisches verbessert dabei die Qualität fachlicher und politischer Entscheidungen in der Kommunalverwaltung, verbessert dadurch ressortübergreifende Zusammenarbeit, forciert integriertes Verwaltungshandeln.

Stichworte, die mir den Übergang zur letzten, 5. Folie ermöglichen und damit zu einer vorläufigen Bilanz:

- Wir benötigen flexible (Planungs-)Verfahren statt lineare zur Lösung komplexer Problemlagen;
- Ressourcenbündelung erhöht inhaltliche , personelle und finanzielle Effizienz;
- Ressourcenbündelung heißt Verwaltungsmodernisierung;
- Integratives Verwaltungshandeln erfordert das Experiment erweiterter Steuerungsmodelle;
- Erweiterte Steuerungsmodelle sind eine Chance für die politische Kultur.

Mein Fazit:

Das Nordstadtprojekt hat in Kassel längst Pilotfunktion und schlägt sich positiv auf die kommunalpolitische Kultur im gesamten Stadtgebiet nieder. Die Forderung nach Ressourcenbündelung und damit nach effizienterem Einsatz der Ressourcen aus Verwaltung, Freien Trägern, Wirtschaft und Bürgerschaft dokumentiert sich im Pressespiegel der letzten Folie:

## **NORDSTADT-PROJEKT KASSEL → Bilanz**

- Wir benötigen flexible (Planungs-)Verfahren statt lineare zur Lösung komplexer Problemlagen
- Ressourcenbündelung erhöht inhaltliche, personelle und finanzielle Effizienz
- Ressourcenbündelung heißt Verwaltungsmodernisierung
- Integratives Verwaltungshandeln erfordert das Experiment erweiterter Steuerungsmodelle
- Erweiterte Steuerungsmodelle sind eine Chance für die politische Kultur



Folie 5

Stadtteilbewohner/innen fordern „Runde Tische“ für ihre Stadtteile.

Die Kommunalverwaltung hat bereits reagiert: Im Herbst 1999 wurde per Magistratsbeschluss eine Koordinierungsstelle für dezernatsübergreifende Zusammenarbeit unter Federführung des Bürgermeisters eingerichtet. In drei weiteren Stadtteilen wird inzwischen an dem Aufbau einer vergleichbaren Strukturen gearbeitet, um auch hier die Bündelung der Ressourcen im sozialräumlichen Bezug zu optimieren.

## „Soziale Stadtteilentwicklung“ in Hamburg

### 1. Entwicklung des Programms „Soziale Stadtteilentwicklung“

Der integrierte Ansatz des neuen Bund-Länder-Programms „Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf – die Soziale Stadt“ kommt in der Hamburger Stadterneuerung bereits seit vielen Jahren zur Geltung. In der vergangenen Legislaturperiode von 1993 bis 1997 hat Hamburg mit einem Pilotprogramm zur Armutsbekämpfung („Zusätzliche Maßnahmen gegen Armut als Bestandteil sozialer Stadtentwicklung“) in acht Stadtteilen neue Verfahrensansätze erprobt. Dies gilt vor allem für die Behördenkooperation, das Stadtteilmanagement und die in den Vordergrund gerückten Ziele der verstärkten Bürgerbeteiligung der Belebung der lokalen Wirtschaft und der Förderung von Beschäftigung im Stadtteil.

Unter Berücksichtigung der Erfahrungen mit diesem Pilotprogramm hat der Hamburger Senat im September 1998 sein gesamtes Stadterneuerungsprogramm neu gefasst. Das aktuelle Programm trägt die Bezeichnung „Soziale Stadtteilentwicklung“. Parallel dazu hat sich Hamburg sehr für die Gemeinschaftsinitiative „Soziale Stadt“ der ARGEBAU eingesetzt und das neue Bund-Länder-Programm mit auf den Weg gebracht. Im Rahmen dieser Starter-Konferenz zeigen wir im Foyer des Hauses der Kulturen der Welt eine kleine Ausstellung „Stadtviertel in Bewegung“ mit Beispielen von „Best Practice“ aus Hamburg

Im aktuellen Programm fördern wir zur Zeit – abgesehen von einigen auslaufenden Verfahren – ca. 15 innerstädtische Gebiete und 25 große Siedlungen. Die innerstädtischen Gebiete gehören durchweg in das Sanierungsprogramm. Dort ist das besondere Städtebaurecht – bei der typischen kleinteiligen Grundstücksstruktur und vielen privaten Grundeigentümern – nach wie vor – eine wichtige Hilfe zur Steuerung des Entwicklungsprozesses. In den großen Siedlungen, in denen die Grundstücke in der Regel nur wenigen mitwirkungsbereiten Wohnungsunternehmen gehören, wenden wir dagegen ein vereinfachtes flexibleres hamburgisches Stadtteilentwicklungsprogramm (STEP) ohne förmliche Festlegung an.

Die im ARGEBAU-Leitfaden formulierte fachübergreifende Programmatik für die Soziale Stadt ist in Hamburg für die gesamte Stadterneuerung – also für beide Programmsäulen und alle 40 Fördergebiete – maßgeblich. Sie betrifft nicht nur – wie in anderen Bundesländern – ein Teilprogramm der Städteförderung.

Das Hamburger Gesamtprogramm „Soziale Stadtteilentwicklung“ bezieht sich auf ca. 200 000 Einwohner (bei einer Bevölkerungszahl von ca. 1,7 Mio. in Hamburg) und ist mit ca. 55 Mio. DM ausgestattet.

Nun möchte ich auf die wesentlichen Aspekte der „Bündelung der Ressourcen“ auf gesamtstädtischer Ebene eingehen. Herr Brinkmann von der Stadterneuerungs- und Stadtentwicklungsgesellschaft Hamburg wird die Aspekte der Bündelung auf der lokalen Ebene ergänzen.

## 2. Auswahlverfahren

Ich beginne mit dem Verfahren für die Gebietsauswahl, weil die Bereitschaft der beteiligten Ressorts und anderer Beteiligter, Ihre Ressourcen einzubringen, voraussetzt, dass in einem transparenten Gebietsauswahlverfahren ein fachübergreifender Konsens erzielt wird. Für dieses Auswahlverfahren ist in Hamburg ein Kriterienkatalog ausgearbeitet worden, der auf die Belange aller beteiligten Politikbereiche eingeht, zwischenbehördlich abgestimmt und vom Senat beschlossen worden ist.

Die Fortschreibung des Programms, die vor allen den Beginn und den Abschluss von Förderverfahren betrifft, wird nach schriftlicher Abstimmung in einem „Behördenausschuss für Soziale Stadtteilentwicklung“ vorbereitet. An diesem Ausschuss nehmen die Leiter der beteiligten Fachressorts und der Bezirksämter unter Vorsitz des Stadtentwicklungssenators teil. Der Senat trifft die definitive Entscheidung.

## 3. Quartiersentwicklungskonzepte

Das wichtigste Instrument zur Steuerung und Bündelung des Handelns auf gesamtstädtischer und lokaler Ebene ist das mit ausgiebiger Bürgerbeteiligung zu erarbeitende Quartiersentwicklungskonzept mit einer zugehörigen Zeit-Maßnahmenplanung. Quartiersentwicklungskonzepte sind ebenso als verlässliche Basis für private Investitionen wie auch als verbindliche Grundlage für den Mitteleinsatz der betroffenen Fachbehörden erforderlich. Die Konzepte werden vom Stadtteilmanagement vor Ort erarbeitet, zwischenbehördlich abgestimmt und auf Senatsebene beschlossen.

## 4. Organisation der Behördenkooperation

Wie bereits erläutert bereitet der alle wichtigen Ressorts umgreifende „Behördenausschuss für Soziale Stadtteilentwicklung“ die Gebietsauswahl vor. Dieser Ausschuss stimmt auch die generellen Ziele zur Programmfortschreibung sowie die Überlegungen zum Stadtteilmanagement und zur Maßnahmenstruktur ab.

Es hat sich jedoch gezeigt, dass nur relativ wenige Problemstellungen in dieser großen multilateralen Runde gelöst werden müssen. Die meisten Fragen lassen sich viel leichter und effizienter bilateral zwischen der programmsteuernden Stadtentwicklungsbehörde und dem Fachressort klären. Daher werden periodisch bilaterale Programmgespräche geführt. Zu diesen Gesprächen werden auch kompetente Partner der Fachpolitiken – wie das Arbeitsamt, die Handelskammer, die Handwerkskammer oder große Wohnungsunternehmen hinzugezogen. In strittigen Fällen entscheidet die einmal im Monat tagende Senatskommission für Stadtentwicklung, Wirtschaft, Umwelt und Verkehr.

Themen der bilateralen Gespräche sind – neben der Abstimmung von Finanzierungsfragen – z.B.:

- die befristete Aussetzung von Belegungsbindungen und der Fehlbelegungsabgabe,
- die Einrichtung von Ganztageschulen und Schulmensen, die Öffnung der Schulen zum Stadtteil,
- die Einrichtung lokaler Jobvermittlungen, der Einsatz von Arbeitsmarktprogrammen, die Wettbewerbsverträglichkeit von Einrichtungen des zweiten Arbeitsmarks,
- die Organisation von Stadtteilpflegeprogrammen und
- die spezifische Handhabung von Sparprogrammen in den Fördergebieten. (So darf es z.B. nicht vorkommen, dass eine öffentliche Bücherhalle in einem Fördergebiet wegen zu geringer Leserfrequenz geschlossen wird.)

Neben den Abstimmungsgesprächen sind zahlreiche schnelle zwischenbehördliche Einzelkontakte notwendig. Dafür ist ein Netz kompetenter Ansprechpartner installiert worden. In den Fachbehörden sind Ansprechpartner für das Programm der Sozialen Stadtteilentwicklung benannt worden, die innerhalb ihrer Bereiche koordinieren. Umgekehrt gibt es in der Stadtentwicklungsbehörde Ansprechpartner für Fachpolitiken, die sich vertieft mit den Fachprogrammen auseinandersetzen. In den Bezirksämtern koordinieren Beauftragte die Soziale Stadtteilentwicklung.

## 5. Gebündelte Finanzierung

Gemäß Senatsbeschluss gilt als Grundprinzip, dass die Finanzierung der „Sozialen Stadtteilentwicklung“ primär aus den Fachhaushalten zu leisten ist.

Die Mittel der Stadtentwicklungsbehörde sind einzusetzen

- zur Finanzierung des Stadtteilmanagements und der Bürgerbeteiligung und
- zur investiven Anteils- bzw. Spitzenfinanzierung zur zügigen Umsetzung der Quartiersentwicklungskonzepte nach dem Subsidiaritätsprinzip, soweit notwendige Mittel in den Fachbehörden nicht oder nicht rechtzeitig zur Verfügung stehen.

Eine weitergehende Regelung ist für den Einsatz von Mitteln aus den Arbeitsmarktprogrammen getroffen worden. Der Hamburger Senat hat festgelegt, dass ein Drittel des Mittelvolumens der Arbeitsmarktprogramme in den Gebieten der Sozialen Stadtteilentwicklung einzusetzen ist.

Für die Bürgerbeteiligung stellt die Stadtentwicklungsbehörde kleine Verfügungsfonds bereit, über deren Einsatz die Bürgerbeiräte selbst disponieren. Diese Mittel werden für Maßnahmen verwendet, die Selbsthilfe und Eigenverantwortung fördern, nachbarschaftliche Kontakte beleben und zur Beschäftigung im Quartier beitragen.

Der Hamburger Bürgerschaft ist zu den Haushaltsberatungen jährlich ein Bericht über den Fortgang der sozialen Stadtteilentwicklung vorzulegen. Da alle Behörden zu diesem

Bericht eigene Fachbeiträge liefern müssen, trägt auch diese Berichtspflicht dazu bei, dass das Bündelungsprinzip in den Behörden ernst genommen wird.

## 6. Erfahrungsaustausch

Sehr wichtig für das gebündelte Handeln ist auch ein schneller und stetiger Wissens- und Erfahrungsaustausch. Die Stadtentwicklungsbehörde organisiert regelmäßig Veranstaltungen zum Erfahrungsaustausch und zur Fortbildung für die zahlreichen am Programm beteiligten Akteure. Diese Veranstaltungen sollen informieren und zugleich Anregungen zur Weiterentwicklung des Programms initiieren. Sie werden überwiegend einzelnen Fachthemen gewidmet (Arbeitsmarktpolitik, Wohnungspolitik, Stadteilkultur) und werden von der Stadtentwicklungsbehörde in Kooperation mit jeweils betroffenen Fachbehörden durchgeführt.

## Bundesprogramm Soziale Stadt und Hamburgisches Stadtteilentwicklungsprogramm Säule II am Beispiel des Pilotstadtteils Lurup: Flüsseviertel und Lüdersring

Sehr geehrte Damen und Herren, am Beginn des Referates darf ich mir erlauben, Ihnen kurz die STEG Hamburg mbH und Ihr Leistungsprofil vorzustellen. Die STEG Hamburg mbH ist treuhänderischer Sanierungsträger der Freien und Hansestadt Hamburg für zur Zeit acht förmliche Sanierungsverfahren nach BauGB und Stadtteilmanager/Quartiersentwickler für die Stadtteile Lurup (Flüsseviertel und Lüdersring), Altona-Nord sowie im Auftrag der Stadt Lübeck im Rahmen des Programms Soziale Stadt für den Stadtteil Lübeck St. Lorenz. Darüber hinaus sind wir betraut mit dem Pilotprojekt für eine Sicherheitskonferenz in Altona-Nord und Altona-Altstadt im Auftrag des Bezirksamtes Hamburg Altona.

Die STEG hat ein Treuhandvermögen von ca. 1 200 Wohnungen und 300 Gewerbeeinheiten in der westlichen, inneren Stadt Hamburg. Neben der laufenden Modernisierung und Instandsetzung des Wohnungsbestandes stechen zwei Projekte heraus:

- die Revitalisierung der ehemaligen Rinderschlachthalle auf dem südlichen Schlachthofgelände zu einem Kommunikations- und Gewerbezentrum mit einer integrierten Existenzgründeretage gefördert im Rahmen der EU,
- das Pilotprojekt für ein Sozial- und Gesundheitszentrum auf den Flächen des ehemaligen Hafenkrankehauses in St. Pauli.

Welches Leistungsspektrum bietet die STEG an:

- Sanierung nach BauGB,
- Quartiers- und Stadtteilmanagement,
- Verwaltung und Bewirtschaftung von Wohnungs- und Gewerbeeinheiten  
Modernisierung, Instandsetzung und Neubau,
- Projektsteuerungsleistungen,
- lokale Gewerbeförderung und Stadtteilmarketing.

(Sie erreichen uns im Internet unter [www.steg-hh.de](http://www.steg-hh.de), Kontakt: Geschäftsführer Hans Joachim Rösner oder für den Bereich integrierte Stadtentwicklung Martin Brinkmann, Telefon 040/43 13 93-0.)

Ich möchte Ihnen nun anhand des Stadtteiles Lurup in Hamburg Altona vorstellen, wie die STEG im Rahmen des Bundesprogramms Soziale Stadt und des Hamburgischen Stadtteilentwicklungsprogramms Programmsäule II (Beitrag von Herrn Krüger, STEB) bei der Ressourcenbündelung vor Ort vorgeht und welche Instrumente dazu beispielhaft eingesetzt werden.

Die STEG Hamburg mbH ist seit Anfang 2000 mit der Quartiersentwicklung und dem Stadtteilmanagement für Lurup (Flüsseviertel und Lüdersring) durch den Bezirk Altona beauftragt. Auf den Abbildungen 1-3 sehen Sie noch einmal die Lage des Quartiers in Hamburg sowie die beiden Quartiere Lüdersring und Flüsseviertel von ihrem städtebaulichen Aufbau her. Weitere Einzelheiten zu den Eckdaten für dieses Quartier entnehmen Sie bitte den vorgelegten Arbeitspapieren zum Programm, Band 3.

Abbildung 1: Lurup – Lage in Hamburg

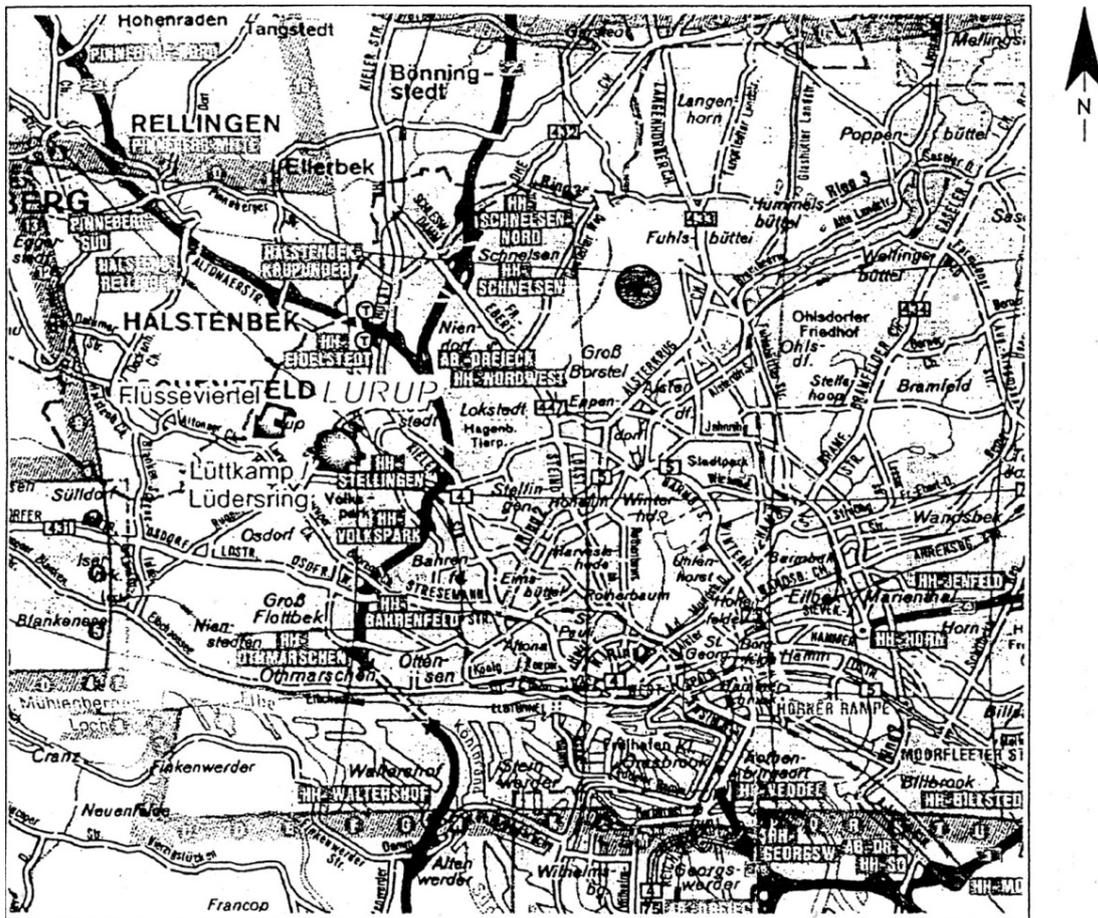


Abbildung 2: Untersuchungsgebiet „Lüdersring/Lüttkamp“

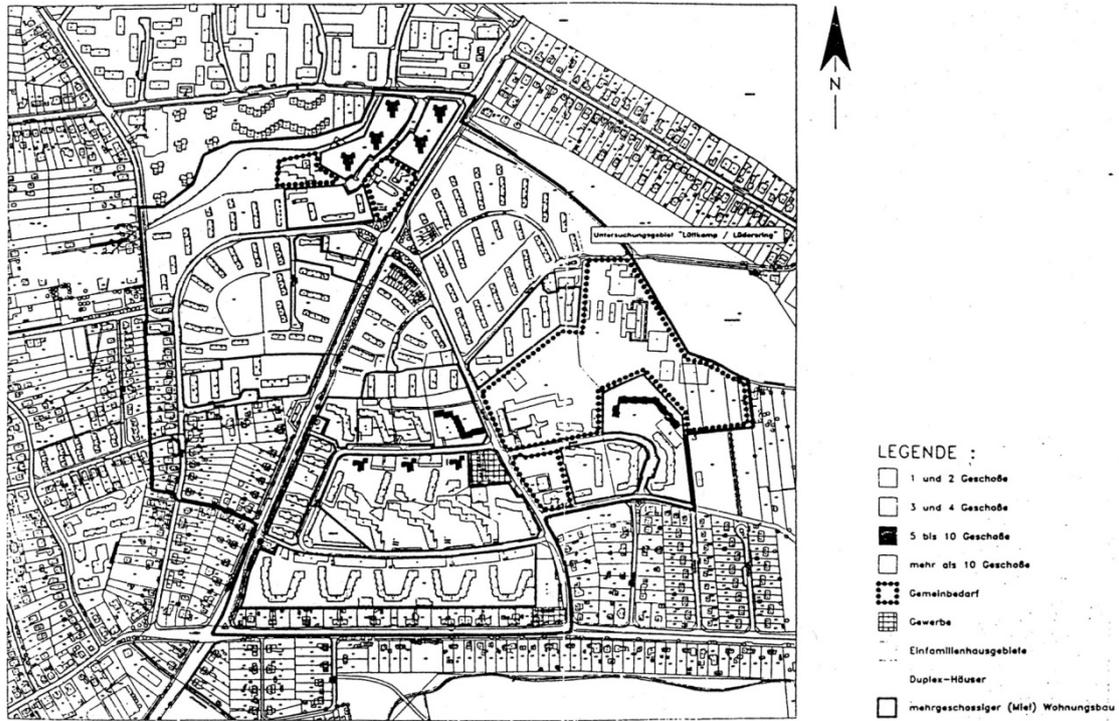


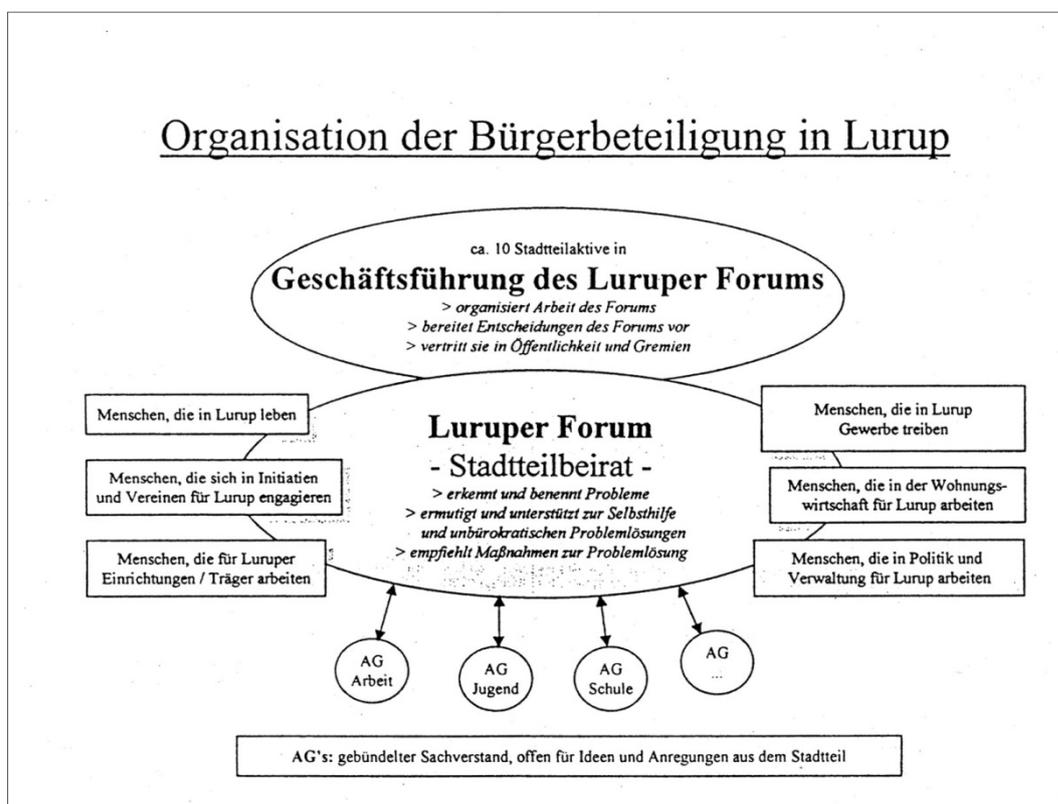
Abbildung 3:  
Untersuchungsgebiet  
„Flüsseviertel“



Die STEG steht, natürlich wenn der Vertragsbeginn Anfang 2000 war, sozusagen am Beginn der Arbeit in Lurup, aber dann doch nicht wieder am Beginn, weil sich in Lurup bereits eine Menge getan hat. Ressourcenbündelung vor Ort heißt natürlich immer, mit den Potenzialen, die bereit und in der Lage sind, positive Signale zu setzen, zusammenzuarbeiten. Daher ist es um so erfreulicher, dass sich Bürgerbeteiligung in Lurup bereits in Form des Luruper Forums organisiert hat.

Sie sehen auf der Abbildung 4 die derzeitige Organisationsform der Bürgerbeteiligung in Lurup mit dem Luruper Forum als Zentrum aller Vor-Ort-Aktivitäten.

Abbildung 4

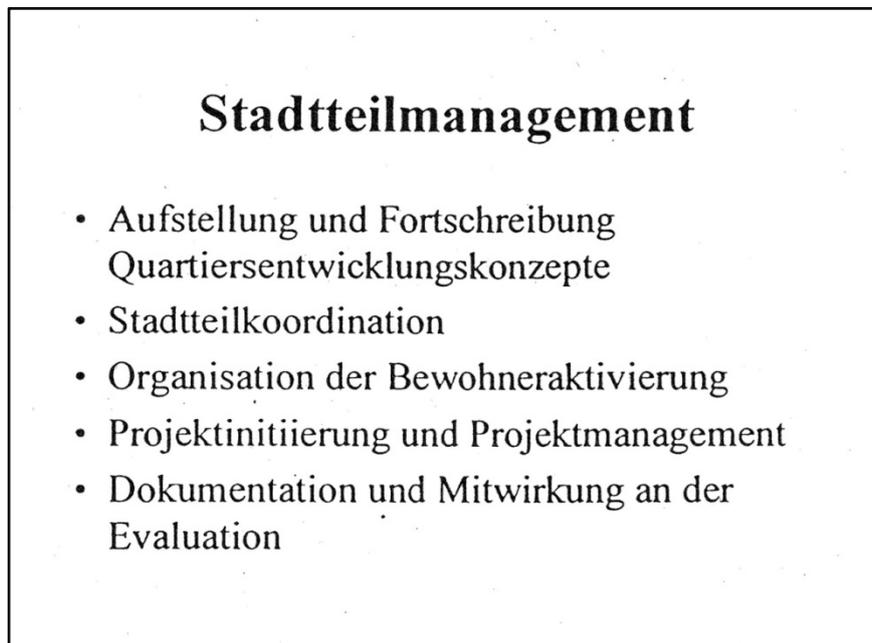


Stadtteilmanagement hat nach dem Verständnis der STEG auf Grundlage des Bundesprogramms und auch des Hamburgischen Landesprogramms folgende Hauptaufgabenstränge:

- A Die Aufstellung und Fortschreibung der Quartiersentwicklungskonzepte.
- B Die Stadtteilkoordination, dazu gehört u.a. die Organisation der Öffentlichkeitsarbeit, die Initiierung von Arbeitsgruppen und Workshops, die Begleitung der Foren-/Stadtteilbeiräte sowie die Information von Politik und Verwaltung.
- C Organisation der Bewohneraktivierung, z.B. durch Befragung, Interviews, Initiierung von themenspezifischen Interessengruppen, z.B. Gewerbe- sowie Nachbarschaftsaktionen und Aktionen und Maßnahmen für bestimmte Zielgruppen wie Kinder und Jugendliche oder ausländische Mitbürger.

- D Projektinitiierung und Projektmanagement wie z.B. für Beschäftigungsprojekte, das Themenfeld Schule und Nachbarschaft mit einer Schulhofumgestaltung oder die Zusammenstellung eines Info-Folders über die sozialen Angebote im Quartier sowie die Unterstützung der Projektträger bei Konzeptionierung, Finanzierung und Durcharbeitung von Projekten.
- E Als letzter Punkt ist selbstredend die Dokumentation des Prozesses und die Mitwirkung an der Evaluation.

Abbildung 5

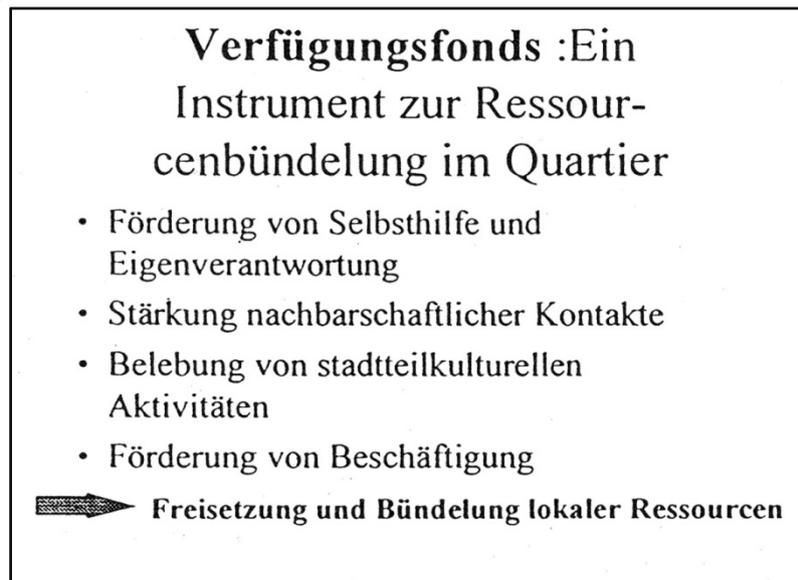


Aus Sicht der STEG ist gerade der im Hamburgischen Landesprogramm vorgesehene Verfügungsfonds ein wesentliches Instrument zur Ressourcenbündelung im Quartier. Damit können folgende Aktivitäten/Möglichkeiten erreicht und angesprochen werden:

- die Förderung von Selbsthilfe und Eigenverantwortung,
  - die Stärkung nachbarschaftlicher Kontakte,
  - die Belebung von stadtteilkulturellen Aktivitäten,
  - die Förderung von Beschäftigung.
- ➔ Dadurch kann die Freisetzung und Bündelung von lokalen Ressourcen verbessert werden. Es werden zudem neue Kooperationen geschaffen und es bilden sich nachhaltige Strukturen heraus. Einige Beispiele von Projekten, die aus den Verfügungsfonds gefördert worden sind:
- ▲ Hausaufgabenhilfe für Mädchen ausländischer Herkunft,
  - ▲ eine Fotoausstellung „St. Pauli von unten“,
  - ▲ Werbung für Schanze-online.de,
  - ▲ eine Fahrradselbsthilfewerkstatt für Schulkinder,
  - ▲ ein Straßenfußballturnier.

Die Beträge für die Förderung von Einzelprojekten liegen bisher in einem Rahmen zwischen 100,- und 4 700,- DM. Die Höhe der Verfügungsfondsmittel richtet sich nach der Einwohnerzahl und beträgt in Hamburg z.Zt. zwischen 20 000,- DM und 40 000,- DM. Zwingend vorgeschrieben ist durch das Landesprogramm die Vergabe der Verfügungsfondsmittel durch ein Vor-Ort-Gremium.

Abbildung 6



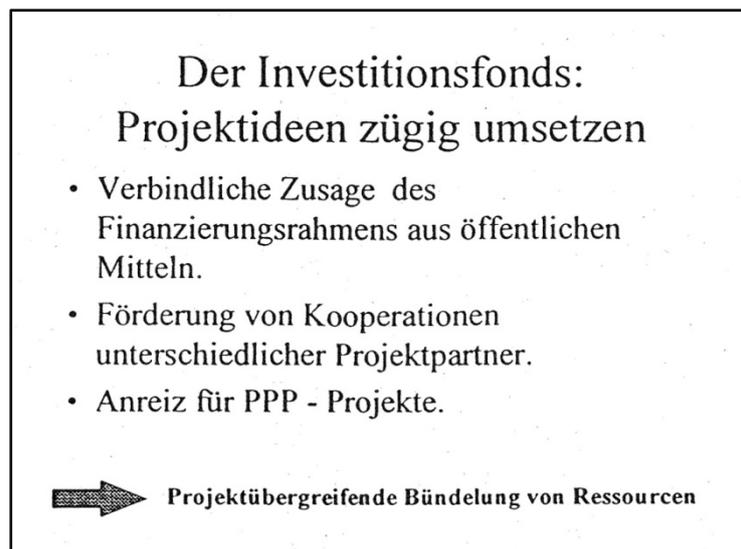
Neben dem Verfügungsfonds gibt es in Hamburg einen sog. Investitionsfond, der auch wieder auf die Förderung von Vor-Ort-Aktivitäten abzielt, aber hierbei größere investive Projekte unterstützen soll und dabei aber relativ unbürokratisch Geld in die Gebiete fließen lassen soll. Der Vorteil dieses Investitionsfonds ist, dass Projektideen zügig umgesetzt werden können und somit schnell und sichtbar Erfolge vor Ort erzielt werden können. Aus Sicht der STEG sind folgende Punkte dabei wesentlich:

- die Möglichkeit der verbindlichen Zusage eines Finanzierungsrahmens aus öffentlichen Mitteln,
- die Förderung von Kooperation mit unterschiedlichen Projektpartnern,
- der Anreiz für Projekte im Rahmen von PPP, so dass im Ergebnis eine projektübergreifende Bündelung von Ressourcen vor Ort durch diese Möglichkeit der Mittelinanspruchnahme aus dem Investitionsfond erreicht wird.

Lassen Sie mich auch hierzu einige Beispiele nennen für Projekte, die aus diesem Fond in Hamburg gefördert worden sind: So z.B. ein Integrationsprojekt für jugendliche Arbeitslose. Daran beteiligt waren das Arbeitsamt, das Bezirksamt, die Jugendbehörde und der Träger. Im Rahmen des Projektes Schule und Nachbarschaft z.B. Projektwochen mit der Volkshochschule, mit den Kammern sowie Schulbehörde und Vertretern aus Medienberufen oder ein Theaterprojekt, wo die Werbungskosten und andere Stadtteilaktivitäten finanziert worden sind. Das Projekt für eine mobile Tagespflegeborse ist aus diesem Fond unterstützt worden sowie z.B. die Finanzierung einer kurzfristig erforderlichen Machbarkeitsstudie für das Kindermuseum Hamburg e.V.

Sie sehen also, auch dieser Fond lenkt unbürokratisch und schnell Mittel in den Stadtteil und führt dazu, dass Aktivitäten und Projektideen zügig umgesetzt werden können – ein wesentlicher Moment, um auch Ressourcen aus dem Stadtteil verfügbar zu machen und Kooperation anzustiften.

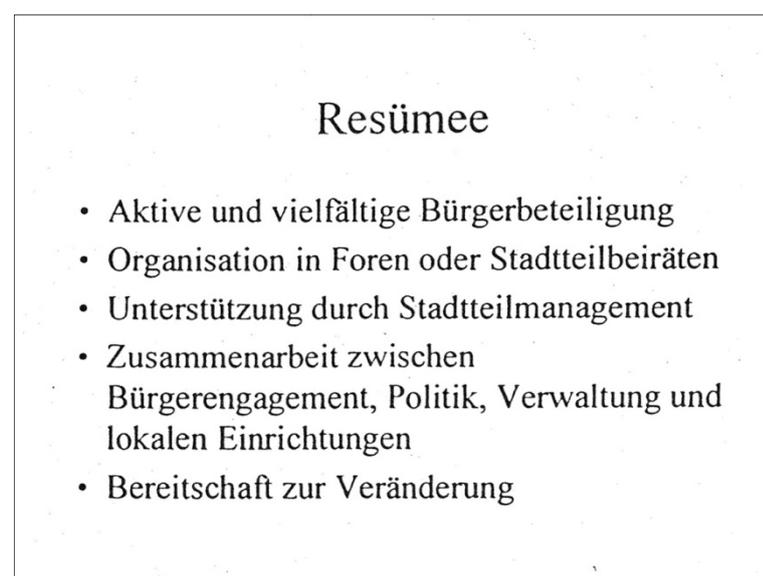
Abbildung 7



Lassen Sie mich in einem kurzen Resümee zusammenfassen: Die beiden Instrumente Verfügungsfond und Investitionsfond sind im Rahmen unserer Arbeit als Stadtteilmanager und Quartiersentwickler wichtige Elemente für die Durchführung und den Anreiz zu einer aktiven und vielfältigen Bürgerbeteiligung. Sie erleichtern zunächst die Einrichtung von Foren oder Stadtteilbeiräten. Diese wiederum stellen eine wesentliche Unterstützung des Stadtteilmanagements bei der Arbeit vor Ort dar. Mit diesen Instrumenten wird die Zusammenarbeit zwischen dem unverzichtbaren Bürgerengagement, Politik, Verwaltung und lokalen Einrichtungen gefördert.

Abbildung 8

Lassen Sie mich aber zum Schluss noch auf einen wesentlichen Punkt hinweisen: Alle Anstrengungen – auch im Rahmen des Bundesprogramms – werden versandt, wenn nicht von allen Beteiligten ein deutliches Signal und die Bereitschaft zur Veränderung und damit der Weg auch für neue Ideen und Projekte geöffnet wird.



## Ressortübergreifendes Handlungsprogramm der Landesregierung Nordrhein-Westfalen „Stadtteile mit besonderem Erneuerungsbedarf“ und Bund-Länder-Programm „Stadtteile mit besonderem Erneuerungsbedarf – die soziale Stadt“

### 1. Einführung

Seit 1993 gibt es in Nordrhein-Westfalen das ressortübergreifende Handlungsprogramm der Landesregierung für Stadtteile mit besonderem Erneuerungsbedarf. Ziel dieses Programms ist die Stabilisierung und Aufwertung schwieriger Stadtteile, um soziale Brüche in unseren Städten zu verhindern oder zumindest abzumildern. Dazu werden sowohl auf der Ebene der Landesregierung als auch der Kommunen Ressourcen und verschiedene Förderprogramme in einem integrierten Ansatz im Sinne eines modernen Verwaltungsmanagements gebündelt, um vor Ort nachhaltige Verbesserungen der Lebenssituation der in den Stadtteilen wohnenden Menschen zu erzielen. Hierzu werden Maßnahmen der Stadterneuerung mit Maßnahmen der Qualifizierung und Beschäftigung kombiniert und ebenso wie Maßnahmen des Wohnungsbaus, der lokalen Wirtschaftsentwicklung, der Weiterbildung, der Gesundheitsförderung und der Kinder- und Jugendpolitik gezielt in den Erneuerungsprozess vor Ort verknüpft.

Die Ministerkonferenz der ARGEBAU hat am 29. November 1998 in Potsdam die Bund-Länder-Gemeinschaftsinitiative „Soziale Stadt“ beschlossen, um der drohenden sozialen Polarisierung in den Städten Einhalt zu gebieten. Mit dieser Initiative ist ein nationales Aktionsprogramm ins Leben gerufen worden, das eine nachhaltige Entwicklung in Stadt- und Ortsteilen mit besonderen sozialen, wirtschaftlichen und städtebaulichen Problemen sicherstellen soll. Die Initiative soll den Rahmen bilden für eine zwischen Bund und Ländern abgestimmte Strategie gegen die soziale Polarisierung in den Städten.

Die Bundesregierung hat die Gemeinschaftsinitiative „Soziale Stadt“ zum Anlass genommen, die Städtebauförderung ab 1999 um das eigenständige neue Bund-Länder-Programm „Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf - „Die soziale Stadt“ zu ergänzen. Das Programm ist in diesem Jahr mit einer Ausstattung von zunächst 300 Mio. DM (davon 100 Mio. DM Bundesanteil) angelaufen.

Nordrhein-Westfalen erhält rd. 21 Mio. DM aus dem Bundesprogramm „Soziale Stadt“ in 1999. Mit der Komplementärfinanzierung aus dem nordrhein-westfälischen Stadterneuerungsprogramm werden rund 63. Mio. DM in das Bund-Länder-Programm für 26 Stadtteile aus Nordrhein-Westfalen in diesem Jahr eingestellt.

Die Verwaltungsvereinbarung zwischen dem Bund und den Ländern zur Umsetzung des Programms „Die soziale Stadt“ ist im Kabinett beraten und beschlossen worden und am

7. September 1999 von der Ministerin für Arbeit, Soziales und Stadtentwicklung, Kultur und Sport des Landes Nordrhein-Westfalen unterschrieben worden.

## 2. Stadtteile und Handlungsschwerpunkte

Bis heute sind 31 Stadtteile in das Landesprogramm aufgenommen worden. Dabei gibt es eine Konzentration innerhalb der Verdichtungsräume an Rhein und Ruhr. Schwerpunkte sind das Ruhrgebiet mit 15 Stadtteilen und die Rheinschiene mit 8 Stadtteilen. Bei rd. 2/3 der aufgenommenen Stadtteile handelt es sich um innerstädtische, altindustrialisierte Quartiere überwiegend aus der Gründerzeit (22 Stadtteile), während 1/3 (9 Stadtteile) auf hochverdichtete Wohnsiedlungen der 60er und 70er Jahre entfällt.

Gemeinsame Merkmale aller betroffenen Stadtteile sind die überdurchschnittlich hohe Arbeitslosigkeit, der überdurchschnittlich hohe Anteil an Sozialhilfeempfängern in der Bevölkerung, ein überdurchschnittlich hoher Anteil von Kindern und Jugendlichen und kinderreichen Familien sowie ein überdurchschnittlich hoher Anteil von Migrantinnen und Migranten; die ökonomisch und sozial angespannte Situation in den Städten wird zudem verschärft durch die ökologischen, städtebaulichen und infrastrukturellen Defizite in den Stadtteilen.

Wesentliche Kennzeichen des integrierten Handlungsprogramms sind:

- ein ganzheitlicher Ansatz zur Lösung der örtlichen Probleme an Stelle isolierter und fachlich spezialisierter Problembetrachtungen,
- die Beteiligung der Bewohnerinnen und Bewohner und die Vernetzung aller Aktivitäten vor Ort sowie
- die Verknüpfung der politischen Handlungsebenen (Stadtteil, Bezirk, Rat der Stadt, Landesregierung).

Wesentliche Handlungsfelder integrierter Konzepte sind

- Arbeitsmarkt- und Strukturpolitik,
- Wirtschaftsförderung/Lokale Ökonomie,
- Wohnungsbau,
- Stadterneuerung,
- Umwelt/Ökologie,
- Soziale und kulturelle Infrastruktur/Stadtteilzentren
- Soziale und kulturelle Aktivitäten,
- Integration/Zusammenleben im Stadtteil,
- Schule im Stadtteil,
- Kinder und Jugendliche,
- Stadtteilbezogene Gesundheitsförderung/Sport und Bewegung,
- Kriminalprävention im Stadtteil und
- Stadtteilmarketing/Image

Der Einstieg in die Umsetzung integrierter Erneuerungsprojekte beginnt meist mit Maßnahmen zur Wohnumfeldverbesserung, vor allen Dingen mit Maßnahmen zur Gestaltung von öffentlichen Räumen einschließlich der Umgestaltung von Spielplätzen, Schulhöfen und Grünanlagen. Daneben wird der Umbau von Denkmälern und stadtbildprägenden Gebäuden für soziale und kulturelle Zwecke sowie die Anreizfinanzierung für die Gestaltung privater Haus- und Hofflächen von der Stadterneuerung initiiert.

Nachdem fast alle im Handlungsprogramm befindlichen Stadtteile integrierte Handlungskonzepte mit umfassenden Lösungsansätzen vorgelegt haben, erweist sich die Prozesssteuerung vor Ort als wesentliche Voraussetzung für eine konzentrierte und erfolgsorientierte Umsetzung. In allen 31 Stadtteilen sind dementsprechende organisatorische Vorkehrungen getroffen, die mit dem Oberbegriff "Stadtteilbüro" am treffendsten gekennzeichnet sind. Diese organisieren in allen Stadtteilen Stadtteilkonferenzen unter weitgehender Beteiligung der betroffenen Menschen, der Verbände, der Vereine, Initiativen, der Wirtschaft und Gewerkschaften. Die Prozesssteuerung vor Ort ist nicht nur wesentliche Voraussetzung für die Akzeptanz und das Gelingen von investiven Maßnahmen, sondern auch für die Förderung privaten, gerade auch finanziellen Engagements in den Stadtteilen.

Prozesssteuerung vor Ort beinhaltet auch die Möglichkeit, akute Finanzierungsbedürfnisse in einzelnen Handlungsfeldern zu überbrücken (z.B. Eigenanteil bei Qualifizierungsmaßnahmen für arbeitslose Jugendliche, Selbsthilfeprojekte im Bereich Gesundheit, Sozialprävention, Migration oder Schuldnerberatung). Die Prozesssteuerung vor Ort umfasst einen großen nicht investiven Bereich. Ferner ist sie zwingende Voraussetzung dafür, dass Stadtteile ein eigenes Profil entwickeln. Die Überwindung des vorhandenen Negativimages durch die Herausarbeitung eines eigenen identitätsstiftenden Profils für den Stadtteil ist neben der Stabilisierung der Stadtteile und der nachhaltigen Verbesserung der Lebensverhältnisse für die dort lebenden arbeitenden Menschen wesentliches Ziel für einen nachhaltigen Erneuerungsprozess.

Die Erfahrungen aus allen Stadtteilen zeigen, dass je nach Identifikation mit dem eigenen Wohnort auch die Verantwortung für eine positive Entwicklung im jeweiligen Stadtteil wächst. Dies hat Auswirkungen auf das gesamtgesellschaftliche Klima in einem solchen Stadtteil; je positiver ein solches gesellschaftliches Klima im Stadtteil ist, umso größer sind die erhofften Wirkungen für das Gelingen in den unterschiedlichen Handlungsfeldern der integrierten Stadtteilkonzepte.

Die Handlungskonzepte zeichnen sich durch vielfach sehr kleinteilige Maßnahmen aus, die mit sehr geringem Mitteleinsatz große Erfolge erzielen. Hierfür werden von den Kommunen und externen Fachleuten kleinere Pauschalbeträge für kleinteilige Sofortmaßnahmen gefordert, die wir normalerweise durch die Roste der etablierten Förderprogramme fallen. Mit der Einführung der Pauschalförderung durch die Stadterneuerungsrichtlinien NRW ist ein wesentlicher Beitrag zur Unterstützung bewohnergetragener Initiativen und Projekte ermöglicht.

### 3. Programmsteuerung auf Landesebene

Die Landesregierung Nordrhein-Westfalen hat in ihrer Kabinettsitzung am 4. Mai 1993 das ressortübergreifende integrierte Handlungsprogramm für Stadtteile mit besonderem Erneuerungsbedarf beschlossen und das damalige Ministerium für Stadtentwicklung und Verkehr beauftragt, das Handlungsprogramm in Abstimmung mit den fachlich beteiligten Ressorts weiter zu konkretisieren. In weiteren Kabinettsbeschlüssen aus dem Jahre 1994 und nochmals im Jahre 1997 hat die Landesregierung für die Umsetzung integrierter Handlungskonzepte für Stadtteile mit besonderem Erneuerungsbedarf für alle berührten Förderbereiche des Landes besondere Priorität beschlossen. Vorhandene Förderinstrumentarien und -modalitäten sind bezogen auf diese Stadtteile deutlich zu flexibilisieren, um gezielt, koordiniert und schnell wirksam Situationsverbesserungen zu erzielen.

Damit hat die Landesregierung per Kabinettsbeschlüsse alle Ressorts zur Mitarbeit an dem Programm sowie zu einem prioritären Einsatz vorhandener Mittel für diese Stadtteile verpflichtet. Darüber hinaus wurde mit Kabinettsbeschluss vom 6. September 1994 als Instrument zur Programmsteuerung auf Landesebene die Bildung einer interministeriellen Arbeitsgruppe auf Ressortebene mit Beteiligung der Staatskanzlei unter Federführung des damaligen Ministeriums für Stadtentwicklung und Verkehr zur koordinierten Umsetzung und Förderung der kommunalen Handlungskonzepte beschlossen. Im Laufe der Jahre wurde jedoch deutlich, dass es im Interesse einer tatsächlichen integrierten und zielgenauen Förderung einer Stärkung der Arbeit der INTERMAG bedarf. Hierzu wurde vor allem die genauere Aufgabendefinition für erforderlich gehalten, die in der Kabinettsvorlage vom 28. Oktober 1997 wie folgt definiert wurde:

„Der INTERMAG obliegen die Entscheidung über Aufnahme von Stadtteilen in das Programm sowie die Abstimmung und Koordinierung der Förderprogramme und Öffentlichkeitsdarstellung der beteiligten Ressorts.

Die Aufnahme in das ressortübergreifende Programm erfolgt auf der Grundlage

- einer stadtteilspezifischen Darstellung der Ist-Situation, vorhandener Defizite und des - insbesondere aktuellen - Handlungsbedarfs,
- eines integrierten Handlungskonzeptes und
- einer Organisationsregelung für die Umsetzung des Programms in den Stadtteilen.

Die Entscheidung der INTERMAG über die Aufnahme kann verbunden werden mit Aufforderungen zur Nachbesserung und Anregungen sowie Fristsetzung, bis zu deren Ablauf die Städte zur Berichterstattung über die Umsetzung gebeten werden. Die Entscheidung der INTERMAG wird durch die jeweils zuständige Bezirksregierung umgesetzt.

Um den zielgenauen Einsatz von Fördermitteln abzustimmen und ggf. zu verbessern, berät die INTERMAG die maßnahmebezogenen Förderprogramme und Finanzierungskonzepte der beteiligten Ressorts. Entscheidungen der INTERMAG haben empfehlenden Charakter.

Die INTERMAG berät die Durchführung und finanzielle Unterstützung von Einzelprojekten in den Stadtteilen, die wegen

- ihres innovativen Handlungsansatzes,
- der finanziellen Größenordnung,
- der Ausstrahlung über den Stadtteil hinaus oder
- des vorgesehenen integrierten Förderkonzeptes

im Sinne eines „best-practice-Beispiels“ in besonderer Weise geeignet sind, den Handlungsansatz des ressortübergreifenden Programms anschaulich zu machen, eine stadtteilbezogene Identität zu stiften oder auf andere Stadtteile übertragen werden zu können.

Die INTERMAG berät zur Erfolgskontrolle die von den Städten vorzulegenden Evaluierungsberichte; da die Evaluierung erst in Ansätzen von einigen Städten durchgeführt wird, soll die INTERMAG das Anforderungsprofil für eine Evaluierung formulieren, um landesweit vergleichbare Kriterien für die Beurteilung der durchgeführten Maßnahmen zu entwickeln. Die Zuständigkeiten der Ressorts bleiben im Übrigen unberührt.

In den Fällen, in denen die INTERMAG die Aufnahme eines Stadtteils in das ressortübergreifende Programm ablehnt, soll die Entscheidung mit einer Empfehlung verbunden werden, in welcher Weise in dem betroffenen Stadtteil vorhandener Handlungsansätze unterstützt werden können, um die von einer Aufnahme in das ressortübergreifende Programm erwartete Motivation für ein Tätigwerden im Stadtteil zu fördern. Das MASSKS wird der INTERMAG eine entsprechende Entscheidungsgrundlage vorlegen. Die Entscheidung der INTERMAG wird durch die jeweils zuständige Bezirksregierung umgesetzt. Die Sitzungen der INTERMAG werden durch das MASSKS als federführendes Ressort für das ressortübergreifende Programm vorbereitet.

Es kommt in nicht wenigen Fällen immer noch zu unabgestimmten Aktivitäten einzelner Ressorts in den Stadtteilen. Hier bedarf es einer weiteren Verbesserung der Ressortkoordination und einer Stärkung der Funktion der mit der Koordinierung in den einzelnen Ressorts beauftragten Mitglieder der INTERMAG. Zur Stärkung der Koordinatoren/des Koordinators wurde deshalb gezielt in der Kabinettsitzung am 04.11.1997 nochmals folgender Beschluss gefasst: „Die beteiligten Ressorts benennen eine Koordinatorin oder einen Koordinator in ihren Häusern, die/der zugleich Ansprechpartnerin/Ansprechpartner für das federführende Ressort ist.“

Um Mitnahmeeffekte auszuschließen und sicherzustellen, dass das Programm tatsächlich auf die wirklich bedürftigen Stadtteile konzentriert und für die Landesregierung umsetzungsfähig bleibt, ist im Kabinett am 4. November 1997 noch folgender Beschluss gefasst worden: „Die Landesregierung bekräftigt grundsätzlich die Offenheit des Programms. Bei der weiteren Aufnahme von Stadtteilen sollen jedoch strenge Maßstäbe angelegt werden, um das Programm überschaubar und umsetzungsfähig zu halten. Für Stadtteile, die nicht die strengen Aufnahmekriterien erfüllen und dennoch ein integriertes Handeln verlangen und die guten Erfahrungen von Stadtteilen innerhalb des Handlungsprogramms nutzen wollen, soll die Entscheidung mit einer Empfehlung verbunden werden, in welcher Weise in dem betroffenen Stadtteil vorhandene Handlungsansätze unterstützt werden können.“

#### 4. Projektorganisation auf Stadtteil- bzw. Kommunalebene

Die Projektorganisation vor Ort wurde von der Landesregierung Nordrhein-Westfalen nicht festgelegt, da aus den bereits zuvor gesammelten Erfahrungen mit integrierter Stadtteilerneuerung deutlich geworden war, dass der probate Ansatz abhängig ist von den jeweiligen Verhältnissen vor Ort, der Größe des Stadtteils, den handelnden Personen, der Verwaltungsstruktur, den politischen Verhältnissen sowie der Situation im Stadtteil. So haben sich in Nordrhein-Westfalen bei den 31 anerkannten Stadtteilen mit besonderem Erneuerungsbedarf fast ebenso viele verschiedene Projektorganisationsstrukturen entwickelt. Aus den Erfahrungen mit den unterschiedlichsten Projekten lassen sich jedoch folgende Gemeinsamkeiten bzw. verallgemeinerbare Erfahrungen festhalten:

Auf der Kommunalebene ist zumindest in der Phase der Erarbeitung eines integrierten Handlungskonzeptes eine ämterübergreifende Arbeitsgruppe erforderlich, die sich sinnvollerweise auch zur weiteren Fortschreibung des Programms zusammenfindet. Ansonsten ist zur weiteren Abwicklung nach Aufstellung des integrierten kommunalen Konzeptes zumindest ein federführender Verantwortlicher innerhalb der Verwaltung, der als Ansprechpartner und Koordinator bzw. Vermittler innerhalb der Verwaltung dient, zwingend erforderlich.

Darüber hinaus hat sich bewährt, auf der Stadtteilebene ein Stadtteilbüro einzurichten, das einerseits Anlauf- und Beratungsstelle ist und für Aufgaben der Öffentlichkeitsarbeit, Bürgerbeteiligung, vor allem aktivierende Maßnahmen im Stadtteil usw. zuständig ist. Darüber hinaus kommt den Stadtteilbüros je nach fachlicher Besetzung vielfach auch die Aufgabe der Projektentwicklung und -durchführung, der Akquirierung von Sponsoren, Fördergeldern, z.B. auch Koordination/Kombination mit Mitteln der Arbeitsverwaltung, Imagekampagnen, Stadtteilzeitung usw. zu.

Außerdem ist zur Sicherstellung einer koordinierten und effizienten Arbeit aller Akteure vor Ort, der Ausrichtung der Aktivitäten des Einzelnen auf die gesteckten Ziele, die Aktivierung privaten Engagements und Kapitals ein Gremium mit den Schlüsselpersonen und weiteren Akteuren im Stadtteil zu bilden. Auch hier haben sich unterschiedliche Organisationsformen von Stadtteilkonferenzen, runden Tischen, Stadtteilforen gebildet. Wichtig hierbei ist, dass die lokale Politik (Bezirksvertretung) mit eingebunden ist, um die entscheidende politische Akzeptanz des Projektes sicherzustellen.

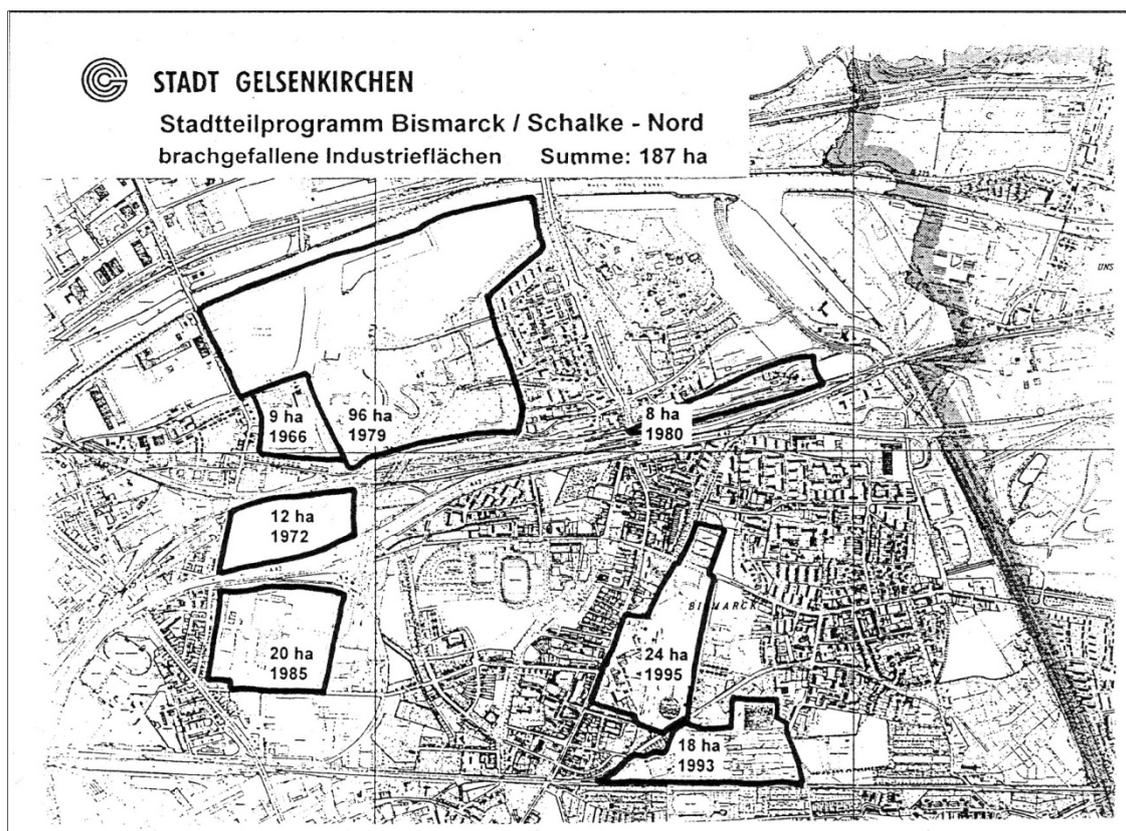
Der Erfolg der Arbeit eines Stadtteilbüros oder einer örtlichen Entwicklungsgesellschaft ist bei noch so großem Engagement ihrer Mitarbeiter zwingend darauf angewiesen, dass es einen Ansprechpartner/Koordinator („Kümmerer“) in der Verwaltung gibt, der Projektideen, Umsetzungsprobleme, Fragen der politischen Beschlussfassung und der Antragstellung für Fördermittel regelt.

Andererseits ist gerade die in diesem Programm beabsichtigte Stärkung bürgerschaftlichen Engagements, Koordinierung verschiedener Akteure vor Ort, Aufbau neuer Kooperationen zwischen unterschiedlichsten Akteuren im Stadtteil usw. aus der Verwaltung heraus (selbst bei noch so gutem Personalbestand) nicht zu leisten, sondern es ist ein Büro bzw. ein Stadtteilmanager vor Ort erforderlich.

## Stadtteilprogramm Gelsenkirchen-Bismarck/Schalke-Nord Ressourcenbündelung bei sozialen Projekten

Bismarck und Schalke – zwei berühmte Namen: Gerade reflektieren wir mit verschiedenen Veranstaltungen die vor 100 Jahren vollzogene Umbenennung zur damals noch selbständigen Gemeinde Bismarck. Und in der Glückauf-Kampfbahn spielte Schalke 04 früher erfolgreich um die deutsche Fußballmeisterschaft.

Heute ist unser Programmgebiet ein typischer Ruhrgebiets-Stadtteil, den die Montankrise besonders hart getroffen hat. Auf der Gebietskarte fallen die riesigen nach und nach brachgefallenen Industrieflächen auf, insgesamt sind das über 180 Hektar bei einer Gebietsfläche von rund 500 Hektar.



Das Luftbild zeigt das in großen Teilen freigeräumte Gelände des ehemaligen *Bergwerks Consolidation* – eine Wunde mitten im Herzen des Stadtteils.



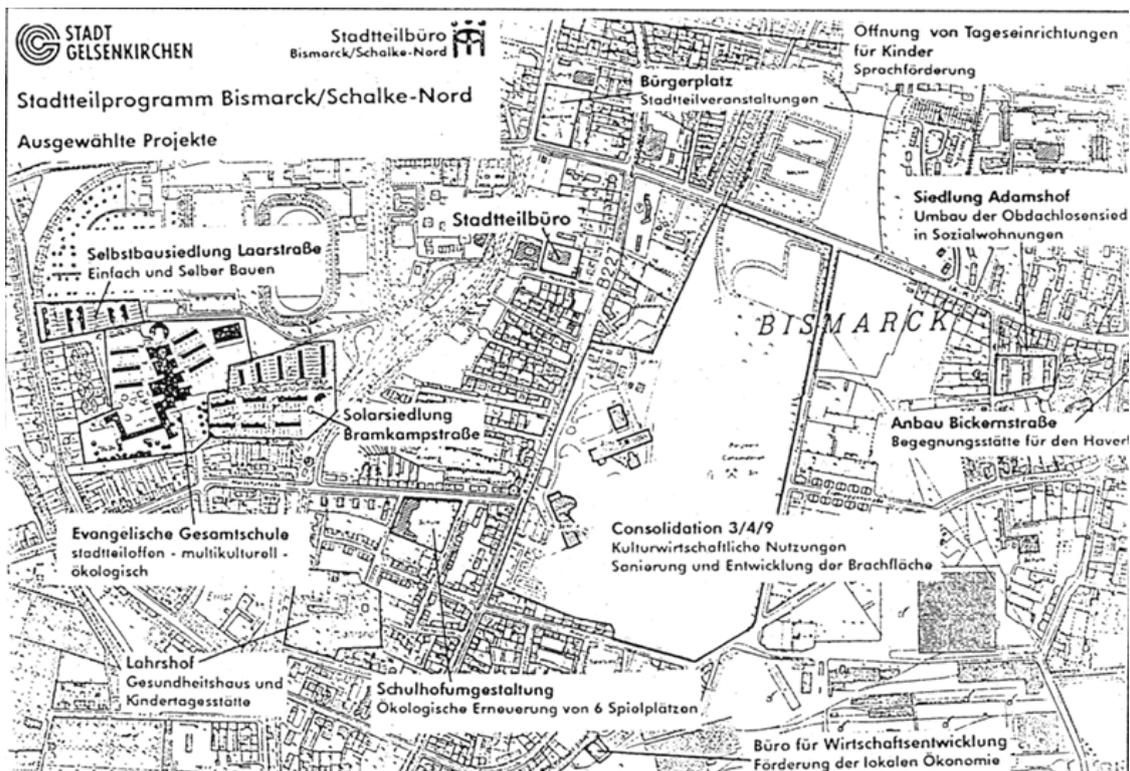
Seit 1995 arbeiten wir mithilfe des Stadtteilprogramms an einer neuen Perspektive. Zahlreiche sozial-integrative Projekte werden gegen die depressive Stimmung gesetzt, bei Arbeitslosigkeit von über 20 Prozent.

Neben der Sanierung und Entwicklung des Zechengeländes ist der Bau der *Evangelischen Gesamtschule* das zweite Leitprojekt des Stadtteils. Die Mitte 1998 eröffnete Schule bietet eine multikulturelle Erziehung auch für die zahlreichen türkisch-muslimischen Kinder, sie ist ein ökologischer Lernort und sie ist offen für die Stadtteilbewohner als kulturelles Zentrum.

Wir haben vor fünf Jahren mit einer sehr kurzfristigen Entwicklung und Umsetzung der Projekte begonnen. Das heutige schlüssige und vollständige Programm hat erst allmählich Kontur gewonnen. Die Projekte sind weitgehend miteinander vernetzt und erfüllen meist mehrere Ziele: auch Baumaßnahmen müssen sozial orientiert sein und in einem möglichst großen Anteil von Beschäftigungsträgern ausgeführt werden.



In den letzten Jahren arbeiten ständig über 150 vorher arbeitslose Menschen in Qualifizierungs- und Beschäftigungsmaßnahmen. Das Stadtteilprogramm wird einstimmig von allen politischen Parteien und der Verwaltungsspitze unterstützt. Seit Beginn arbeitet vor Ort ein *Stadtteilbüro*.



Die beiden Kollegen sind dabei sowohl die kompetenten Mitarbeiter des federführenden Stadtplanungsamtes. Sie werden von den Bewohnern aber auch als Anwalt ihrer Interessen begriffen. Die nächst wichtigen Aufgaben sind die Einwerbung der Fördergelder und die Abstimmung aller Beteiligten bei den zahlreichen Projekten.



Sie machen sich ausgezeichnet bei der Essensausgabe in der Mensa der Ev. Gesamtschule Bismarck: die ehemaligen Sozialhilfeempfängerinnen, die die wissenshungrigen Schüler mit fester Nahrung versorgen. waz-Bild: Cornelia Fischer

## 55 „So muß Kommunalpolitik aussehen“

24 Ex-Sozialhilfeempfängerinnen arbeiten in der Gesamtschule Bismarck

Fest in der Hand von 24 ehemaligen Sozialhilfeempfängerinnen sind nun Mensa und Gebäudereinigung in der Ev. Gesamtschule Bismarck. „So muß heute Kommunalpolitik aussehen, die Sozial-, Arbeitsmarkt- und Schulpolitik in sich vereint“, erklärt Schulleiter Prof. Dr. Rainer Winkel.

Das neue arbeitsfördernde Projekt ist Bestandteil des Stadtteilprogramms „Gemeinsam für Bismarck und Schälke-Nord“. Es soll den überwiegend alleinstehenden und -erziehenden Frauen eine Chance bieten,

sich durch ein einjähriges Programm der Arbeitsförderungsgesellschaft GABS aus der Abhängigkeit der Sozialhilfe zu befreien. Während viele der Beschäftigungs- und Qualifizierungsmaßnahmen vorwiegend männliche Sozialhilfeempfänger ansprechen, will diese Maßnahme als reines Frauenprojekt der besonderen strukturellen Benachteiligung von Frauen in Bismarck und Schälke-Nord entgegenwirken.

Jeweils zwölf Teilnehmerinnen lernen im Verhältnis von 50 % Beschäftigung und 50 % Qualifizierung Arbeitsweisen in den Bereichen Gebäudereinigung bzw. Hotel- und Gaststättenge-

werbe kennen. Allgemeinbildender Unterricht mit lebenspraktischer Orientierung, fachspezifischer Unterricht und Anleitung durch einen Gebäudereinigungs-Meister bzw. eine Ernährungswissenschaftlerin machen die Qualifizierung aus.

### Am Ende steht das Zertifikat

Ein sechswöchiges Praktikum verschafft den Teilnehmerinnen einen weiteren Einblick in die Arbeitswelt. Abgerundet wird die Maßnahme durch eine sozialpädagogische Betreuung. Am Ende steht ein Zertifikat,

mit dem sich die Frauen als Gebäudereinigerin bzw. Fachgehilfin im Gastgewerbe bewerben können.

Da die Küche der künftigen Mensa noch nicht fertig ist, kochen die Frauen in einer GABS-eigenen Küche, die Frischkostzubereitung erfolgt in der künftigen Lehrküche der Gesamtschule. Prof. Winkel bewertet die Maßnahme als eine einmalige Chance für die Stadtteilschule. „Es wäre fahrlässig, sie nicht zu nutzen“. Und da die Schule die einzige „Firma“ in Gelsenkirchen sei, die noch 8 Jahre expandiere (weil noch nicht fertig), sei sie ein geradezu idealer Partner für die GABS. ho

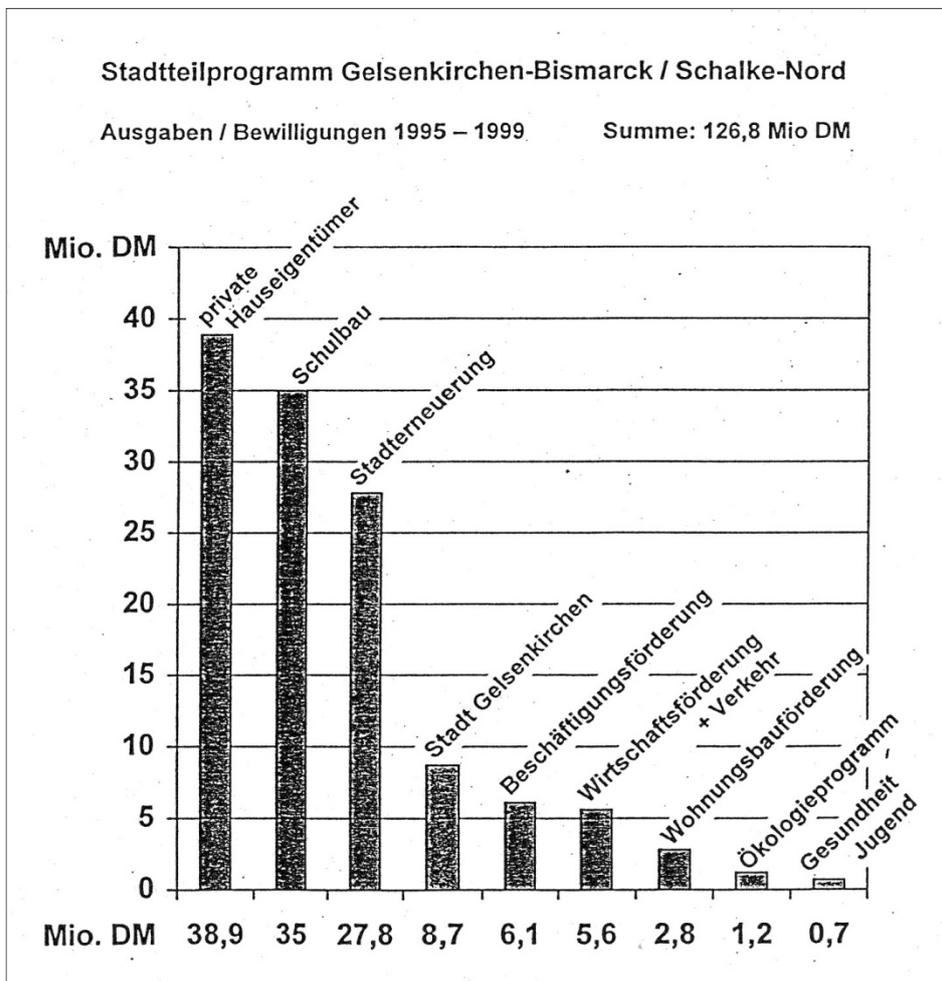
Zusätzlich haben wir zwei weitere Moderatorenbüros eingerichtet: *JULIUS B* – das heißt: jung sein und leben in unserem Stadtteil Bismarck – arbeitet mit zwei Kollegen besonders im Jugendbereich und vernetzt die sozialen Aktivitäten.

Das *Büro für Wirtschaftsentwicklung* unterstützt die Einzelhändler und Gewerbetreibenden bei der Kooperation und zielgerichteterem wirtschaftlichem Handeln.

Da wir uns nicht alles alleine ausgedacht haben, was sich heute als gut bewährt hat, möchte ich noch auf unsere Berater hinweisen:

Das ILS – Institut für Landes- und Stadtentwicklungsforschung hat in NRW einen sehr effektiven Erfahrungsaustausch geleistet und die Programme fachlich qualifiziert; dazu haben wir ein *Städtenetzwerk* der inzwischen über 30 Stadtteilprogramme in NRW für den weitergehenden Erfahrungsaustausch gegründet und besonders für den Aufbau der Beschäftigungsmaßnahmen war die *G.I.B.* – die Gesellschaft für innovative Beschäftigungsförderung – verantwortlich.

Ressourcenbündelung bedeutet nicht nur die Erschließung aller *finanziellen* Förderprogramme.



Mindestens ebenso wichtig ist die Bündelung der *institutionellen* Kräfte – wir haben die innovativen MitarbeiterInnen vor allem aus der Verwaltung motiviert, und inzwischen gibt es im Stadtteil zahlreiche Modellprojekte, die auf die Gesamtstadt übertragbar sind. Andererseits lernt auch die Verwaltung interne Kooperation, wo früher eher die abgegrenzte Arbeit der Fachämter üblich war.

Wir haben aber auch alle *personellen* Ressourcen des Stadtteils aktiviert: mit Nachbarn und Vereinsmitgliedern sowie Schülern und Eltern nutzen wir alle Chancen zur Bewohnerbeteiligung.

## Projekt Lahrshof – Gemeinsam für Denkmalschutz, Gesundheitsversorgung und Jugendhilfe

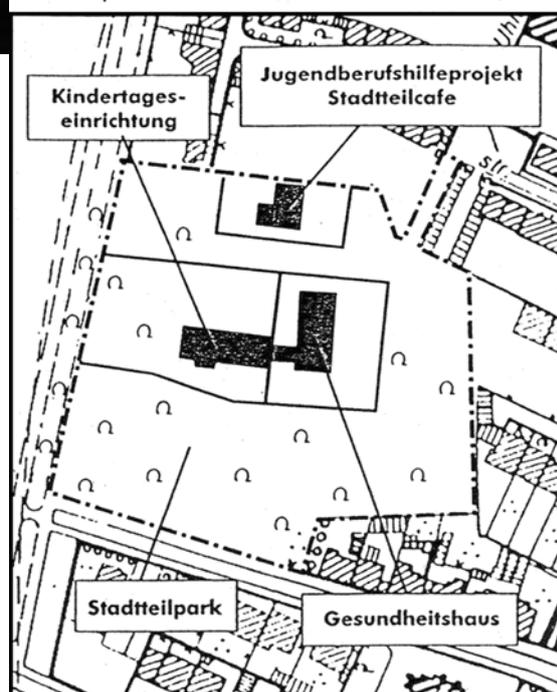
Der Lahrshof wurde vor 150 Jahren als Bauernhof errichtet, später vom Bergwerk Consolidation übernommen und als Gesundheitshaus, das heißt als Rehabilitations-Zentrum für kranke und verletzte Bergleute und ihre Angehörigen genutzt.

Nach der Zechenschließung gab die Ruhrkohle auch die Nutzung des Gesundheitshauses auf; seitdem lag das Gelände zum größten Teil brach und standen die Gebäude leer.



Das Stadtteilbüro hat vor vier Jahren in Kooperation mit dem Gesundheitsamt und dem Jugendamt ein langfristiges Nutzungskonzept für den Lahrshof entwickelt, mit dem Ziel, die ortsteilgeschichtlich wertvolle Hofanlage zu erhalten und einer sozialen Nutzung zuzuführen.

Projekt Lahrshof - Nutzungskonzept



Das Konzept sieht folgende Nutzungen vor:

- ein Gesundheitshaus,
- eine Kindertagesstätte mit zwei Gruppen,
- eine Jugendberufshilfeeinrichtung mit Stadtteilcafé und

Mit dem 1997 eröffneten neuen „Gesundheitshaus“ wurde eine Anlauf- und Beratungsstelle für Gesundheitsfragen in Bismarck geschaffen. Das heutige Gesundheitshaus verfolgt dabei das Ziel der Prävention – und nicht mehr wie früher die Rehabilitation. Zu den Bestandteilen des Konzeptes gehören ein Kurs-Programm, Arzt-Patientenseminare, eine Infothek und aufsuchende Gemeinwesenarbeit. Die Angebote des Hauses werden mit Schulen, Vereinen und Verbänden des Ortsteils und zusammen mit den Kursleitern des Gesundheitshauses weiter entwickelt; so entstand das „Projekt zur Förderung der Kinder- und Jugendgesundheit“.

Auf Initiative der Gesundheitsdezernentin und des Gesundheitsamtes ist ein Trägerverein „Gesundheitshaus in Bismarck“ gegründet worden, an dem derzeit u.a. die Stadt Gelsenkirchen, der Apothekenverein, Krankenhäuser sowie private Unternehmen wie z.B. die Emscher Lippe Energie AG und die Volksbank AG beteiligt sind. In der „Anschubphase“ des Projektes wird der Betrieb des Hauses vom Städtebauministerium – später auch vom Gesundheitsministerium des Landes NRW unterstützt.

Mit dem Projekt Gesundheitshaus im Lahrshof eröffnet sich die Möglichkeit, gemeinsam mit den Menschen, die den Strukturwandel des Ortsteils hautnah erleben, gesundheitliche Vorhaben aufzubauen und zu gestalten.

Die für die Umnutzung dringend erforderlichen Umbau- und Modernisierungsarbeiten an den Gebäuden wurden als Kooperationsprojekt von Baufirmen mit einer Arbeitsförderungsgesellschaft und der Jugendberufshilfe organisiert. Insgesamt konnten so rd. 50 langzeitarbeitslose Sozialhilfeempfänger und Jugendliche am Bau beschäftigt und praktisch qualifiziert werden. Derzeit wird das ehem. Scheunengebäude von 30 Jugendlichen denkmalgerecht saniert. Im Mittelpunkt steht dabei das Erlernen von alten Bautechniken, speziell des Lehmbaus. Mit den Beschäftigungs- und



Laden alle Bürger zum Eröffnungsfest ins Gesundheitshaus ein: Mitglieder des gleichnamigen Vereins. waz-Bild: Martin Möller

## Gesundheitshaus macht Bürger fit

Lahrshof wird am 4. Juni eröffnet

Was liegt näher, als aus dem Gesundheitshaus der Zeche Consolidation, dem Lahrshof an der Franziskusstraße 18-24, wieder ein Gesundheitshaus zu machen? Die alte Sauna wird zwar nicht mehr in Gang gesetzt. Die geplanten Kurse dürften aber nicht minder fit machen.

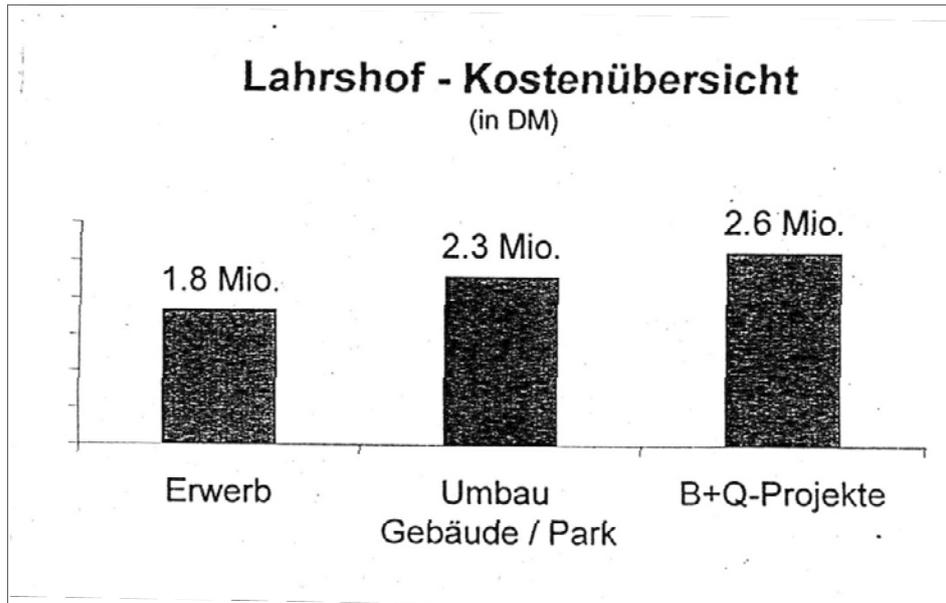
Die Geschäftsführerin des neuen alten Gesundheitshaus,

Ingeborg Langefeld, arbeitet bereits seit 16 Jahren in Bismarck – zuerst im Jugendheim Tossehof, dann als Bezirks-Sozialarbeiterin. Und sie habe schon immer die Idee von gesundheitsfördernden Maßnahmen in dem Stadtteil gehabt.

Für die Umsetzung sorgten das Ministerium für Stadtteilentwicklung und das Ministerium für Gesundheit. Am 4. Juni wird das Haus eröffnet.

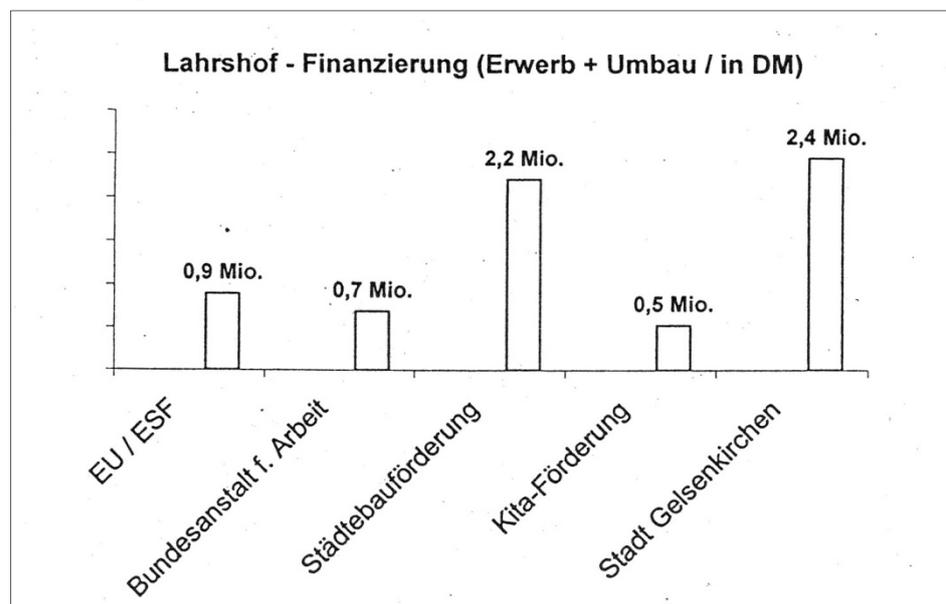
Forts. S. 2: „Trägerverein...“

Qualifizierungsmaßnahmen werden die Ziele fachliche Qualifizierung, Vermittlung in den ersten Arbeitsmarkt und soziale Stabilisierung der Teilnehmer verfolgt.  
 Zum Schluss noch ein Überblick über die Kosten und die Finanzierung des Projektes: Die Kosten für die Umsetzung des Vorhabens belaufen sich auf insgesamt rd. 6,7 Mio. DM – aufgeteilt auf Kosten für den Erwerb, den Umbau und die Durchführung der Beschäftigungs- und Qualifizierungsmaßnahme.



Im Sinne einer „Bündelung von Ressourcen“ haben wir bei diesem „integrierten“ Projekt Landesprogramme der Städtebauförderung, der Kinder-, Jugend- und Gesundheitsförderung mit arbeitsmarktpolitischen Förderprogrammen der Europäischen Union, der Bundesanstalt für Arbeit, des Landes NRW und des Sozialamtes der Stadt Gelsenkirchen kombiniert.

Die Erfahrungen mit dem Umbau und der Wiedernutzung des Lahrshofs zeigen, dass neben der Verknüpfung der Finanzierungsstränge eine kontinuierliche Begleitung der Umsetzung (Koordination und Moderation) unerlässlich sind.



## Forum der Vereine

Ich bin Mitarbeiter im Stadtteilbüro Bismarck/Schalke-Nord und gleichzeitig Koordinator für alle sozial-integrativen Projekte. Daneben bin ich seit nunmehr über 25 Jahre Bewohner dieses Ortsteils und Mitglied (zahlendes und ehrenamtlich engagiertes) in bisher sechs verschiedenen Vereinen.



Durch die ständige Präsenz im Stadtteil (Arbeiten, Leben und Wohnen) ist es mir innerhalb kurzer Zeit gelungen, die hier ansässigen Sport- Freizeit- und Fördervereine zu mobilisieren, sich gemeinsam – und die Betonung liegt auf gemeinsam – für eine Verbesserung des Zusammenlebens einzusetzen. Sport-, Freizeit- und Fördervereine bezogen auf Gelsenkirchen-Bismarck und Schalke

Nord bedeutet über 40 Organisationen mit insgesamt über 4 000 Mitgliedern. Einige Vereine sind schon 99 Jahre alt; alle Vereine werden von ehrenamtlich Engagierten geführt.

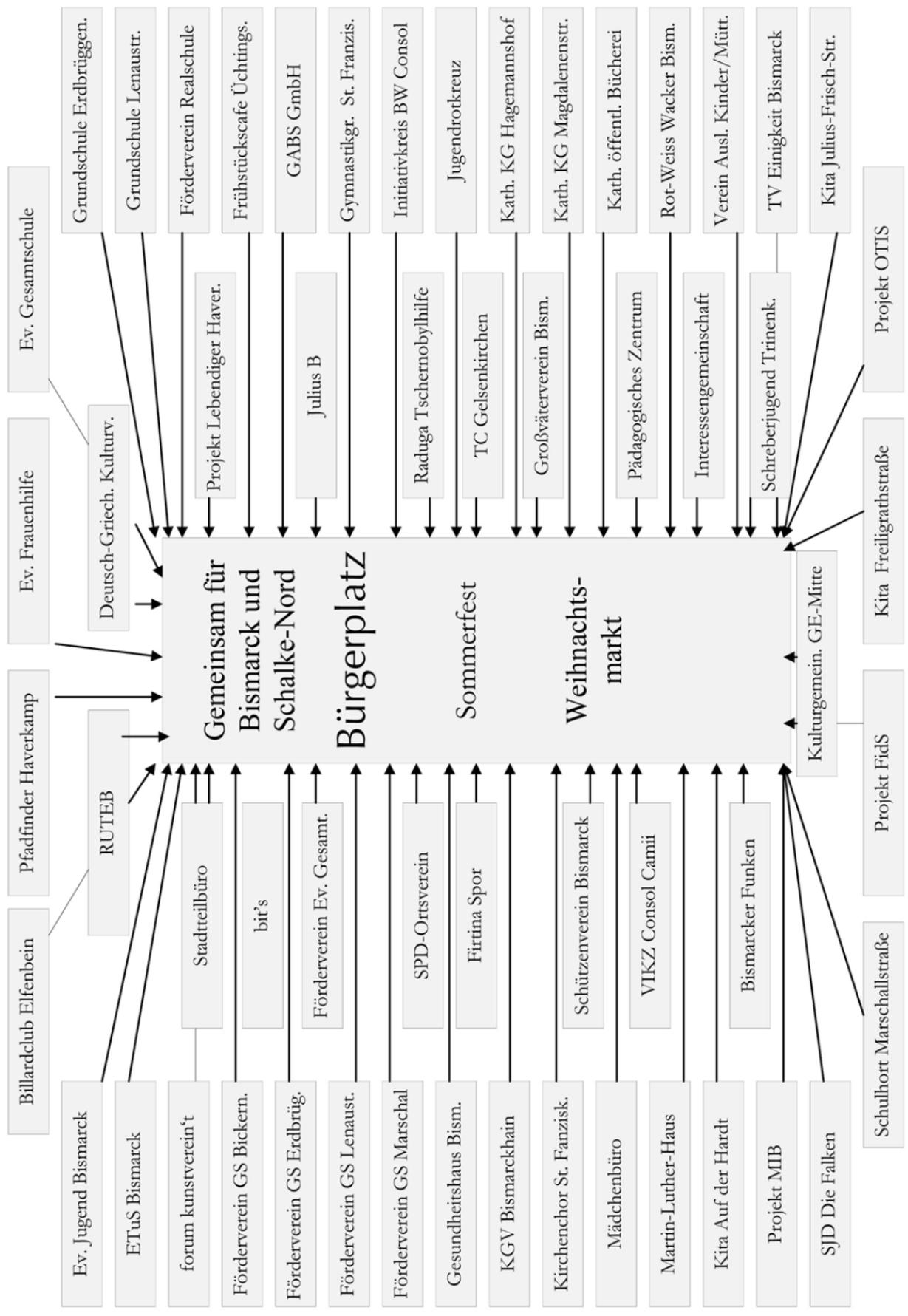
## Aktionen Bürgerplatzparty und Internationaler Weihnachtsmarkt

1996 konnte ich sechs Sportvereine dazu gewinnen, für eine erste gemeinsame Stadtteilveranstaltung ein Spiel- und Sportfest zu organisieren, das auch gut von den Bewohnern angenommen wurde.



Eine zweite Gruppe von sechs sozial-integrativen Projekten rief – zunächst noch unabhängig von dem Sommerfest – 1996 den 1. Bismarcker Weihnachtsmarkt ins Leben. Auch hier war die Resonanz groß. Ein Zusammenführen beider Gruppen und ständige Werbung bei den bis dahin noch aktiven Vereinen brachte den Erfolg, dass das Sommerfest

# Akteure im Forum der Sport- und Freizeitvereine Gelsenkirchen-Bismarck/Schalke-Nord



„Bürgerplatzparty“ und der Bismarcker Weihnachtsmarkt in diesem Jahr schon die 5. Wiederholung erfahren und inzwischen von über 40 Initiativen getragen wird. Mehrere tausend Bewohner besuchen jährlich diese Veranstaltungen.

Der Bürgerplatz wird dadurch wieder zum traditionellen Treffpunkt für die Bewohnerschaft.

## Initiierung durch das Stadtteilbüro und Julius B

Das Stadtteilbüro will in Zusammenarbeit mit dem stadtteilorientierten Projekt Julius B die zuvor genannten Vereine vernetzen. Unter dem Namen „Forum der Sport- und Freizeitvereine Bismarck/Schalke-Nord“ wird zu regelmäßigen Treffen und Gesprächen mit den Vorständen eingeladen (siehe Grafik).

Dabei wird deutlich, dass sehr oft gleiche Interessen bestehen, aber bisher die Zugmaschine fehlte. Das Stadtteilbüro und Julius B haben sich bereit erklärt, für eine begrenzte Zeit diese Funktion zu übernehmen.

## Finanzierung der Veranstaltungen und Gerätepool

Durch den Ansatz der Veranstaltungen „Gemeinsam, ehrenamtlich, nicht-kommerziell“ konnten die bisherigen Stadtteilstefeste mit geringer öffentlicher Unterstützung in Höhe von ca. 6 000 bis 7 000 DM je Fest für anfallende Fixkosten (Druck, Bühne, Technik) durchgeführt werden. Das Bühnenprogramm gestalten die Vereine selbst. Das Catering stellen ebenfalls die Vereine selbst sicher; erwirtschaftete Einnahmen hieraus fließen ausnahmslos der gemeinnützigen Arbeit der teilnehmenden Organisationen zu.

## Dachvereinsgründung

Bisher ist das „Forum der Sport- und Freizeitvereine Bismarck/Schalke-Nord“ ein loser Interessenverband. Um sich selbst einen Rechtsstatus zu geben, haben die Mitglieder des „Forums“ beschlossen, in diesem Jahr einen Dachverein zu gründen. Der Dachverein will sich zum Ziel setzen, die Stadteilveranstaltungen als Traditionsveranstaltungen eigenverantwortlich weiterzuführen und zwar immer am letzten Samstag im August die Bürgerplatzparty und am 3. Adventssonntag den Bismarcker Weihnachtsmarkt.

Der neue Dachverein will sich dabei allmählich von der Unterstützung und Moderation durch das Stadtteilbüro und Julius B sowie den Stadterneuerungs-Zuschüssen lösen. Zur Finanzierung nicht gedeckter Veranstaltungskosten sollen ortsansässige Unternehmen als Sponsoren gewonnen werden.

## Bündeln von Ressourcen als Folge veränderter sozial-räumlicher Entwicklungen in der Stadt

Meine Damen und Herren, wir sind gebeten worden über das Bremer „Soziale Stadt-Gebiet“ Gröpelingen zu berichten.

Frau Lücking von der Bremischen Gesellschaft für Stadterneuerung, Stadtentwicklung und Wohnungsbau vertritt hier den Sanierungsträger, während wir es Frau Lürssen aus dem Sozialressort verdanken, dass die Zusammenarbeit der Akteure in dem komplexen und schwierigen Quartier so erfolgreich verläuft. Ich vertrete das Bauressort.

Als 1983 die Bremer Traditionswerft „AG Weser“ ‚Land unter‘ meldete und in Konkurs ging, klang es wie Pfeifen im Dunkeln, wenn Planer sich gegenseitig versicherten, dass in den zurückliegenden Jahren nur noch wenige Bewohner des Stadtteils Gröpelingen auf der Werft gearbeitet hätten. Die Schiffsbauer der AG seien in den letzten Jahren meist aus dem Umland oder anderen Bremer Stadtvierteln gekommen. Dahinter steckte die (berechtigte) Furcht, dass der Stadtteil durch den Konkurs in Mitleidenschaft gezogen würde. Rückblickend kann man sagen: „Damals standen wir am Abgrund, kurze Zeit später waren wir einen Schritt weiter.“

Wir wissen, wie ausgesprochen stabil häufig trotz deutlicher, nachhaltiger und positiver Veränderungen das schlechte Image eines städtischen Bereiches ist. Wie hochempfindlich und wie leicht funktionieren dagegen die Wechselwirkungen zwischen den ökonomischen und sozialen Verhältnissen und der Gesamtstruktur eines Wohngebietes<sup>1</sup>.

Gröpelingen ist ausgesprochen atypisch für das Bremer Programm „Soziale Stadt“. Die wichtigsten Unterschiede zu den anderen Projektgebieten:

1. Gröpelingen ist mit ca. 25 500 Einwohnerinnen und Einwohner das größte Bremer Projektgebiet.
2. In Gröpelingen wurden und werden – gemessen an den anderen neun Bremer Projektgebieten – mit Abstand die umfangreichsten Mittel gebündelt.
3. Das Programm „Soziale Stadt“ wurde Anfang letzten Jahres gestartet, die Sanierung des Stadtteils läuft aber schon seit 1990. Die „Soziale Stadt“ ist hier quasi ein „Seiteneinsteiger“.

---

<sup>1</sup> Vergleiche dazu: Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Umweltschutz und Technologie: *H. Häußermann* u.a.: „Sozialorientierte Stadtentwicklung“, Berlin 1989, Seite 16.

4. In Gröpelingen wird die Durchführung der verschiedenen Programme nicht wie in den anderen Projektgebieten von einem Stadtteilmanagement bzw. in einem Forum moderiert, sondern von verschiedenen Gruppen und Gremien.
5. Diese vertreten auch die Belange der Bewohner. (In den anderen Projektgebieten sind die Bewohner unmittelbar beteiligt. Sie entscheiden im Konsensverfahren über die Planungen und den Mitteleinsatz direkt mit.)

Der Gedanke Ressourcen in der Stadterneuerung/Stadtreparatur primär im Verbund und kooperativ einzusetzen ist offensichtlich nicht lediglich eine Folge der knappen öffentlichen Haushaltsmittel. Wesentlicher ist die wachsende Bedeutung einer übergeordneten, kausalen Problemlösungssicht, die andere und sich gegenseitig ergänzende Maßnahmen in den Mittelpunkt rückt. Kurz:

*Bestimmte Aufgaben sind heute innerhalb festgelegter, starrer Ressortzuständigkeiten nicht mehr sinnvoll zu lösen.*

Es ist – nicht nur in Bremen – in den zurückliegenden Jahren deutlich geworden, dass innerstädtische, räumlich abgrenzbare Bereiche krisenhaften Entwicklungen unterliegen. Sie sind abgekoppelt von der allgemeinen Situation der Stadt. Ihre Entwicklungen können weder durch ordnende Eingriffe der traditionellen Stadtplanung/Stadterneuerung, noch durch die überwiegend auf Einzelfallhilfe bzw. soziale Gruppenarbeit ausgerichteten Interventionen der Sozialadministration abgefangen, abgefedert oder auch nur gemildert werden.

Schon im Laufe der vorhergegangenen Jahre hatten in Bremen bei der Durchführung des Nachbesserungsprogramms die einzelnen statistischen Größen abnehmend an Ursächlichkeit zu Gunsten einer Gesamtbetrachtung verloren. In der Folge wurden z.B. die im Rahmen der „Vorbereitenden Untersuchungen“ (§§ 140/141 BauGB) erstellten Maßnahmenkataloge unter Mitwirkung der Bewohner prozesshaft den Entwicklungen angepasst und dabei auch andere, weiterreichende Ziele in die Planung und Umsetzung einbezogen.

An dem Bremer Programm „Wohnen in Nachbarschaften (WiN)/Soziale Stadt“ sind sechs Ressorts beteiligt:

1. Inneres, Kultur und Sport,
2. Justiz und Verfassung,
3. Bildung und Wissenschaft,
4. Wirtschaft und Häfen,
5. Arbeit, Frauen, Gesundheit, Jugend und Soziales
6. sowie Bau und Umwelt.

Gegenüber der Sanierung nach dem Baugesetzbuch (§§ 136 ff, Behebung von städtebaulichen Missständen) weist das Programm „Wohnen in Nachbarschaften/Soziale Stadt“ mit sechs definierten Handlungsfeldern eine beachtliche Erweiterung auf:

1. Wohnungsbestand und Neubau,
2. Städtebau,

3. wirtschaftliche Effekte und regionale Ökonomie,
4. Bildung, Qualifizierung und Beschäftigung,
5. gemeinwesenbezogene Prävention und Integration,
6. soziale und kulturelle Netzwerke / Förderung von Eigeninitiative und Selbstorganisation.

Wesentlich ist darüber hinaus z.B. das unmittelbare Ansetzen an jeweils örtlichen Strukturen mit dem Vorrang der Bewohnerbeteiligung.

Kritisch muss allerdings angemerkt werden, dass durch die Erweiterung von zwei auf sechs Ressorts unter der Hand ein hinderlicher Bürokratismus entstanden ist. Wir arbeiten daran, dieses Handicap unter strikter Berücksichtigung der Landeshaushaltsordnung zu beseitigen. Kein einfacher Weg.

## Modellgebiet Bremen-Gröpelingen – das Bündeln von Ressourcen

Abbildung 1: „Gröpelingen macht sich“

„Gröpelingen macht sich“ – das ist das Motto unserer Imagekampagne und ich möchte Ihnen das an Hand von Zahlen und Beispielen belegen.



Abbildung 2: „Werft und Stadtteil“

Gröpelingen liegt 15 Straßenbahnminuten von der Innenstadt Bremens entfernt am Rande einer großen Werftbrache. Die „AG-Weser“ wurde 1982 geschlossen. Sie war der größte Arbeitgeber des Stadtteils, zum Schluss waren noch 3.000 Arbeiter auf der Werft beschäftigt, und der Stadtteil stürzte in eine tiefe Rezession.



Abbildung 3: „Gebietsabgrenzung“

1990 entschloss sich die Stadtgemeinde Bremen, zunächst einen Teil Gröpelingens – das sogenannte Lindenhofviertel – als Sanierungsgebiet festzulegen. 1991 erfolgte dann die Festlegung des Gesamtgebietes Gröpelingens. 1994 wurde der Stadtteil in die Förderung des EU-Programms URBAN aufgenommen und 1999 erfolgte die Festlegung als Gebiet „Soziale Stadt/Wohnen in Nachbarschaften“.

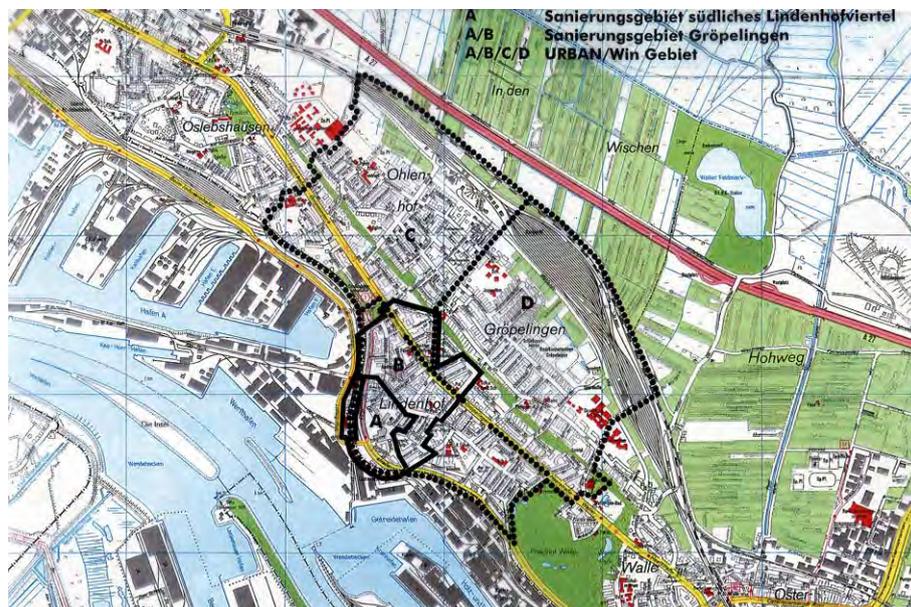


Abbildung 4: „Space-Park“

Ein Umstand, der Gröpelingen zu einem weiteren städtischen Fördergebiet erklärte, ist die Absicht der Stadtgemeinde, auf dem ehemaligen Werftgelände einen Funpark, den sogenannten „Space-Park“, zu errichten. Da auf dem Gelände auch themenbezogener Einzelhandel stattfinden soll, wurde Gröpelingen mit zwei weiteren Programmen ausgestattet, dem Infrastrukturmaßnahmenprogramm „Space-Park“ und dem Sofortmaßnahmenprogramm Nebenzentren.



Übersicht 1: „Festlegung von Gebieten“

Die Programme in der Übersicht.

<u>Festlegung von Gebieten:</u>	
a) Sanierungsgebiet 1990 Lindenhofviertel	1990 – 2005
b) Sanierungsgebiet 1991 Gröpelingen	1991 – 2005
c) URBAN-Gebiet (Gröpelingen, Ohlenhof, Lindenhof)	1994 – 2001
d) WIN/Soziale Stadt	1999 – 2004
e) Infrastrukturmaßnahmen Space-Park	1999 – 2001
f) Sofortmaßnahmenprogramm Nebenzentrum	2000 – 2004
g) komplementiert durch AB-Maßnahmen und BSHG § 19-Maßnahmen	
h) Wohnungsbauförderungsmittel im WIN-Gebiet	

Übersicht 2: „Finanzielle Ausstattung“

Quelle: Bremische Gesellschaft für Stadterneuerung, Stadtentwicklung und Wohnungsbau m.b.H.

Die finanzielle Ausstattung Gröpelingens hat sich seit Beginn der Sanierung verdreifacht. Neben den oben genannten Programmen wurden Neubaumaßnahmen in Höhe von ca. 20 Mio. DM gefördert. Zusätzlich wurden AB- und BSHG § 19-Maßnahmen gefördert.

<u>Finanzielle Ausstattung:</u>	
a) Sanierungsgebiet	63 000 TDM
b) URBAN-Gebiet	
-EFRE	25 000 TDM
-ESF	5 000 TDM
c) WIN/Soziale Stadt	6 000 TDM
d) Infrastrukturmaßnahmen Space-Park	2 800 TDM
e) Sofortmaßnahmenprogramm Nebenzentrum	25 000 TDM
f) Wohnungsbauförderung im WIN-Gebiet	<u>20 000 TDM</u>
	146 800 TDM

Quelle: Bremische Gesellschaft für Stadterneuerung, Stadtentwicklung und Wohnungsbau m.b.H.

### Übersicht 3: „Art der Förderung“

Vielleicht fragen Sie sich, warum Gröpelingen bei dieser finanziellen Ausstattung auch noch als „WIN-Gebiet“ festgelegt wurde? Anhand dieser Abbildung sehen Sie, dass lediglich das URBAN-Programm über konsumtive Mittel verfügt. Mit WiN soll die Mitarbeit der Bevölkerung unterstützt werden.

<u>Art der Förderung:</u>	
a) Städtebauförderung	investiv
b) URBAN	investiv und konsumtiv
c) WIN/Soziale Stadt	investiv und konsumtiv
d) Infrastrukturmaßnahmen Space-Park	investiv
e) Sofortmaßnahmenprogramm Nebenzentren	investiv

Quelle: Bremische Gesellschaft für Stadterneuerung, Stadtentwicklung und Wohnungsbau m.b.H.

### Übersicht 4: „Schwerpunkte der Programme“

Jedes Programm deckt einen besonderen Schwerpunkt ab.

<u>Schwerpunkte der Programme:</u>	
a) Städtebauförderung	Bauprojekte und Ordnungsmaßnahmen
b) URBAN-Gebiet	Infrastrukturmaßnahmen, Kultur, und Belebung der wirtschaftlichen Aktivitäten
c) WIN/Soziale Stadt	Soziale Integration/ Aktivierung von Bewohnern
d) Infrastrukturmaßnahmen Space-Park	Außenräume verbessern
e) Sofortmaßnahmenprogramm	Ansiedlung neuer Einzelhändler/ Dienstleister

Quelle: Bremische Gesellschaft für Stadterneuerung, Stadtentwicklung und Wohnungsbau m.b.H.

#### Übersicht 5: „Beteiligungsstrukturen“

Auf Grund der Größe des Gebietes und der Anzahl der Bevölkerung haben wir in Gröpelingen kein „bottom-up“ Prinzip. Jedes Programm hat seine eigene Beteiligungsstruktur. Die Klammer bilden das Ortsamt, die einzelnen Akteure, die sich in unterschiedlichen Gremien wiederfinden und unsere Gesellschaft zur Durchführung der Programme.

<u>Beteiligungsstrukturen:</u>	
a) Sanierung	Sanierungsbeirat
b) URBAN-Gebiet	Lenkungsgruppe
c) WIN/Soziale Stadt	Ausschuss Stadtteilbeirat
d) Infrastrukturmaßnahmen	Sanierungsbeirat
e) Sofortmaßnahmen	Lenkungsausschuss und Arbeitsgruppe Nebenzentren und Einwohnerversammlungen zu bestimmten Themen

Quelle: Bremische Gesellschaft für Stadterneuerung, Stadtentwicklung und Wohnungsbau m.b.H.

Anhand von drei Beispielen möchte ich Ihnen zeigen, wie diese Programme ineinanderwirken:

Abbildung 5: „Lichthaus“

Das Lichthaus ist das alte Arbeiteramt der AG-Weser. Es ist zu einem Zentrum für Kunst und neue Medien im Bereich der Existenzgründer umgewandelt worden. Die ersten Sicherungsarbeiten und eine Anstoßfinanzierung zum Innenausbau erfolgte mit *Städtebauförderungsmittel*. Die Fertigstellung dieses interessanten Gebäudes erfolgte im Zuge der Gemeinschaftsinitiative *URBAN*. Die Außenräume werden durch das *Infrastrukturmaßnahmenprogramm* finanziert.



Abbildung 6: „Lindenhofstraße“

Das Sanierungsmodell für Gröpelingen beruht auf einem zweipoligen Modell, dem Wohn- und Kulturpol im Süden und dem Stadtteilzentrum im Norden. Diese beiden Zentren werden verbunden durch die Lindenhofstraße. Die Umgestaltung der Lindenhofstraße zur sogenannten Flaniermeile erfolgte aus *URBAN-Mitteln*.



Abbildung 7: „Bibliothek“

Die Neubebauung, wie hier die neue Stadtteilbibliothek und Ausbau von Läden erfolgte über *Städtebauförderungsmittel*.



Abbildung 8:  
„Wohnbebauung Ortstraße“

Die *Wohnungsbauförderung* förderte die Ergänzungsbauten, hier: 75 geförderte Wohnungen im 1. und 4. Förderweg.



### „Stuhmer Straße“

Das Wohngebiet „Stuhmer Straße“ ist durch einen hohen Anteil von Ausländern (rund 50%) und Sozialhilfeempfängern gekennzeichnet. Von den insgesamt 291 Wohnungen werden 176 (ca. 60%) durch das Sozialamt belegt.

### Abbildung 9: „Einkaufszentrum

Fassadenförderung und Förderung eines neuen Einkaufszentrum sind Angelegenheit des *Sofortmaßnahmenprogramms Nebenzentren*.



### Abbildung 10: „Hausgemeinschaften streichen ihre Flure“

Das Amt für Soziale Dienste und unsere Gesellschaft als Wohnungseigentümerin haben ein Projekt entwickelt, in dem Hausgemeinschaften ihre Flure streichen. Sinn und Zweck ist die soziale Integration.

Unsere Gesellschaft hat im Rahmen von WIN einen Sozialarbeiter angestellt, der die Bewohner motiviert. Die fachliche Betreuung und die Sachmittel werden von unserer Gesellschaft zur Verfügung gestellt. Zur Zeit befindet sich das WIN-Büro noch in einer Wohnung.



Abbildung 11: „Feier“

Nach Ausbau und Modernisierung des Gemeinschaftshauses durch *URBAN* wird das Büro umziehen. Dann wird auch ein Cafe zur Verfügung stehen, das mit *BSHG § 19*-Kräften betrieben wird. Durch *URBAN* wird ebenfalls die fachliche Anleitung zur Umgestaltung der Außenanlagen finanziert. Außerdem haben wir ein Streetballprojekt, das ebenfalls über *URBAN* finanziert wird.

Es ist angestrebt, auch hier wieder zu einer sozialen Durchmischung der Bevölkerung zurückzukommen. Aus diesem Grunde werden wir Schlichtwohnungen abreißen und mit Hilfe der *Wohnungsbauförderung* Ergänzungsbauten errichten.



# 3 ■

## Management und Organisation – Erfahrungen und Aktivitäten aus den Modellgebieten

Moderation: Robert Sander, Deutsches Institut für Urbanistik

Karsten Gerkens

Leiter des Amtes für Stadtsanierung und Wohnungsbauförderung, Leipzig

Soziale Stadt im Leipziger Osten ..... 1

Veit Brauch

Abteilungsleiter Stadterneuerung, Stadtplanungsamt Hannover

Erfahrungen und Aktivitäten aus dem Modellgebiet  
Hannover Vahrenheide Ost ..... 5

Manfred Hörth

Beigeordneter der Kreisstadt Neunkirchen

Modellgebiet Neunkirchen-Innenstadt ..... 13

Frank Rolfes

Stadt Flensburg, FB Umwelt und Planen/Städtebauförderung

Modellgebiet Flensburg-Neustadt ..... 20

Helene Luig-Arlt

Stadtteilmanagement Flensburg-Neustadt

Stadtteilmanagement in Flensburg-Neustadt ..... 34

Andrea Fleck

Stabsstelle Dezernatsübergreifende Planungsaufgaben

Modellgebiet Ludwigshafen-Westend ..... 38

Beiträge aus dem Plenum und Anmerkungen vom Podium ..... 40

## Soziale Stadt im Leipziger Osten

Die Umsetzung des Bund-Länder-Programms Soziale Stadt ist in Leipzig integraler Bestandteil der gesamtstädtischen Erneuerungsstrategie. Mit dieser reagiert die Stadt auf massive strukturelle Probleme, von denen sie – wie andere ostdeutsche Kommunen – trotz beachtlicher Erfolge bei der Sanierung ihrer wertvollen und imagebildenden Bausubstanz geprägt ist. Zentrale Herausforderung, mit der die Städte und Gemeinden in den „neuen Bundesländern“ umgehen müssen, ist der massive Verlust von Bevölkerung auf Grund anhaltender ökonomischer Schwäche und im Zeitraffertempo verlaufender Suburbanisierung.

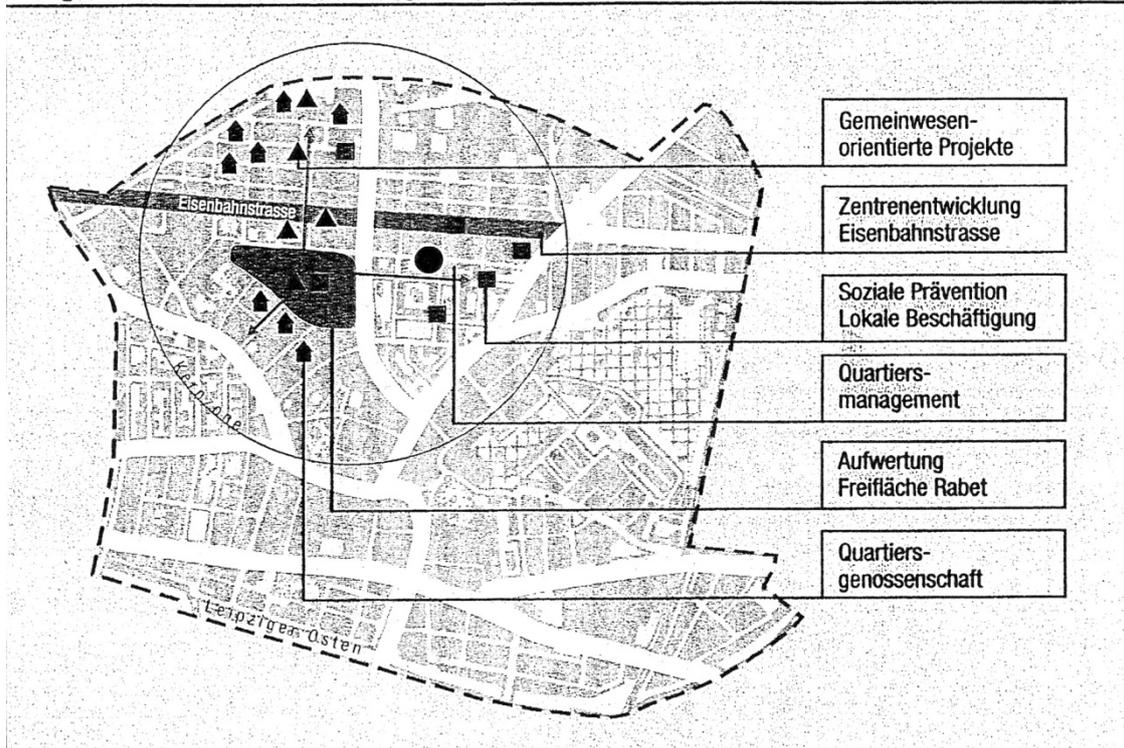
Leipzig hat seit der Wende 1989/90 fast 100 000 Einwohner verloren. Das führt in den weniger attraktiven Stadtteilen zu erheblichen Leerständen (teilweise über 40%) und sich dadurch beschleunigendem baulichen Verfall, zu inzwischen deutlich erkennbaren Tendenzen sozialer Segregation und zur Verschärfung der Probleme der lokalen Ökonomie. Strategische Ansätze der Stadt zum Umgang mit diesen Problemen sind das „Gesamtprogramm Neue Gründerzeit“ mit einer Vielzahl von Programmbausteinen zur Aktivierung lokaler Potentiale für die Erneuerung der stadtbildprägenden Gründerzeitviertel, der Lebenslagenreport mit seinen Ansätzen zur Verknüpfung von Sozialpolitik mit anderen Politikfeldern, drei Pilotprojekte zu Quartiersmanagement sowie der Stadtentwicklungsplan Stadterneuerung, in dem nach umfassender, auf sowohl baulichen als auch sozialen Kriterien beruhender Analyse die räumlichen Schwerpunkte der Stadterneuerung dargestellt sind.

Die Kategorien des Stadtentwicklungsplans Stadterneuerung:

- K** – **Konsolidierte Gebiete:** „Selbstläufer“ – Erneuerung aus eigener Kraft erscheint möglich – Unterstützung durch öffentliche Hand nachrangig.
- E** – **Erhaltungsgebiete:** Strukturen erscheinen zukunftsfähig, Erneuerung aus eigener Kraft aber nicht möglich.
- E+** – **Gebäudezeilen mit Erhaltungspriorität:** Stadtstrukturell besonders bedeutsame Gebäudezeilen – Konzentration von Fördermitteln und Beratung erforderlich.
- U** – **Umstrukturierungsgebiete:** Strukturen erscheinen nicht mehr zukunftsfähig – keine weiteren Investitionen in die Bestandserhaltung.
- U+** – **Umstrukturierungsgebiete mit Priorität:** Strukturen erscheinen nicht mehr zukunftsfähig – städtebauliche Neuordnung auf Grund der Lage vordringlich.

Der Leipziger Osten unterscheidet sich nicht wesentlich von anderen Leipziger Stadtteilen, allerdings treten hier – das zeigen die Analysen zum Stadtentwicklungsplan Stadterneuerung – die oben umrissenen Strukturprobleme mit besonderer Deutlichkeit auf. Gleichzeitig bestehen aber im Gebiet mehrere vielversprechende Initiativen der Bevölkerung zur Verbesserung ihrer Situation. Dies hat zu der Entscheidung geführt, diesen Stadtteil zum Fördergebiet im Rahmen des Programms Soziale Stadt zu erklären.

### Integrierte Stadtteilentwicklung „Leipziger Osten“: Kernprojekte

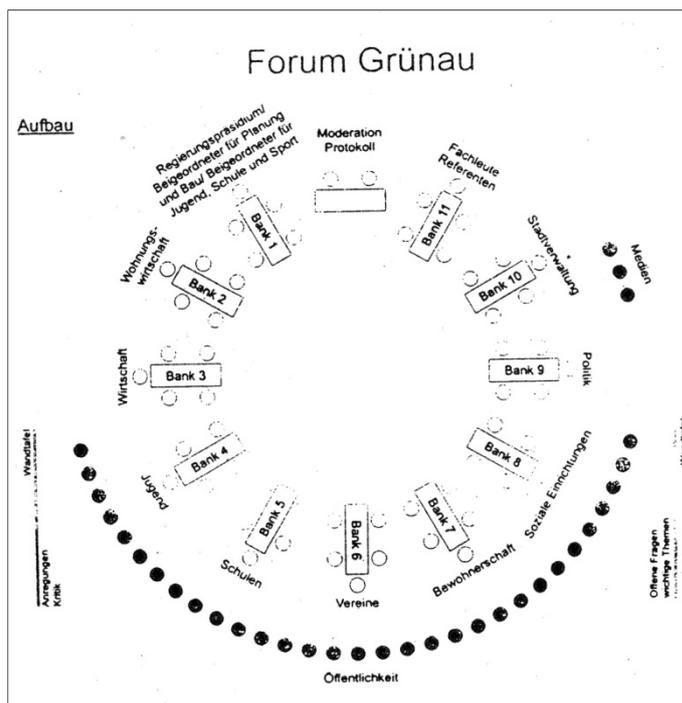


### Stadt Leipzig: Arbeitsgruppe Soziale Stadtentwicklung

Die Aufgabenstellung für den Leipziger Osten lautet „Organisation eines Schrumpfungsprozesses“. Wachstumsvorstellungen müssen aufgegeben werden. Es geht nicht um zusätzliche Wohnungen und Infrastruktureinrichtungen, sondern um die möglichst intelligente Nutzung dessen, was vorhanden ist, um eine Konzentration auf die Kerne der Quartiere und darum, dem notwendigen Rückbau möglichst viele Chancen abzugewinnen und ihn sozialverträglich zu gestalten. Das ist weniger eine bauliche, aber in erheblichem Umfang eine Management-Aufgabe. Dies sollte sich in den Fördervorschriften widerspiegeln. Das Verhältnis zwischen investiven und nicht-investiven Maßnahmen müsste 20:80 und nicht – wie in Sachsen angedacht – 80:20 betragen. Bei einer so begriffenen Verwendung der Mittel erscheint die Ausstattung des Programms Soziale Stadt durchaus ausreichend. Es schafft die Voraussetzung für die Bündelung von Ressourcen und erst diese Bündelung bewirkt die gewünschten Effekte. Allerdings kann Bündelung nicht allein durch die lokale Ebene bewerkstelligt werden. Die Stadtteilmanagerin als „eierlegende Wollmilchsau“, die sich in allen Förderprogrammen gleichermaßen auskennt, wird sich nur selten finden lassen. Gefragt

ist – und es gibt ja dafür mittlerweile Ansätze – Bündelung auch auf Landes- und die Bundesebene. Unterstützung könnten die Bemühungen um stärkere Bündelung erfahren, wenn bei der Beantragung von Mitteln die Mitzeichnung relevanter Dezernate und verwaltungsexterner Kooperationspartner vorgeschrieben wäre, wie dies bei der EU der Fall ist. Von besonderer Bedeutung ist – gerade im Osten – die Einbeziehung der Wirtschaftsförderung.

Zentrales Element zur Organisation des Stadtteilentwicklungsprozesses im Leipziger Osten wird das „Forum Leipziger Osten“ sein. In ihm werden alle relevanten Akteursgruppen aus dem Stadtteil vertreten sein. Es wird dem Informationsaustausch und der Koordination von Aktivitäten dienen. Gleichzeitig werden hier Visionen, Ziele, Programme für den Stadtteil zu entwickeln sein. Bei der Ausgestaltung des Forums kann auf die Erfahrungen zurück gegriffen werden, die im Rahmen des Forums Leipzig-Grünau gesammelt wurden. Dieses ist Bestandteil des „Planspiels Grünau“, hat auf Grund massiver Unterstützung durch den Bund und den Freistaat Sachsen ein sehr hohes fachliches Niveau erreicht und wird im Rahmen von Urban 21 präsentiert werden.



Die Forumsveranstaltungen werden durch einen unabhängigen Moderator moderiert.

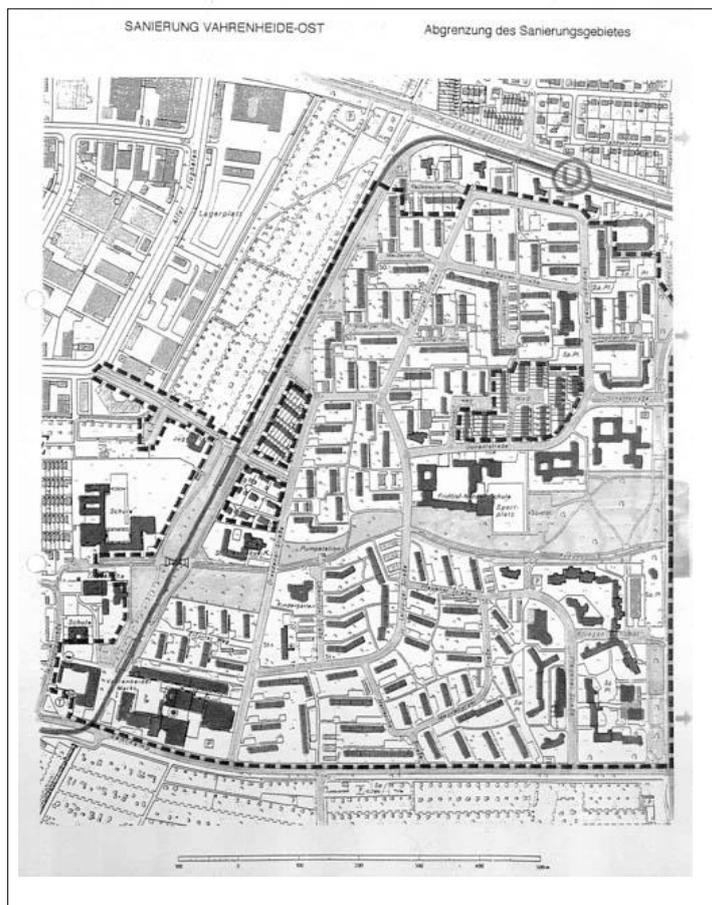
Unterschiedliche Akteursgruppen aus dem Stadtteil sind durch unterschiedliche „Bänke“ (mehrere Repräsentanten einer Akteursgruppe, z.B. mehrere Hauseigentümer) vertreten. Die Diskussion erfolgt in der Regel im Gespräch zwischen den Bänken. In bestimmten Phasen wird das Publikum – die Veranstaltungen sind öffentlich – in die Diskussion einbezogen. Im Rahmen des Forums werden Vereinbarungen getroffen. Die Akteursvertreter verpflichten sich zu deren Umsetzung im

Rahmen ihrer Einflussbereiche bzw. begründen die Nicht-Umsetzbarkeit. Nach derzeitigem Diskussionsstand werden im Forum Leipziger Osten folgende Akteursgruppen vertreten sein: Bewohner (eventuell getrennt nach den Bänken Jugendliche, „Erwachsene“, Senioren), Gewerbetreibende, Hauseigentümer, Stadtverwaltung, Politik, Vertreter sozialer Einrichtungen. Inhaltliche Schwerpunkte des Forums Leipziger Osten werden zunächst die Entwicklung einer Strategie für den Stadtteil und das „Controlling“ o.g. Einzelprojekte (Orientieren sich die Einzelprojekte an der Gesamtstrategie?) sein. Wichtige Impulse soll das Forum durch den Stadtteilmoderator erhalten, der im Gebiet einen Stadtteilladen unterhält und Bedürfnisse der Bevölkerung „aufspürt“. Die Vorbereitung, Durchführung und Nachbereitung der Forumssitzungen erfolgt durch ein externes Büro. Dieses

dokumentiert die Diskussionsergebnisse – mit Unterstützung weiterer Planer und Gutachter – in einem auf Fortschreibung angelegten Stadtteilentwicklungskonzept, das – sobald es einen entsprechenden Stand erreicht hat – politisch beschlossen wird.

## Erfahrungen und Aktivitäten aus dem Modellgebiet Hannover Vahrenheide-Ost

Lage von Vahrenheide im Stadtgebiet



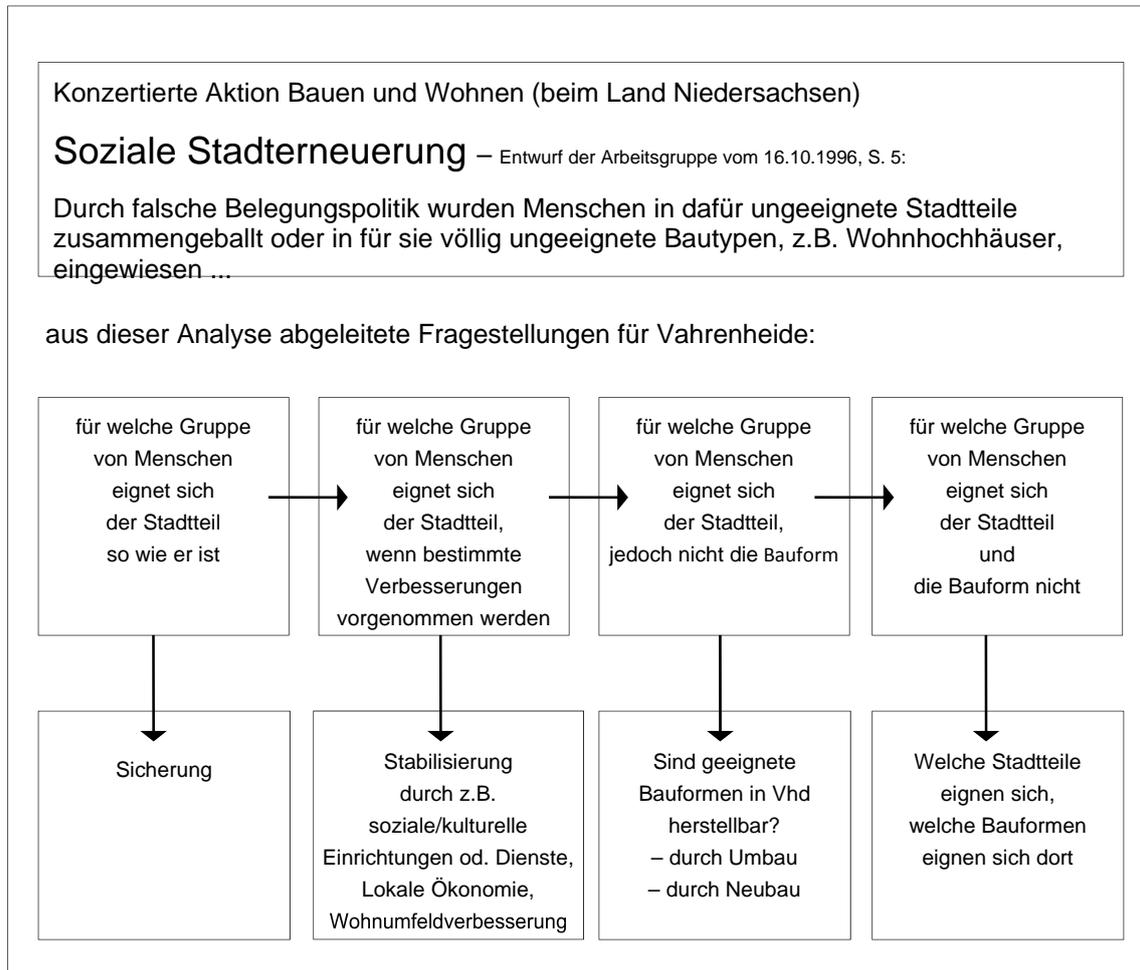
### Gebietscharakteristik

- 139 ha
- 8 300 Einwohner
- 3 600 Wohnungen, gebaut Ende der fünfziger bis Anfang der siebziger Jahre
- drei- bis 18-geschossig, einige Läden
- geförderte Belegrechtwohnungen 85% nahezu völlig im Besitz der städtischen Wohnungsgesellschaft
- kritische Sozialdaten
- eine Kneipe (am Rande des Konkurses)



Diese Art von Siedlung und Bebauung wurde in einer durch das Land Niedersachsen initiierten Studie so charakterisiert: Ein für die dort lebenden Menschen "ungeeigneter" Stadtteil, mit für sie völlig "ungeeigneten Bautypen".

Daraus ergibt sich ein Fragen- und Handlungskatalog:



Der größere Teil von Vahrenheide ist hingegen drei- bis vier-geschossig und recht beliebt bei den Bewohnern. Insgesamt ist der Stadtteil städtebaulich isoliert, stigmatisiert durch Hochhaussignale mit weiter Ausstrahlung, Hochhaus-Bereich belastet den „Gartenstadt“-Teil.

## Lösungsansätze:

Herausarbeitung der Vorteile des nicht unbeliebten niedrigen Bereichs:

- Neuordnung öffentlicher und privater Bereiche,
- Erhalt und Schaffung stabiler Nachbarschaften,
- Modernisierung,
- Wechsel der Eigentumsformen,
- Soziale Infrastruktur, lokale Ökonomie.

⇒ behutsame Stadterneuerung in der hannoverschen Tradition in Hannover entwickelt, in Berlin propagiert (*Hardt-Waltherr Hämer*).

Hochhausbereich (Kernbereich der Probleme):

Hannover hat inzwischen ein „Aktionsprogramm: Strategien zur Aufwertung und Entflechtung sozialer Brennpunkte, zur Gewinnung neuer Belegrechte und zur Sicherstellung der zukünftigen Wohnraumversorgung für soziale Bedarfsgruppen in der Landeshauptstadt Hannover“.

Das bedeutet für die Hochhäuser in Vahrenheide:

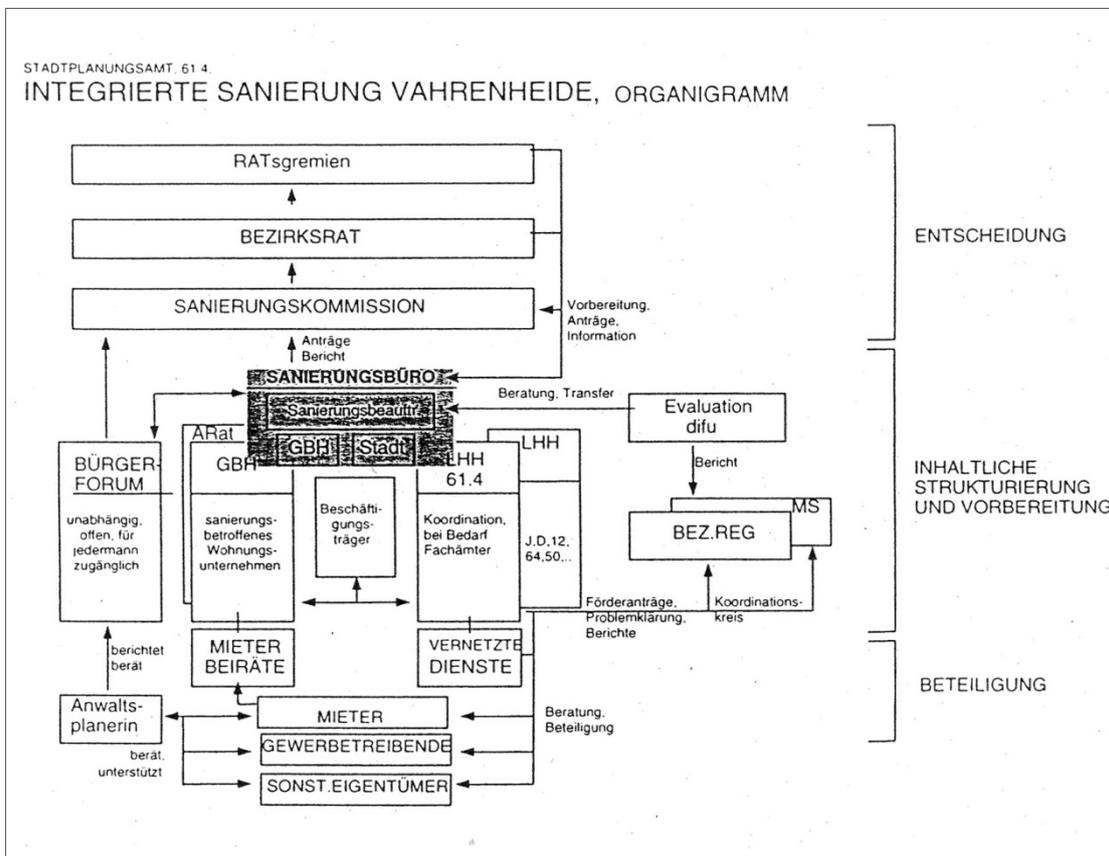
- Freistellung, keine Belegung durch Wohnungsamt  
 ⇒ Bei entspanntem Wohnungsmarkt, keine Nachfrage = Beschleunigung der Segregation, d.h. die, die beweglich sind, sind weggezogen (bis zu 40 %), andere ziehen nicht nach.
- Versuch massiver Aufwertung
- Öffnung für neue Bewohnergruppen

Frage, die wir z.Zt. zu beantworten suchen:

Können die für die jetzige Bewohnerstruktur ungeeigneten Baustrukturen attraktiv gemacht werden für neue Bewohner?

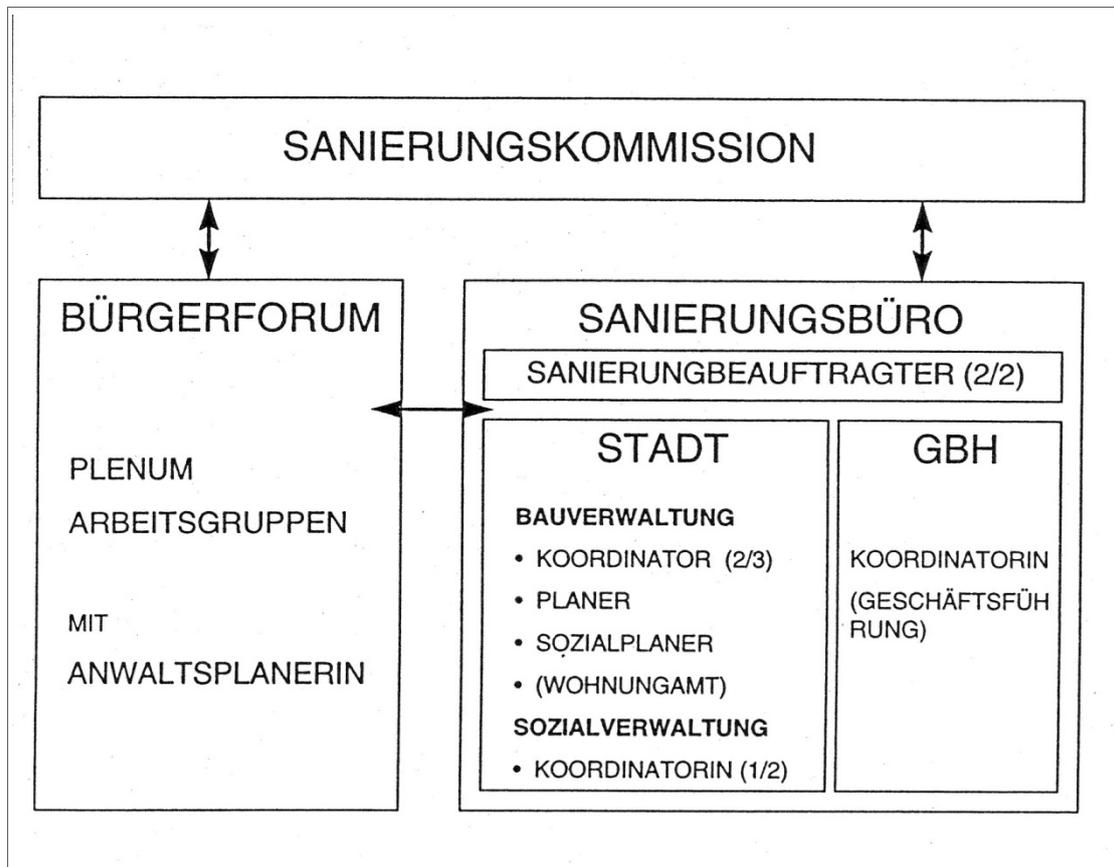
- z. B. Eigentum für Selbstnutzer
- Mietwohnungen für freie Belegung

Grosse Skepsis; es bleibt möglicherweise am Ende nur die „ultima ratio“ = Abriss.



Ein auf den ersten Blick verwirrendes Schema, das ich ihnen nicht weiter zumuten will, deshalb:

Ein Ausschnitt des Kernbereichs Sanierungsbüro



KEIN Sanierungsträger eingeschaltet (wie immer bisher)

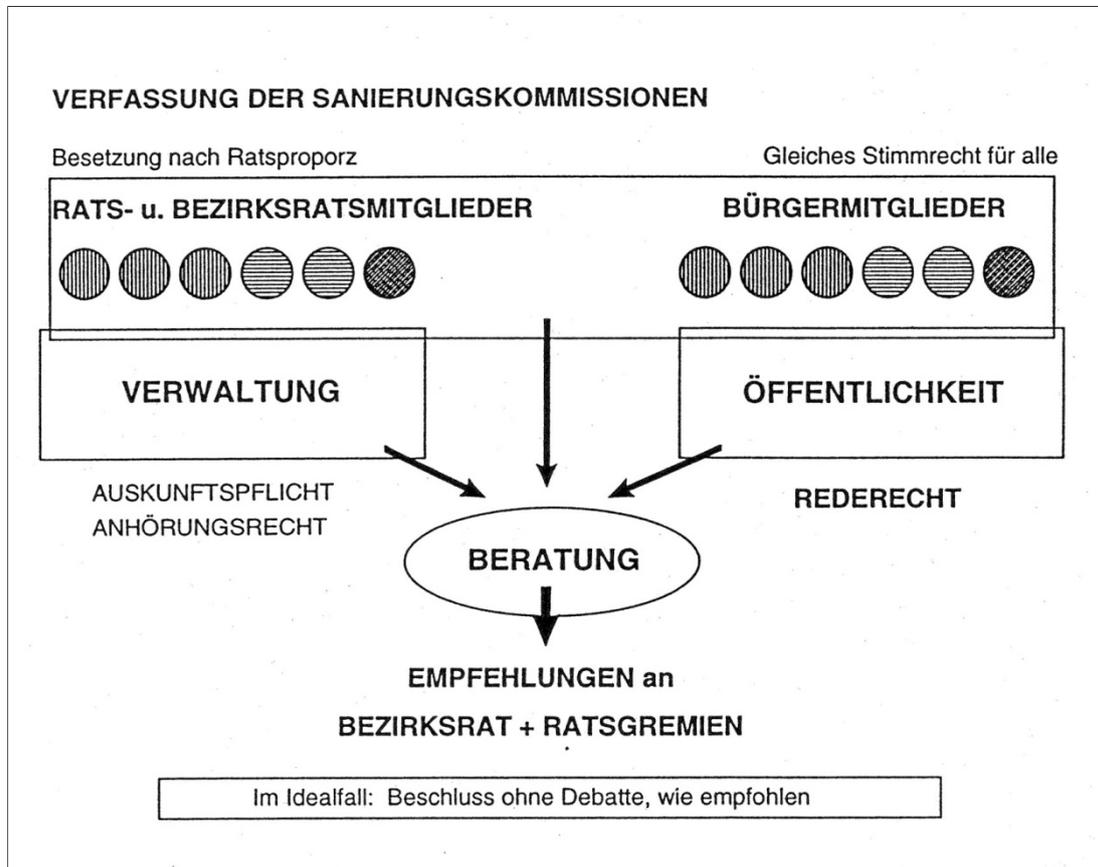
Büro vor Ort in schon vor der Sanierung umgebauter ungenutzter Hochgarage (mit Infrastruktur, wie: Soziale Dienste, GBH, Wohnungsamt, Kita)

Öffnungszeiten 3 bis 4 Tage in der Woche

Trägerschaft Stadt und GBH (Städtische Wohnungsgesellschaft, als nahezu alleiniger Eigentümerin der ca. 85 % geförderter Wohnungen im Gebiet)

Basisbesetzung: s. Grafik

ZUSAMMENSPIEL: Sanierungsbüro → Bürgerforum → Sanierungskommission



CHANCE: Verlagerung der Entscheidungskompetenz

- an die Basis
- in den Stadtteil

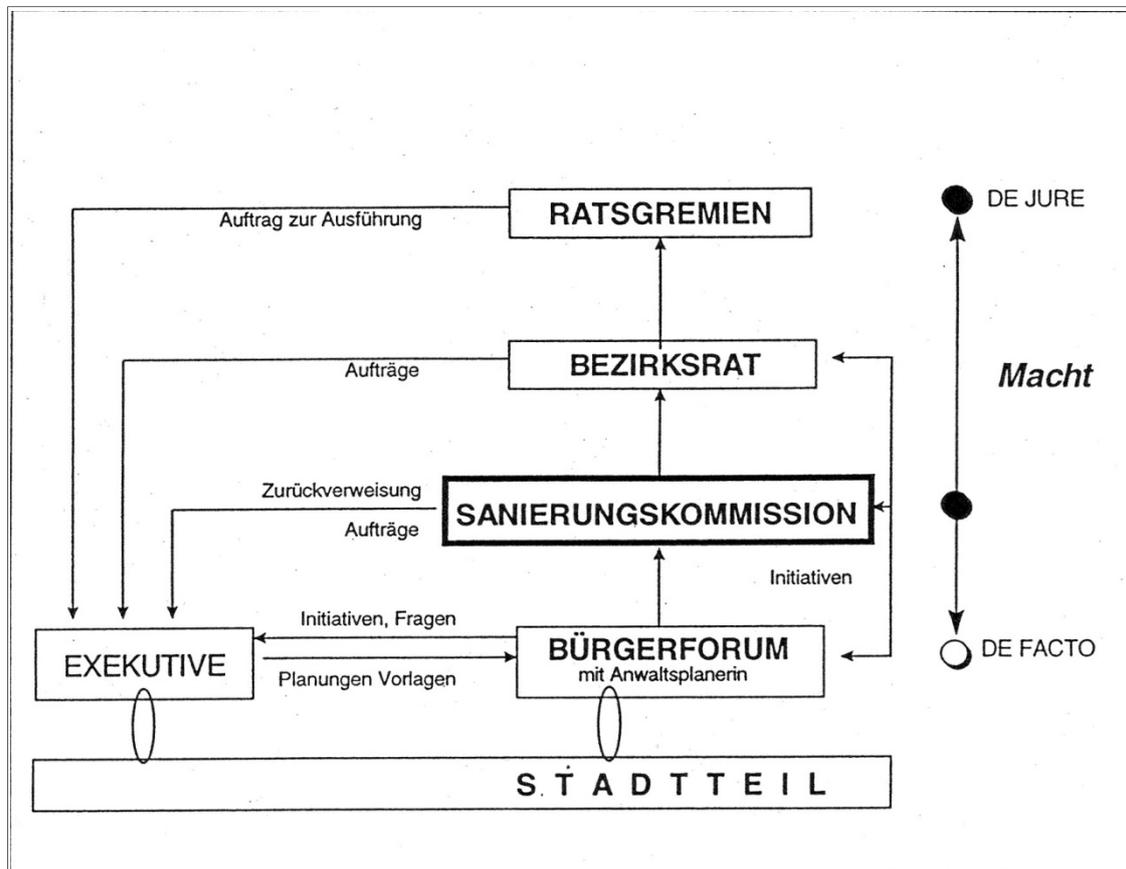
VORAUSSETZUNG: Politik mit den Bürgern,  
bewährt in klassischen Sanierungsgebieten, muss aber immer neu  
gelebt werden

FAZIT bisher

Mindestens so wichtig wie die Organisation auf der Ebene Stadtteil- und  
Projektmanagement ist die Verknüpfung mit den Bewohnern und den politischen  
Entscheidungssträgern.

Diese Organisation (mit Sanierungskommission) bietet die Chance im Rahmen der  
Sanierung: vor allem bei der Disposition der Mittel, die ja nicht der Stadt insgesamt zur  
Verfügung stehen – *die Entscheidungskompetenz in den Stadtteil, an die Basis zu  
verlagern.*

Es stellt sich also die Machtfrage.



Die Sanierungskommission (SK) beschließt nicht, ohne das Bürgerforum gehört zu haben. Sinnvollerweise ist die Politik in den Sitzungen des Bürgerforums zugegen. Wenn die Ratsgremien nach Diskussion und Beschlussempfehlung in der SK nur noch „formal“ behandeln und sich der Beschlussempfehlung anschließen, macht die SK Sinn. Das setzt voraus, dass in der SK „gewichtige“ Vertreter ihrer Fraktionen agieren.

Ich bin gebeten, nicht nur in Rosa zu malen, sondern auch Probleme zu benennen.

Ich will es versuchen und schicke voraus, dass

- das Sanierungsbüro funktioniert
  - vor allem, weil die Sanierungsbeauftragten richtig gute Leute sind, die besonders in den Bereichen Bewohneraktivierung oder lokale Ökonomie Entscheidendes beitragen, und damit die Verwaltung in der Kompetenz ergänzen.
- die Sanierungskommission funktioniert
  - das sieht man z.B. daran, dass wir ab und zu Prügel beziehen; wenn auch ab und zu in den Ratsgremien Fragen auftauchen, die zeigen, dass es Ratsvertreter gibt, denen weder die Funktion der SK, noch die im Gebiet behandelten Probleme bewusst sind.

Zu dem Problemen

- Die autonome Organisation im Stadtteil-Sanierungsbüro ist nicht geeignet, andere Verwaltungsteile von sich aus aktiv werden zu lassen.

Sie sind seit Jahrzehnten gewohnt, dass die Initiativen im Planungsamt entwickelt werden und ziehen dann mit (was in Zeiten der Budgetierung auch eher schwieriger wird).

Eigene Beiträge zu initiieren (z.B. in Bereichen, die nicht unbedingt zu den originären Kompetenzen des Planungsamts liegen, wie z.B. lokale Ökonomie) ist (noch) nicht üblich.

Die Rückkoppelung Sanierungsbüro → Verwaltung ist, vorsichtig formuliert, anstrengend.

- Wenn es funktioniert, dass vieles (verwaltungsmäßig und politisch) im Stadtteil entschieden wird, dann kommt schon mal die Frage auf: Was macht Ihr da in Vahrenheide eigentlich ?

Und da die Erfolge weniger „Hardware“ als „Software“ sind, sind sie auch weniger vorzeigbar

- die Emanzipation Einzelner in lokaler Selbstorganisation,
- die Beschäftigung von Bewohnern in Projekten lokaler Ökonomie,
- das Verschwinden der Einkaufswagen aus dem Ortsbild,
- das steigende Selbstbewusstsein von Bewohnern, z.B. in einer arbeitenden Bewohnerorganisation.

Auch hier noch ein Problem:

Im Bürgerforum, also im Kreis der sich im Stadtteil Engagierenden, spiegelt sich ein Problem des Stadtteils:

- so wie die Nichtdeutschen oder Nicht-Deutsch-Sprechenden im Stadtteil überrepräsentiert sind, so sind sie im Bürgerforum unterrepräsentiert.

Das war in den klassischen Sanierungsgebieten genauso. Dort gab es allerdings die selbsternannten „Oberbürger“, die selbstverständlich für alle Bewohner sprachen. Die gibt es in Vahrenheide nicht (sie fühlen sich in Linden wohler, und auch das ist ein Problem von Vahrenheide). In Vahrenheide sprechen die Bewohner, die aktiv sind, für sich selbst

- und wir wissen, sie sprechen weniger für die anderen,
- und wir wissen, auch das ist ein Problem.

## Modellgebiet Neunkirchen-Innenstadt

### 1. Einleitung

Die Kreisstadt Neunkirchen, im östlichen Saarland gelegen, hat 52 000 Einwohner und ist landesplanerisch als Mittelzentrum ausgewiesen.

Neunkirchen war über viele Jahrzehnte hinweg eine Stadt der Montanindustrie. Die Kohlegruben und das Eisenwerk prägten das Bild der Stadt und die Menschen, sie bedeuteten Wohlstand, waren aber auch mit einer immensen Umweltbelastung verbunden. Insgesamt waren etwa 25 000 Menschen in der Montanindustrie beschäftigt.

Bereits in den 60er Jahren wurden die fünf Kohlegruben geschlossen, was ein Verlust von 12 000 Arbeitsplätzen bedeutete. Die damit verbundenen sozialen Probleme waren noch überschaubar, weil die Arbeitskräfte in anderen saarländischen Gruben unterkamen oder Ersatzarbeitsplätze in anderen Industrien zur Verfügung standen. Gravierender, vor allem in sozialer Hinsicht, wirkte sich jedoch die Schließung des Eisenwerkes aus, von dem noch zwei Stahlstraßen mit ca. 800 Beschäftigten übrig geblieben sind.

Die Arbeitslosigkeit stieg auf etwa 18 Prozent und etwa 300 ha Industriebrache waren entstanden. Wohl kaum eine andere Stadt in Deutschland war, gemessen an der Einwohnerzahl, derart hart von der Krise in der Montanindustrie betroffen wie die Stadt Neunkirchen.

Diese Entwicklung zwang die Stadt zu einem radikalen Strukturwandel. Innerhalb weniger Jahre wurden die stadtnahen Industriebrachen revitalisiert, neue Betriebe angesiedelt und Arbeitsplätze, vor allem im tertiären Bereich, geschaffen und mit der Sanierung der Innenstadt begonnen. Insgesamt wurden etwa 10 000 Arbeitsplätze im gewerblichen und im Dienstleistungsbereich geschaffen. Parallel dazu lief die notwendige Altlastsanierung. Das größte Projekt, die Sanierung einer Deponie des Eisenwerkes, läuft zur Zeit und wird Kosten von ca. 30 Millionen DM verursachen.

### 2. Beschreibung des Programmgebietes

Das Programmgebiet umfasst einen großen Teil der Neunkircher Innenstadt mit einer Fläche von 110 ha und ca. 10 000 Einwohnern. Wichtige Sozialindikatoren haben sich in den letzten Jahren negativ entwickelt. Die Arbeitslosenquote, der Anteil an Sozialhilfeempfängern und der Anteil der ausländischen Bevölkerung beträgt etwa 25 Prozent und ist gekoppelt an eine relativ hohe Kriminalitätsrate. Ein weiteres Indiz für die soziale Situation ist die geringe Wahlbeteiligung. Sie liegt unter 30 Prozent und ist

ein deutliches Zeichen für die politische Apathie und eine mangelnde Bereitschaft, sich öffentlich zu engagieren und die eigenen Interessen zu vertreten.

In einer Grundschule wird jedes Jahr etwa ein Drittel der Schülerinnen und Schule einer Klasse ausgetauscht. Man zieht in das Quartier, weil es die wirtschaftliche Situation erfordert und zieht wieder weg, wenn sich diese verbessert.

### 3. Problemanalyse

Kennzeichnend für das Programmgebiet ist eine stark überalterte Bausubstanz. Der Ausstattungsstandard ist gering und entsprechend besteht ein hoher Renovierungsbedarf. Die Mieten sind vergleichsweise gering und liegen im Schnitt bei 6,-- bis 7,-- DM/qm. Hinzu kommen Mängel im unmittelbaren Wohnumfeld (unattraktive Innenhöfe mit geringer Aufenthaltsqualität). Verstärkt wird dies noch durch Gemengelagen aus gewerblicher Nutzung und Wohnnutzung mit den bekannten Unverträglichkeiten.

Mit dem Strukturwandel der Stadt erfolgte auch eine Neuorientierung bei den Einzelhandelsgeschäften. Die Konzentration auf den Citybereich nahm zu. Von der City entfernte Einkaufsstraßen verloren an Bedeutung, was punktuell zu Leerständen führte.

Die dargestellten Mängel im Wohnumfeld werden noch verstärkt durch einen Mangel an attraktiven öffentlichen Grünflächen und städtischen Plätzen.

Der Anteil an sozial benachteiligten Bevölkerungsgruppen im Programmgebiet ist hoch. In einigen Straßen und Quartieren gibt es bereits Ansätze von sozialen Brennpunkten, was wiederum gekoppelt ist mit einem schlechten Image einzelner Straßen und Quartiere. Insgesamt ist die Situation jedoch sehr heterogen, das heißt sozial intakte Gebiete wechseln auf engem Raum mit solchen, die bereits erhebliche Defizite aufweisen.

Das Niveau der beruflichen Ausbildung ist eher gering, wodurch die Chancen auf dem ersten Arbeitsmarkt eingeschränkt sind. In dem Programmgebiet ist das Angebot an Arbeitsplätzen sowohl quantitativ als auch qualitativ als ungünstig einzustufen.

### 4. Handlungsfelder

Aus der oben beschriebenen Problemanalyse ergeben sich für das Programmgebiet die wichtigen Handlungsfelder.

Bereits jetzt gibt es in dem Gebiet eine gut funktionierende Gemeinwesenarbeit, die im wesentlichen von den Wohlfahrtsverbänden getragen wird. Diese soll verstärkt und verstetigt werden. Hierbei wird es vor allem darum gehen, die Bevölkerung zu aktivieren und zur Mitarbeit zu gewinnen. Dies wird ohne Zweifel ein schwieriges und langwieriges Unterfangen, ist aber für den Erfolg des Projektes unerlässlich.

Damit im Zusammenhang steht die Jugend- und Familienhilfe, die in den letzten Jahren durch die Kooperation des Landkreises mit den karitativen Organisationen intensiviert worden ist.

Zur Erhöhung der Attraktivität der Innenstadt, vor allem für das Wohnen, kommt der privaten Haus- und Wohnungsmodernisierung eine besondere Bedeutung zu. Für den Erfolg des Programms Soziale Stadt sind eine intensive und nachhaltige Arbeit auf diesem Felde und sichtbare Fortschritte unerlässlich.

Die Stadt hat bereits in der Vergangenheit unter dem Slogan „Arbeit statt Sozialhilfe“ umfangreiche Beschäftigungs- und Qualifizierungsmaßnahmen, auch mit einem erheblichen finanziellen Aufwand durchgeführt; sie sollen nunmehr auch in dem Programmgebiet mit Nachdruck fortgesetzt werden.

## 5. Bisherige Arbeit im Programmgebiet

Die Stadt hat sich bereits in der Vergangenheit intensiv mit der Lebenssituation in der Innenstadt beschäftigt und konkrete Maßnahmen durchgeführt. Auf diesem Fundament kann das Programm Soziale Stadt aufbauen.

Seit etwa acht Jahren betreibt die Stadt ein intensives Stadtmarketing mit einer Konzentration der Arbeit auf die Innenstadt. In mehreren Arbeitsgruppen mit unterschiedlichen Themenbereichen waren die Bürgerinnen und Bürger von Anfang in die Arbeit einbezogen.

Dies trifft genauso zu für den Beirat zur Kriminalitätsverhütung, der zwar ebenfalls für die Gesamtstadt zuständig ist, sich aber aufgrund der Problemlage ständig mit der Innenstadt beschäftigt.

Parallel dazu gibt es die bei der Verwaltung angesiedelte Arbeitsgruppe „Soziales Umfeld“, in der die Stadt, die Siedlungsgesellschaft, die Polizei, der Landkreis und die Wohlfahrtsverbände zusammenarbeiten. Sie wurde gegründet, um auf aktuelle soziale Probleme, Obdachlosigkeit, soziale Brennpunkte, Kriminalität reagieren zu können. Diese Arbeitsgruppe steht in einem intensiven Informationsaustausch mit dem Stadtmarketing und dem Beirat zur Kriminalitätsverhütung und versucht für auftretende Probleme möglichst schnell Lösungen zu finden.

## 6. Organisation des Programms Soziale Stadt bei der Stadt Neunkirchen

Leitgedanke für die Organisation des Programms war von Anbeginn, die im Gebiet vorhandenen Ressourcen zu nutzen und die Arbeit auf möglichst viele Schultern zu verteilen. Die Stadt trägt die Verantwortung für die strategische Planung, für die Mittelverteilung und für die Koordination der Arbeit. Der operative Bereich soll jedoch weitgehend auch von anderen wahrgenommen werden.

### 6.1 Lenkungsgruppe

Die Arbeitsgruppe „Soziales Umfeld“ fungiert unter Beibehaltung ihrer bisherigen Aufgabe als Lenkungsgruppe für das Projekt Soziale Stadt. Ihre Aufgabe ist die strategische Planung, sie koordiniert die Arbeit und ist verantwortlich für die

Realisierung von Projekten, vor allem, wenn dies mit finanziellem Aufwand verbunden ist.

## 6.2 Stadtteilbüro

In dem Programmgebiet sollen zwei Stadtteilbüros eingerichtet werden. Die Personalausstattung steht im Augenblick noch nicht fest, soll aber möglichst klein gehalten werden. Den Stadtteilbüros obliegt das Management und die Organisation der Arbeit, und sie sollen über die vielfältigen Angebote und Möglichkeiten im sozialen Bereich und im Bereich der Wohnungsmodernisierung informieren. Zusätzlich sollen diese Räumlichkeiten erhalten für unterschiedliche Initiativen und Organisationen.

## 6.3 Karitative Verbände und Organisationen

Im Programmgebiet sind die großen Wohlfahrtsverbände bereits mit einem umfangreichen Hilfsangebot tätig. Sie sind ein wesentlicher Bestandteil des Programms Soziale Stadt. Die Stadt geht davon aus, dass diese ihre Arbeit fortsetzen und in Zusammenarbeit mit der Lenkungsgruppe die Aktivierung der Bevölkerung bewerkstelligen.

## 6.4 Träger-Verbund

Vor etwa einem Jahr hat der Landkreis mit sechs karitativen Organisationen (Träger-Verbund) einen Kooperationsvertrag abgeschlossen und diesem die Jugendhilfe in dem Programmgebiet nach dem KJHG übertragen. Diese erhalten für ihre Arbeit ein festes Jahresbudget. Sofern das Budget nicht in vollem Umfang in Anspruch genommen wird, können freie Mittel in Absprache mit dem Landkreis für andere soziale Maßnahmen Verwendung finden.

## 6.5 Bildungsträger

Die Stadt beteiligt sich zusammen mit dem Landkreis an dem Projekt „Freiwilliges soziales Jahr“, mit dessen Durchführung ein freier Träger beauftragt wird. Bei diesem Projekt, das vom Bund, der Arbeitsverwaltung und dem Land finanziell gefördert wird, sollen 25 Jugendliche durch schulische Ausbildung und praktische Arbeit auf den ersten Arbeitsmarkt vorbereitet werden.

## 6.6 Siedlungsgesellschaft

Eine besondere Bedeutung in dem Programm Soziale Stadt kommt, wie bereits dargelegt, der privaten Haus- und Wohnungsmodernisierung zu. Die städtische Siedlungsgesellschaft verfügt durch ihre eigene Tätigkeit über profunde Kenntnisse und Erfahrungen in der Durchführung von Haus- und Wohnungsmodernisierungen. Es ist aus diesem Grunde nahe liegend, mit ihr einen Kooperationsvertrag abzuschließen. Die Aufgabe soll darin bestehen, bei Privaten das Interesse an der Haus- und Wohnungsmodernisierung zu wecken, diese zu beraten und zu informieren und Realisierungsmöglichkeiten aufzuzeigen. Man muss sich allerdings dessen bewusst sein,

dass sich dieses Arbeitsfeld als äußerst schwierig darstellt und einen langen Atem verlangt.

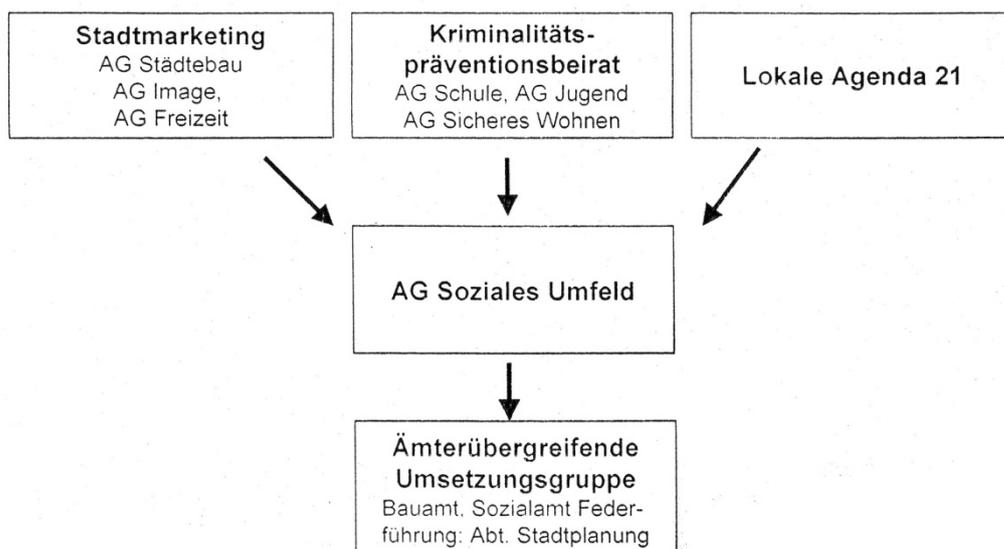
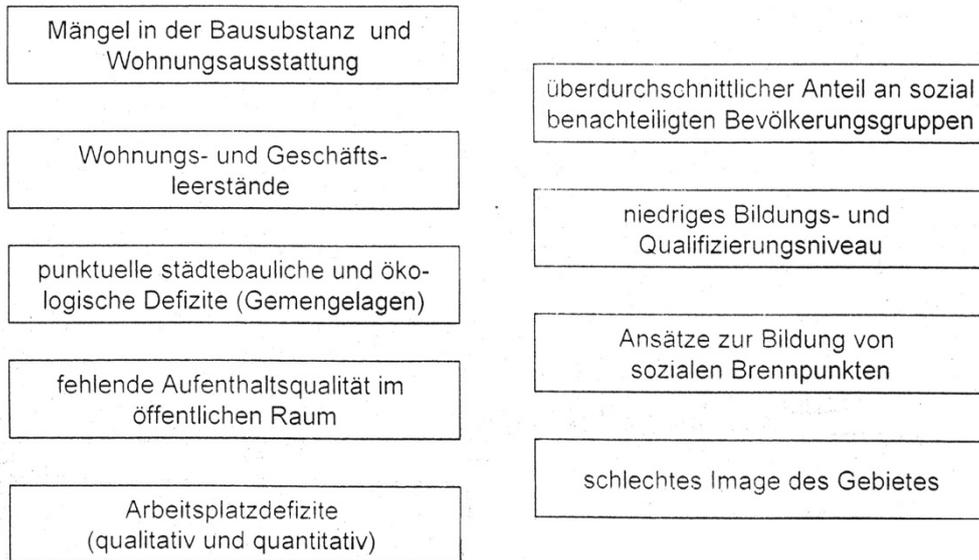
## 6.7 Kultur GmbH

Die kulturelle Arbeit der Stadt Neunkirchen wird von der stadteigenen Kulturgesellschaft wahrgenommen. Diese hat sich bereiterklärt, in dem Programm mitzuarbeiten und ein Konzept zu entwickeln für eine quartiers- oder stadtteilbezogene Kulturarbeit.

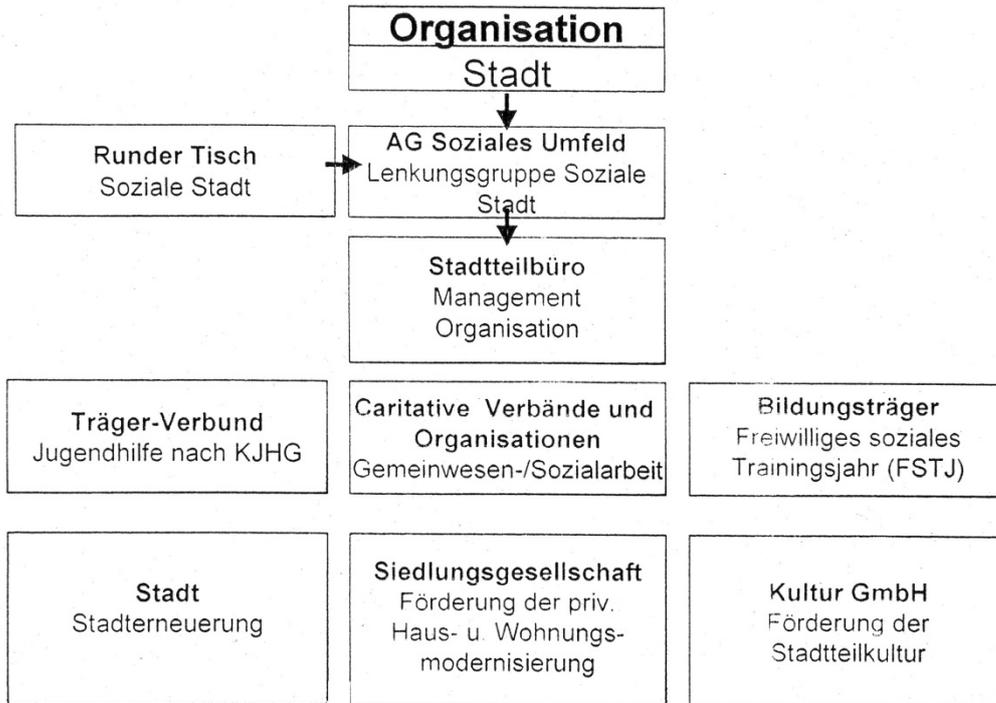
## 6.8 Stadt

Neben einer umfassenden Steuerungsfunktion ist die Stadtverwaltung noch für die herkömmliche Stadterneuerung, das heißt den Umbau und die Verbesserung der öffentlichen Infrastruktur verantwortlich.

### Problemanalyse



Bund-Länder-Programm Soziale Stadt **Kreisstadt Neunkirchen**



## Modellgebiet Flensburg-Neustadt

Ich möchte Ihnen darstellen, wie wir an das Stadterneuerungsprojekt „Neustadt“ herangegangen sind, welche Methode wir gewählt haben, wie weit wir gekommen sind und vor welchen Problemen wir stehen.

Meine Kollegin, Frau Luig-Arlt, wird im Anschluss vertiefend auf das Quartiersmanagement eingehen.

Zunächst möchte ich mit wenigen Worten auf das Quartier eingehen (Abbildungen 1-7) „Steckbrief Neustadt“): Exemplarisch ist die enorme Vielschichtigkeit der Probleme. Im Frühjahr 1998 hatten wir nur eine vage Vorstellung über das Ausmaß der sozialen Probleme, wir sprachen ganz allgemein von dem Entstehen eines sozialen Brennpunkts. Die funktionalen und strukturellen Defizite waren dagegen deutlich zu sehen.

Abbildung 1:      Übersichtsplan Stadt Flensburg mit Sanierungsgebiet Neustadt

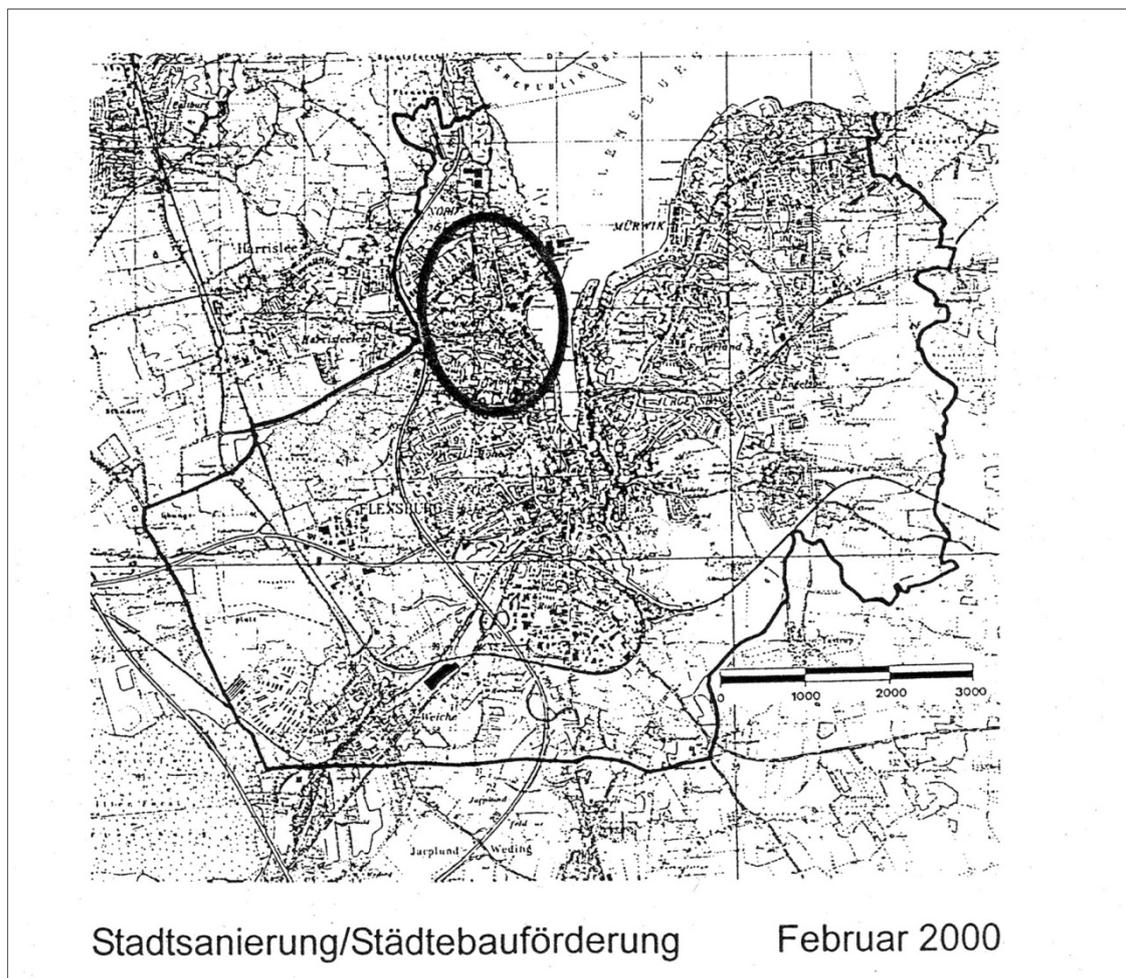
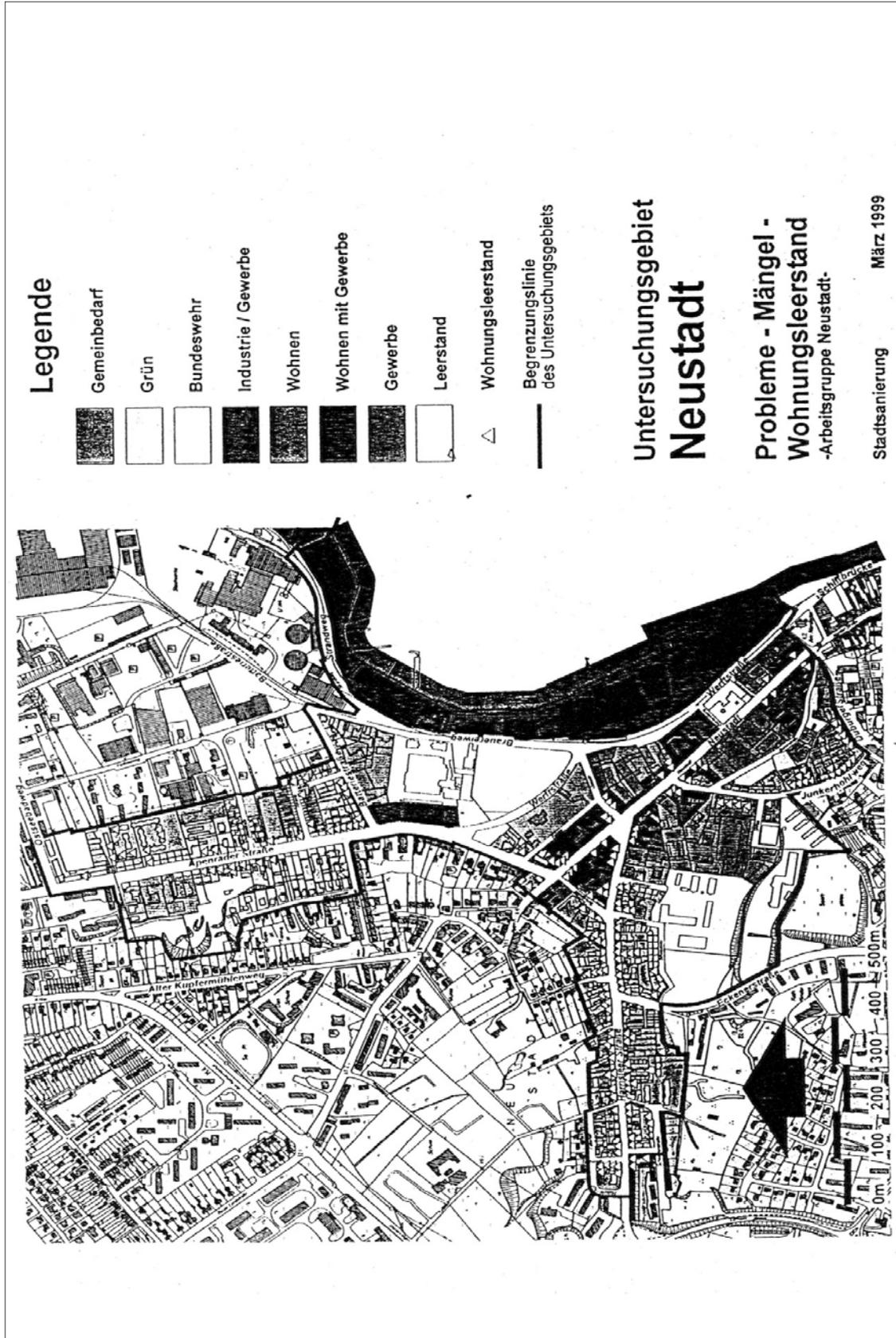


Abbildung 2





## **Untersuchungsgebiet Neustadt**

### **Baulich-räumliche Merkmale**

- 51 ha
- frühindustriell geprägt
- Großgemengelage mit gegenseitigen Nutzungsbeeinträchtigungen
- starke städtebauliche Brüche
- fehlendes Stadtteilzentrum
- (Gewerbe) -Flächenbrachen
- hohe Leerstandsquote (10,6 %)
- hohe Bebauungsdichte / hoher Versiegelungsgrad
- unzureichendes Geh- und Fahrradwegenetz
- mangelndes Parkraumangebot
- emitierendes Gewerbe
- Verkehrsemissionen
- mangelndes Frei- und Grünflächenangebot
- fehlender Wasserzugang

Abbildung 4



## Untersuchungsgebiet Neustadt

### Schwächen der Sozialstruktur

	Untersuchungs- gebiet	Gesamtstadt	Faktor
Bewohner	4.500	85.000	0,05
Arbeitslosenquote (Januar 98)	30 %	16,4 %	2
niedrige Frauenerwerbsquote			
Sozialhilfeempfänger	22 %	9 %	2,5
Wohngeldempfänger	7 %	3,9 %	2
Migranten	25 %	8 %	3
Alleinerziehende	24 %	7,3 % (SH)	3
Grundschüler in Sprachheilschule	5,5 %	2,6 %	2

- mangelndes Gesundheitsvorsorgeverhalten
- fortgeschrittene Segregation
- unterdurchschnittliche Haushaltseinkommen
- niedriges Qualifikationsniveau
- überproportionale Kriminalitätsrate  
(1996 stammen 1/3 aller jugendlichen Straftäter aus dem Bereich Neustadt/Nordstadt)
- subjektives Sicherheitsgefühl deutlich niedriger als in der Gesamtstadt
- überproportionale Alkohol- und Drogenprobleme
- soziale Spannungen
- Abwanderungen einkommensstärkerer Haushalte
- Prostitution
- Vandalismus

Abbildung 5

FB 4/Stadtsanierung

Flensburg, Juni 1999  
befrag/mieter

### Befragungen der Mieter und Hauseigentümer bzw. Hausverwalter

In den folgenden Bereichen werden Modernisierungsmaßnahmen für erforderlich gehalten:

#### Hauseigentümer und Verwalter

39%	Fassadenerneuerung
30%	Dacherneuerungen/Reparaturen
24%	Wärmeschutzmaßnahmen
21%	Feuchtigkeitsbeseitigung und Schallschutzmaßnahmen
15%	Treppenerneuerung
12%	Installation von Toiletten, Küchen und Sanierung der Hauskonstruktion
9%	Installation von Bädern, Fenster- und Türerneuerung, Änderung der Heizungsart
6%	Instandsetzung von Wänden, Decken und Grundrißänderungen
3%	Instandsetzung von Elektroanlagen

#### Mieter und Mieterinnen

53%	Feuchtigkeitsbeseitigung
51%	Schallschutzmaßnahmen
47%	Wärmeschutzmaßnahmen und Möglichkeiten der Freiraumnutzung
30%	Installation von Bädern
23%	Installation von Toiletten
21%	Änderung der Heizungsart
16%	Grundrißänderung

Abbildung 6



## Stärken der Neustadt

- eigene Identität
- gute Infrastrukturausstattung
- reizvolle landschaftsräumliche Voraussetzungen
- Erholungsgebiete in unmittelbarer Nachbarschaft
- Altersstruktur
- expandierende Unternehmen
- private Investitionen
- weitsichtige Menschen mit Vertrauen in eine positive Zukunft der Neustadt

Das damalige Amt für Stadtsanierung entwickelte ein Leitbild (Abbildungen 7-9) und es wurde spätestens hieran deutlich, dass eine Vielzahl von Verwaltungsdienststellen mit ihren jeweiligen sektoralen Handlungsfeldern betroffen sind.

Abbildung 7

**PLANERISCHE AUSGANGSSITUATION UND ZIELE**

**2.5. Planerisches Leitbild und Ziele**

**Leitbild**

- neues Image für die Neustadt (die jahrelange städtebauliche, stadtgestalterische und funktionale Benachteiligung dieses zentrumsnahen Quartiers bedarf dringend einer Kompensation)
- Bezüge der Neustadt zur Förde ggf. punktuell reaktivieren
- evtl. einladende Öffnung der für die Bevölkerung unzugänglichen Bereiche
- gesunde Lebens- und Arbeitsbedingungen
- vielfältige Versorgungs- und Freizeitangebote
- Erhalt und Stärkung des Quartiercharakters
- „Vielfalt“

**Soziale Stadterneuerung**

- die soziale Stadterneuerung soll in abgestimmter und koordinierter Weise die lokalen, wirtschaftlichen, beschäftigungs- und wohnbezogenen, ökologischen, sozialen und kulturellen Probleme im Sinne eines Urban-Managements moderieren und Lösungen herbeiführen
- Stabilisierung und Verbesserung der Lebensqualität und der sozialen sowie wirtschaftlichen Lage,
- Verbesserung der Beschäftigungs- und Wohnsituation,
- Verbesserung der Situation der Jugendlichen und ihrer Ausbildungsmöglichkeiten
- Aktivierung und Stärkung der sozialen Potentiale und Ressourcen
- Armutsbekämpfung
- Bindung der Modernisierungsstandards an die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit der Bewohner
- Stärkung der Selbsthilfepotentiale
- Wohnungsbelegungsmanagement
- besondere Berücksichtigung der Belange von Behinderten, Senioren, Alleinerziehenden, Frauen und Kindern

---

VORBEREITENDE UNTERSUCHUNGEN • NEUSTADT •28

Abbildung 8

<b>PLANERISCHE AUSGANGSSITUATION UND ZIELE</b>	
<b>Nutzungen</b>	
	<ul style="list-style-type: none"><li>- standortgerechte Nutzungen</li><li>- Nutzungsmischung aber Abbau von Nutzungskonflikten</li><li>- Erhalt und Ergänzung bezahlbaren Wohnraums</li><li>- Sicherung vorhandener Arbeitsplätze</li><li>- Sicherung der Arbeitsstätten bestehender Betriebe</li><li>- Erhalt und planungsrechtliche Förderung von klein- und mittelständischen Betrieben</li><li>- planungsrechtliche Sicherung der Modernisierungs- und Erweiterungsbedarfe bestehender Betriebe</li><li>- Abbau von Leerstand</li></ul>
<b>Soziale Infrastruktur</b>	
	<ul style="list-style-type: none"><li>- Sicherung des Bestands</li><li>- evtl. Ergänzung der Angebote</li></ul>
<b>Kultur</b>	
	<ul style="list-style-type: none"><li>- stadtteilbezogene Veranstaltungen</li><li>- Förderung der im Stadtteil erkennbaren kulturellen Vielfalt</li><li>- Anregungen zur Kommunikation und Weiterbildung</li><li>- Treffpunkte für verschiedene Altersgruppen</li><li>- Räume für Initiativen</li></ul>
<b>Verkehr</b>	
	<ul style="list-style-type: none"><li>- gute Erreichbarkeit, Durchgangsverkehr reduzieren (gut rankommen, schlecht durchkommen) unvermeidlichen Durchgangsverkehr verträglich halten</li><li>- Gestaltung sicherer Verkehrswege</li><li>- Vernetzung von Rad- und Fußwegen</li></ul>
<hr/>	
VORBEREITENDE UNTERSUCHUNGEN • NEUSTADT •	29

Abbildung 9

<b>PLANERISCHE AUSGANGSSITUATION UND ZIELE</b>
<ul style="list-style-type: none"><li>- Optimierung des ÖPNV</li><li>- Neuordnung der PKW-Stellplätze</li></ul>
<b>Ökologie/Stadtklima/Naherholung</b>
<ul style="list-style-type: none"><li>- Versiegelungsgrad reduzieren</li><li>- Begrünung von Höfen und Straßen</li><li>- Spazierwege / Grünachsen, ggf. Verbindung oder punktuelle Öffnungen zum Wasser</li><li>- Umgestaltung oft unwirtlicher Außen- und Zwischenräume zu nutzbaren Lebensräumen für die Bewohner</li><li>- Wohnumfeldverbesserung</li><li>- Spiel- und Sportangebote</li><li>- Ausgleich des Gründefizits in benachbarten Gebieten</li></ul>
<b>Stadtgestalt</b>
<ul style="list-style-type: none"><li>- Erhalt historischer Straßenräume und Sichtachsen</li><li>- Erhalt historisch wertvoller Bausubstanz (Petrikirche, Nordertor, Walzenmühle, Bergmühle etc.)</li><li>- Anknüpfung an die gründerzeitliche Parzellenstruktur</li><li>- Erhalt der quartierstypischen Baustruktur</li><li>- Lage der Neustadt am Wasser verdeutlichen (in das Bewußtsein der Bevölkerung rücken)</li><li>- attraktives Eingangsquartier zur Altstadt (für den von Norden od. vom Wasser kommenden Stadtbesucher)</li><li>- Maßstabsbrüche sollen als Bestandteil der Quartierscharakteristik akzeptiert werden</li><li>- Funktionsverbesserungen haben Vorrang vor rein gestalterischen Maßnahmen</li></ul>
<hr/> <p>VORBEREITENDE UNTERSUCHUNGEN • NEUSTADT • <span style="float: right;">30</span></p>

Wir gründeten eine verwaltungsinterne Arbeitsgruppe, in der folgende Organisationseinheiten vertreten sind:

- Städtebau- und Wohnungsbauförderung (Federführung),
- Stadtentwicklung,
- Stadtplanung,
- Verkehrsplanung,
- Tiefbau,
- Umwelt und Grün,
- Jugend und Soziales,
- Bauordnung,
- Liegenschaften,
- künftig Quartiersmanagement,
- unregelmäßig: Schule und Kultur Gesundheit.

Hierdurch wollten wir sicherstellen, dass die folgenden Politik- und Handlungsfelder durch die originär zuständigen Fachabteilungen vertreten sind und ein gemeinsames Handlungskonzept entwickelt wird (Abbildung 10). Vor allem wollten und möchten wir die jeweiligen Haushaltsmittel bündeln und den Erneuerungsprozess koordinieren.

Anmerkung zum Handlungsfeld: „Wirtschaftliche Entwicklung“:

Dieser Bereich ist in der Verwaltung nicht direkt vertreten. Hier erfolgte eine enge Zusammenarbeit mit der IHK, der Handwerkskammer und der Regionalen Gesellschaft für Wirtschaftsförderung.

Die Arbeitsgruppe tagt einmal monatlich unter der Federführung der Stadtsanierung und steuert den Gesamtprozess. Über die vorformulierten Ziele bestand (erstaunlicherweise) von Anfang an Konsens. Gemeinsam definierten wir einen Zeitplan (Abbildung 11) zum Projektverlauf. Wir beschlossen, vorbereitende Untersuchungen förmlich durchzuführen, zumal sich die Städtebauförderung als Leitprogramm zur Umsetzung integrierter Quartiersentwicklungsprozesse geradezu aufdrängt.

Die örtliche Kommunalpolitik – das muss an dieser Stelle einmal gesagt werden – hat die Bestrebungen der Verwaltung in hervorragender Weise unterstützt und am gleichen Strang gezogen – gleiches gilt im Übrigen auch für die örtliche Presse.

Die Bestandsaufnahme zu den vorbereitenden Untersuchungen wurde – nach sektoralen Handlungsfeldern gegliedert – separat erarbeitet. Hier gibt es eine erwähnenswerte Besonderheit: Die Flensburger Sozialverwaltung sah sich nicht in der Lage, die notwendige Sozialraumanalyse in der vorgegebenen Zeit zu erarbeiten. Aus diesem Grunde hatten wir hierfür – in Abstimmung mit dem Sozialdezernenten – eine Fachkraft befristet eingestellt, die ihren Arbeitsplatz in der Stadtsanierung hatte. Sie hat die in den verschiedenen Fachverwaltungen vorliegenden statistischen Daten zusammengetragen und Experteninterviews geführt.



## Untersuchungsgebiet Neustadt

### Betroffene Politik- und Handlungsfelder

#### Wohnungsbestandsentwicklung

- Neubau/Modernisierung
- Umnutzung von Wohnungen in wohnverträgliche Arbeitsstätten
- Unterstützung neuer Wohnformen
- Sozial-, Betreuungs- und Gemeinbedarfseinrichtungen
- Rückbau

#### Städtebauliche Entwicklung

- Beseitigung von Substanz- und Funktionsschwächen
- Wohnumfeldverbesserungen
- Verkehrsverbesserungen
- Erhöhung der Sicherheit im öffentlichen Raum

#### Wirtschaftliche Entwicklung

- Stärkung der örtlichen Wirtschaftsstruktur
- Schaffung/Sicherung quartiersnaher Arbeits- und Ausbildungsplätze
- Wirtschafts- und Existenzgründungsförderung

#### Bildung, Qualifizierung, Beschäftigung

- Quartiersbezogene Beschäftigungs- und Qualifizierungsangebote für besondere Zielgruppen, wie Jugendliche, alleinerziehende Frauen
- Soziale und kulturelle Infrastruktur und Netzwerke
- Sicherung/Erweiterung des sozialen, kulturellen, bildungs- und freizeitbezogenen Infrastrukturangebotes zur Sicherung des sozialen Ausgleichs und der sozialen Integration, institutionalisierte und selbstorganisierte Angebote

#### Neue Organisations- und Trägerstrukturen, Stadtteil- bzw. Quartiersmanagement

- Entwicklung von Organisationsstrukturen und Beteiligungsmodellen
- Förderung der Mitwirkungsbereitschaft der Quartiersbewohner

Abbildung 11

**Untersuchungsgebiet Neustadt**  
Vorbereitende Untersuchungen - Zeitplan

98be1517

07. Januar 1999	Stadtteilkonferenz
19. Januar 1999	Öffentlichkeitsarbeit mit der IHK und der Handwerkskammer (wg. Betriebsbefragungen)
01. Februar 1999	Bestandsaufnahme abgeschlossen
31. März 1999	Analysephase abgeschlossen
Nach Haushaltsbeschluss	Herantreten an freie Planer zwecks Aufforderung Angebote für städtebauliche Studien abzugeben. Hierzu erhalten diese eine Frist bis Mitte April 1999 (3 Planungsbüros/Bürogemeinschaften sollen mit der Erarbeitung städtebaulicher Strategien beauftragt werden. Bestandteile der Lösungsvorschläge sollen sein: - Konzeptplanentwurf (Leitbildentwicklung, Strukturplan, Strategiekonzept), - Maßnahmenplan/-Entwurf (Stufenkonzept, Initial- und Schwerpunktprojekte) einschließlich Kostenübersicht. Die Vorschläge sollen einerseits visionäre Züge haben, die der Neustadt neue Impulse gibt, andererseits müssen konkrete Realisierungsansätze erkennbar sein.) Für die Angebote benötigen die Planer eine Kurzfassung der Bestandsaufnahme und Analyse
Ostern	Redaktionsschluß Analysephase
April 1999	Inhaltliche Zusammenführung der Bestandsaufnahme und Analyse (Problembeschreibung, Stärke-, Schwäche-Analyse einschl. Klärung der räumlichen und funktionalen Bedeutung des Untersuchungsgebietes für die Gesamtstadt nach sektoralen Fachplanungen), Amterkoordination und TÖB-Beteiligung
22. April 1999	Stadtteil-Bürgerversammlung (allgemeine Bürgerversammlung zur Nordstadt)
05. Mai 1999	Fertigstellung Bericht „Bestandsaufnahme und Analyse“
18. Mai 1999	Information des Bauausschusses über die Bestandsaufnahme, Analyse und Präsentation der ausgewählten Büros
02. Juni 1999	Startschuß für Planer
31. August 1999	Abgabe der städtebaulichen Studien
07. September 1999	Sanierungstreff, Präsentation der drei Konzepte vor Politikern und Bürgern
10./11. September 1999	Klausurtagung zur Definition eines Strukturkonzeptes, welches als „vorläufiger, grober Rahmenplan“ dienen kann. Ferner soll herausgearbeitet werden, welche Aufgaben in der anschließenden Vertiefungsphase bearbeitet werden sollen, unter Benennung der jeweiligen Planungen. Es werden Empfehlungen erwartet, welcher Teilbereich/welche Teilbereiche als erstes förmlich als Sanierungsgebiet festgelegt und welche Maßnahmen dort als Leit-, Initial- und Schwerpunktprojekte durchgeführt werden sollen.
/21.	
20. September 1999	Bauausschlußinformation, Sanierungstreff zur Präsentation der Ergebnisse der Klausurtagung
05. Oktober 1999	Bauausschlußbeschluss
08. Oktober 1999	Förderantragsabgabe
Danach	Vorbereitung der Leit-, Initial- und Schwerpunktprojekte Konkretisierung der Sanierungsziele, des Rahmenplans, der Maßnahmen sowie der Kosten- und Finanzierungsplanung
Ab 01.01.2000	Förmliche Festlegung eines Sanierungsgebietes Neustadt

Die Analyse der zusammengetragenen Daten erfolgte wieder gemeinsam in der Arbeitsgruppe bzw. in interdisziplinär zusammengesetzten Kleingruppen. Für den seit Mai vergangenen Jahres vorliegenden Bericht zu den vorbereitenden Untersuchungen haben wir viel Anerkennung von externen Verwaltungsstellen einschließlich der Ministerien, von Planern und Sozialwissenschaftlern erhalten.

Aufbauend auf der Basis der Untersuchungsergebnisse haben drei Planerteams konkurrierend Lösungsvorschläge erarbeitet. Diese präsentierten sie auf einem Sanierungstreff vor ca. 150 interessierten Bürgern und Politikern. Das Auditorium hatte die Möglichkeit, per Metaplantechnik Anregungen und Bedenken zu allen Punkten vorzubringen. Am folgenden Wochenende fand eine Klausurtagung statt, an der neben den Planungsbüros Einwohnervertreterinnen, Vertreterinnen des Rates, des Ministeriums einschließlich der Ministerin, der Verwaltung mit Oberbürgermeister und seinem Vertreter, Vertreterinnen div. stadtteilbezogener Institutionen, Vermieterinnen, Mieterinnen, Sanierungsbeirat, Wirtschaftsförderung div. sozialer Einrichtungen und der Kirche teilnahmen. Insgesamt waren es ca. 40 Personen. Als externer Moderator wirkte Prof. Christian Farenholtz, der eine hervorragende Arbeit leistete.

Das auf der Klausurtagung definierte Grobstrukturkonzept wurde 10 Tage später den Betroffenen und den Vertreterinnen der Politik in einem erneuten Sanierungstreff von den Mitgliedern der Arbeitsgruppe Neustadt – also sektoral gegliedert – vorgestellt.

Das Echo war insgesamt positiv, bis auf weitergehende Erwartungen bei Verkehrsfragen. Hier treffen die Interessen der Betriebe und die der Bewohner besonders hart aufeinander. Das Konzept für den Förderantrag zur Aufnahme des Gebietes in das Bundesländer-Sanierungsprogramm war gefunden. Die Ratsversammlung fasste am 11. November 1999 den Beschluss zur förmlichen Festlegung eines Sanierungsgebietes Flensburg-Neustadt.

Nach dem zweiten Sanierungstreff im September haben wir vier Arbeitskreise ins Leben gerufen, in denen interessierter Bürgerinnen zusammen mit Fachleuten zu den Themen:

- Verkehr,
- Wohnen und Wohnumfeld,
- Soziales,
- Gewerbe und Einzelhandel

Detailplanungen erarbeiten.

Ende letzten Jahres konnten wir unsere Quartiersbeauftragte, Frau Luig-Arlt, einstellen. Am 16. Februar 2000 wurde das Stadtteilbüro eröffnet, so dass eine ständige Präsenz verschiedener Ansprechpartner im Stadtteil gewährleistet ist. Bei der Eröffnung erklärte der Oberbürgermeister, dass die Einleitung des Gesundungsprozesses im Flensburger Norden neben dem Hochschulausbau und dem Bau der Innenstadt-Entlastungsstraße eines der drei wichtigsten Verwaltungsziele sei.

Uns ist es zur Zeit besonders wichtig, mit der Durchführung von konsensträchtigen Initial- und Schlüsselprojekten der Bevölkerung zu zeigen, dass nicht nur geredet wird, sondern dass tatsächlich etwas passiert. Hier setzen aber die Probleme ein:

Für die Umsetzung ist jetzt Liquidität erforderlich. Die übliche Vorgehensweise, Projekte in die mittelfristige Finanzplanung anzumelden, um dann in fünf Jahren Einzelmaßnahmen umzusetzen, wird dem Anspruch des Programms „Soziale Stadt“ nicht gerecht.

Als besonders Glück erscheint es uns, dass wir im Flensburger Norden Mittel aus dem EU-Strukturfonds einsetzen können. Die vorläufigen Vergaberichtlinien erhielten wir am 10. Februar. Die Antragsfrist lief jedoch schon 10 Tage später, am 20. Februar aus, schnelle Bearbeitung war erforderlich, doch in der Kürze der Zeit nicht adäquat zu leisten.

Leider haben wir den Eindruck, dass die schleswig-holsteinischen Ministerien mit Ausnahme des Ministeriums für Frauen, Jugend, Wohnungs- und Städtebau die Existenz des Programms „Soziale Stadt“ nicht kennen oder aber den Leitgedanken, die staatlichen Finanzhilfen verschiedener Fachbereiche ressortübergreifend zu koordinieren und in ihrem Einsatz aufeinander abzustimmen, ignorieren. Das ausgesprochen engagierte Frauen-, Jugend-, Wohnungs- und Städtebauministerium hat eine Ministerin der Grünen und an der Basis keimt der Verdacht, dass sich die Kommunikation im Kabinett zwischen den Koalitionspartnern noch verbessern ließe.

Weitere Probleme haben wir in der Zusammenarbeit mit dem Fachbereich Jugend und Soziales. Überall ist guter Wille vorhanden. Dennoch gibt es viele Missverständnisse. Auch bei der Stadtverwaltung muss die Kommunikation noch intensiviert werden, die beiden Vertreterinnen des Fachbereichs Jugend und Soziales in der Arbeitsgruppe kennen oft nicht den genauen Sachstand zu Einzelprojekten in ihrem Fachbereich und viele der dort tätigen Sachbearbeiterinnen und -bearbeiter sind umgekehrt oft nicht ausreichend über die Arbeitsgruppeninhalte informiert.

Schließlich haben wir erhebliche Schwierigkeiten, das eigentliche Problemklientel in dem Stadtteil überhaupt zu erreichen. Dieses ist eine der wichtigsten Aufgaben der bevorstehenden Sanierung. Wichtig ist es, die Bewohner in verschiedenen ihnen vertrauten Bereichen anzusprechen, um sie überhaupt zu erreichen.

Wie kann eine legitimierte Bürgervertretung eingerichtet werden? Gemeinschaftliches Engagement ist nur gering ausgeprägt, wie auch die Wahlbeteiligungen zeigen: Bei der im Herbst letzten Jahres durchgeführten Oberbürgermeisterwahl lag die Wahlbeteiligung in zwei Wahlbezirken im Sanierungsgebiet bei 17,1 bzw. 15,2 % (Gesamtstadt 35 %). Bei der Landtagswahl war die Wahlbeteiligung mit etwa 40 % deutlich besser (städtischer Durchschnitt 63 %), extreme politische Gruppen spielten keine nennenswerte Rolle. Dennoch zeigt sich, dass es eine hohe Abstinenz an gemeinschaftlichem Engagement auf kommunaler Ebene bei den Bewohnern des Stadtteils gibt. Hier müssen die Aktivitäten unseres Quartiersmanagements einsetzen.

## Stadtteilmanagement in Flensburg-Neustadt

Im Zuge der sozialen Stadterneuerung stellt das Stadtteilmanagement ein zentrales Organ der Organisation, der Vernetzung, *der Koordination, der Vermittlung*, der Initiierung, der Förderung, der Beratung und vor allem der Partizipation dar. Angesprochen sind alle gesellschaftsrelevanten Strukturen. Der Aufgabenbereich ist zu diesem Zeitpunkt sehr umfassend und das Anforderungsprofil nur vage zu definieren. Deshalb soll an dieser Stelle ein Modell, das „Flensburger Neustadt Modell“, vorgestellt werden, welches sich bisher als konstruktiv und tragfähig erwiesen hat.

Die Stadt Flensburg als Sanierungsträgerin, unter der Federführung der Stadtsanierung, hatte im Zusammenhang mit den vorbereitenden Untersuchungen für das künftige Sanierungsgebiet Flensburg-Neustadt eine Fachkraft eingestellt, welche sowohl über die durchzuführenden Erhebungen als auch durch die Steuerung der entsprechenden Fachbereichsleitung sukzessive in Verwaltungsstrukturen und den Planungsprozess einbezogen wurde. Die kontinuierliche Einbindung in verwaltungsinterne Arbeitsgruppen, in Gespräche der Maßnahmenentwicklung und der Auftragserteilung u.v.m. haben eine Basis für Akzeptanz, Kooperation und Vertrauen – auch bei anderen Institutionen wie Arbeitsamt, Vereinen, Kirchen, Privatpersonen u.a. – geschaffen.

Bei der Konzeptionierung des Stadtteilmanagements wurde das Flensburger Neustadt-Modell entwickelt. Die direkte Anbindung an die Verwaltung erschien unerlässlich, so dass ein Büroplatz in der Stadtsanierung erhalten blieb und parallel ein Stadtteilbüro vor Ort eingerichtet worden ist, um den Zugang und die Präsenz an beiden Orten zu wahren (Abb. 1). Diese Struktur erweist sich insofern als Modell, als dass in diesen Büros keine angestellte, sondern eine mittlerweile selbständige Person (Unternehmerin) tätig geworden ist.

Das Stadtteilbüro, seit Mitte Februar 2000 eröffnet, weist bereits ausgeprägte Organisationsstrukturen auf, die jedoch im Hinblick auf Bedarf und Entwicklung flexibel zu betrachten sind (Abb. 2). Gemeint sind beispielsweise eine intensivere Nutzung der Räume, eine Erweiterung der Beratungsangebote oder Serviceleistungen und eine verstärkte Vernetzung der Initiativen und Projekte untereinander. Zu berücksichtigen sein werden allerdings Kategorien wie Gruppengröße, -spezifika und -identitäten sowie Interessensschwerpunkte.

Abbildung 1

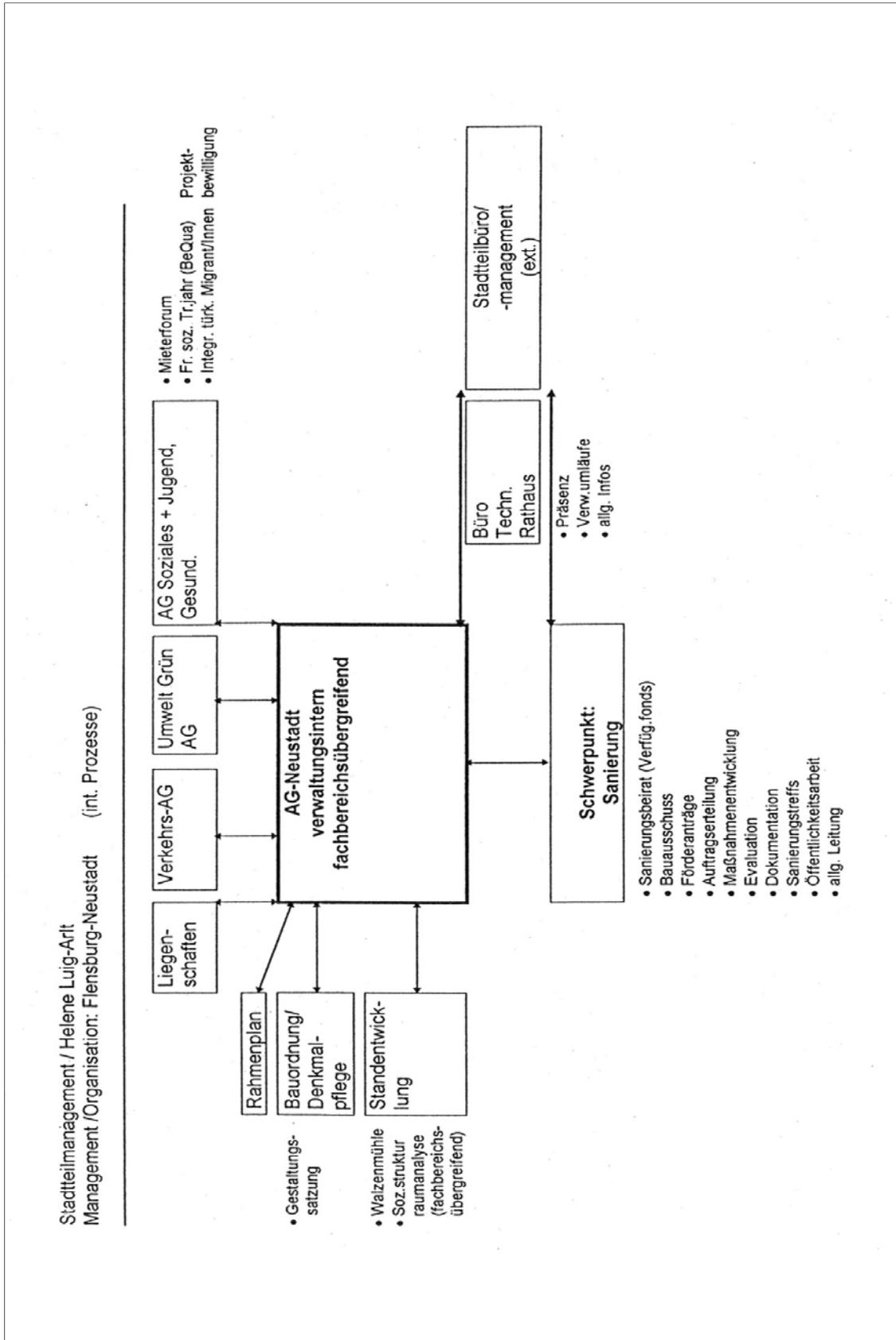
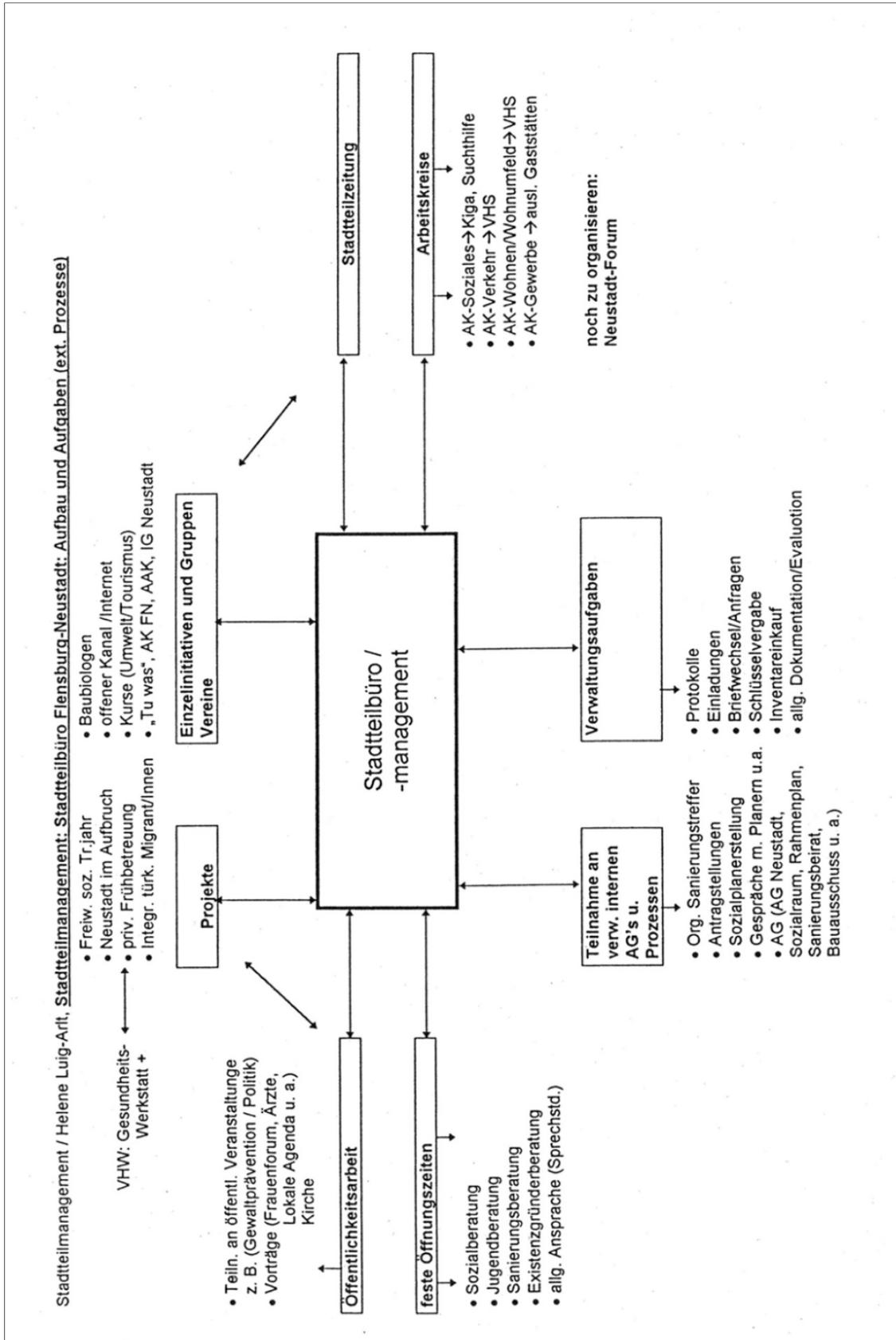


Abbildung 2



Bisherige Erfahrungen weisen allerdings auch einige Schwierigkeiten bei der Organisation, der Umsetzung von Strukturen und der Beteiligung auf.

### Probleme:

- Sogenannte „Altlasten“: Personen, Vereinsmitglieder, Betriebsinhaber im Sanierungsgebiet u.a. erinnern negative Erfahrungen mit der Verwaltung, mit der wirtschaftlichen Entwicklung und mit zum Teil langwierigen Straßenumbaumaßnahmen.
- Konkurrenzen zwischen den Vereinen/Trägern: Mitunter bestehen Ängste im Hinblick auf den Erhalt der eigenen Einrichtung, ihrer inhaltlichen Arbeitsschwerpunkte und der Arbeitsplätze.
- Verwaltungshierarchie und -reform: Fragen der Zuständigkeiten, Befugnisse und des Informationsflusses, freier Kapazitäten und letztlich der individuellen Kooperationsbereitschaft wirken teilweise hemmend auf den Arbeits- und Entwicklungsprozess.
- Existenzängste: Befürchtungen, erstens, eigene finanzielle Beteiligungen leisten zu müssen, aber nicht zu können; zweitens, Dauer des Sanierungsprozesses so lang, dass der Betrieb eingestellt werden muss; drittens, Wohnungsverlust entweder durch Modernisierungsmaßnahmen oder durch Mieterhöhungen.
- Enttäuschungen: Das Programm „Soziale Stadt“ weckt Hoffnungen, die nicht erfüllt werden können, da fast ausschließlich investive Maßnahmen förderfähig sind.

### Positive Erfahrungen:

- Gute Beteiligung der Presse: Angemessene – nicht stigmatisierende – Berichterstattung.
- „Aufbruchstimmung“: teilweise sehr großes Interesse, Engagement und Ideenreichtum z.B. seitens der Kirche, der Vereine, einzelner Gruppierungen, verschiedener Einzelpersonen, Jugendlicher u. a. (Abb. 3).
- Aufgeschlossenheit bei den meisten Ämtern und Institutionen: Arbeitsamt, Stadtwerke, Aktiv Bus, Beschäftigungs- und Qualifizierungsgesellschaft u.v.m.
- Mitarbeit der Verwaltungsfachbereiche: Interesse, bei der Entwicklung des Erneuerungsprozesses im Stadtteil mitzuwirken.
- Bereitschaft, sich an Evaluationsprozessen zu beteiligen, ist vorhanden.
- Festzustellen bleibt, dass das Stadtteilmanagement im Zusammenhang mit sozialer Stadterneuerung neue Wege beschreiten muss. Flexibilität im Denken und Handeln auf allen Ebenen sind wesentliche Voraussetzungen für eine konstruktive Entwicklung und Umsetzung des Programms Soziale Stadt.

## Modellgebiet Ludwigshafen-Westend

Das Modellgebiet Ludwigshafen-Westend wurde bereits in den Arbeitspapieren zum Programm „Soziale Stadt“, Band 3, steckbrieflich vorgestellt. Der Stadtrat hat am 28. Februar 2000 die Abgrenzung des Gebietes beschlossen. Derzeit wird das Entwicklungskonzept erarbeitet, das als Grundlage für den formalen Antrag dient. Der vorgezogene Maßnahmebeginn wurde Anfang Januar 2000 vom Land bestätigt.

Um zügig und vernetzt planen und umsetzen zu können, sind die unterschiedlichsten Verwaltungsbereiche gemeinsam mit Partnern in einer übergreifenden Projektstruktur organisiert. Die Beteiligung der Bürger soll über Workshops, Mitwirken bei der Stadtteilzeitung und Einwohnerversammlungen gewährleistet werden. Vorgesehen sind darüber hinaus Stadtteilstefest, Befragungen, Wettbewerbe etc.

Die Gesamtkoordination des Programms „Soziale Stadt“ obliegt dem Sonderbereich „Dezernatsübergreifende Planungsaufgaben“, der als Stabsstelle direkt dem Oberbürgermeister unterstellt ist. Die strategische Steuerung, das heißt die Einbindung der Quartiersentwicklung in die Stadtteilrahmenplanung, übernimmt die Sparte Stadtentwicklung. Beide sind gemeinsam mit dem Fachbereichsleiter Außensteuerung, dem Fachbereichsleiter Soziales, Beschäftigungsförderung und Wohnen sowie dem Spartenleiter Stadtplanung im Projektteam „Soziale Stadt“ organisiert. Dieses kleine Kernteam übernimmt die Koordination, gibt die grobe Richtung vor, entwickelt Vorgehensweisen, bespricht Antragstellung und Fördermittelakquisition.

Die Umsetzung von Einzelmaßnahmen im baulichen sowie im sozial/wirtschaftlichen Bereich obliegt den einzelnen Fachsparten. Zur Entwicklung, Begleitung und Abstimmung dieser einzelnen Maßnahmen ist verwaltungsintern zunächst eine Arbeitsgruppe gebildet worden, die im Verlauf der Programmumsetzung nach Bedarf aufgesplittet und erweitert werden kann. Folgende Fachsparten wirken mit: Stadt- und Verkehrsplanung, Verkehrswege, Stadterneuerung, Umwelt und Grünflächen, Stadterneuerung, Hochbau, Bauaufsicht, Immobilienverwaltung, Leitstelle Älterwerden, Sparten Beschäftigungsförderung, Wohnungsbauförderung, Zentrale Dienste, Jugendhilfeplanung, Soziale Dienste, Kommunikation und Marketing, Schulverwaltung und Volkshochschule.

Um über die Arbeitsebene hinaus die Fraktionen des Stadtrats, die Ortpolitik und andere Experten und Institutionen (Wohnungsbaugesellschaften, Schulen, Kindergärten, Kirchen) zu beteiligen, ist ein so genannter Lenkungskreis vom Oberbürgermeister einberufen worden. Dieser Lenkungskreis als eine Art Unterausschuss des Stadtrates wird regelmäßig vom Projektteam informiert, auch über die Ergebnisse der Arbeitsgruppensitzungen.

Ein wichtiger Partner der Stadt ist die städtische Wohnungsbaugesellschaft GAG, in deren Besitz sich zwei Drittel der Wohnungen im Westend befindet. Parallel zu den

Maßnahmen im Wohnumfeld wird die GAG ihre Häuser, die zum großen Teil aus den dreißiger Jahren stammen und modernen Wohnansprüchen nicht mehr genügen, umbauen und modernisieren. Die enge Kooperation zwischen beiden ist sichergestellt über die Einbindung der GAG in Arbeitsgruppe und Lenkungsreis.

Um die EinwohnerInnen zu erreichen, kontinuierlich in die Prozesse mit einzubinden und ständig vor Ort sein zu können, wurde ein Stadtteilbüro eingerichtet. Eine Fachkraft mit Ausbildung zum/zur Sozialpädagogen/in bzw. Sozialarbeiter/in, der/die so genannte „Quartiersmanager/in“, soll diese zentrale und funktionale Schnittstelle zwischen EinwohnerInnen und Verwaltung wahrnehmen. Derzeit werden Bewerbungsgespräche zur Besetzung dieser zunächst auf drei Jahre befristeten Tätigkeit geführt. Als Unterstützung wird weiterhin eine Verwaltungsfachkraft sowie ein Ansprechpartner bzw. Mieterberater der Wohnungsbaugesellschaft GAG im Stadtteilbüro präsent sein. Als Vertreter/in der Einwohnerinnen und Einwohner wird diese/r in Arbeitsgruppe, Lenkungsreis und Projektteam vertreten sein.

## Beiträge aus dem Plenum und Anmerkungen vom Podium

*Rainer Staubach, Arbeitsgruppe Bestandsverbesserung, Dortmund/Hannover/Höxter*

Der Hinweis auf die geringe Wahlbeteiligung in den Quartieren ist sicher wichtig. Für mich ist es aber ein absoluter Kurzschluss, dies als einen Indikator für fehlendes Engagement der Bewohner anzusehen. Das gilt auch für die angeblich fehlende Bereitschaft von Migranten, auf die bisherigen Partizipationsangebote zu reagieren. Für mich ist das eine Sache der Ansprache und hat auch damit zu tun, dass den Migranten die traditionellen Bürgerrechte, die Stadtbürgerrechte nicht normal zuerkannt werden. Für mich ist die geringe Wahlbeteiligung vor allen Dingen ein Beleg dafür, dass das repräsentative Demokratiesystem bröckelt und dass die Parteiendemokratie hier auf Grenzen gestoßen ist.

*Karin Schmalriede, Lawaetz-Stiftung, Hamburg*

Ich hab eine Ergänzung und mache ein bisschen Werbung für die Freie und Hansestadt Hamburg. Wir haben seit 15 Jahren ein Selbsthilfesanierungsprogramm; man kann die Befürchtungen der Bewohner etwas mindern, indem man sie bei der Sanierung beteiligt und so auch anschließend preiswerte Mieten organisiert. Hier sitzen einige Kollegen aus dem Amt für Stadterneuerung, die gerne auch mit Rat und Tat zur Seite stehen.

*Andreas Romero, Institut für Städtebau und Wohnungswesen (ISW), München*

Mir fehlt bisher der gesamte Aspekt der Kunst und Kultur. Bei allen Projekten vermiss ich, dass Künstler und kulturelle Träger einbezogen werden. Vielleicht ist es auch nur ein Wahrnehmungsdefizit meinerseits; aber ich denke, es ist wichtig, gerade in diesen von ethnischen Gruppen belegten Quartieren, diesem Aspekt eine besondere Rolle zuzumessen. Ich appelliere an alle Beteiligten und Interessierten, sich mit den Künstlern zusammzusetzen, mit den Theaterleuten, auch mit den Architekten, insbesondere aber mit Leuten, die mit dem Stadtraum neu umgehen und neue Aspekte der künstlerischen, der emotionalen und der kulturellen Wahrnehmung in der Stadt vermitteln können.

*Helene Luig-Arlt, Stadtteilmanagement Flensburg-Neustadt*

Dazu zwei Anmerkungen: Erstens haben wir für August dieses Jahres vorgesehen, bei uns in einer riesengroßen leerstehenden Mühle eine Ausstellung zu initiieren und zweitens gibt es seit Mitte März Kulturnachmittage, in die deutsch-griechische und deutsch-türkische Gesellschaften mit eingebunden sind.

*Jan Schröder, Beratungsgesellschaft mbH, Bonn*

Ich möchte einen Kommentar zum Thema „Die soziale Stadt“ abgeben. Deswegen bin ich nach Berlin gekommen und nicht, um Städtebau zu hören. Mir ist aufgefallen, dass es nur bei dem Beispiel Ludwigshafen eine zarte Öffnung in der Lenkungsgruppe in Richtung anderer Institutionen gab, dass die Steuerung dieser Programme sehr verwaltungslastig ist, dass wir hier kaum Öffnungen, z.B. zur Wohlfahrtspflege, zu den Verbänden, die das Soziale reglementieren, beobachten können. Das geht natürlich in die andere Richtung: Wenn ich die Teilnehmerliste durchsehe, würde ich an die anwesenden Vertreter der Wohlfahrtsverbände appellieren wollen, dass sie ihre Verbände wecken. Wo sind die hier?

*Manfred Hörth, Beigeordneter der Kreisstadt Neunkirchen*

Ich habe in meinem Bericht auch Bezug genommen auf die Wahlbeteiligung in der Innenstadt von Neunkirchen. Ich habe dies ohne Wertung und Bewertungen vorgetragen, nicht Kritik geübt oder mangelndes Engagement der Bewohnerinnen und Bewohner beklagt; ich habe dies als eine sehr schwierige Aufgabe charakterisiert, die wir zu bewältigen haben, nämlich die Leute wieder dafür zu gewinnen, dass sie sich politisch interessiert zeigen, mitarbeiten und sich engagieren. Außerdem habe ich ein Kästchen frei gelassen: Die Anregung, die Kultur auch in die „Soziale Stadt“ einzubeziehen, berücksichtige ich gern. Wir werden mit Sicherheit auch die Kultur GmbH, die bei uns die Stadtkultur organisiert, mit in diesen Bereich einbeziehen. In bezug auf die Integration der Wohlfahrtsverbände: Das funktioniert zumindest bei uns inzwischen sehr gut. Einen großen Teil der sozialen Arbeit machen wir mit den großen Organisationen der Wohlfahrtsverbände. Ohne ihre Beteiligung wäre das nicht zu bewältigen.

*Prof. Peter Zlonicky, Technische Universität Dortmund*

Meine Frage richtet sich auf den Aspekt der Förderung von lokaler Ökonomie. Wir wissen, dass in vielen dieser sogenannten benachteiligten Stadtteile sich ein eigenständiges Leben längst entwickelt hat und dass es die lokale Ökonomie ist, die nicht nur als Schattenwirtschaft, sondern aus eigenständigem Antrieb insbesondere von ausländischen Bewohnerinnen und Bewohnern diesen Stadtteil insgesamt am Leben erhalten. Wir kennen das in Nordrhein-Westfalen aus den Duisburger Verhältnissen, wo ganze Stadtteile nur getragen werden von der Investition und der wirtschaftlichen Aktivität der Bewohnerinnen und Bewohner. Warum spielt das eigentlich in den bisherigen Beiträgen kaum eine Rolle? Warum spielt es insgesamt auch in den äußerst problematischen Stadtteilen im Osten der Republik, in den sogenannten neuen Bundesländern, offensichtlich keine Rolle? Was muss man da im gesamtgesellschaftlichen Bereich tun, um unsere Städte am Leben zu erhalten, sie überhaupt wieder zu aktivieren?

*Karsten Gerken, Amt für Sanierung und Wohnungswesen, Leipzig*

Die Frage der Arbeitsplatzentwicklung, der Wirtschaftsförderung ist ein zentraler Aspekt, der z.B. in Leipzig so behandelt wird, dass es darum geht, die Potenziale in der Stadt zu entwickeln. Wir haben aber das Problem, dass die Instrumente der Wirtschaftsförderung – zumindest ist das bei uns so – eher noch gerichtet sind auf die Ansiedlung von allem, was stinkt und raucht, was es aber überhaupt nicht mehr gibt und was auch im Grunde nicht geeignet ist, die kleinteiligen Ansätze vor Ort aufzugreifen. Da muss einfach auch der nächste Schritt erfolgen, das wirklich auf die lokale Ebene umzusetzen. Da können wir sicher von vielen Projekten aus dem Ruhrgebiet eine Menge lernen. Das betrifft die Frage, wo die Voraussetzungen für die Arbeit auf der lokalen Ebene geschaffen werden. Ein Hemmnis ist es, Orientierung zu stark auf die Förderung von großgewerblichen Ansiedlungen zu richten, die es so nicht gibt.

*Veit Brauch, Stadtplanungsamt Hannover*

Die Kürze der Zeit bringt einen dazu, ein Referat zu halten, das größtenteils aus Auslassungen besteht. Ich habe den Begriff „lokale Ökonomie“ einmal verwendet. Selbstverständlich spielt er eine ganz große Rolle. Wir suchen auch die Potenziale, die sich bisher höchstens im privatesten Raum, also in der Wohnung, betätigen können, dadurch zu aktivieren, dass wir mit Werkzeug ausgestattete Räume zur Verfügung stellen, so dass aus diesem Heimwerkertum ein Selbsthilfeansatz oder ein Hilfeansatz der Stadtteilwohnungen untereinander werden kann. Aber auch da trifft zu, dass dieser Bereich noch zu wenig von anderen Verwaltungsstellen eingebracht wird. Da ist wieder der Ansatz: Das ist Städtebauförderung, und das machen die Planer schon; also diese Hürde müssen wir noch überwinden.

*Ilona Caroli, Sozialdezernentin Kassel*

Der Diskussionsteilnehmer hat eher kleine Existenzgründungen gemeint, insbesondere auch von Migrantinnen und Migranten. So habe ich ihn verstanden. Wir haben in unserem Stadtteil Kassel-Nordstadt Hilfen zur Arbeit vor Ort, um die lokale Ökonomie zu stärken. Da sind es insbesondere die Frauen, die sich selbständig machen, sogar aus der Sozialhilfe heraus, die beispielsweise in ihrem Heimatland, in der Türkei, bestimmte Berufe erlernt haben, die hier formal aber nicht anerkannt sind – sei es im Bereich der Schneiderei, sei es im Bereich Kochen und Service. Da haben wir die Möglichkeit, beispielsweise für ein halbes Jahr noch die Sozialhilfe weiterlaufen zu lassen, obwohl sie ihre Existenz schon gegründet haben. Wir helfen mit zinslosen Darlehen, mit der Möglichkeit, öffentlich Werbung für ihr Lokal zu machen, für ihre Schneiderei oder für ihren Servicebereich. Es sind insgesamt in diesem Bereich jetzt schon drei Betriebe, die schon wieder zwei oder drei Angestellte haben, die also selbst Arbeitgeberinnen werden. Wir haben auch Ansätze im handwerklichen Bereich, wo wir zunächst Räume, Handwerkzeug, allerdings zunächst nur für einen bestimmten Zeitraum zur Verfügung stellen; danach muss sich das selbst tragen. Wir können mit dem Bundessozialhilfegesetz eine Menge Anforderungen erfüllen. Wir müssen das auch in Kooperation, nicht so sehr mit den Banken, sondern mit den Sparkassen nutzen, die

dann auch großzügig Darlehen geben, so dass in dem Stadtteil die Ökonomie gestärkt wird.

Noch ein ganz kurzer Hinweis: Wichtig ist die Kooperation mit der Handwerkskammer. Wir wissen genau, wie das mit dem Deutschen Meisterbrief ist. Wenn diese Leute – da hapert es meist an der Sprache – dann auch später ausbilden wollen, dann müssen Verbände geschaffen werden mit deutschen Betrieben. Gerade die ausländischen kleinen Gewerbebetriebe wollen ausbilden. Sie nehmen auch vornehmlich dann ausländische Jugendliche, die überproportional betroffen sind, die keinen Platz zu finden. Wir suchen Verbände, um die Möglichkeit der Ausbildung zu gewährleisten. Das ist wie ein Schneeballsystem, das man entwickeln kann. Es ist dabei sehr wichtig, die Sozialverwaltung und die Arbeitsverwaltung mit einzubeziehen in den Planungsbereich.

*Klaus Düwal, Fachbereich Sozialwesen, Fachhochschule Lüneburg*

Lüneburg hat ein Gebiet im Förderungsprogramm der „Soziale Stadt“, im Stadtteil Kaltenmoor, eine Bausubstanz ungefähr aus den 70er Jahren. Wir machen uns am Fachbereich über das Projekt „Soziale Stadt“ Gedanken, das heißt, wir versuchen, dort mit in dieses Programm hineinzukommen. Ich habe bisher ein einziges Mal gehört, dass Sozialarbeit an den Projekten beteiligt ist. Das Programm heißt „Soziale Stadt“, und ich habe mit großer Freude den Beitrag des Vorredners gehört, der sich auf Kultur und Kunst bezog. Mir fehlt der ganze Bereich der Wahrnehmung. Und ich denke, wenn von Ausländern gesprochen wird, von Menschen, die aus anderen Kulturen kommen, dass gerade dann der Bereich Kultur als ein wesentlicher Bestandteil der „Sozialen Stadt“ in die Kommunikation aufgenommen werden kann. Die Frage der Partizipation ist auch angesprochen worden. Ich denke, dass auch das eng im Zusammenhang mit Kunst und Kultur zu sehen ist. Meine Wahrnehmung von dieser Veranstaltung ist bisher, dass es als ein großer Erfolg gefeiert wird, dass Ämter in der Lage sind, zusammenzuarbeiten, dass Ämter erkannt haben, dass dieses Modewort „Vernetzung“ vielleicht auch für diesen Bereich zuständig ist. Und möglicherweise – darüber wäre weiter nachzudenken – ist der Zustand der Ämter auch an dem Zustand der Quartiere abzulesen, um die wir uns hier bemühen wollen.

*Frank Rolfes, Amt für Städtebauförderung, Flensburg*

Ich möchte zwei Stichworte aufgreifen: lokale Ökonomie und Abstinenz, nicht Mangel, an gemeinschaftlichem Engagement. Ich denke, wir müssen die Menschen dort abholen, wo sie sich befinden. Es ist ja gerade wichtig, ein Quartiersbüro zu schaffen, aber nicht, dass die Menschen zum Quartiersbüro kommen, sondern dass das Quartiersbüro eine Station ist, von der aus wir zu den Menschen gehen. Die Leute, die in diesen Quartieren leben, wo die Segregation sehr weit fortgeschritten ist, sind per se nicht uninteressiert; aber sie haben ganz erhebliche Probleme. Sie haben die Probleme, sich selber und ihren Lebensablauf täglich zu organisieren. Aus diesem Grund haben sie gar nicht viel an Kraft übrig, sich für die Gemeinschaft zu engagieren. Deswegen ist es wichtig, auf die Menschen zuzugehen, sich mit ihren Problemen auseinanderzusetzen im Sinne von Hilfe zur Selbsthilfe sich zu organisieren und hier ganz klein, wirklich klein-klein eine

lokale Ökonomie aufzubauen. Und wenn gestern der Minister hier im Grunde genommen ein Bekenntnis zur Schattenwirtschaft abgegeben hatte, war das für mich schon enorm zu hören. Ich hätte das nie einem Mitglied des Bundeskabinetts zugetraut, der Schattenwirtschaft das Wort zu reden. Aber ich finde das prima. Und ich denke, da müssen wir ansetzen.

*Sabine Leder, Referentin für Spielraum im Deutschen Kinderhilfswerk*

Ich möchte Bezug nehmen auf die Frage der Anwesenheit der Verbände. Das Deutsche Kinderhilfswerk engagiert sich seit Jahren in dem Bereich Partizipation von Kindern und Jugendlichen in der Stadtplanung. Wir haben Erfahrungen in bundesweiten Projekten gemacht und waren von Anfang an hellhörig, weil wir gedacht haben, im Bereich „Soziale Stadt“ ist für uns die Anlaufstelle, wo wir die Erfahrungen auf Bundesebene und in den Ländern einspeisen können. Das Problem ist nur: Wir sind ein Verein und können diese Leistung nicht zum Nulltarif anbieten. Das Angebot steht aber an alle Gemeinden, die Interesse haben, Kinder- und Jugendliche im Stadtplanungsprozess einzubinden, an uns heranzutreten und diese Erfahrung zu nutzen. Allerdings muss man wissen, dass das Geld kostet. Das Problem in diesem Programm ist, dass zwar das soziale Engagement gewollt ist; aber wenn es um die konkrete Umsetzung geht, dann fehlt letztendlich das Geld, weil es in die investiven Bereiche fließen soll. So ist unsere Wahrnehmung. Es wäre schön, wenn sich in diesem Bereich etwas tun würde, weil wir großes Interesse daran haben, dass in der wissenschaftlichen Begleitung der 16 Modellgebiete das Thema „Partizipation“ von Kindern und Jugendlichen, Beteiligung an der Stadtplanung mit beleuchtet wird. Wenn wir da nicht anfangen, etwas zu machen, dann bleibt es Theorie, und dann schütteln sich die Ämter die Hände, wie gut sie zusammengearbeitet haben. In diesem Bereich, wo Leute wirklich von unten herangebildet werden, in Demokratie sich einzuüben und das vor Ort in ihrem Stadtteil zu machen, haben wir dann nicht das Ergebnis, was wir eigentlich wünschen. Ich stehe für weitere Anfragen gern zur Verfügung.

*Susanne Jahn, Sanierungsbeauftragte in Berlin*

Ich möchte noch etwas zu lokalen Ökonomien sagen. Natürlich soll vom Gebiet aus entwickelt werden. Ob das dann auch „klein-klein“ in Geld und in den Forderungen an finanzieller Unterstützung bedeutet, möchte ich in Frage stellen. Wenn man von unten Forderungen stellt, geht es natürlich auch um die Bündelung von Mitteln. Gerade auf diesem Sektor gibt es als Zusatzfinanzierung den EFRE der EU. Meine Erfahrung ist, dass ein Topf, der zwar mehr und mehr auch in Stadtteilen und in der Region verwendet wird für anderes als für Großprojekte, schnell wieder hinten runterfällt, weil die Gelder bei der Wirtschaftsverwaltung einlaufen. Die Wirtschaftsverwaltung geht aber eher auf Großprojekte ein. Da müsste klargemacht werden, dass die Kleinökonomien, vor Ort gebündelt, auch das große Projekt sein können. Das scheint doch schwierig zu sein, weil – wie die Kollegin über kleine Ökonomien berichtete – da wieder die Rede war von der Sozialverwaltung, von Sozialhilfegeldern, von ABM-Geldern, allerhöchstens noch ESF. Aber die großen Gelder des EFRE, die in Europa verwendet werden, gehen wieder an dem großen Projekt, von unten den Aufbau zu betreiben, vorbei. Das ist eine

sehr wichtige Sache, den EFRE da deutlicher zu fordern und auch die Wirtschaftsverwaltung deutlicher zu fordern, auch tatsächlich im Stadtteil kleinteilig das große Projekt, Arbeit und Beschäftigung auf regionaler Ebene aufzubauen.

*Hartmut Fritz, Direktor des Caritasverbandes, Frankfurt am Main*

Ich spreche für die BAG Soziale Brennpunkte. Zur Frage der sozialen Träger in Kooperation mit anderen: Meine Erfahrung ist, dass alle Akteure sowohl in den ressortübergreifenden verwaltungsinternen Prozessen, in der Kooperation von Wohnungswirtschaft und Kooperation von Verwaltung, Wohnungswirtschaft und sozialen Trägern, in gewaltigen Lernprozessen stecken. Die sozialen Träger haben quer durch die Republik außerordentlich dezidierte Erfahrungen in der Zusammenarbeit mit der betroffenen Bevölkerung, in Aktivierungsprozessen, in der Gemeinwesenarbeit. Dieser Erfahrungshintergrund ist allerdings oft in konträrer Position zur öffentlichen Verwaltung und Politik sowie in konträrer Position zu den Wohnungsbauträgern entwickelt worden. Parteiliche Interessenvertretung ist natürlich auch konfliktorientiert und auf Konfliktlösung ausgerichtet. Hier haben sich Rollen geprägt, und Bilder sind entstanden, die aufgebrochen werden müssen.

Es ist für mich ein entscheidender Webfehler dieses Gesetzes, dass wir keinen Baustein für die sozialen Entwicklungsprozesse haben. Die Jugendministerin hat für die Jugendhilfe das Programm E & C aufgelegt. Ich bin der Meinung, der Arbeits- und Sozialminister müsste hier ein weiteres Programm komplementär auflegen, Teilhabe und Chancen, die dezidiert beinhalten, dass erstens Gemeinwesenarbeit, Prozesse, Quartiersmanagement, Bewohneraktivierung in entsprechender Programmatik entwickelt werden können und gefördert werden – auch als Bund-Länder-Kommunalprogramm – und zweitens, dass wir neben dem AFG-Programm, ESF usw. Geld in die Hand bekommen, um lokale Beschäftigungsprojekte zu entwickeln. Wir wissen auch, dass es unterhalb der Zugänge zu diesen Fördermöglichkeiten Beschäftigungsformen gibt, um Menschen an ihrer Quartiersentwicklung zu beteiligen, die nicht kompatibel sind mit den Programmen, und hier gewissermaßen Zubringerleistungen entwickeln. Der besondere Charme besteht darin, dass die Menschen nicht nur in partizipative Planungsprozesse einbezogen werden, sondern dass sie selbst in die Lage versetzt werden, bei der Gestaltung ihres Wohnumfeldes und ihres Quartiers aktiv teilzuhaben und Beschäftigung zu finden. Meine Quintessenz ist: Die sozialen Träger sollen aus ihrer Ecke rauskommen, sollen ihren Erfahrungshintergrund aktiv einbringen und auf der anderen Seite auch deutlich sagen, dass dies aus der eigenen Schatulle heraus nicht geht. Wir brauchen ein entsprechendes Förderprogramm.

Und ganz wichtig: Da stehen wir auch in Hessen in enger Kooperation mit den Fachhochschulen, wir brauchen ein eigenes Ausbildungsbild für das Quartiersmanagement. Das ist nicht klassische Sozialarbeit, das ist auch nicht klassische Stadtplanung, vielleicht der Advokatenplaner der 70er Jahre und der Gemeinwesenarbeiter der 70er/ 80er Jahre. Es wird in der Nachwuchsförderung für das Berufsbild Gemeinwesen und Quartiersmanagement viel zu wenig getan. Vielleicht gelingt es auf dieser Tagung auch noch, den Begriffswirrwarr um Stadtteilmanagement, Quartiersmanagement, Gemeinwesenarbeit, Betroffenenorientierung zu entschlüsseln und zu präzisieren.

# 4 ■

## Aktivierung der Quartiersbevölkerung – Erfahrungen und Aktivitäten aus den Modellgebieten

Moderation: Karin Schmalriede, Lawaetz-Stiftung, Hamburg

Hans-Joachim Schlößl

Amt für Wohnen und Stadterneuerung, Nürnberg

Aktivitäten im Nürnberger Modellgebiet für das  
Programm „Soziale Stadt“ ..... 1

Monica Schümer-Strucksberg

Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Berlin

Voraussetzungen für das Programm „Soziale Stadt“ ..... 11

Sylvia Kahle

Quartiersmanagement Kottbusser Tor

Quartiersmanagement Kottbusser Tor, KonTOR ..... 13

Gerd Reinhardt

Bürgermeister Leinefelde

ZukunftsWerkStadt Leinefelde ..... 16

Stephan Westermann

StadtBüro Hunger, Gebietsbeauftragter, Cottbus

Erfahrungen aus Cottbus Sachsenhof-Madlow ..... 26

Thilo Brügel, Stadt Singen, FB Bauen

Torsten Kalb, Stadt Singen, FB Soziales und Recht

Modellgebiet Singen-Langenrain ..... 35

Reinhard Huß

Leiter des Stadtplanungsamtes, Schwerin

Erfahrungen aus Schwerin – Neu Zippendorf ..... 41

Beiträge aus dem Plenum und Anmerkungen vom Podium ..... 50

## Aktivitäten im Nürnberger Modellgebiet für das Programm „Soziale Stadt“

### Stichworte zu den folgenden Abbildungen

#### Abbildung 1: Übersichtsplan Stadterneuerungsgebiet und Ziel 2

- Nürnberg 487 000 EW, Zweitgrößte Stadt Bayerns, Region mit ca. 1,6 Mio. EW gehört zu den zehn größten Wirtschaftsräumen Deutschlands,
- Entwicklung Südstadt in der Industrialisierung des 19. Jahrhunderts
- Industrie- und Gewerbestandort (Siemens, MAN) im wirtschaftlichen Wandel,
- Großflächige Zerstörung im 2. Weltkrieg,
- Überschneidung/Verbindung mit Ziel-2-Gebiet der EU

#### Abbildung 2: Stadterneuerungsgebiet Galgenhof/Steinbrühl

- Datenblatt

#### Abbildung 3: Stadterneuerungsgebiet Galgenhof/Steinbrühl

- Ungeordnete Flächen und Funktionsdefizite entlang der Bahnlinie
- Mangelnde Anbindung der Südstadt an die Altstadt
- Zerschneidung des Gebietes durch Hauptverkehrsstraßen
- hohe Lärm- und Abgasbelastung
- trister Wiederaufbau
- Mangel an Grün- und Freiflächen

#### Abbildung 4: Entscheidungs- und Koordinationsgremien

#### Abbildung 5: Meinungsträgerkreis

- 25 Teilnehmer aus sozialen, politischen und kulturellen Organisationen/Vereinen
- Diskussion von Themen und Projekten der Stadterneuerung, Austausch von Informationen über die Stadterneuerung

- Funktion der Teilnehmer als Multiplikatoren, die Informationen in den Stadtteil tragen bzw. Themen, Probleme aus dem Stadtteil in die Gruppe einbringen

Abbildung 6: Kultur in der Südstadt

- wichtige Stadtteilkultureinrichtung in der Südstadt (insgesamt 11 Kulturläden in der Stadt)
- Mitorganisator des Südstadtfestes
- Veranstaltungen:
  - Diskussionen z.B. zur Südstadtentwicklung,
  - Ausstellungen und Vorträge,
  - Musikveranstaltungen,
  - Angebote für Gruppen und Kurse (Sprachkurse, Gesundheit, Malen etc.)

Abbildung 7: Einrichtungen aus dem Jugend- und Kulturbereich

Abbildung 8: Phasen einer Südstadtkonferenz

# Stadt- und Ortsteile mit besonderem Entwicklungsbedarf - die soziale Stadt

## Sanierungsgebiete "Soziale Stadt" und Ziel-2-Gebiet der Stadt Nürnberg



Stadt Nürnberg  
Amt für Wohnen und Stadterneuerung



## Stadt- und Ortsteile mit besonderem Entwicklungsbedarf - die soziale Stadt

### Sanierungsgebiet Galgenhof / Steinbühl: Daten

<b>Größe</b>	65 ha	51 Blöcke
<b>Bewohnerstruktur</b>		
Einwohnerzahl	11.000	(1998)
darunter Ausländer	3.576 (1998)	= 32,4 %; (Gesamtstadt: 16,5 %)
Sozialhilfeempfänger	11,4 %	(bezogen auf 14.054 EW) (Gesamtstadt: 6%)
Arbeitslosenquote	8,5 %	(bezogen auf 14.054 EW) (Gesamtstadt: 10,8%)
Zahl der Haushalte	5.600	
Anteil Kinder/Jugendliche (1998):		
bis 6 Jahre	5%	
7 – 15 Jahre	6%	
Haushaltsgrößen (1998):		
1-Personen-Haushalte	58,8 %	
2-Personen-Haushalte	23,0 %	
	<hr/>	
	81,8 %	
<b>Gebäudealter (1996)</b>		
vor 1918	127	
1919 bis 1948	125	
nach 1949	514	
<b>Wohnstruktur</b>		
Zahl der Wohnungen	6.390	
Ausstattung ohne Bad/WC	2 %	
Ausstattung schlicht/ausreichend	59 %	
Wohndauer		
0 bis 5 Jahre	45%	
5 – 10 Jahre	19%	
über 10 Jahre	36%	
<b>Gewerbe</b>		
Einzelbetriebe	837	
Beschäftigte	5769	



## Entscheidungs- und Koordinationsgremien bei der Stadterneuerung Galgenhof / Steinbühl

### Stadtrat / versch. Ausschüsse

Entscheidungs-gremium für bedeutende Planungen der Stadtentwicklung sowie Vollzugsfragen von grundsätzl. Bedeutung (Rahmen- und Programmplanung, besond. Projekte, Liegenschaften)

### Wirtschaftsreferat / Amt für Wohnen und Stadterneuerung (Federführung)

#### Treuhänder-Abstimmung

**Vorsitz:** Amt für Wohnen und Stadterneuerung  
Landeswohnungs- u. Städtebauges. (LWS) (= Treuhänder)  
**Mitglieder:** Stadtplanungsamt  
Fallweise benötigte Ämter  
**Aufgabe:** Realisierung von Einzelprojekten

#### Projektgruppe Wohnen und Stadterneuerung

**Geschäftsfl.:** Amt für Wohnen und Stadterneuerung  
**Mitglieder:** Planungsstab für Stadtentwicklung  
Sozialreferat,  
Baureferat  
Baurechtsbehörde  
Liegenschaftsamt  
Stadtplanungsamt  
Vermessungsamt  
Umweltamt, Amt für Statistik u. Stadtforschung  
**Aufgabe:** Grundsatzfragen der Stadtentwicklung

#### Koordinierungsgruppe (KOG)

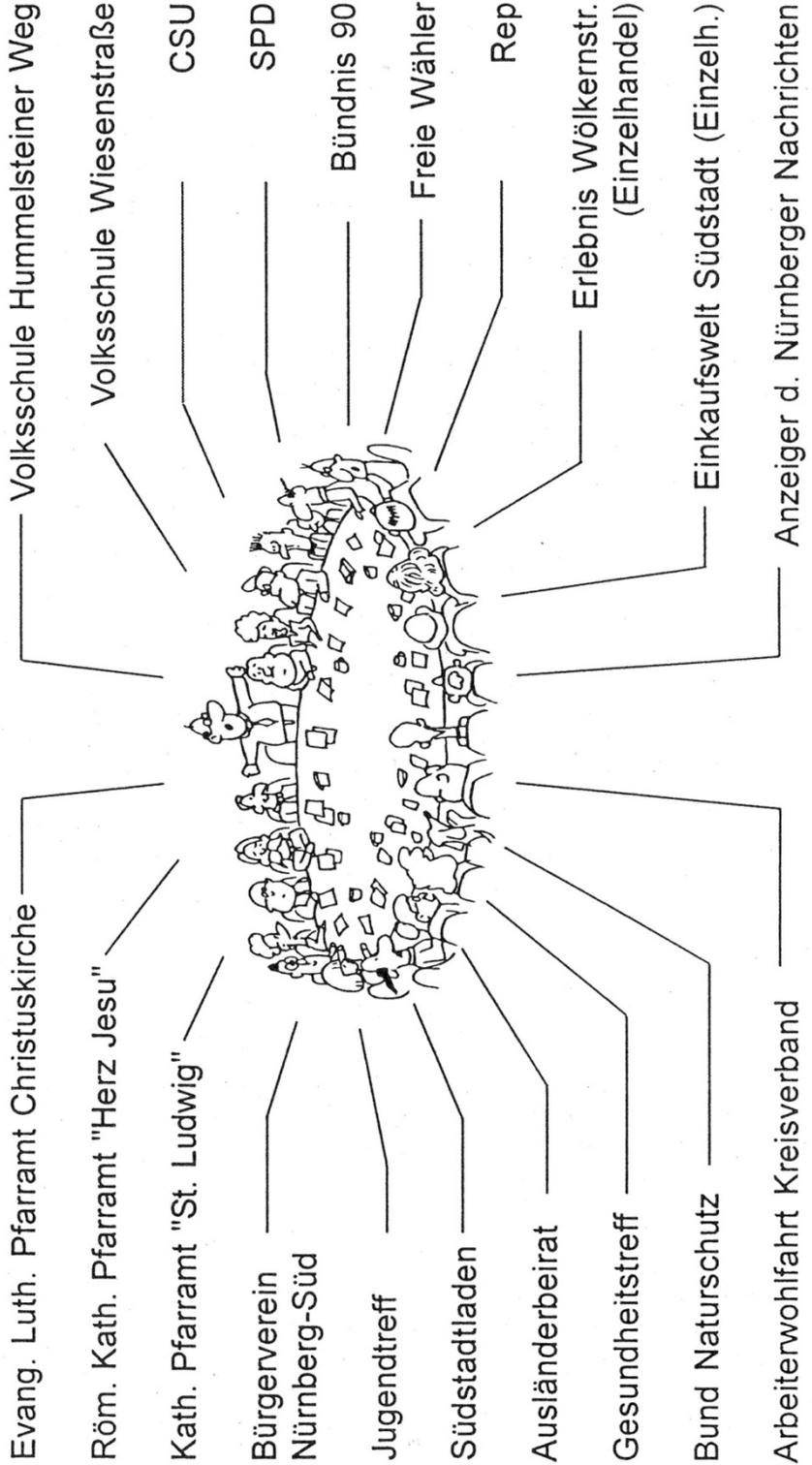
**Geschäftsfl.:** Amt für Wohnen und Stadterneuerung  
**Mitglieder:** Stadtplanungsamt,  
Baurechtsbehörde,  
Liegenschaftsamt,  
Gartenbauamt,  
Jugendamt,  
Hochbauamt,  
Tiefbauamt,  
Treuhänder,  
Amt für Kultur und Freizeit  
Allgemeiner Sozialdienst  
Seniorenamt  
**Aufgabe:** Koordination der Vollzugsaufg.

#### Meinungsträgerkreis

**Einladung:** Amt für Wohnen und Stadterneuerung  
**Mitglieder:** Kirchengemeinden, Schulen, Jugendeinrichtungen, Bürgerverein, Ortsvereine der Parteien, Einzelhändler, soziale/kulturelle Vereinigungen, Treuhänder  
**Aufgabe:** Information, Erörterung aller Planungsvorhaben, Diskussion ausgewählter Themen

# Stadt- und Ortsteile mit besonderem Entwicklungsbedarf - die soziale Stadt

## Sanierungsgebiet Galgenhof / Steinbühl: Meinungsträgerkreis



Stadt- und Ortsteile mit besonderem Entwicklungsbedarf  
- die soziale Stadt

Sanierungsgebiet Galgenhof / Steinbühl: Kultur

Das Themenfeld Kultur in der Südstadt wird wesentlich vom städtischen "Südstadtladen" besetzt, der neben Kleinkunstangeboten auch Kurse aus dem Freizeitbereich, Eltern-Kind-Gruppen, soziale Begegnungen und Bürgerbeteiligungen anbietet.



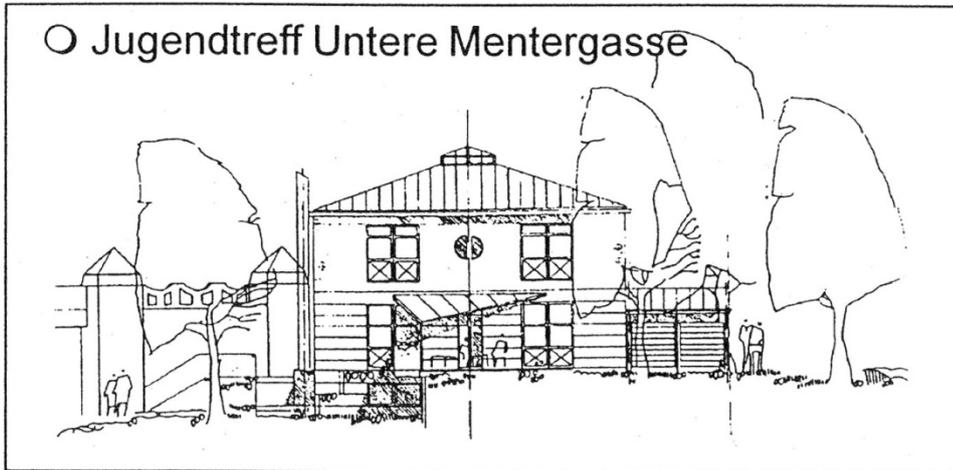
**Stadt- und Ortsteile mit besonderem Entwicklungsbedarf  
- die soziale Stadt**

**Sanierungsgebiet Galgenhof / Steinbühl**

**Einrichtungen  
aus dem Jugend- und Kulturbereich:**

- Arbeiterwohlfahrt
- Doppelstockbus
- Jugendtreff "Set free"
- Jugendtreff Christuskirche
- Schülertreff Hummelsteiner Weg
- Aktivspielplatz

- Jugendtreff Untere Mentergasse



Gesundheitstreffpunkt Südstadt \*

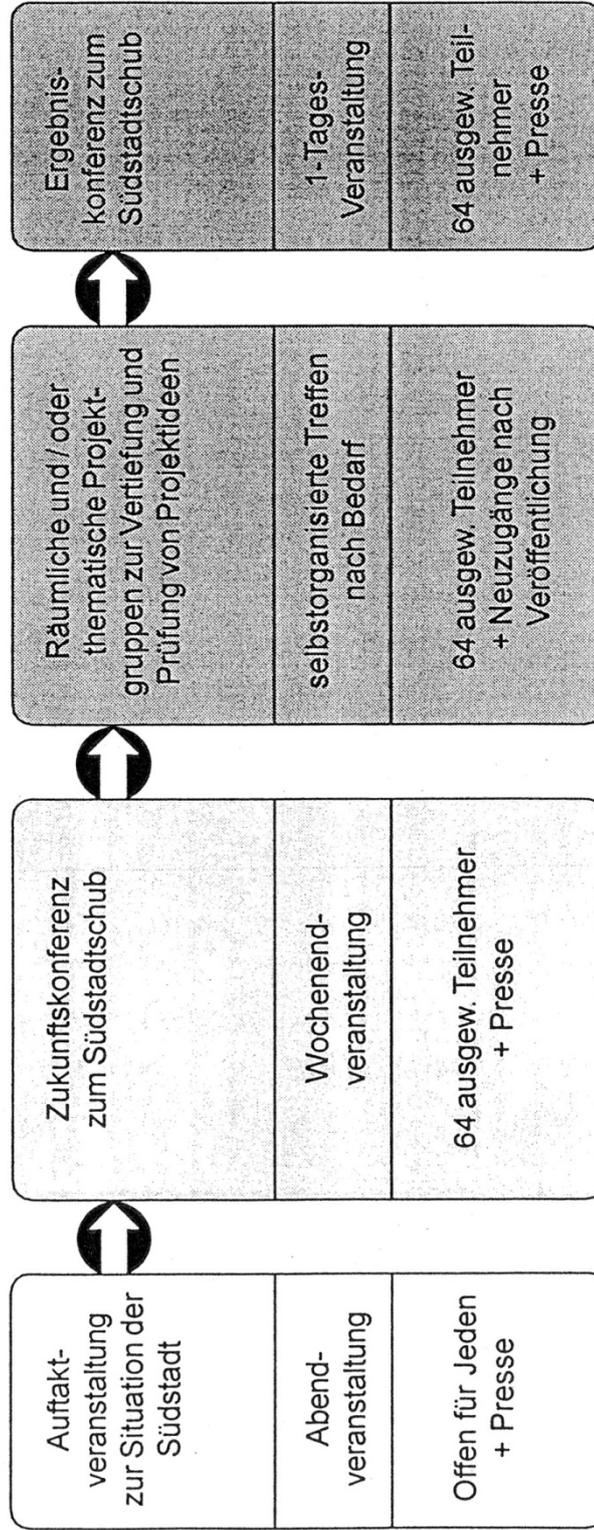
Kulturtreff Bleiweiß \*

Südstadtladen \*

\* Nicht im Gebiet ansässig, aber mit großer Gebietswirkung

# Stadt- und Ortsteile mit besonderem Entwicklungsbedarf - die soziale Stadt

Sanierungsgebiet Galgenhof / Steinbühl: Phasen einer Südstadtkonferenz



## Voraussetzungen für das Programm „Soziale Stadt“

Die Aktivierung der Bevölkerung, der Gewerbetreibenden und der übrigen Akteure in den Gebieten mit besonderem Entwicklungsbedarf im Programm „Soziale Stadt“ ist eins der Elemente des Programms, denen sehr viel Bedeutung zugemessen wird. Wir versprechen uns alle davon, dass uns die Betroffenen selbst einen Teil der Arbeit und auch der Verantwortung abnehmen, dass mit den Betroffenen eine bessere Perspektive für das Gebiet und für die in ihm Lebenden und Arbeitenden eröffnet werden kann, dass die Betroffenen mit ihren Beratungen, Entscheidungen und Aktivitäten sich selbst neue Möglichkeiten schaffen und mit ihren Projekten Entwicklungsanstöße geben, die die Kommunen bisher nicht haben initiieren können. Dies beinhaltet einen sehr hohen Anspruch.

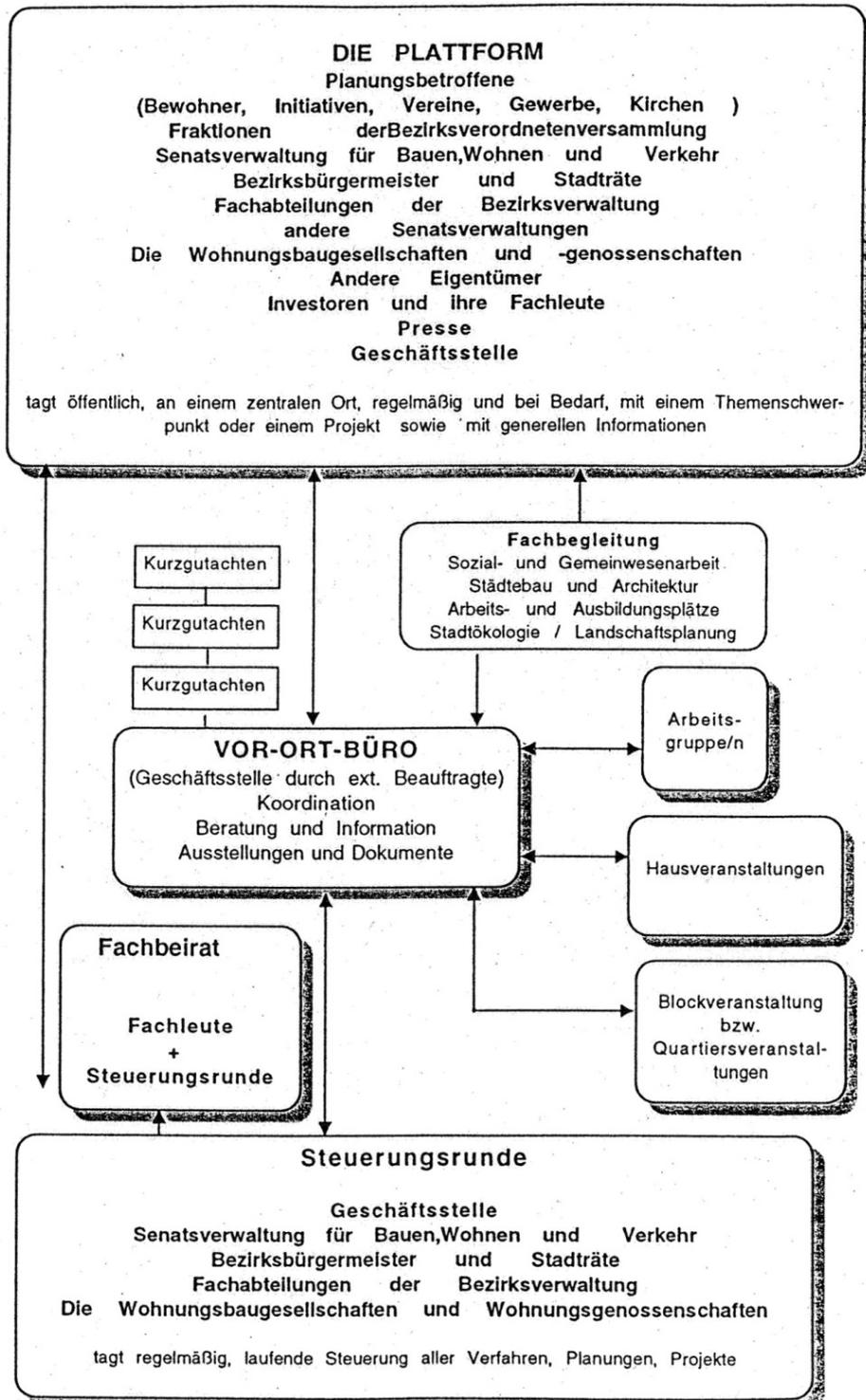
Die Verfahren müssen viel Zeit, Energie und Kreativität in diesen Aufgabenbereich stecken. Die Beteiligten müssen das jeweilige Gebiet und seine Akteure sehr gut kennen lernen, um Probleme und Entwicklungspotentiale mit Erfolg anfassen zu können. Es bedarf jeweils all dieses Wissens, um Erfahrungsberichte auf einer solchen Konferenz aufnehmen zu können. Und dennoch wollen wir diese notwendigen Informationen hier überspringen (man gibt uns nicht die Zeit).

Es ist aber wesentlich, dass wir uns mit einander einig sind, dass alle Verfahren eine Arbeitsstruktur benötigen (und wir diese als Hintergrund der einzelnen Aktivitäten mit denken müssen), in denen alle organisierten Akteure – also die Kommune vor Ort mit all ihren Ämtern, die zentrale Verwaltung (in Berlin das Landesministerium) mit ihren wichtigsten Abteilungen, die großen Eigentümergesellschaften oder Genossenschaften, Verbände, Kirchen, große wirtschaftliche Akteure – sich mit Kompetenz und auch dem Willen, unabhängige Entscheidungsgewalt abzugeben, zusammenfinden und mit einander arbeiten. Es bedarf dazu in allen Verfahren einer strukturierten Lenkungsrunde, es gibt sie auch für das Verfahren Kreuzberg Kottbusser Tor/Wassertorplatz. Es sollte unser Ziel sein, diese integrierte Organisation und Arbeit aus den Pilotvorhaben herauszuheben und sie nun endlich zur Struktur unseres alltäglichen Handelns zu machen (alle ExWoSt-Analysen singen ihr hohes Lob).

Es ist ebenso wichtig, dass wir voraussetzen, dass die Verfahren ein ganz offenes Kommunikations- und Informationsnetz aufbauen, zu dem jedem und jeder der Zugang ermöglicht wird. Dazu sind erforderlich die öffentliche Diskussion, die kontinuierliche und verständliche Information, der erkennbare Entscheidungsaufbau, die Möglichkeit der Teilnahme an der Arbeit und die bekannten Initiierungsriten. Alle diese Elemente sind Teil der Arbeit im Pilotvorhaben Kottbusser Tor.

Wir werden Ihnen heute nur konkret im Wesentlichen ein Aktivierungsprojekt vorstellen, für das wir das Medium Film benutzten. Ausgangsüberlegungen waren: Wie können die Menschen, die am Kottbusser Tor leben und arbeiten, sich selbst

präsentieren und dabei real und in den Medien den Raum belegen, der real sichtbar und besonders in den Medien so sehr fremdbestimmt durch marginale Bevölkerungsgruppen erscheint – ein Experiment mit Film, mit einem Film, der wiederum im öffentlichen Raum zelebriert wurde.



analog: Stadtteilmanagement und Partizipation Großsiedlung Marzahn 1992-1999

## Quartiersmanagement Kottbusser Tor, KonTOR

Frau Schümer-Strucksberg hat Ihnen einen kurzen Überblick über die Aktivitäten des Quartiersmanagements Kottbusser Tor gegeben. Ich werde Ihnen nun anhand einiger ausgewählter Praxisbeispiele verschiedene Methoden der Bürgeraktivierung vorstellen.

Zur Strategie nur so viel: Die Aktivierung erfolgt weitgehend über Einzelprojekte. Diese alle zu erwähnen, würde an dieser Stelle zu weit führen. Deshalb haben Sie bitte Verständnis, wenn ich mich auf einige wesentliche beschränke und andere Verfahren wie z.B. Bürgerbefragungen und Bürgerforen beiseite lasse. Das bedeutet nicht, dass sie nicht auch wichtig sind. Geographisch betrachte ich mich auf den Nordteil des Quartiersmanagements Kottbusser Tor, das sich in einen Nord- und einen Südteil gliedert.

Auf dem Hintergrund eines großen Medieninteresses an den Vorgängen am Kottbusser Tor und damit einhergehend einer gewissen Gewöhnung der Bevölkerung im Umgang mit den Medien entschieden wir uns zu Beginn unserer Arbeit, Anfang 1999, die Quartiersbevölkerung durch das Medium Film bzw. Video einzufangen. Gemeinsam mit der Kreuzberger Filmproduktion MPS erstellten wir zwei Tapes, in denen sich verschiedene Bevölkerungsgruppen, Alte, Junge, Aktive und Nichtaktive in ihrem Alltag am Kottbusser Tor darstellen. Titel des einen „Wir vom Kotti“, befasst sich mit Bewohnerinnen und Bewohnern des Zentrum Kreuzberg, damals noch Neues Kreuzberger Zentrum. Der andere zeigt Jugendliche aus dem Quartier und trägt den Titel „Polizistin hat nicht geklappt“. Der mediale Ansatz wurde von allen Beteiligten, Bewohnern, Vor-Ort-Initiativen, Arbeitsgruppen und anderen bereitwillig getragen, wobei besonders die jungen Leute wenig Scheu zeigten, auch negative Aspekte ihres Daseins wie Arbeits- oder Ausbildungslosigkeit oder auch kriminelle Seiten schonungslos offenzulegen. Beide Filme bringen deutlich zum Ausdruck, dass die Menschen gerne am Kottbusser Tor leben, wohnen und arbeiten, und artikulieren gleichzeitig ihren Unmut über die Zustände vor der Tür.

Der Erwachsenen Film spricht die starke Vermüllung an; an normalen Werktagen wirkt der Ort wie sonst nach einem Straßenfest. Unübersehbare Vandalismusschäden werden genannt, zu denen auch die Tags wenig begnadeter Sprayer zählen, Verunreinigungen durch körperliche Entäußerungen wie Erbrochenes, Urin, Verkotungen und durch Junkies verursachte Blutspritzer in den Fluren und Eingangsbereichen, aber auch Belästigungen durch sich in den Häusern aufhaltende Fixer. Denn das Kottbusser Tor ist ein Treffpunkt von etlichen der Berliner Drogenszene.

Der Jugendfilm zeigt die Jugendlichen an ihren Aufenthaltsorten Straße, Jugendfreizeiteinrichtung und Zuhause. Ausbildung und Arbeit kommen in den Schilderungen weitgehend fernab der Realität als Wunschfaktor vor. Der sehr bewusst wahrgenommenen Stigmatisierung gibt der häufig gehörte Satz „Was, da wohnst Du“?

immer neue Nahrung. Die jungen Leute sind sich in außerordentlich hohem Maße ihrer geringen Chancen aufgrund von mittlerweile wenig anerkannten oder gar keinen Schulabschlüssen bewusst, ohne dass sie eine Stimmung von Ausweglosigkeit ausstrahlen. Der Film zeigt sie im selbst gestalteten Lebensraum, beim Breakdance oder beim Rap, in dem sie sich selbst die Auswertung geben, die ihnen die Gesellschaft vorenthält. Beide Filme präsentierten wir in einer breit angelegten Videoinstallation auf der Straße. Diese Aktion hatte u.a. zur Folge, dass die in den Filmen geäußerten Vorschläge zu diversen Umbauvorhaben am Zentrum Kreuzberg einfließen und Mieter sich sowohl in einem Mieterbeirat als auch in einem im Herbst letzten Jahres installierten so genannten Gestaltbeirat engagierten und auf diese Weise die in den Filmen geäußerten Vorschläge in die realisierten Umbauten einfließen konnten. Der Gestaltbeirat setzt sich aus fast 30 Fachleuten verschiedener Fachrichtungen wie z.B. Architekten, Stadtplaner, Eigentümer, Hausverwaltungen, Vereine, Techniker etc. zusammen und zielt auf die verbindliche Konsensfindung der Akteure.

Am Beispiel der Treppe an der Adalbertstraße können wir das Vorher/Nachher veranschaulichen. Die Treppe war vielen ein Dorn im Auge: wuchtig, monströs, uneinsehbar, als Mülleimer benutzt, über und über beklebt mit Werbematerial. So sieht sie heute aus: fast filigran, transparent, als Informationsträger ungeeignet. Letzten Freitag wurde sie mit dem Senator für Stadtentwicklung, Herrn Strieder, dem Bezirksbürgermeister Dr. Schulz und anderen feierlich eingeweiht. Sämtliche Akteure sind zufrieden und wir gehen davon aus, dass auf der Grundlage dieser Aktion weitere Akteure gewonnen werden. Hinsichtlich der Vermüllung und Verschmutzung vor Ort konnte die Eigentümerin dahingehend überzeugt werden, zusätzliche Reinigungskräfte einzustellen und in Kooperation mit einem Qualifizierungsträger ein Malerprojekt zu starten, das bereits im zweiten Durchlauf mit Sozialhilfeempfängern aus dem Gebiet die Flure und Eingangsbereiche verschönert.

Im Zusammenhang mit einer der nächsten Baumaßnahmen, einem Spielplatzbau kümmert sich der seit Jahren im Gebiet agierende und bekannte Nachbarschaftsverein Kotti e.V. um die Aktivierung der Bewohner, die noch stärker als bisher z.B. in die Gestaltung der Grünflächen einbezogen werden sollen. Zu diesem Zweck bezieht der Verein das so genannte Café Aktuell im Zentrum Kreuzberg, das als Anlaufstelle für die Bevölkerung demnächst eröffnet wird. Eine ganz besondere Art der Beteiligung gelang im Zentrum Kreuzberg im Bereich der Lokalen Ökonomie mit den ausschließlich türkischen Gewerbetreibern, die sich vor kurzem zur Interessengemeinschaft Kottbusser Tor zusammenschlossen. Unseres Wissens ist dies der erste Zusammenschluss dieser Art in Berlin, wenn nicht gar in Deutschland. Angeschoben wurde das Treffen durch eine gemeinsame Einladung zu einem Gewerbe-Brunch von der Eigentümergesellschaft und dem Quartiersmanagement, das im Bereich der Lokalen Ökonomie mit der mpr Unternehmensberatung zusammenarbeitet. Die türkischen Gewerbetreibenden organisierten selbst Nachfolgetreffen, derzeit agieren sie als Verein in Gründung. Nun darf man sich diese IG nicht nach dem Muster, verzeihen Sie bitte den Begriff, deutscher Vereinsmeierei, vorstellen, sondern aufgrund des kulturell-bedingten anderen Verhaltenskodex mehr als Informations- und Entscheidungsbörse in lockerer Atmosphäre. Vieles wird gemeinsam beim Tee besprochen, die Angelegenheiten, wenn möglich, auf informellem Wege, ohne großen Behördenaufwand geregelt. Bei der nichtgewerblichen nichtdeutschen Bevölkerung gelingt die Aktivierung in der Regel

über die Kinder und Jugendlichen, über die wiederum die Eltern erreicht werden. In diesem Zusammenhang sind der geplante Spielplatzbau sowie die geplante Kinderbetreuung außerordentlich wichtig, um die Aktivierung zu forcieren. Es bleibt abzuwarten, ob uns dieser Schritt auch gelingt.

Noch ein letztes: Ein oft unterschätzter hoher Anteil des Erfolges in der Bevölkerungsaktivierung liegt im Einzelgespräch. Deshalb ist ein Großteil unserer Arbeit vor Ort täglich praktiziertes Open Space.

## ZukunftsWerkStadt Leinefelde

### Situation/Ausgangspunkt

Leinefelde war bis in die frühe Nachkriegszeit ein Dorf, das sich im strukturschwachen Eichsfeld dank seiner günstigen Verkehrslage als Standort für Handel und Handwerk profiliert hatte. Die Teilung Deutschlands in Folge des zweiten Weltkriegs hatte Leinefelde von seinen traditionellen Einzugsbereichen in den Räumen Kassel und Göttingen abgeschnitten und damit seine neben der Landwirtschaft und dem Eigenverbrauch wesentliche Wirtschaftsgrundlage zerstört.

In dem kurzen Zeitraum zwischen 1961 und 1989 wurde auf der Grundlage des Eichsfeldplanes der Regierung der DDR eine grundlegende neue Wirtschaftsstruktur aufgebaut. Die Ansiedlung des Textilkombinats „Spinne“, die Entwicklung des Kalibergbaus und der Aufbau einer Zementproduktion in unmittelbarer Nachbarschaft hatten Arbeitsplätze in einem Umfang geschaffen, der über den regionalen Bedarf deutlich

hinausging. So waren aus allen Teilen der Republik junge Menschen nach Leinefelde gezogen, um an dieser großen Aufbauleistung mitzuwirken. Bereits 1962 lief der erste Bauabschnitt der Wohnungsproduktion an, zwischen 1961 und 1989 mutierte das Dorf mit ursprünglich 2 300 Seelen zur Industriestadt mit mehr als 15 000 Bürgern.

Entsprechend den damaligen Maximen des DDR-Städtebaus und der Entwicklung der Technologien im Wohnungsbau wurden die Wohnungen in Block- und Plattenbauweise errichtet, wobei eine klare Trennung zwischen den Wohnbereichen und den riesigen Produktionshallen verfolgt wurde: Die Birkunger Straße liegt als Haupterschließungsachse und städtebauliche Trennung an der Nahtstelle dieser zwei Funktionsbereiche. Selbstverständlich war die Südstadt mit allen Infrastrukturen ausgestattet, die für das Leben und Arbeiten der jungen Familien erforderlich waren, so konnte Leinefelde als Prototyp der sozialistischen Idealstadt betrachtet werden.

Die Entwicklung der Südstadt in baulichen und städtebaulichen Abschnitten ist heute noch ablesbar und in den Köpfen der Bewohner tief verankert. Dabei sind die jüngeren Entwicklungen aufgrund der zunehmend reduzierten „optimierten“ Grundrisse und der höheren baulichen Dichte bei den Bewohnern am wenigsten beliebt. Dies wird verstärkt dadurch, dass das Wohnumfeld in diesen Bereichen in seiner Gestaltung und Ausstattung weit hinter den Erfordernissen zurückblieb, die Südstadt war in diesem Sinne nicht zu Ende gebaut.

Mit dem politischen, gesellschaftlichen und ökonomischen Umbruch haben sich 1989 die Rahmenbedingungen für Leinefelde und die Südstadt radikal verändert. Der Wegbruch des größten Teils der industriellen Arbeitsplätze in der Region stellte die Bewohner vor die Wahl zwischen Arbeitslosigkeit, Pendeln in die benachbarten

Wirtschaftsräume, Abwanderung, Umlernen und Selbständigkeit. Neue Beschäftigung war angesichts der wirtschaftlichen Monostrukturen nicht vorhanden und musste erst aufgebaut werden. In den ersten Jahren nach der Wende hat Leinefelde in der Südstadt regelmäßig jährlich ca. 1.000 Einwohner verloren. Die Abwanderung wäre noch erheblich größer ausgefallen, wenn die Bemühungen der Stadt um den Aufbau einer vielfältigeren Wirtschaftsstruktur mit neuen und damit weniger krisenanfälligen Arbeitsplätzen nicht relativ schnell erste Erfolge gezeigt hätten. Damit allein waren aber die Probleme der Südstadt nicht gelöst, trotz verlangsamter Abwanderung stiegen die Leerstandsquoten.

Eine Analyse der Situation ergab folgende Einschätzung: Mit dem Wegfall des staatlichen Monopols der Wohnungsversorgung haben sich Rolle und Akzeptanz der Plattenbauwohnungen grundlegend verändert.

#### *Platte gelobt – Platte verdammt*

Unter sozialistischen Verhältnissen musste das Wohnen in der Platte mit dem gebotenen technische Standard und dem infrastrukturellen Komfort mangels besserer Alternativen gerade auch im Vergleich zu Altbauten als Privileg betrachtet werden. Standardisierung der städtebaulichen Ausdrucksformen, der Wohnform, der Wohnungsgrundrisse und der Wohnungsgrößen waren vor diesem Hintergrund kein Problem, die soziale Durchmischung war dementsprechend ausgewogen, in der Platte wohnten der Arzt und der Fließbandarbeiter in guter Nachbarschaft.

Nach der Wende hat sich die soziale Differenzierung ebenso wie die Individualisierung der Ansprüche an das Wohnen mit hoher Dynamik durchgesetzt. Und der nunmehr offene Markt bietet alle Möglichkeiten, diese neuen Bedürfnisse zu realisieren, sofern das nötige Einkommen verfügbar ist.

Die Südstadt verliert damit nicht nur die Menschen, die in die wirtschaftlich attraktiven Ballungsräume abwandern, sie verliert auch diejenigen, die sich vor Ort ökonomisch stabilisieren und ihren neuen Anspruch an Wohnen bezahlen können. Gerade im ländlichen Raum muss das Wohnen im neuen Einfamilienhaus oder im alten dörflichen Kern, vor allem aber das Wohnen im Eigentum als die naheliegende Alternative zur Mietwohnung im Geschosswohnungsbau betrachtet werden.

Verstärkt wird dieser Prozess durch Mängel am Wohnumfeld sowie durch die soziale Erosion, die die ehemals funktionsfähigen Nachbarschaften schnell ausgelöst hat bzw. stark belastet. Es ist paradox: Je besser es den Menschen in Leinefelde wirtschaftlich geht, desto problematischer wird sich die Situation in der Südstadt darstellen. Langfristige Trendanalysen machten deutlich, dass der Bedarf an Plattenbauwohnungen sich um bis zu 50 % reduzieren kann, sofern sich die Qualitäten der Südstadt nicht grundlegend ändern. Dabei ist davon auszugehen, dass sich die Zahl der Einwohner Leinefeldes, nicht zuletzt wegen der rückläufigen natürlichen Bevölkerungsentwicklung, langfristig auf einem niedrigeren Niveau als heute einpegeln wird. Für diesen Strukturwandel muss von Zeiträumen ausgegangen werden, die zumindest eine Generation umfassen.

*Also zuerst städtische Aufwertung – Sofortmaßnahmen*

*Nötig: mehr Mittel*

## Ziele und Planungen

Nachhaltige Stadtentwicklung in Leinefelde muss demnach gleichzeitig

1. auf ein neues Gleichgewicht zwischen seinen, die realen regionalen Wirtschaftspotentialen widerspiegelnden, stabilen Arbeitsplätzen und der konsolidierten Einwohnerzahl hinwirken und
2. die Südstadt zu einem qualitativ hochwertigen, attraktiven Stadtteil entwickeln, der eine überzeugende Alternative zu anderen Angeboten des Wohnungsmarktes in der Region darstellt.

Das ist die Grundidee der ZukunftsWerkStadt Leinefelde.

Dies kann nur im engen Zusammenwirken von Politik, Verwaltung, Bürgern, Kirchen, Verbänden, Vereinen, Wohnungseigentümern und Wirtschaft gelingen. Mit dem Start der Rahmenplanung im Jahr 1994 wurde der Grundstein gelegt für einen partizipativen Prozess der Stadtentwicklung.

Wesentliche Elemente dieses Arbeitsansatzes waren:

- intensive Information und Einbeziehung der Öffentlichkeit in den Prozess der Planung und Umsetzung,
- Bildung von thematischen Arbeitskreisen mit den jeweils wesentlichen Akteuren als Grundlage für die Zielformulierung und für die Koordination des Handelns,
- Eröffnen von Möglichkeiten der praktischen, gestaltenden Mitwirkung am Erneuerungsprozess für alle Interessen und Altersgruppen,
- kontinuierliche Prozessbegleitung und Steuerung.

Entsprechend der in Leinefelde anstehenden Probleme setzt die ZukunftsWerkStadt drei thematische Schwerpunkte:

### **Arbeiten**

Ziel ist der Aufbau einer nachhaltigen, vielfältigen Wirtschaftsstruktur unter Nutzung der regionalen Standortfaktoren und der endogenen Potentiale in Leinefelde und in der Südstadt.

### **Wohnen**

Ziel ist die Weiterentwicklung der Südstadt zu einem hochwertigen, lebendigen und sozial stabilen Stadtteil, der im Zusammenwirken mit dem alten Ortskern die heutigen Erwartungen der Menschen an Lebensumfeld und Lebensqualität erfüllt.

### **Natur**

Ziel ist, den notwendigen ökonomischen und städtebaulichen Strukturwandel so zu vollziehen, dass er einen positiven Beitrag zur Erhaltung und Entwicklung der natürlichen Ressourcen und Lebensgrundlagen leistet.

## Welche Strategien, Prozesse und Maßnahmen nutzen wir?

### Praktizierter Strukturwandel

Die Entwicklungsstrategie der ZukunftsWerkStadt basiert auf der Überzeugung, dass in Leinefelde nur durch die Bündelung und sorgfältige Koordination vielfältiger Maßnahmen in den drei Themenfeldern Arbeiten, Wohnen und Natur eine langfristig tragfähige soziale, ökonomische und ökologische Stabilität erreicht werden kann. Entsprechend zahlreich und bunt sind die einzelnen Projekte, sie alle sind aber eingebunden in den Prozess des gemeinsamen Planens und Handelns, der sich in den verschiedenen Arbeitsgruppen artikuliert und von der Stadt koordiniert wird. Denn nur wenn die Bürger den Veränderungsprozess mitgestalten können, werden sie die schwierigen Transformationsphasen akzeptieren und ihrer Südstadt als alte und neue Heimat treu bleiben.

Neben den gängigen Formen der Bürgerinformation und Beteiligung wurden auch neue Wege gewählt, um den Kontakt mit den Bürgern zu suchen und zu intensivieren:

1. Das von der Stadt Leinefelde initiierte Projekt „Bürgerinformation Südstadt (BIS 2000) ist über mehrere Jahre Anlaufstelle für alle Fragen der Bürger zum Erneuerungsprozess gewesen und hat mit seinen Informationsblättern, Ausstellungen, Stadtrundgängen, Sprechstunden wesentlich dazu beigetragen, dass auch schwierige Themen wie Abriss von Wohnblöcken oder Störungen während der Umbauphasen bei den Bürgern auf Verständnis gestoßen sind, nicht zuletzt, weil gleichzeitig dargestellt werden konnte, welche Verbesserungen davon zu erwarten waren.
2. Hilfreich auch das Projekt der Albert-Schweitzer-Schule, das die Veränderungen in der Südstadt als „Virtual Reality“ simuliert und darüber die Auseinandersetzung der Schüler (und ihrer Eltern) mit den Fragen des Strukturwandels intensiviert und bereichert hat.
3. Wichtige Beiträge zur Information der Bürger haben aber auch die Eigentümer des Wohnungsbestandes geleistet, die in einer großen Zahl von Versammlungen und unterstützt durch persönliche Beratung und Informationsschriften ihre Mieter auf den Veränderungsprozess eingestimmt haben.
4. Mit dem Bau des Mieterzentrums geht die WWL im Bereich Hahn-Hertz-Straße einen weiteren Schritt auf die Bewohner zu. Sie erreicht damit ihre Kunden auf sehr kurzem Wege und schafft mit dem Festsaal außerdem einen attraktiven Rahmen für private Feiern, der in dieser Form bisher nicht verfügbar war. Auch das trägt zur Zufriedenheit der Bewohner und zu ihrer Bindung an den Wohnstandort bei.
5. Feste, Fernsehen, Offener Kanal, Kitas, Frauenzentren, Seniorenarbeit, Sozialarbeit – Aussiedlerbetreuung, Jugendarbeit, Freie Träger, Obdachlosenbetreuung – Stadt initiiert Verbände

## Themenfeld Arbeiten

Grundlage der Entwicklung Leinefeldes zum attraktiven Wirtschaftsstandort ist die Stärkung der regionalen Standortfaktoren. Der Bau der neuen A 38 sowie die direkte Anbindung Leinefeldes an diesen Verkehrsweg hat hier hohe Priorität.

Die Ortsumgehung der B 247 wird das zunehmende Verkehrsaufkommen vom Kernbereich Leinefeldes fernhalten und damit einen wesentlichen Beitrag zur Funktionsfähigkeit und Attraktivität des zentralen Wohn- und Einkaufsbereiches leisten.

Eine weitere wichtige Maßnahme ist die Verbesserung der Schienenanbindung insbesondere durch den Ausbau der Eichenberger Kurve und der Streckenverbindung nach Gotha.

Die Schaffung und Sicherung von Arbeitsplätzen innerhalb einer vielfältigen Wirtschaftsstruktur ist die Voraussetzung für eine positive Entwicklung der Stadt Leinefelde. Dabei galt es vor allem, das Potential der vorhandenen, teilweise brachgefallenen Hallen und Infrastrukturen einer sinnvollen neuen Nutzung zuzuführen. In intensiver Abstimmung mit den neuen Eigentümern wurde ein Konzept entwickelt, das eine Neuordnung der Infrastrukturen unter Berücksichtigung der neuen funktionalen und eigentumsberechtigten Anforderungen ermöglicht. Die ist im Bebauungsplan Nr. 6 „Pfaffenstieg“ planungsrechtlich abgesichert, die Modernisierung der Infrastrukturen ist weitgehend abgeschlossen.

Parallel dazu wurden neue Gewerbeflächen nördlich der Bahngleise erschlossen, eine geplante Straßenbrücke soll den funktionalen Zusammenhang zwischen altem Industriestandort und ergänzenden Gewerbeflächen sichern.

Nicht zu unterschätzen ist die mögliche Beschäftigungswirkung des Erneuerungsprozesses im örtlichen Handwerk, das sich längst auf die besonderen Anforderungen der Aufwertung von Plattenbauten und Wohnumfeld eingestellt hat. So bleibt ein nicht unerheblicher Teil der Investitionen und Fördergelder vor Ort, sichert Arbeitsplätze und belebt die Nachfrage auch in anderen Wirtschaftssektoren.

Ein wesentlicher Standortfaktor ist die Verfügbarkeit von qualifizierten Arbeitskräften. Umschulungen entsprechend den veränderten Anforderungsprofilen haben in den ersten Jahren nach der Wende die Wiedereingliederung von Arbeitslosen in die Erwerbstätigkeit erleichtert. Besondere Anstrengungen hat die Stadt Leinefelde unternommen, um die Benachteiligung arbeitsloser Frauen auf dem Arbeitsmarkt zu kompensieren. So wurde in mehreren Projekten Beschäftigungsförderung mit Qualifizierungsmaßnahmen verbunden und gleichzeitig das Leistungsangebot der Stadt für Bürger und Besucher deutlich erweitert, z. B. durch die Vorbereitung und Durchführung von kulturellen Veranstaltungen und die systematische Aufbereitung und Vermarktung von touristischen Angeboten. Hierzu gehören auch die Qualifizierung des Personals für das Leinefelder Infozentrum der EXPO 2000 und die Bereitstellung der Informationsmaterialien und Dienstleistungen.

Entscheidend ist nunmehr, die jungen Menschen auf die Anforderungen des Berufslebens vorzubereiten. Der Ausbau des berufsbildenden Zentrums des Landkreises Eichsfeld unter weitgehender Nutzung vorhandener Schulbauten setzt hier ein

deutliches Signal in der Region und bereichert gleichzeitig das Funktionsspektrum in der Südstadt. Die gemeinsame Nutzung der neuen Lunapark-Halle für Schul- und Vereinssport sowie für öffentliche Veranstaltungen intensiviert die Verflechtung zwischen Berufsbildendem Zentrum und den Bürgern in Leinefelde und kann damit weitere Synergien freisetzen.

Vertrauen, Kommunikation und Kooperation zwischen der Stadt und den Wirtschaftsakteuren sind neben den objektiven Voraussetzungen, wie sie durch die Stadt Leinefelde geschaffen werden können, eine zentrale Voraussetzung für eine positive wirtschaftliche Entwicklung. Der von der Stadt initiierte Arbeitskreis Wirtschaft hat sich hier als Forum zur Klärung wichtiger Fragen und zur Dynamisierung des Entwicklungsprozesses bewährt. In weiteren Arbeitskreisen wird mit den unmittelbar Betroffenen an der Aufwertung und besseren Vermarktung des Einkaufsstandortes Leinefelde, gearbeitet. Arbeitskreis Stadtmarketing.

Trotz der Erfolge bei der Schaffung von Arbeitsplätzen muss davon ausgegangen werden, dass der erste Arbeitsmarkt keine Beschäftigung für alle sichern kann. Damit kommen Maßnahmen zur Förderung der endogenen Potentiale wachsende Bedeutung zu. Die Voraussetzungen für die Entwicklung einer standortbezogenen Mikroökonomie scheinen günstig, da in der Versorgung mit Gütern und Dienstleistungen und den Bereichen sozialer und kultureller Dienste Defizite erkennbar sind und preisgünstige Flächen (z. B. unvermietbare Erdgeschosswohnungen) zur Verfügung stehen. Erste Versuche laufen in Richtung Aufbau eines Tauschringes, wobei die notwendige Infrastruktur im Rahmen des Projektes „Öko-soziale Aufwertung von Großsiedlungen“ bereitgestellt wird. Die Stadt fühlt sich als Wegbegleiter.

## Themenfeld Wohnen

Die Aufgabenstellung in der Südstadt war und ist vielfältig.

Zum einen gilt es, die gravierenden Mängel im Wohnumfeld zu beseitigen, die insbesondere durch die starke Zunahme der Motorisierung und durch fehlende Ausstattung und Gestaltung bedingt sind. Dabei ist besonders auf eine deutlichere Differenzierung des Charakters und der Zuordnung der öffentlichen und privaten Freiflächen hinzuwirken, um ihre Aneignung durch die jeweiligen Zielgruppen zu erleichtern. In diesem Zusammenhang ist auch die unübersichtliche und umwegige Erschließungsstruktur der Südstadt für Fahrzeuge neu zu organisieren.

Zum zweiten ist ein Wohnungsangebot zu entwickeln, das in seiner Qualität, seiner Struktur und in seinen Quantitäten der veränderten Bedarfslage angepasst ist. Dabei ist mit den sozialen Zusammenhängen und dem Bestand schonend umzugehen, auch im Hinblick auf die Finanzierbarkeit der Maßnahmen. Zum dritten sind die kommerziellen und sozialen Infrastrukturen so zu qualifizieren, dass das Wohnen in der Südstadt gegenüber anderen Standorten als besonders attraktiv erlebt wird.

Grundlage des damit vorskizzierten Veränderungsprozesses ist der mit den wesentlichen Akteuren entwickelte und vereinbarte Rahmenplan, die kontinuierliche Begleitung

seiner Umsetzung durch den Arbeitskreis Wohnen sowie erforderlichenfalls seine Aktualisierung.

Die generelle Strategie zielt dabei in zwei Richtungen:

1. Flexibilität des Konzeptes bei gleichzeitiger hoher Investitionssicherheit,
2. höchste gestalterische und technische Qualität der Maßnahmen als Voraussetzung für langfristige Wertigkeit der Investitionen.

Angesichts der hohen prognostischen Unsicherheiten hinsichtlich der langfristigen Wohnungsnachfrage als Spiegel von Bevölkerungs- und Wirtschaftsentwicklung wurde mit dem Rahmenplan 1995 vereinbart, alle Aufwertungsmaßnahmen zunächst auf einen zentralen Bereich zu konzentrieren, der mit den hier angelagerten Versorgungseinrichtungen das verbindende Element zwischen den verschiedenen Abschnitten der Südstadt und dem alten Ort darstellt. Mit der Aufwertung dieses Bereiches erhält die Südstadt frühzeitig einen stabilen Kern, ein „Rückgrat“, das den Bewohnern die neue Qualität quer durch die gesamte Südstadt vermittelt.

Durch die Beschränkung der Investitionen in den peripheren Lagen der Südstadt auf reine Erhaltungsmaßnahmen werden hier ökonomische Spielräume offengehalten für eventuelle Umstrukturierungsmaßnahmen wie Abriss, Umbau oder Neubau, die je nach Erfordernis umgesetzt werden können; die Lebensqualität im Kernbereich der Südstadt wird davon nicht beeinträchtigt, sie kann vielmehr von der Umstrukturierung in ihrer Nachbarschaft qualitative Impulse erwarten.

Parallel zur Umsetzung der städtebaulichen und baulichen Konsolidierung im Kernbereich der Südstadt wird der Bereich des Lunaparks zu einem attraktiven Sport-Freizeit und Naherholungsbereich ausgebaut und als zusammenhängender Grünzug durch die Südstadt geführt, eine Maßnahme, die nicht nur den Wohnstandort Südstadt aufwertet, sondern allen Bürgern der Stadt Leinefelde und des Umlandes zugute kommt.

Um die wesentlichen hochbaulichen Maßnahmen innerhalb dieser Strategie der Kernstabilisierung der Südstadt in der gewünschten hohen Qualität zu sichern, wurden drei Architekturwettbewerbe ausgeschrieben; der Umbau von zwei Wohnquartieren sowie die Erweiterung der Obereichsfeldhalle sind auf der Grundlage der preisgekrönten Entwürfe realisiert, das Projekt „Wohnen am Teich“ wird vom ersten Preisträger noch im Jahr 2000 fertiggestellt. Die mit diesem Vorgehen gemachten sehr guten Erfahrungen haben dazu geführt, dass nunmehr auch für Aufgaben außerhalb der Südstadt Architekturwettbewerbe durchgeführt werden: Architektonische Qualität ist in Leinefelde zu einem breit getragenen Anliegen geworden.

## Die Projekte im Einzelnen:

### Wohnungsbau

#### Wettbewerb Südstadt: Neue Qualitäten in der Platte

Die Aufgabe dieses Wettbewerbs bestand darin, für zwei Quartiere im Kernbereich der Südstadt auf der Grundlage des Rahmenplanes Konzepte zur Aufwertung und

Differenzierung des Wohnungsangebotes und des Wohnumfeldes auszuarbeiten. Der 1996/97 durchgeführte internationale offene Wettbewerb hat 54 Beiträge gebracht. Die Arbeit des ersten Preisträgers Meier-Scupin & Petzet (München) legt den Akzent auf die Vielfalt des Wohnungsangebotes und die entsprechende Individualisierung der Zugangssituation und des Erscheinungsbildes der Wohnblöcke; in Verbindung mit einem Ergänzungsbau (Eckschließung) werden auch Laubengangtypen und Maisonetten angeboten. Dieses Konzept wird von der WVL flächendeckend für den Bestand im Bereich Hahn-/Hertz-Straße umgesetzt.

Der zweite Preisträger Forster und Schnorr (Frankfurt) intensiviert die Nahtstelle zwischen Innen und Außen und schafft durch Wintergärten, vor allem aber durch Vorbauten in der Erdgeschosszone hochwertige zusätzliche Nutzungsangebote („Grüne Zimmer“) und ein völlig neues architektonisches und städtebauliches Bild. Besonders attraktiv sind die Maisonetten-Wohnungen im Erdgeschoss, die die Qualität eines Reihenhauses bieten. Dieses Konzept wurde von der LWG im Bestand an der Lessingstraße umgesetzt, eine abgewandelte Version ist gegenwärtig in der Büchnerstraße in Bau.

Die mit den Projekten der WVL und der LWG verbundenen Rückbaumaßnahmen waren Anlass, unterschiedliche Abrisstechniken hinsichtlich ihrer Umweltauswirkungen, Ressourcenschonung und Wirtschaftlichkeit zu vergleichen. Die wissenschaftliche Auswertung und eine Untersuchung eventueller Wiederverwendungsmöglichkeiten demontierter Fertigteilplatten erfolgte durch das IFF Weimar.

## Wettbewerb Wohnen am Teich

An der zentralen Fuß- und Radwegeverbindung zwischen Südstadt und altem Ort bzw. Bahnhof kann ein ca. 6.000 m<sup>2</sup> großes Grundstück einer neuen Nutzung zugeführt werden. Die Attraktivität der zentralen Lage am Teich bietet gute Voraussetzungen für die Realisierung von hochwertigen Wohnungen, die in Leinefelde nachgefragt werden, in dieser Qualität und Lage aber in der Südstadt nicht angeboten werden können.

Das Konzept des ersten Preisträgers P.a.l.o.m.a (Weimar) fügt die neuen Gebäude sensibel in das städtebauliche Umfeld und in den vorhandenen Baubestand ein und findet einen zeitgemäßen, selbstbewussten Ausdruck für diese Aufgabenstellung. Die Fertigstellung des Vorhabens ist noch im Jahr 2000 zu erwarten.

## Bebauungsplan Heinestraße

In der Heinestraße stehen am Siedlungsrand hin zur Landschaft drei Wohnblöcke, die das Landschaftsbild erheblich beeinträchtigen. Im Zuge der weiteren baulichen Entwicklung Leinefeldes entstehen in der Nachbarschaft jenseits der Kallmeröder Straße Neubaugebiete für Einfamilienhäuser. Mit dem Bebauungsplan Heinestraße wird durch ergänzende Neubebauung und langfristig durch Umbau der vorhandenen Wohnblöcke zu Reihenhäusern das Zusammenwachsen der Südstadt mit den benachbarten Neubaugebieten und die Entwicklung eines abgestuften, in die Landschaft einbindbaren Ortsrandes bauleitplanerisch vorbereitet. Mit der direkten Anbindung des

berufsbildenden Zentrums über die Heinestraße an die Kallmeröder Straße wird eine Entlastung der Südstadt von Durchgangsverkehr erreicht.

## Öffentliche Gebäude

### Wettbewerb Obereichsfeldhalle

Verbunden mit der Sanierung der wegen ihrer innovativen Konstruktion denkmalgeschützten Obereichsfeldhalle war die Aufgabe, den Zugangsbereich großzügiger und funktioneller zu gestalten. Aus dem Einladungswettbewerb ging das Büro Forster & Schnorr (Frankfurt) als Sieger hervor. Entscheidendes Merkmal des preisgekrönten und Ende 1999 fertiggestellten Entwurfes war die Einbindung der Halle und ihres neuen Foyers durch ein Torbauwerk in den Zusammenhang des Einkaufszentrums und damit die prägnante Markierung des Auftaktes der zentralen Achse der Südstadt. Das neue Foyer ist während der EXPO 2000 das Informationszentrum für die Besucher Leinefeldes.

### Schulentwicklung

Angesichts der nach wie vor überdurchschnittlich jungen Bevölkerung in Leinefelde stellt die umfassende Versorgung mit Schulen aller Stufen, auch des berufsbildenden Sektors, eine Grundvoraussetzung für die Stabilisierung der Südstadt als Wohnstandort dar. Dem hat der Kreis als Schulträger in herausragender Weise Rechnung getragen und trotz rückläufiger Schülerzahlen in der Südstadt alle Schulformen gesichert. Gegenwärtig läuft in enger Abstimmung mit der Stadt Leinefelde und auf der Grundlage der gestalterischen Vorgaben der Rahmenplanung ein umfassendes Programm zur Sanierung und Modernisierung der Schulgebäude. Dieses wird ergänzt durch Projekte zur Schulhofgestaltung, an denen auch Eltern und Schüler mitwirken.

### Jugend- und Freizeitzentrum

Die beiden Jugendclubs in der Südstadt haben wichtige Arbeit geleistet bei der Bewältigung der mit dem Strukturwandel verbundenen Problemen der Jugend. Allerdings führten die verfügbaren Räumlichkeiten und die sensiblen Standorte zu Nutzungs- und Nachbarschaftskonflikten. Aus diesem Grunde wurde gemeinsam mit den Trägern der Jugendarbeit und mit den Jugendlichen in unmittelbarer Nachbarschaft zu Sportflächen des Lunaparks ein gemeinsames Jugend- und Freizeitzentrum geplant, das inzwischen seinen Betrieb aufnehmen konnte. Besonders hervorzuheben ist das innovative Energiekonzept des Büros H + H Gesellschafter für energieoptimiertes Bauen mbH, Leinefelde, das seinen Energiebedarf weitestgehend durch die Nutzung passiver Energiequellen (Sonnenwärme, Erdwärme und Pflanzenenergie) abdeckt. Die Integration der Pflanzen in das Foyer als sichtbare Elemente des Energiekonzeptes trägt zur Sensibilisierung der Jugendlichen für Umweltfragen bei.

Die Gestaltung der Freiflächen wird in Workshops mit den Jugendlichen soweit konkretisiert, dass ihre Fertigstellung noch im Jahr 2000 abgeschlossen werden kann.

## Sport- und Freizeit

Mit der Verbesserung des Angebotes an Sport- und Freizeiteinrichtungen wird der Wohnstandort Südstadt zusätzlich stabilisiert. Da diese Einrichtungen ein gesamtstädtisches, teilweise auch regionales Angebot darstellen, leisten sie einen wichtigen Beitrag zur sozialen Integration der Südstadt. Besonders hervorzuheben ist neben der Lunapark-Sporthalle das neue Familien- und Sportbad, das im Zusammenhang mit der geplanten Tennishalle, einer Erneuerung der Tribünenanlage im Stadion sowie weiteren Aufwertungsmaßnahmen in und um das Sportgelände einen Anziehungspunkt darstellt, dessen Ausstrahlung weit über Leinefelde hinauswirkt.

## Nahversorgung

Der Ansiedlung von großflächigem Einzelhandel am südlichen Siedlungsrand der Südstadt hat innerhalb weniger Jahre die Versorgungslage in Leinefelde und in der Region spürbar verbessert. Dies kann aber nicht eine kleinteilige Mikrostruktur von Handel und Dienstleistung ersetzen, die die Nahversorgung vielfältiger und besser erreichbar macht. Das Konzept der Stabilisierung des Kernbereiches der Südstadt, der Konzentration der Wegeführung auf die Verbindungsachse zwischen den verschiedenen Abschnitten der Südstadt und dem alten Ortskern schafft Standortqualitäten und damit Voraussetzungen für die Stärkung der an dieser Achse liegenden Unterzentren der Nahversorgung sowie für die Ansiedlung neuer, kleinerer Einrichtungen, die sich in die als Wohnung eher schlecht vermietbaren Erdgeschosswohnungen einmieten können. In der Käthe-Kollwitz-Straße hat die WVL das Angebot von gewerblichen Flächen im Erdgeschoss durch Vorbauten noch erweitert. Sie schaffen eine Kontinuität des Angebotes auch zwischen den Unterzentren und erhöhen damit die Attraktivität der zentralen Achse.

## Themenfeld Natur

Schutz der Ressourcen und Verbesserung der ökologischen Qualität sind Grundforderungen, die den Strukturwandel in Leinefelde maßgeblich bestimmen. Die vielfältigen Baumaßnahmen bieten eine Fülle von Anlässen, diesen Anspruch einzulösen.

### ▲ Recycling von Baustoffen und Bauteilen

Beim Um- und Rückbau von Wohnblöcken in der Südstadt fallen in erheblichen Umfang Baustoffe oder Bauteile an, die einer Weiterverwendung zugeführt werden können. Im wissenschaftlich begleiteten Feldversuch wurden die Alternativen Rückbau ganzer Blöcke durch Zerstörung des Bauwerks oder Demontage der Fertigteilplatten bezüglich Umweltverträglichkeit und Kosten miteinander verglichen. Die Verwendung des geschredderten Betons als Zuschlagstoff im Wegeunterbau zeigt ebenso wie die Nutzung demontierter Platten für Wegebefestigungen, die Neugestaltung von Hauseingängen oder auch als Info-Tafeln am Ortseingang realistische Wege für zumindest partielle Rohstoffkreisläufe auf.

Inzwischen liegen auch Erfahrungen mit dem Rückbau der Wohnblöcke von sechs auf vier Geschossen vor. Als weitere grundsätzliche Lösungsvariante ist ein Projekt in Vorbereitung, das durch Wegnahme einzelner Aufgänge die Blöcke in freistehende Einzelhäuser unterteilt. Angesichts der sich auch an anderen Standorten zuspitzenden Problematik des Wohnungsleerstandes hat Leinefelde damit einen wichtigen Beitrag zur Wahl der richtigen Rückbaustrategien geleistet.

#### ▲ Energieoptimierung

Die Verbesserung der Energiebilanz durch Wärmedämmverbundsysteme und den Einbau von Isolierglasfenstern ist inzwischen Standard bei der Sanierung von Plattenbauten. Mit dem Solarhaus, einer ehemaligen Kinderkombination, die zum Bürohaus mit minimalem Bedarf an Fremdenergie umgebaut wurde sowie mit dem neuen Jugendclub stehen in Leinefelde zwei Demonstrationsobjekte, die veranschaulichen, wieweit verantwortungsbewusster Umgang mit den natürlichen Ressourcen nach heutigem Stand der Technik gehen kann.

Auch die Stadt Leinefelde hat ihre Verantwortung für eine umweltfreundliche Energieversorgung wahrgenommen und mit der Übernahme der Fernwärmeversorgung und der Umrüstung der Verbrennung auf nachwachsende Rohstoffe einen neuen Maßstab gesetzt.

#### ▲ Neuordnung des Verkehrs

Die Neuordnung des Verkehrs in der Südstadt verbessert die Orientierung und verkürzt die Fahrwege, so dass in der Summe eine spürbare Reduzierung der Fahrbewegungen zu erwarten ist. Durch die Konzentration des Parkens im öffentlichen Straßenraum werden die Blockinnenbereiche von Immissionen entlastet, es stehen zusätzliche Flächen für Freiraumnutzung und -gestaltung zur Verfügung. Die Entwicklung eines direkten, vom KFZ unabhängigen Fuß- und Radweges im Grünzug als Verbindung zwischen Südstadt, altem Ortskern und Bahnhof dürfte das Umsteigen auf umweltfreundliche Fortbewegung gerade im Nahverkehr noch attraktiver machen. Die gleiche Zielsetzung verfolgt der neue Stadtbuss, der gerade für die Bewohnergruppen attraktiv ist, die über kein Kraftfahrzeug verfügen oder verfügen wollen.

## Ökologische Aufwertung und Vernetzung der Freiflächen

Die generellen Qualitätsdefizite der Freiflächen werden sowohl im privaten wie im öffentlichen Freiraum schrittweise abgebaut. Die Verbesserung der Benutzungs- und Gestaltungsqualität steht im Einklang mit der Stärkung der ökologischen Leistungsfähigkeit beispielsweise durch Intensivierung der Pflanzendichte mit standortgerechten Arten, durch Entsiegelung bzw. den Einbau wasserdurchlässiger Oberflächenbefestigungen. Besondere Bedeutung kommt dabei der Begrünung der Straßenräume und Stellplätze mit Alleebäumen zu.

Die Vernetzung der innerörtlichen Freiflächen mit dem Landschaftsraum über den Aufbau eines durchgrüneten Siedlungsrandes ist das langfristige Ziel. Der Abbau der harten städtebaulichen Kante zur Landschaft durch Rücknahme der Höherentwicklung

und der baulichen Dichte der Wohngebäude schafft hier ebenso Voraussetzungen wie landschaftsseitig die Maßnahmen zur ökologischen Anreicherung der Kulturlandschaft z.B. im Zuge des Flurordnungsverfahrens im Bereich des Birkunger Speichers.

#### ▲ Umweltbildung

Umweltqualität im Wohnumfeld wird wesentlich durch das alltägliche Verhalten der Menschen definiert. Freiflächen können nur dann nachhaltig ökologisch aufgewertet werden, wenn die Bewohner der Südstadt diese Maßnahmen verstehen und im täglichen Gebrauch mittragen. Vor diesem Hintergrund wurde in der Südstadt das Projekt „Ökosoziale Aufwertung verdichteter Großsiedlungen“ auf den Weg gebracht, das die Bewohner direkt in die Planung und Realisierung von Wohnumfeldmaßnahmen einbezieht. Der Information und Sensibilisierung der Bewohner dienen auch die Stadtzeitung „ZukunftsWerkStadt“ sowie der neu eingerichtete Lehrpfad „Natur in der Stadt – STADTNATUR“, der die Stadt als ökologisch bedeutsamen Lebensraum erlebbar macht. Dieses Projekt stellt außerdem die Plattform für den Arbeitskreis „Natur“, in dem die Akteure des Strukturwandels die ökologische Dimension ihres Handelns reflektieren und Ziele und Maßnahmen koordinieren.

## Bilanz und Vision

Die Stadt Leinefelde hat mit der ZukunftsWerkStadt den ökonomischen, sozialen und ökologischen Strukturwandel in der Folge der Wiedervereinigung Deutschlands lokal konkretisiert und die daraus resultierenden städtebaulichen und landschaftsplanerischen Maßnahmen in Gang gesetzt. Die Organisation der Veränderungen als partizipativen Prozess sichert das konzertierte Handeln aller Akteure und hat eine solche Dynamik entfaltet, dass nach nur wenigen Jahren das Bild einer neuen Südstadt Konturen gewinnt und für die Menschen in Leinefelde und Umgebung als spürbare Verbesserung ihrer Wohn- und Arbeitssituation erlebbar wird. Das gemeinsame Ziel, zur EXPO 2000 eine erste Etappe des langen Weges präsentieren zu können, hat mit der Unterstützung von Bund und Land alle Beteiligten zu großen Anstrengungen motiviert. Deutlich wurde dabei die entscheidende Bedeutung der Kommune als selbstverantwortliche, zielbestimmende und steuernde Kraft. Das Engagement der Stadt Leinefelde für die Zukunft ihrer Bürger ist sicherlich beispielgebend, gerade auch für die Transformationsgesellschaften, die die kommunale Autonomie noch nicht in vollem Umfang umsetzen konnten.

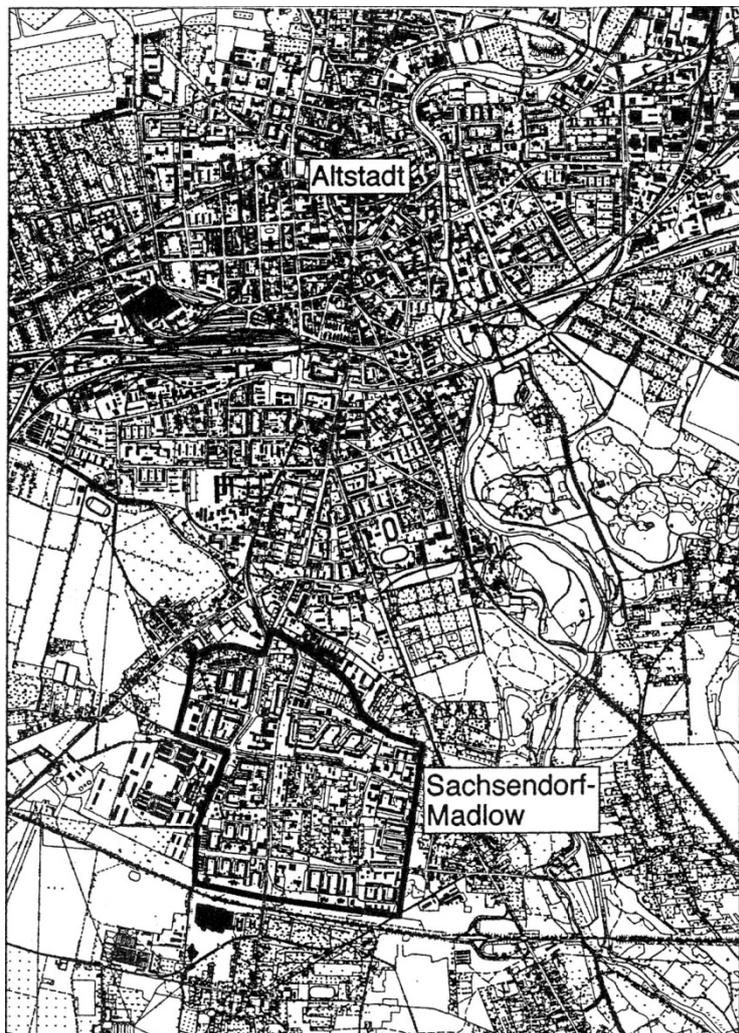
Leinefelde wird seinen Weg zu einem neuen, nachhaltigen Gleichgewicht zwischen Wohnen und Arbeiten noch lange fortsetzen müssen und es wird zur Bewältigung seines problematischen Erbes auch weiterhin Unterstützung von außen benötigen. Entscheidend wird aber sein, dass die Menschen vor Ort auch weiterhin die Dinge in die Hand nehmen und gemeinsam die Richtung des Weges und die hohe Qualität des Ergebnisses bestimmen, gestalten und verantworten. Dann wird in Leinefelde mehr entstehen als nur schöne Häuser, angenehme Parks und ein prosperierendes Wirtschaftsleben, dann entstehen im Ergebnis eines demokratischen Prozesses ein neues Bewusstsein, neue Offenheit, Selbstvertrauen, eine neue Gemeinschaft: Es entsteht möglicherweise Stadt.

## Aktivierung der Quartiersbevölkerung – Erfahrungen aus Cottbus – Sachsenhof-Madlow

### Ausgangssituation

Mit gut 12 000 Wohnungen, davon knapp 3 000 in Vielgeschossern (acht und elf Geschosse), ist Sachsenhof-Madlow die größte Plattenbausiedlung in Brandenburg. Das Oberzentrum Cottbus hat rund 110 000 Einwohner, von denen fast jeder Fünfte in Sachsenhof-Madlow wohnt. Die Großsiedlung wurde von 1974 bis 1986 vor allem für die Beschäftigten der Niederlausitzer Braunkohlereviere gebaut. Die Weiterentwicklung des Stadtteils ist das Startvorhaben der Stadt Cottbus bei der Internationalen Bauausstellung Fürst-Pückler-Land, die sich die Erneuerung der Lausitzer Bergbaufolgelandschaft zum Ziel gesetzt hat.

*Lage der Großsiedlung  
in der Stadt Cottbus*



Die Stadt Cottbus, das Land Brandenburg und die großen Wohnungsunternehmen konzentrierten sich in den 90er Jahren auf die Entwicklung und Qualifizierung der zweiten Großsiedlung der Stadt – Neu Schmellwitz, die zur Wende noch nicht fertiggestellt war. Diese politisch richtige Entscheidung hatte einen erst relativ späten Start der komplexen Erneuerung von Sachsendorf-Madlow zur Folge.

## Problemlage

Zwischenzeitlich hat sich in Sachsendorf-Madlow eine Problemlage eingestellt, die sich u.a. an folgenden ausgewählten Kriterien und Sozialdaten verdeutlicht:

- Das Erneuerungsgeschehen ist aus Bürgersicht bisher noch nicht richtig in Gang gekommen, es konnte noch keine „Aufbruchstimmung“ in der Bevölkerung erreicht werden.
- Seit 1993 hat Sachsendorf-Madlow rund ein Drittel seiner Einwohner verloren.
- Es gibt Anzeichen einer sozialen Segregation bezüglich einer beschleunigten Ausdifferenzierung z.B. der Einkommenssituation – jeder dritte Haushalt ist nach den Sozialhilfesätzen Geringverdiener.
- Jeder Vierte im erwerbsfähigen Alter ist arbeitslos.
- Ca. 20 Prozent Wohnungsleerstand stehen 17 Prozent überbelegte Wohnungen gegenüber.
- Jeder zweite Bewohner erwägt einen Umzug.

## Ganzheitliches Konzept als Chance

Sachsendorf-Madlow ist ein für die Stadt und die Region wichtiger Wohnungsfonds und in seiner sozialen, städtebaulichen und wohnungswirtschaftlichen Struktur zukunftsfähig. Dieses Bekenntnis führte zu der Entscheidung der Stadt, die Weiterentwicklung ihres größten Stadtteils durch ein ganzheitliches Herangehen vorzubereiten.

Das StadtBüro Hunger erstellte gemeinsam mit der Stadtverwaltung und den Wohnungsunternehmen eine *städtebauliche Rahmenplanung*, die 1998 abgeschlossen wurde und zwischenzeitlich von der Stadt mit einem Selbstbindungsbeschuß bestätigt ist.

Das städtebauliche Leitbild folgt dem strategischen Ziel, Sachsendorf-Madlow vom peripheren Wohnstandort zu einem integrierten Cottbuser Stadtteil mit vielfältigen Verflechtungen zu seinem Umfeld zu entwickeln und als akzeptierten Wohnstandort nachhaltig zu sichern.

Dazu wurde die Ausprägung folgender Images vorgeschlagen:

- Wohnen im Grünen,
- Städtebaulicher Auftakt von Cottbus,
- Stadtteil der Jugend und Ausbildung.

## Rahmenplan Sachsendorf-Madlow



### Rahmenplan Sachsendorf-Madlow

	Zentren
	Wohngebäude
	sonstige Gebäude
	Gemeinbedarfseinrichtungen mit Freiflächen
	öffentlich zugängliche Freiflächen/ Hauptwege
	private Freiflächen
	Großgrün/ Einzelbäume
	Spiel- und Sportflächen
	Verkehrsflächen

Im Gesamtplan sind die Vorschläge für die Zukunft des Stadtteils zusammengezeichnet. Deutlich wird, daß

- der Vorteil des Wohnens im Grünen durch zusätzliche Baum- und Strauchpflanzungen, insbesondere an den Hauptverkehrsstraßen, noch verstärkt wird;
- an ausgewählten Stellen einige Neubauten und die Anlage von Stellplätzen vorgeschlagen werden;
- wichtige Wege und Plätze aufgewertet werden, um die Vernetzung und Erlebbarkeit des Stadtteils sowie die Aufenthaltsmöglichkeiten zu verbessern.

Zur Planungsphase gehörte eine breite und kontinuierliche *Bürgerbeteiligung* und Öffentlichkeitsarbeit (Bürgerworkshops, Planungszeitungen als Hauswurfsendung, Quartiersspaziergänge, Versammlungen, Ausstellungen, Pressearbeit, Stadteilladen und Stadtteilzeitung), in deren Prozess sich unter anderem ein Bürgerverein gründete, der heute eine gewichtige Rolle in der Stadtteilentwicklung spielt.

Einen weiteren Baustein stellt die 1999 abgeschlossene *Sozialstudie* dar, die mit einem methodischen Mix aus repräsentativer Haushaltsbefragung, Experteninterviews mit Trägern der Gemeinwesenarbeit und der Wohnungswirtschaft sowie Sekundäranalyse statistischer Vergleichsdaten städtebauliche, wohnungswirtschaftliche und gemeinwesenorientierte Handlungsempfehlungen zu einer integrierten Strategie der sozialen Stadt entwickelte.

Mit Vorlage der städtebaulichen Rahmenplanung wurde das Gebiet in die Städtebauförderung aufgenommen und das *dialogorientierte Planverfahren* durch verschiedene Planungs- und Entscheidungsgremien verstetigt. (Monatliche Lenkungsunden, quartalsweise Koordinierungsrunde unter Leitung des Oberbürgermeisters, Gestaltungsbeirat, diverse Arbeitsgruppen, Stadteilladen, Stadtteilzeitung).

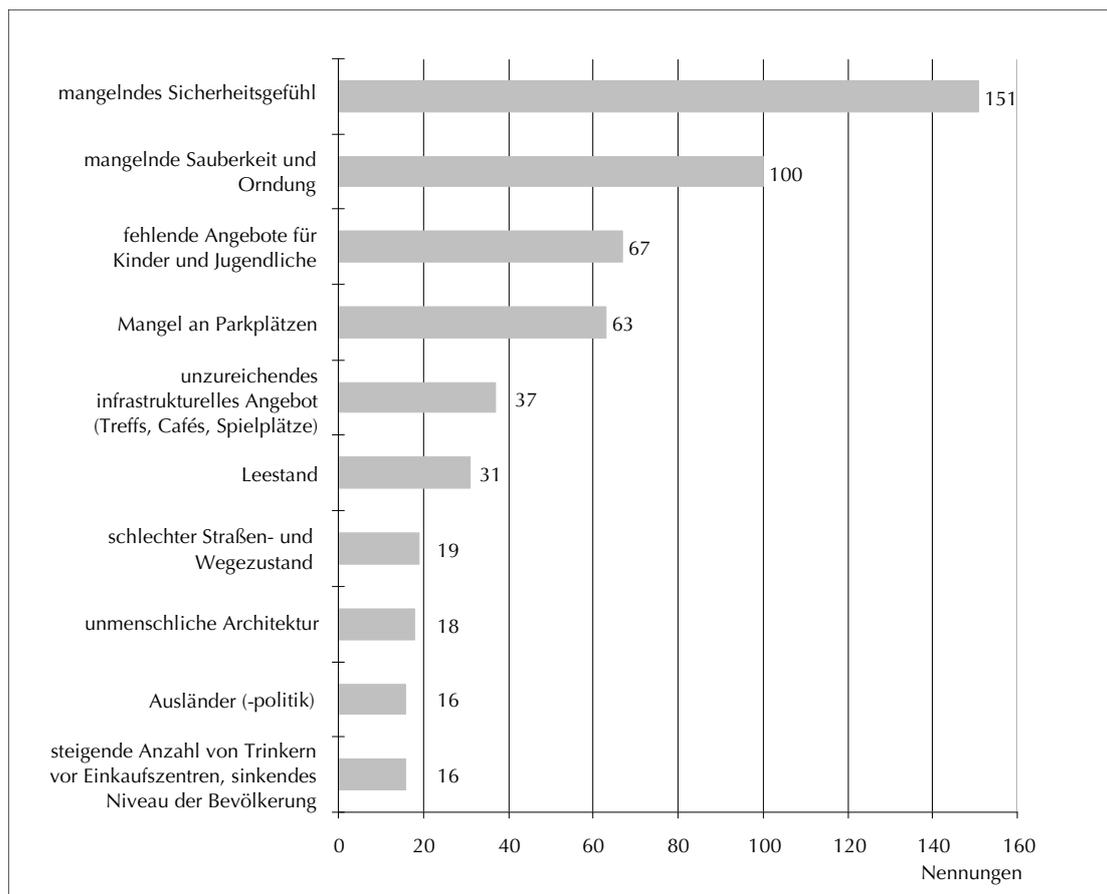
Heute ist das StadtBüro Hunger in einer Arbeitsgemeinschaft mit der Cottbuser DSK, der Deutschen Stadt- und Grundstücksentwicklungsgesellschaft, Gebietsbeauftragter in Sachsendorf-Madlow.

## Startvorhaben „Soziale Stadt“

Die ersten Mittel aus dem neuen Förderprogramm „Soziale Stadt“ sollen an zwei Problempunkten ansetzen, die sich im Ergebnis der Sozialstudie klar herauskristallisierten:

- Die wichtigsten Gründe für Unzufriedenheit und Wegzug liegen in der Angst vor einem sozialen Abstieg des Stadtteils. Auch wenn die offiziellen Statistiken dem widersprechen, die mangelnde Sicherheit ist aus Sicht der Bewohner das größte Problem im Stadtteil, gefolgt von der Kritik an der Sauberkeit und Ordnung.
- Die Bewohner vermissen Treffpunkte und Freizeitangebote. Eine Umzugsrate die mit 28% doppelt so hoch liegt wie in anderen Brandenburger Großsiedlungen führt zum Verlust nachbarschaftlicher Beziehungen und trägt zur Verunsicherung bei.

„Welche aktuellen Probleme in Ihrem Wohngebiet berühren Sie persönlich am meisten?“ (Anzahl der Nennungen, Mehrfachnennungen möglich)

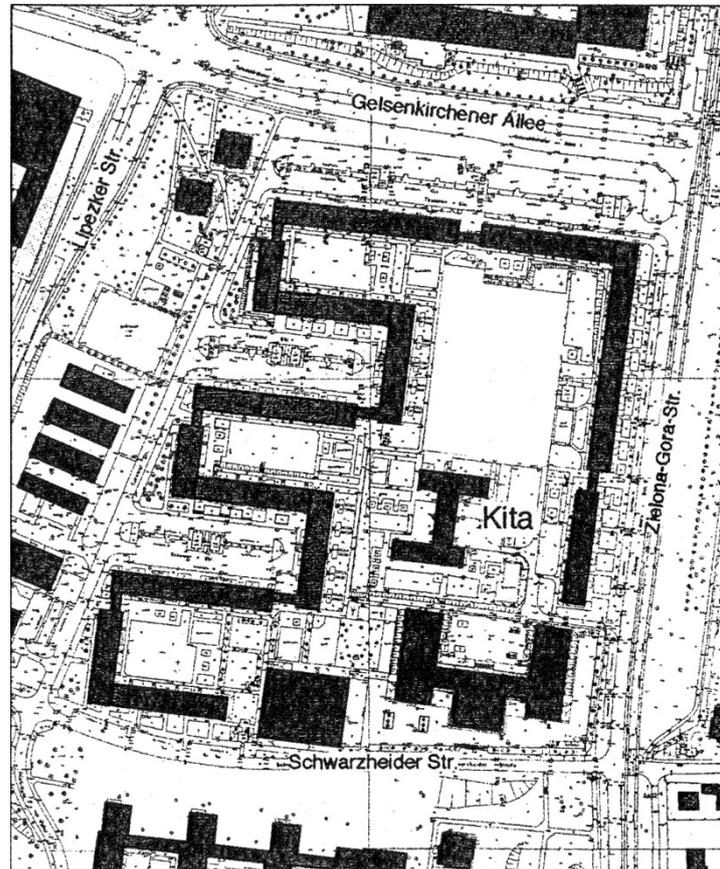


Hier setzt das Startvorhaben „Soziale Stadt“ ein.

Im „ältesten“ Hof der Großsiedlung mit rund 1 600 Einwohnern befinden sich zwei leerstehende Kindereinrichtungen. Eine wurde bereits abgerissen. In einer schriftlichen Befragung aller Haushalte des Kiezes zur Zukunft der zweiten Kita befanden sich auf 70 Prozent der rücklaufenden Bögen Vorschläge zum Erhalt und zur Nutzung des anderen Gebäudes.

*Lageplan  
der ehem. Kita im Wohnhof*

StadtBüro Hunger,  
Stadtforschung und -planung



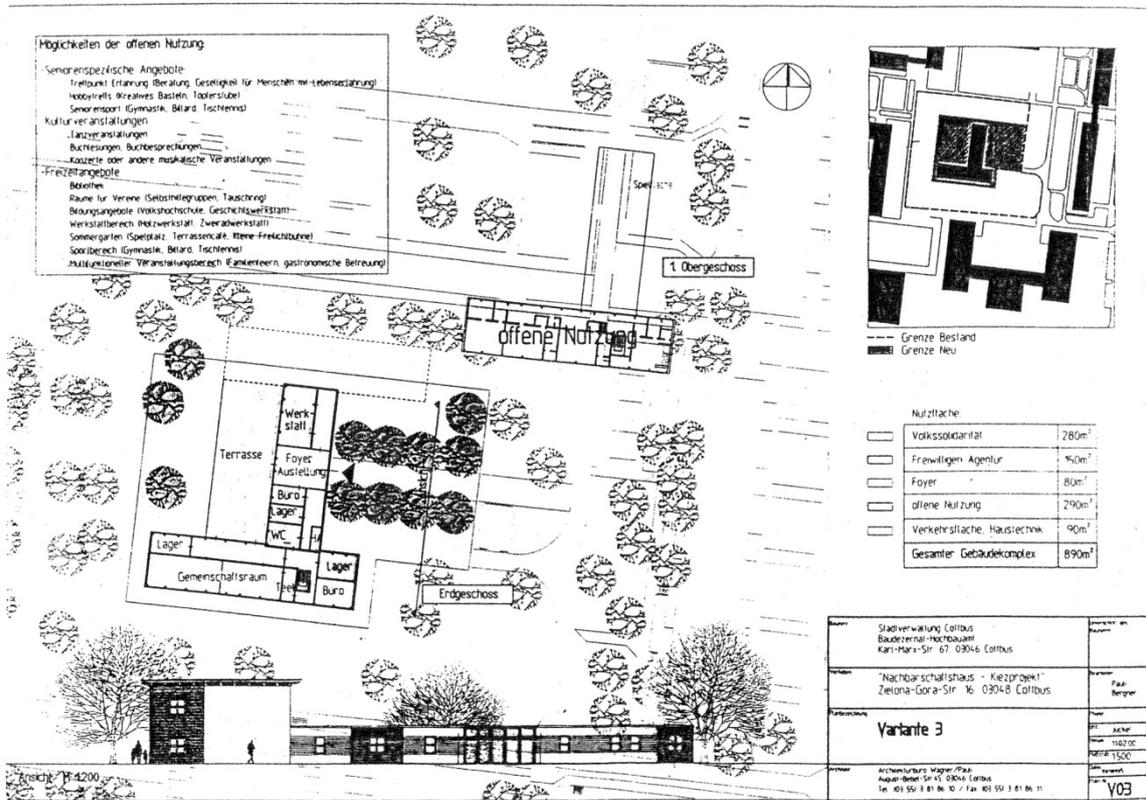
Favorisiert wird eine *Nutzungsmischung* mit

- Seniorenangebot,
- zum Selbstkostenpreis anmietbaren Räumen für (Familien-) Feierlichkeiten,
- einer Werkstatt zur Stärkung der Eigeninitiative und in Ergänzung zum kommunalen Mieterselbsthilfeprogramm bei der Wohnraumsanierung,
- offenen Hobbyräumen.

Die Angebote sollen die nachbarschaftlichen Beziehungen stärken, ohne zuviel Öffentlichkeit in den ruhigen Hof zu locken.

Als Träger ist der Bürgerverein Sachsendorf-Madlow, die Volksolidarität und das Sozialdezernat im Gespräch. Derzeit werden drei Umbauvarianten diskutiert. Je nach Variante – Komplettnutzung oder Teilrückbau – werden die Baukosten zwischen 1,2 und 2 Mio. DM betragen.

# Umbauvariante des ehem. Kitagebäudes



Thilo Brügel  
Stadt Singen, FB Bauen

Torsten Kalb  
Stadt Singen, FB Soziales und Recht

## Modellgebiet Singen-Langenrain

Zunächst möchten wir uns kurz vorstellen und erklären, warum wir – mein Kollege, Herr Brügel, der in Singen die Abteilung für Stadtplanung leitet und ich als Leiter des Fachbereiches Jugend, Soziales, Ordnung – hier gemeinsam auf dem Podium sitzen und unseren Beitrag zur Aktivierung der Quartiersbevölkerung in Singen-Langenrain gemeinsam vorstellen möchten. Dies hängt damit zusammen, dass wir das Programm „Soziale Stadt“ als Querschnittsaufgabe betrachten, die eine Vielzahl von Aufgaben innerhalb und außerhalb der Stadtverwaltung zusammenführen soll. Den wesentlichen Unterschied zur bisherigen Stadtsanierung sehen wir darin, dass neben den städtebaulichen Aufgaben zur Verbesserung der Wohnverhältnisse insbesondere die Verbesserung der sozialen Infrastruktur im Vordergrund steht. Dafür möchten wir gemeinsam eintreten und haben zu diesem Zweck bei der Stadt Singen eine ämterübergreifende, interdisziplinäre Projektgruppe gegründet, in der u.a. die Bereiche „Bauen“ und „Soziales und Jugend“ gleichberechtigt vertreten sind.

Daher sind wir in Singen, das im Übrigen eine der lediglich vier Städte aus Baden-Württemberg ist (Baden-Württemberg ist hier gegenüber den anderen Bundesländern eindeutig unterrepräsentiert), die in das Programm „Soziale Stadt“ für das Jahr 2000 aufgenommen worden sind, einen etwas anderen Weg gehen als andere Städte, die uns in den vorangegangenen Vorträgen vorgestellt worden sind.

Vorab möchten wir noch hervorheben, dass wir noch am Anfang mit der Entwicklung der Konzeption für die notwendigen Maßnahmen für die Umsetzung des Bund-Länder-Programms „Soziale Stadt“ stehen (Bescheid über die Aufnahme in das Programm erging erst am 27.12.1999 !), da das Gebiet bisher noch in kein städtebauliches und auch kein sonstiges Förderprogramm aufgenommen worden war. Wir können daher ebensowenig auf eine vorhandene spezifisch auf das Gebiet abgestimmte soziale, kulturelle, bildungs- und freizeitbezogene Infrastruktur aufbauen wie auf vorhandene Quartierszentren und -managements wie andere Städte.

Das Gebiet Singen-Langenrain wurde von uns aufgrund eines Berichtes des Sozialen Dienstes der Stadt Singen ausgesucht, der zusammen mit unserer Partnerin bei der Verwirklichung der städtischen Wohnungsbaugesellschaft, die Eigentümerin des überwiegenden Teils der dortigen Wohnblöcke ist, erstellt worden ist. Dieser Bericht beinhaltet auf der Grundlage der Analyse der Sozialstruktur ein sozialarbeiterisches Handlungskonzept des Sozialen Dienstes für das Wohngebiet in Kooperation mit der Wohnungsbaugesellschaft. Daneben wurden die zukünftige Belegungspolitik und Empfehlungen für die notwendigen Sanierungen untersucht und festgelegt.

Seit Jahren nimmt die Stadt Singen (ca. 44 300 Einwohner, darunter 7 570 Ausländer) Spitzenpositionen im Vergleich der Sozialhilfedichte sowohl im Kreisvergleich als auch im Vergleich innerhalb der Städte in Baden-Württemberg ein. In den Jahren 1994 bis 1998 lag keine Stadt in Baden-Württemberg über den Sozialhilfedichten der Stadt Singen. So betragen die Ausgaben pro Einwohner im Jahre 1997

in Singen ..... DM 472,--  
in Mannheim ..... DM 468,--  
im übrigen Baden-Württemberg ..... DM 195,-- .

Die Zahlen in Singen liegen nach wie vor noch über den am stärksten belasteten Großstädten Mannheim und Freiburg.

Die Stadt Singen hat eine außerordentlich hohe Zahl von Sozialhilfeempfängern, die insgesamt 7 % der Gesamtbevölkerung ausmachen. Die Gründe dafür liegen zum einen in der bei weitem höchsten Arbeitslosenquote im Kreis und in Baden-Württemberg von derzeit ca. 13,5 % mit einem hohen Anteil an Ungelernten (71 % der Arbeitslosen sind Arbeiter, davon viele langzeitarbeitslos). Des weiteren hat Singen generell einen weit überdurchschnittlichen Arbeiteranteil im Vergleich zum Landesdurchschnitt, wodurch das Einkommensniveau in Singen deutlich unterhalb des Landesdurchschnittes liegt und die Sozialhilfebedürftigkeit deshalb früh einsetzt.

Darüber hinaus hat Singen im Vergleich zu anderen Städten in Baden-Württemberg einen besonders hohen Anteil an Mitbürgern nichtdeutscher Muttersprache mit über 20 %, wozu Aussiedler, Russlanddeutsche, EU-Angehörige und Ausländer gehören. Diese haben in besseren Zeiten verstärkt in weniger qualifizierten Berufen in den drei Singener Großbetrieben gearbeitet, in Jobs, die heute vornehmlich von Abbau, Rationalisierung und Arbeitslosigkeit bedroht sind und die einen großen Teil der Langzeitarbeitslosen ausmachen.

Im Modellgebiet Singen-Langenrain spiegelt sich die obengenannte Sozialstruktur der Stadt Singen in besonderem Maße wieder.

Insgesamt wohnen im Modellgebiet Singen-Langenrain derzeit ca. 894 Personen (davon 423 weiblich und 471 männlich, inklusive Aussiedler und Bürgerkriegsflüchtlinge),

- der Ausländeranteil (darunter neben EU-Angehörigen und sonstigen Ausländern, Asylbewerber, Asylfolgeantragsteller, Flüchtlinge) ist überproportional hoch (ca. 63 %),
- der Anteil an kinderreichen Familien ist überproportional hoch (Anteil der 0 bis 21-Jährigen ca. 36 %),
- sehr hohe Sozialhilfedichte (27 %),
- überdurchschnittlich hohe Jugendhilfedichte (Hilfen zur Erziehung 10 %),
- im Bereich der Sozialhilfeempfänger überdurchschnittlich hoher Anteil an Personen aus dem Landfahremilieu (Minderheit der Sinti, Roma, Jenischen),

- eindeutige Tendenz unter den Sozialhilfeempfängern zu keinem oder niedrigstufigem Schul- und Berufsabschluss,
- in der Jugendhilfe deutlich höherer Anteil von Fällen, die aus (formal intakten) Familien stammen,
- im sonstigen Stadtvergleich hoher Anteil der Jugendkriminalität (14 %),
- allgemein schlechtes Image des Quartiers.

Wie ist nun möglich, diese sehr heterogene Quartiersbevölkerung im Rahmen einer sozialorientierten Stadtteilentwicklung zu beteiligen und zu aktivieren?

Dabei bedarf es zunächst einer Betrachtung der bisherigen Erfahrungen insbesondere von freien Trägern in dem Modellgebiet.

Bereits jetzt gibt es zahlreiche Aktivitäten im sozialpädagogischen Bereich in dem Modellgebiet, die zum Teil von berufsmäßigen Kräften, aber auch von ehrenamtlich tätigen Bürgern im Rahmen des bürgerschaftlichen Engagements durchgeführt werden.

1. So unterhält der Kinderschutzbund eine Kinderstube, in der ca. 40 Kindern im Alter von 6 bis 12 Jahren freizeitpädagogische Angebote gemacht werden. Der Kinderschutzbund wird von der Stadt Singen mit 75 000,-- DM unterstützt.
  - Des Weiteren gibt es dort einmal wöchentlich eine Mädchen- und eine Jungengruppe.
  - Als neues Angebot findet eine Beratung von Kindern und Jugendlichen statt.
  - Wahrnehmung der Aufgabe des sog. Betreuten Umgangsrechtes.
2. Die evangelische Kirchengemeinde in der Nähe des Gebietes unterhält von Montag bis Freitag eine Hausaufgabenbetreuung für 50 überwiegend ausländische Kinder, die bis auf wenige aus dem Modellgebiet Singen-Langenrain stammen.
3. Das Diakonische Werk und die Caritas sind mit jeweils einer Mitarbeiterin in der Betreuung und Beratung von Spätaussiedlern (derzeit ca. 96) tätig, die im Übergangwohnheim und in Wohnungen in den Wohnblöcken im Modellgebiet wohnen.
4. Das Landratsamt Konstanz setzt eine Halbtagskraft zur psychologischen Betreuung der Flüchtlinge zurzeit 61) ein, die in einem mehrgeschossigen Gebäude im Modellgebiet untergebracht sind.
5. Das Jugendgemeinschaftswerk (Caritas-Verband) betreut an vier Tagen in der Woche Kinder, Jugendliche und Heranwachsende im Alter von 13 bis 27 Jahren (jugendliche Spätaussiedler).

Wie soll nun die Aktivierung der Quartiersbevölkerung in Singen-Langenrain konkret erfolgen?

In den Vorbereitungspapieren zum Bund-Länder-Programm wird der Anspruch der Gemeinschaftsinitiative definiert, dass die Soziale Stadt Quartiersentwicklungsprozesse

in Gang setzen soll, welche die sozialen Problemgebiete zu selbständig lebensfähigen Stadtteilen mit positiver Zukunftsperspektive machen sollen.

Unter „Aktivierung der Quartiersbevölkerung“ wird von uns im Wesentlichen die Bürgermitwirkung und die Initiative zu einem eigenen Stadtleben unter Einbeziehung des bürgerschaftlichen Engagements verstanden.

Die Organisation und die Entwicklung des bürgerschaftlichen Engagements im Modellgebiet Singen-Langenrain ist eine zentrale Angelegenheit der Stadt Singen und der städtischen Wohnungsbaugesellschaft GVVmbH bei der Umsetzung der Zielsetzungen des Programms „Soziale Stadt“.

Da es sich jedoch um ein vom sozialen Abstieg bedrohtes Quartier handelt, muss zunächst davon ausgegangen werden, dass die Mitwirkung der dort wohnenden Bürger am politischen und gesellschaftlichen Leben zum größten Teil zum Erliegen gekommen ist oder nie da war. Die Bürger identifizieren sich nicht mehr mit dem Stadtteil und engagieren sich nicht für die Gemeinschaft. Nachbarschaftshilfe und soziales Engagement sind Fremdworte. Hier müssen die Aktivitäten der Stadt Singen und der städtischen Wohnungsbaugesellschaft GVVmbH unter Einbeziehung des bürgerschaftlichen Engagements ansetzen. Dabei ist von realistisch Machbarem auszugehen:

- Information der Bewohner des Quartiers über die Zielsetzungen und geplanten Maßnahmen des Programms „Soziale Stadt“ durch schriftliche Informationen in mehreren Sprachen und durch ausgewählte Vertrauenspersonen aus dem Quartier oder von dort bereits tätig gewordenen freien Trägern (Gewinnung von weiteren Ansprechpartnern);
- Versammlung der Bewohner des Quartiers (Bürgerversammlung) mit Vorstellung des Programms und der geplanten Maßnahmen (wichtig dabei: Abbau von Ängsten, dass es nach der Sanierung keinen bezahlbaren Wohnraum mehr für Quartiersbewohner geben wird);
- Bewohnerbefragungen im Rahmen der vorbereitenden Untersuchungen (§ 141 Baugesetzbuch) und offene Bürgerbeteiligung in mehreren Sprachen;
- Einsetzung eines Quartiersmanagements nach vorheriger Abklärung des Aufgabenprofils, das die Umsetzung der Maßnahmen zur Erreichung der Zielsetzungen des Programms „Soziale Stadt“ in Zusammenarbeit mit den vor Ort eingesetzten Sozialarbeitern und Hausmeistern sowie einer bei der Stadt eigens gegründeten „Projektgruppe Soziale Stadt“ koordinieren soll. In der ämterübergreifenden, interdisziplinären Projektgruppe sind die verschiedenen Fachämter der Stadtverwaltung, die kommunale Wohnungsbaugesellschaft, die freien Träger der Wohlfahrtspflege sowie weitere Fachleute aus Schulen, Polizei, Kirchen, Vereinen usw. in einem beratenden und steuernden Gremium zusammengefasst. Die Aufgaben des Quartiersmanagements bestehen insbesondere in der Öffentlichkeitsarbeit, der Verbesserung der Kommunikationsstrukturen und Beteiligungsmöglichkeiten, der Initiierung und Begleitung von Projekten und Kooperationen der Bewohner. Damit kommt diesem für die Beteiligung und Aktivierung der Bewohnerschaft eine Schlüsselfunktion zu. Die Finanzierung dieser

Stelle durch öffentliche Fördermittel ist – zumindest in Baden-Württemberg – derzeit noch nicht abschließend geklärt.

- Von Seiten der städtischen Wohnungsbaugesellschaft ist geplant, ein Stadtteil- bzw. Mieterbüro für das Stadtteilmanagement zur Beratung und Aktivierung der Mieter zur Selbsthilfe einzurichten. Dieses steht auch den Bewohnern der sonstigen im Gebiet vorhandenen Wohnblöcke andere Eigentümer offen.
- In den jeweiligen Wohngebäuden sollen bewährte Mieter als Hausmeister bzw. Ansprechpartner für den Quartiersmanager gewonnen werden.
- Es ist ein Stadtteilstfest mit Musik, Bewirtung und Aktionen geplant, zu dem alle Bewohner des Modellgebietes Singen-Langenrain zum Zwecke des Kennenlernens und der Entwicklung eines Gemeinschaftsgefühls eingeladen werden. Sämtliche in dem Quartier aktiven Organisationen stellen sich vor und versuchen, Bewohner des Quartiers im Rahmen des Bürgerschaftlichen Engagements als Mitarbeiter und/oder Helfer zu gewinnen.
- Förderung der Gründung eines Vereins "Interessengemeinschaft Langenrain" (anstelle eines Stadtteilbeirates) und Förderung durch städtische Zuschüsse (eigenes Budget);
- Zurverfügungstellung einer Wohnung als Vereinsheim für den neuen Verein und gleichzeitig als Bürgertreff;
- Förderung von Selbsthilfeaktionen für den Bau von Kinderspielplätzen mit ausreichend Sitzgelegenheiten für Erwachsene als Outdoor-Treffpunkt und Sportplätzen im Quartier (Basketball, Fußball, Boule, Tischtennisplatten) sowie zum Bau von sog. Werkgaragen (Auto- und Motorradreparieren ist ein ausgesprochenes Hobby vieler Bewohner, das derzeit auf der öffentlichen Straße vollzogen wird);
- Errichtung einer Freifläche für die Kinderstube des Kinderschutzbundes durch die Anwohner bzw. die Eltern der Kinder;
- Einbeziehung der Quartiersbevölkerung in die Kommunale Kriminalprävention (Aktion wachsame Nachbarn u.a.);
- Ferienprogramm der städtischen Jugendpflege mit dem Spielmobil unter Einbeziehung von Bewohnern als Helfer im Rahmen des Bürgerschaftlichen Engagements;
- Begrünung der Freiflächen zwischen den Wohnblöcken durch die Bewohner und Übernahme der Pflegearbeiten sowie Errichtung von Mietergärten;
- Übernahme von Patenschaften für Kinderspiel- und Sportplätze durch Bewohner;
- Übernahme der Sauberhaltung von Wertstoffsammelplätzen;
- Angebot des Singener Tauschrings speziell für den Stadtteil Singen-Langenrain;
- Ausweitung des vom Land Baden-Württemberg geförderten Projekts „Arbeitslose Jugendliche“ speziell auf Jugendliche im Quartier Singen-Langenrain;

- In der Vertriebenen- und Aussiedlerarbeit wird die Stadt Singen zusammen mit den im Gebiet wohnenden Angehörigen dieser Gruppen, die in zwei Aussiedlervereinen engagiert sind, koordinieren und mit den bestehenden Aktivitäten der Wohlfahrtsverbände (Beratung und Betreuung durch Diakonie und Caritas) vernetzen.
- Kunstaktionen im Quartier (z.B. Gestaltungen bestimmter Außenflächen der Wohnblöcke, Gebäude in verschiedenen Farben unter fachgerechter Anleitung).

Wir stehen erst am Anfang. Unsere Partner und wir sind jedoch hochmotiviert, die auch auf dieser Konferenz gewonnenen Erfahrungen der anderen Städte bezüglich der Beteiligung und Aktivierung der Quartiersbevölkerung für die Zielbestimmungen und Maßnahmendurchführung des Bundes-Länder-Programms „Stadt- und Ortsteile mit besonderen Entwicklungsbedarf – die soziale Stadt“ im Rahmen eines integrierten Handlungskonzeptes zu nutzen. Wir möchten uns bei Ihnen für die bereits jetzt geleistete und sicherlich auch zukünftig regelmäßig notwendige Unterstützung bedanken.

## Aktivierung der Quartiersbevölkerung – Erfahrungen aus Schwerin – Neu Zippendorf

Im Südosten Schwerins liegen die drei großen Neubaustadtteile Großer Dreesch, Neu Zippendorf und Mueßer Holz. Sie sind in den Jahren 1971 bis 1989 entstanden, als Schwerin im Rahmen der Zusammenarbeit zwischen den RGW-Staaten planmäßig zu einen Industriestandort ausgebaut wurde. In den ca. 20 000 Wohnungen lebten Ende September 1999 etwa 37 000 Menschen. Die drei Stadtteile gehören damit zu den größten zusammenhängenden Neubaustadtteilen in industrieller Bauweise Mecklenburg-Vorpommerns.

Für Neu Zippendorf konnte der Prozess zum Weiterbau in der zweiten Hälfte 1998 begonnen werden. Es bestand dabei von Anfang an die Absicht, diesen Entwicklungsprozess in enger Zusammenarbeit mit den Bewohnern und den lokalen Akteuren zu gestalten.

Zur Umsetzung dieses Ziels wurden folgende Elemente der Beteiligung entwickelt:

- ein Stadtteilbüro als Informations- und Anlaufstelle vor Ort,
- ein Präventionsrat als Einrichtung der örtlich sozialen Institutionen, der Wohnungsgesellschaften und der Verwaltung,
- die sozial-kommunikative Rahmenplanung zur Einbeziehung der Bewohner und der lokalen Akteure in die Rahmenplanung,
- Bewohnerbegleitgruppen bei Einzelmaßnahmen wie die Einrichtung eines Nachbarschaftstreffs oder die Umgestaltung einer Straßenbahnhaltestelle und deren Umgebung.

Im Folgenden möchte ich die sozial-kommunikative Rahmenplanung näher vorstellen und auf Erfahrungen bei der Durchführung eingehen.

### Sozial-kommunikative Rahmenplanung

Dem sozial-kommunikativen Verfahren innerhalb der Rahmenplanung Neu Zippendorf liegt ein „integrativer Ansatz“ zugrunde, in dem nicht allein über die beabsichtigten Entwicklungskonzepte oder geplanten Maßnahmen informiert wird. Vielmehr soll „ein Prozess der frühzeitigen Einbeziehung“ der im Stadtteil tätigen Akteure und insbesondere „der Bewohner als vor-Ort-Experten“ mit einer spezifischen Problemkenntnis und mit Erfahrungen bei der Entscheidungsfindung eingeleitet werden. Bei der Umsetzung dieses Konzeptes handelt es sich um eine „dialogorientierte und aktivierende Bürgerbeteiligung“, die bereits in der Vorbereitungsphase zur

Rahmenplanung eine Diskussion zwischen der planenden Verwaltung, den professionellen Akteuren im Stadtteil sowie den Bewohnern und Bewohnerinnen einleiten soll.

Um diesen Prozess bewerkstelligen zu können wurde vom *Stadtplanungsamt* ein *externer Moderator* mit der Konzeptentwicklung und Durchführung des sozial-kommunikativen Verfahrens beauftragt. Zudem wurde im Stadtteil ein *Stadtteilbüro*, das die Funktion einer Informations- und Organisationsstelle wahrnimmt, eingerichtet. Die inhaltliche Bearbeitung der städtebaulichen Rahmenplanung wird von der Stadt unter Federführung des Stadtplanungsamtes durchgeführt. Im Rahmen der Bearbeitung der Rahmenplangebiete Mueßer Holz und Großer Dreesch wurden bereits ein übergeordneter *Lenkungskreis* sowie auf der Arbeitsebene der Stadtverwaltung und der Wohnungsunternehmen eine *Arbeitsgruppe zum „Weiterbau der Neubaugebiete“* eingerichtet, die um das Thema Neu Zippendorf erweitert wurden.

Auf Stadtteilebene treffen die Vertreter der einzelnen Interessengruppen (Mitarbeiter der Stadtverwaltungen, Fachplaner, Vertreter der Wohnungsunternehmen und andere Eigentümer, der öffentlichen und privaten Sozialeinrichtungen, die *Bewohner* und *Gewerbetreibenden*) in *Arbeitsgruppen* sowie im *Stadtteilforum* zusammen.

Das Konzept zur Betroffenenbeteiligung innerhalb der Rahmenplanung möchte ich im Folgenden kurz darstellen.

#### 1. Stadtplanungsamt

Dem Stadtplanungsamt kommen neben der inhaltlichen Mitarbeit an diesem Projekt als weitere Aufgabenbereiche die Organisation und Koordination der Arbeitsgruppe zum Weiterbau, die fachliche Anleitung des Stadtteilbüros sowie die organisatorische und inhaltliche Zusammenarbeit mit der externen Moderation zuteil. Das Stadtplanungsamt ist zudem für die Koordination und inhaltlichen Ausarbeitung der Rahmenplanung zuständig.

#### 2. Externe Moderation (PIW)

Von Seiten der Stadt Schwerin wurde das Progress-Institut für Wirtschaftsforschung, Rostock (PIW) als externer Moderator beauftragt, die Betroffenenbeteiligung innerhalb des Projektes „Rahmenplanung Neu Zippendorf“ durchzuführen. Der externen Moderation wurden vertraglich folgende Aufgaben übertragen:

- Prozessorganisation,
- Organisation und Durchführung der Stadtteilforen,
- Organisation und Durchführung von Bewohnerarbeitsgruppen,
- Moderation einzelner themenbezogener Veranstaltungen,
- Vorbereitung und Durchführung der Öffentlichkeitsarbeit in Zusammenarbeit mit der Pressestelle der Stadt Schwerin.

Die organisatorischen und inhaltlichen Arbeitsschritte der externen Moderation werden kontinuierlich mit dem Stadtplanungsamt abgestimmt. Des Weiteren richten sich die

Inhalte nach den Anforderungen, die aus dem Stadtteilforum sowie den Arbeitsgruppen gestellt werden.

Ein weiterer Arbeitsschwerpunkt der externen Moderation liegt in der Information und Motivation der einzelnen Betroffenengruppen. Innerhalb der ersten Arbeitsphase, der Informations- und Motivationsphase, wird dementsprechend eine intensive Beratung und Betreuung dieser Gruppen erforderlich, um zu gewährleisten, dass es nicht allein die „Planungsprofis“ sind, die sich an dem Prozess beteiligen. Im Rahmen der Motivationsphase wird durch die externe Moderation, u.a. um mehr Informationen über die Partikularinteressen zu erhalten, eine Expertenbefragung durchgeführt.

### 3. Stadtteilbüro

Als Anlaufstelle für alle am Verfahren Beteiligten wie auch als organisatorisches Gelenk wird von Seiten des Stadtplanungsamtes ein Stadtteilbüro eingerichtet. Dieses Büro ist mit Personal in Form von ABM-Stellen besetzt. Diese sind bei der Zukunftswerkstatt, dem kommunalen Beschäftigungsträger, eingestellt. Die fachliche Anleitung erfolgt über das Stadtplanungsamt. Durch die externe Moderation wird aus dem Stadtteilbüro heraus die Öffentlichkeitsarbeit vorbereitet und durchgeführt.

### 4. Lenkungskreis

Im Lenkungskreis werden unter Leitung des Baudezernenten zwischen der Stadtverwaltung (Amtsleitung und Sachbearbeiter des Stadtplanungsamtes und ggf. andere Ämter) und den Wohnungsunternehmen (Vorstände und Geschäftsführungen) übergeordnete Themenbereiche besprochen und abgestimmt. An diesem Kreis nimmt auch der externe Moderator teil, um die Erfahrungen aus dem sozial-kommunikativen Verfahren in die Entscheidungen einzubinden.

### 5. Arbeitsgruppe „Weiterbau Neu Zippendorf“

Zur Abstimmung der Rahmenplanung mit den verschiedenen Fachämtern und den Wohnungsgesellschaften werden die unterschiedlichen Themenkomplexe in der Arbeitsgruppe zum Weiterbau der großen Neubaugebiete vorgestellt. Diese Gruppe wird durch das Stadtplanungsamt koordiniert und geleitet.

Innerhalb dieser Gruppe werden die zu bearbeitenden Themenschwerpunkte festgelegt, diskutiert und koordiniert sowie für die weitere Diskussion im Stadtteilforum vorbereitet.

### 6. Bewohner-Arbeitsgruppen

Im Zusammenhang mit der Rahmenplanung entstanden mehrere Bewohnerarbeitsgruppen. An den Arbeitsgruppen, die grundsätzlich öffentlich tagen, können alle Bewohner und professionellen Akteure des Stadtteils teilnehmen. Die Einladungen erfolgen über einen Verteiler, die Presse bzw. Aushänge im Stadtteil. Themenschwerpunkt ist die planerische Weiterentwicklung des Stadtteils. Die Gruppen arbeiten im Rahmen von Diskussionen, Begehungen und Planungswerkstätten zu unterschiedlichen Themenbereichen. Die Ergebnisse der Projektarbeitsgruppen reichen

von allgemeinen Leitlinien für die Rahmenplanung bis hin zu Vorschlägen für einzelne konkrete „Sofortmaßnahmen“.

#### 7. Arbeitsgruppe der Gewerbetreibenden

Um dem besonderen Anliegen der Gewerbetreibenden im Stadtteil gerecht zu werden, wurde eine spezielle Arbeitsgruppe mit den Gewerbetreibenden und Dienstleistungsunternehmen einberufen. Gegenstand dieser Arbeitsgruppe war die Entwicklung des Berliner Platzes.

#### 8. Öffentliche Stadtteilforen

Innerhalb der Aufstellungsphase der Rahmenplanung werden insgesamt drei Stadtteilforen durchgeführt. Die Foren dienen einerseits einer breiten öffentlichen Information über den Prozess im Stadtteil und der Vorstellung und Diskussion der Arbeitsergebnisse. Andererseits werden auf den Foren die folgenden Arbeitsphasen vorbereitet.

Auf den Foren wird der jeweils aktuelle Stadt der Rahmenplanung vorgestellt und im Plenum und in Arbeitsgruppen diskutiert.

Ein wesentliches Ziel der Foren besteht darin, eine Basis für eine eigenständige und selbsttragende Beteiligung von Seiten der Institutionen und Bewohner im Stadtteil zu entwickeln.

#### 9. Öffentlichkeitsarbeit

Während des bisherigen Beteiligungsprozesses wurde eine umfangreiche Öffentlichkeitsarbeit durchgeführt, die für die notwendige Aufmerksamkeit im Stadtteil und darüber hinaus sorgte.

Ziel der Öffentlichkeitsarbeit war die Information der BewohnerInnen im Stadtteil über die Termine der Veranstaltungen und Aktionen. Darüber hinaus sollte über einzelne Inhalte berichtet werden, um so eine breitere Diskussion über den Stadtteil und seine Entwicklung anzuregen.

Schwerpunkte der Öffentlichkeitsarbeit waren:

- Plakataktionen in allen Hausfluren im Stadtteil,
- Zeitungsartikel als Information zu einzelnen Veranstaltungen oder Aktionen,
- Mitteilungen im Rundfunk,
- Plakataktionen in Werbetafeln im öffentlichen Raum,
- Produktion eines Videos durch Jugendliche aus dem Freizeittreff déjà vu.

## Erfahrungen aus der sozial-kommunikativen Rahmenplanung

### Vorbereitende und begleitende Öffentlichkeitsarbeit wichtig

Bevor erste konkrete Schritte zur Beteiligung gegangen werden, in diesem Fall ein öffentliches Stadtteilforum, sollte auf die Thematik vorbereitet und Neugierde geweckt werden. Oft ist auch eine deutliche Skepsis gegenüber der Verwaltung und deren Ankündigung zu spüren. Offensichtlich haben viele Bewohner schlechte Erfahrungen mit Zusagen öffentlicher Stellen gemacht. Diese Skepsis muss überwunden werden, bevor sich Bewohner in die Entwicklung des Stadtteils, ihrer Umwelt einbringen. In Schwerin ist es durch die Öffentlichkeitsarbeit gelungen, eine sehr gute Teilnahme an den Stadtteilforen zu erreichen und zahlreiche Bewohner zur Mitarbeit in den anschließenden Arbeitsgruppen zu motivieren.

### Keine langen Prozesse – schnelle Wege zur Umsetzung

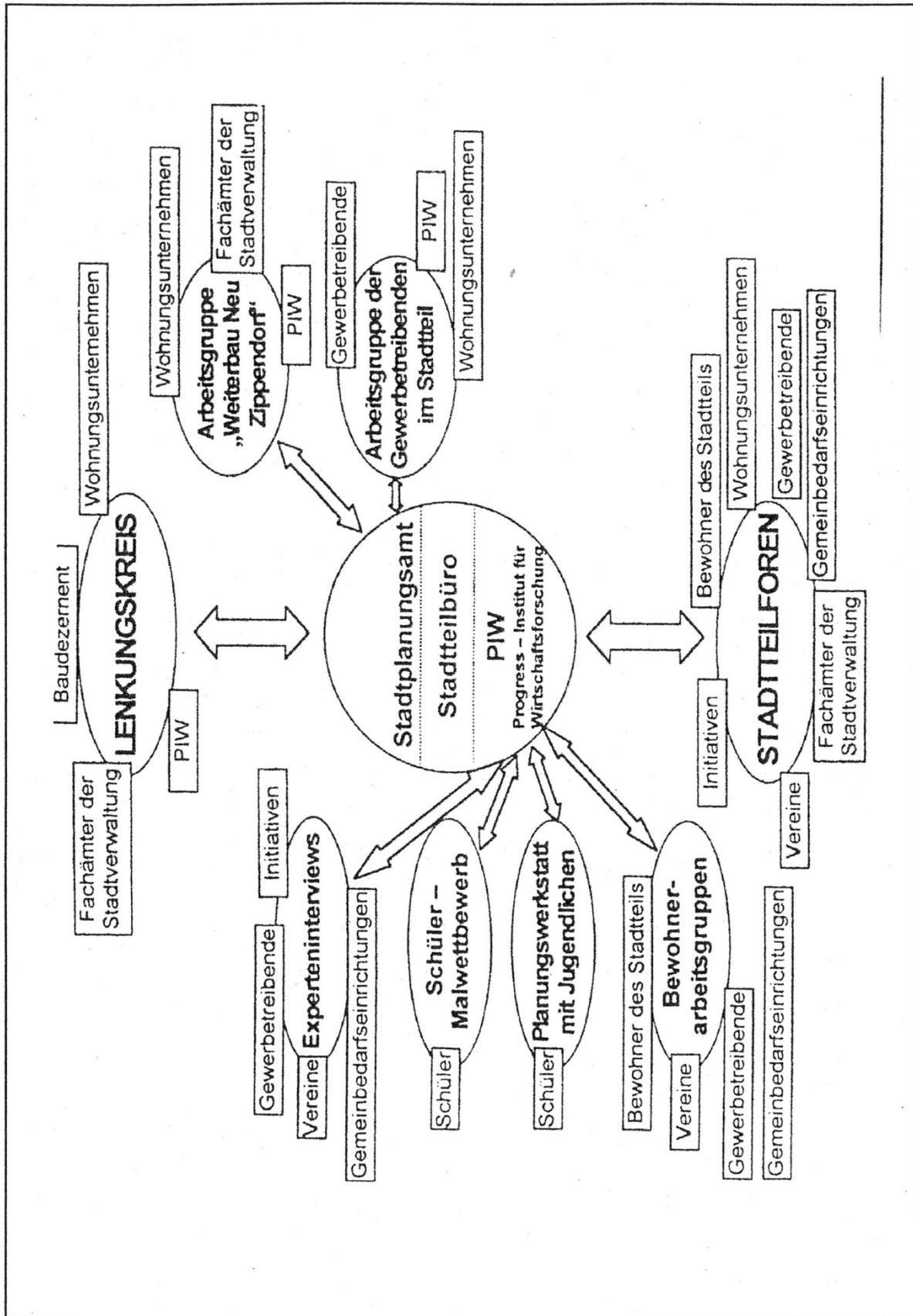
Zwischen der Beteiligung und der Realisierung von Maßnahmen sollte ein möglichst kurzer Zeitraum liegen. Sich über mehrere Jahre hinziehende Planungsprozesse sind für die Bewohner schwer verständlich, und der Zusammenhang zwischen der Beteiligung und der Realisierung geht verloren. Es kann dadurch Frust entstehen, und eine positiv empfundene Beteiligung kann sich ins Gegenteil verkehren. Diese Gefahr ist natürlich bei einer abstrakten Planung wie der Rahmenplanung viel größer als bei konkreten Maßnahmenplanungen. Hierauf sollten auch Förderrichtlinien und die in ihnen festgeschriebenen Bewilligungsverfahren ausgerichtet sein. Besonders wenn, wie im Konzept zum Programm „Soziale Stadt“ verlangt, mehrere Fördertöpfe zur Umsetzung einer Maßnahme kombiniert werden sollen, ist darauf zu achten, dass dadurch keine Verlängerung des Bewilligungszeitraumes erfolgt.

In Schwerin ist es gemeinsam mit den Wohnungsunternehmen gelungen, erste Maßnahmen bereits parallel zur Rahmenplanung zu realisieren – Wohnumfeld eines Hochhauses, Anlage von Stellplätzen und für zwei größere Maßnahmen – Umgestaltung einer Straßenbahnhaltestelle, Nachbarschaftstreff Tallinner Straße – hat der Planungsprozess gemeinsam mit den Bewohnern begonnen.

### Beteiligung über den gesamten Entwicklungsprozess verstetigen, keine einmalige Aktion

Zur Aktivierung der Bewohner und der lokalen Akteure ist ein Gesamtkonzept erforderlich, das die Beteiligung auf den unterschiedlichen Planungsebenen – Rahmenplanung, Planungen auf den privaten Flächen, Planungen im öffentlichen Raum – miteinander verknüpft. In Schwerin entwickeln wir ein derartiges Konzept ausgehend von der Beteiligung zur Rahmenplanung. In den Stadtteilforen und Arbeitsgruppen zur Rahmenplanung wurde deutlich, dass es bei zahlreichen Bewohnern ein großes Interesse gibt, weiter an Entwicklungsprozessen für den Stadtteil teil zu haben. Sie wollen sehen, wie mit ihren Ideen weiter umgegangen wird und an konkreten Realisierungsmaßnahmen mitarbeiten. Die Erfahrungen haben gezeigt, dass eine Kontinuität in der Mitarbeit der Bewohner erreicht werden kann.

# Baudezernat Stadtplanungsamt



# Rahmenplanung Neu Zippendorf

# Baudezernat Stadtplanungsamt

Konzept- und Ablaufplan für: Sozialkommunikatives Verfahren zur Rahmenplanung im Stadtteil Neu-Zippendorf in der LH-Schwern

Progress - Institut für Wirtschaftsforschung

Januar → April (Mai) → Mai → September → Oktober → Februar

## VORBEREITUNGSPHASE

Absprache der Vorgehensweise zwischen Stadt, Wohnungsunternehmen, LEG, und PIW  
 Bestandserhebung statistische Daten, Erhebung vor Ort  
 Akteur - Interviews im Stadtteil  
 Vorstellung des Vorhabens im Stadtteil  
 Plakatwandwettbewerb mit Schülern  
 Erstellung und Verteilung eines Info - Blattes  
 Vorbereitung und Beginn der Öffentlichkeitsarbeit zum 1. Stadtteilforum

## 1. STADTTEILFORUM

**Zielsetzung:**  
 Auftaktveranstaltung  
 Formulierung der Rahmenbedingungen  
 Leitbilddiskussion  
 Bildung von Projektgruppen  
Moderationsform  
 Begrüßung und Einleitung als Podiumsdiskussion  
 Leitbilddiskussion als Open - Space Veranstaltung  
Veranstaltungsort  
 Pflegeheim  
 Perleberger Straße 20  
Öffentlichkeitsarbeit

Öffentlichkeitsarbeit  
 Info - Spots zum Stadtteil  
 Vorbereitung der Projektgruppen

## PROJEKTGRUPPEN

**Zielsetzung**  
 Erarbeitung von Leitbildern und Maßnahmen zu einzelnen Themenbereichen  
Moderationsform  
 Meta - Planung  
Veranstaltungsorte  
 verschiedene Räumlichkeiten im Stadtteil  
Öffentlichkeitsarbeit

Öffentlichkeitsarbeit  
 Ergebnisse der Projektgruppen aufarbeiten  
 Erstellung einer Ausstellung  
 Erstellung des Zwischenberichts

## 2. STADTTEILFORUM

**Zielsetzung:**  
 Präsentation der Ausstellung  
 Darstellung und Rückkopplung der Ergebnisse aus den Projektgruppen  
 Darstellung der Ergebnisse aus der städtebaulichen Planung  
 Darstellung der Ergebnisse der Wohnungsunternehmen  
Moderationsform  
 Podiumsdiskussion  
 Meta-Planung  
 Open-Space - Veranstaltung  
Veranstaltungsort  
 Pflegeheim  
Öffentlichkeitsarbeit

Erstellung des Abschlußberichtes  
 Ergänzung der Ausstellung

## 3. STADTTEILFORUM

**Zielsetzung:**  
 Präsentation des Abschlußberichtes  
 Präsentation der überarbeiteten Ausstellung  
 Präsentation der Ergebnisse der Wohnungsunternehmen  
 Präsentation aller flankierenden Veranstaltungen und Aktionen  
 Einstieg in die weitere Arbeit  
Moderationsform  
 Podiumsdiskussion  
Veranstaltungsort  
 Pflegeheim  
Öffentlichkeitsarbeit

Rahmenplanung Neu Zippendorf



# Beim Rahmenplan für Neu Zippendorf sind Ideen der Bewohner stets gefragt

## Drei Arbeitsgruppen aktiv / Malwettbewerb der jüngsten Stadtteil-Bewohner

Neu Zippendorf • Groß ist das Interesse der Anwohner bei der Gestaltung und bei der Mitwirkung an der Erstellung der Rahmenplanung für den Stadtteil Neu Zippendorf. Fast 300 Bürger nahmen im Mai am ersten Stadtteilforum teil. Der große Saal im Altenheim an der Perleberger Straße platzte fast aus allen Nähten, als die Fachleute aus der Schweriner Verwaltung ihre ersten Vorstellungen einer detaillierten Rahmenplanung präsentierten.

Aus dieser Auftaktveranstaltung entwickelten sich drei aktive Arbeitsgruppen, in denen sich kontinuierlich bis zu 40 Anwohner mit eingebracht haben. „Sicherheit“, „Berliner Platz“ sowie „Wohnen, Verkehr und Wohnumfeld“, mit diesen Themen haben sich die drei Arbeitskreise bereits intensiv beschäftigt. Für alle Arbeitskreise hieß es, erst einmal eine „Ist-Analyse“ zu stellen. Ortsbegehungen standen deshalb ebenso auf dem freiwilligen Programm wie Ex-

perienrunden. Die Probleme im Stadtteil waren dann Mitte des Jahres erkannt. Jetzt hieß es für alle Aktiven, realistische Lösungsansätze zu formulieren. In Planungsworkstätten traf man sich im Juli wieder. Da sich viele Problemkreise überschneiden, tauschten die Arbeitsgruppen ihre Ergebnisse aus. Erste Lösungsansätze wurden korrigiert, diskutiert und ergänzt. Auch die Kinder und Jugendlichen aus Neu Zippendorf haben den Sommer genutzt. Dem Aufruf zum Malwettbewerb folgten mehr als 50 Kinder. Sie zeichnen dabei ihre eigenen „Stadtteil-Impressionen“.



Eine der drei Arbeitsgruppen bei einer Ortsbegehung durch den Stadtteil  
Fotos: Klawitter (1), Pohle (2), Archiv (1)

### Heute zweites Stadtteilforum

Gemeinsam mit dem Jugendtreff „Deja vu“ entstand ein Videoprojekt. Jugendliche präsentierten den Stadtteil aus ihrer Sicht. Dass Kinder, Jugendliche und Erwachsene einen Stadtteil nicht gleich erleben, konnte

## Beiträge aus dem Plenum und Anmerkungen vom Podium

*Karin Schmalriede, Lawaetz-Stiftung, Hamburg*

Die Lawaetz-Stiftung ist ein intermediärer Träger, der – hauptsächlich in Hamburg – an der Schnittstelle zwischen Politik und Verwaltung auf der einen Seite sowie bei Projekten, Initiativen, Bürgern und Bürgerinnen auf der anderen Seite im Bereich Arbeitsmarkt, Stadtentwicklung und Sozialpolitik arbeitet, um Projekte, Initiativen und Quartiere in ihrer Entwicklung zu unterstützen. Wir waren fünf Jahre in einem Gebiet des Programms „Soziale Stadtteilentwicklung“ in Hamburg tätig, haben das im Dezember abgeschlossen und arbeiten nunmehr in drei weiteren Gebieten. Unser Leitsatz ist „Hilfe zur Selbsthilfe“. Deswegen ist uns die Aktivierung der Quartiersbevölkerung ein ganz spezielles Anliegen. Und das ist nun auch das Thema des heutigen Nachmittages. Für eine erfolgreiche und nachhaltige Entwicklung von Gebieten, die im Bund-Länder-Programm gefördert werden, wird es ein wesentlicher Erfolgsfaktor sein, inwieweit es in diesen Gebieten gelingt, die lokale Bevölkerung zur Beteiligung oder besser noch zur Mitarbeit zu aktivieren. Das ist in vielen Fällen sicher leichter gesagt als getan, aber auch nicht unmöglich, wie eine ganze Reihe von Beispielen in der Republik hier, aber auch im Ausland zeigt.

Bei der Aktivierung von Quartiersbevölkerung sind nach unseren Erfahrungen unter anderem fünf Punkte wichtig. Der erste ist die Mobilisierung von Eigeninitiative. (Da fällt mir ein: Wir alle sollten, möglichst wenige oder so gut wie gar keine Fremdwörter benutzen, weil das ein Punkt ist, der zu Ausgrenzung führt: Denn für die einen ist das alltägliches Geschäft, für die anderen sind es böhmische Dörfer. Aber auch ich merke, dass ich zu sehr in diesem Fachjargon drin bin.) Durch Mobilisierung von Eigeninitiative oder Eigenengagement soll die Fähigkeit zur Selbstorganisation von Personen und Quartieren gestärkt werden. Von Selbstorganisation lässt sich ernsthaft nur sprechen, wenn die Betroffenen in die Zielformulierung und Umsetzung dieser Initiativen partizipativ einbezogen sind. Drittens brauchen wir Zusammenarbeit, um bereits vorhandene, aber nicht ausreichend genutzte Fähigkeiten und Stärken oder – wie wir neudeutsch sagen – Potenziale mobilisieren und aktivieren zu können. Wir nennen das heutzutage Kooperation; die Zusammenarbeit lässt sich fast überall verbessern. Viertens müssen die Prinzipien der Beteiligung und der Zusammenarbeit unbedingt unterstützt werden durch eine breite Thematisierung in der Öffentlichkeit. Und fünftens: Obwohl Mobilisierung, Aktivierung, Anregung zur Beteiligung auf Selbstorganisation hin angelegt sind, vollziehen sie sich in der Regel nicht spontan von selbst, sondern sie bedürfen der speziellen Unterstützung von Akteuren, die sich von Berufs wegen mit dieser Arbeit beschäftigen und die vor Ort tätig sind.

Ich möchte Ihnen allen einige sehr persönliche Fragen stellen: Leben Sie in einem Gebiet der „Sozialen Stadt“? Mal angenommen, Sie würden in einem Gebiet der „Sozialen Stadt“ leben, was müsste passieren, damit Sie sich für Ihr Gebiet einsetzen? Wie könnte man Sie mobilisieren? Wozu wären Sie zu aktivieren? Oder mal ganz anders angenommen, das hier wäre ein Gebiet der „Sozialen Stadt“, Sie alleine hätten die Aufgabe, die anderen zu mobilisieren: Was würden Sie tun, wo würden Sie anfangen? Was müssten Sie bedenken? Wer könnte Ihnen helfen? Haben Sie schon mal vor einem ähnlichen Problem gestanden? Und was haben Sie damals getan, um

erfolgreich zu sein? Diese Fragen möchte ich Ihnen mit auf den Weg geben, wenn Sie jetzt der Reihe nach die Vorstellungen der Gebiete hören. Wäre das, was da vorgetragen wird, bei Ihnen anschlussfähig, würde Sie das erreichen? Oder welche anderen Vorstellungen hätten Sie?

*Karsten Brieger, Hochschule für Wirtschaft und Politik, Hamburg*

Eine Anmerkung zu Frau Kahle: Das Beispiel der Brücke am Kottbusser Tor fand ich sehr gut obwohl es um Quartiersentwicklung geht, um Bürgeraktivierung. Ich finde das deshalb gut, weil bauliche Maßnahmen auch soziale Prozesse begleiten können. Dafür gibt es reichlich Beispiele. Es wäre gut, wenn im Rahmen der Projektbegleitung auch die Akteure vor Ort auf Kenntnisse zurückgreifen können, die schon seit Jahren in Deutschland und im Ausland gemacht wurden. Noch ein Hinweis für Herrn Prügel: Es gibt in Baden-Württemberg, in Mannheim, die Ludwig-Frank-Siedlung (Vermietungsgenossenschaft Ludwig Frank). Die ist Anfang der 90er Jahre saniert worden. Die Problemlage war ähnlich wie bei Ihnen in Singen. Es wäre für Ihr Projekt sehr empfehlenswert, mit den Initiatoren Kontakt aufzunehmen, die mit geringen Mitteln bei ähnlicher sozialer Problemlage sehr gute Effekte erzielt haben.

*Christa Kliemke, Technische Universität Berlin*

Ich möchte zwei Punkte ergänzen. Zu Ihrem Bericht aus Cottbus-Sachsendorf: Sie bezeichneten es als erstaunlich, dass das Sicherheitsbedürfnis an erster Stelle steht. Wir haben diverse Untersuchungen in Quartieren durchgeführt und dies ebenfalls herausgefunden. Dieses Gefühl korreliert niemals mit der Kriminalitätsrate.

Zweitens: Es gibt ja nun jahrzehntelange Erfahrungen aufgrund der Ottawa-Karte, die für das Wohlbefinden der Bürger in Städten entwickelt worden ist. Viele haben sich im „Gesunde Städtenetzwerk“ dem angeschlossen und zahlreiche Projekte in Quartieren durchgeführt. Da fiel mir bei dem Beitrag aus Nürnberg – einer Stadt, die sich dem „Gesunde Städtenetzwerk“ angeschlossen hat – auf, dass das von Ihnen vorgestellte Quartier Fehlentwicklungen durchgemacht hat auch schon im Rahmen des „Gesunde Städtenetzwerkes“, deshalb auch vieles entwickelt hat, z.B. die Gesundheitswerkstatt, das Projekt des Bolz- oder Sportplatzes sowie des Quartiersplatzes, die auch schon im „Gesunde Städtenetzwerk“ vorgestellt worden sind. Ich finde es gut, dass wir hier eine Fortsetzung haben oder sogar eine Kopplung an viele andere Programme mit vergleichbarem Inhalt, nämlich das Wohlbefinden von Menschen in der Stadt, speziell in Quartieren zu fördern.

*Thomas Sauer, Projekt „Entwicklung kommunaler Integrationsstrukturen“  
des Landes Brandenburg*

Das Projekt ist bei der ARWO des Landes Brandenburg angesiedelt. Ich möchte der Diskussion einen weiteren Aspekt hinzufügen. Es ist ein paar Mal gesagt worden, dass sehr viele Spätaussiedler und jüdische Migranten gerade in Gebiete ziehen, die Gegenstand der „Sozialen Stadt“ sind. Meine konkrete Aufgabe im Land Brandenburg ist

es, unsererseits für Netzwerke der Integration zu werben. Diese Idee der Netzwerke der Integration kommt von Jochen Welt, dem Bundesbeauftragten für Aussiedlerfragen. Man geht jetzt praktisch hinaus in die Lande und wirbt für den Netzwerkgedanken, einmal für die Integration, einmal für die Stadtteilentwicklung. Ich denke, wenn beides zusammengeht, kann das ideal wirken. Ein ganz konkreter Punkt im Land Brandenburg ist zum Beispiel die Stadt Schwedt. Ganz besonders interessiert wäre ich daran, wie es in Cottbus diesbezüglich aussieht. Also: Von dieser Bundesregierung gehen mehrere Impulse zu dieser „Basiszusammenarbeit“ aus, Vernetzung einmal zur Integration und einmal zur Stadtteilentwicklung. Das betrifft oft dieselben Gebiete. Ich bitte, darauf zu achten, dass man da zusammenkommt; ein Erfahrungsaustausch diesbezüglich wäre sehr wichtig.

*Stephan Westermann, Stadtbüro Hunger, Berlin*

Ich habe mich heute sehr gefreut, dass nicht nur die Baudezernentin von Cottbus, Frau Kraft, hier sitzt, sondern auch die Sozialdezernentin Frau Giesecke. Ich nehme das als hoffnungsvolles Zeichen. Ich erlebe auch vor Ort, dass das Thema Vernetzung schon viel weiter fortgeschritten ist, als wir dachten. Ich weiß, dass Sie aber in eine etwas andere Richtung wollen. Ich weiß aus Großsiedlungen beispielsweise in Magdeburg oder Chemnitz, dass in bestimmten Bauabschnitten eine Aussiedlerkonzentration, stattfindet und dass damit ein besonders brisantes Thema aufgeworfen ist, wenn ein gewisser Prozentsatz überschritten wird. Dann empfindet die angestammte deutsche Bevölkerung das Ganze plötzlich als Bedrohung und nicht als Bereicherung. In diesem Zusammenhang muss es um das besondere Thema der Integration gehen.

*Wolfgang Hahn, Geschäftsführer des Nachbarschaftshauses, Berlin-Kreuzberg*

Was mir bei den einzelnen Darstellungen auffiel ist, dass Sie sehr stark auf der institutionellen und auf der interinstitutionellen Ebene tätig sind und von dort aus versuchen Mitbestimmung und Aktivierung anzugehen und voranzutreiben. Es geht mir darum, neben den freien Trägern, neben den Initiativen, neben lokalen Akteuren vor Ort sich direkten Zugang zu der Bevölkerung durch aktivierende Befragung zu schaffen. Es gibt verschiedene Methoden, die ich hier nicht aufzählen will. Aber ich denke, die Verpflichtung der lokalen Akteure vor Ort, die Bevölkerung selber zu fragen, was ihre Bedürfnisse, was ihre Wünsche, was ihre Verbesserungsvorschläge sind und dann in einem besonderen Maße auch mal interkulturelle Konzepte zu entwickeln, das finde ich sehr wichtig. Das möchte ich Ihnen gerne auf den Weg mitgeben, weil das eigentlich die Arbeit der Nachbarschaftshäuser ist.

*Hans-Georg Rennert, Quartiersmanagement, Sparrplatz, Berlin-Wedding*

Ich möchte auf einen Aspekt hinweisen, der so noch nicht genannt worden ist, der aber auch sehr gut zur Bemerkung von Herrn Hahn passt. Wir haben von unterschiedlichsten Formen der Beteiligung von Bewohnern gehört, auch von unterschiedlichen Erfahrungen, wie Bewohner sich einmischen. Ich wünsche mir im Verlaufe der Programmbegleitung, dass diese Erfahrungen ausgewertet werden und danach geguckt

wird, was an Unterstützung für Selbstorganisationen und für den Aufbau von einem eigenständigen Stadtleben nötig ist. Es gibt die These, dass für die Selbstorganisation von Bewohnern vielfältige Aktivitäten eine wichtige Voraussetzung sind, nämlich dass Programme richtig greifen und dass Mittel effizient eingesetzt werden können. Das ist das Konzept von dem sozialen Kapital. Ich würde mir wünschen, dass das in der Programmbegleitung genauer untersucht wird und man dann eine Bestätigung oder eine Differenzierung der These hätte. Wenn das zutrifft, dann hat das auch Folgen für den Stellenwert der Arbeit von Nachbarschaftszentren, von gemeinwesenorientierten Organisationen. Die bieten dann eine wesentliche Voraussetzung, dass die Programme greifen können und sie müssten dann auch entsprechend einbezogen und gefördert werden.

*Karsten Gerkens, Amt für Sanierung und Wohnungswesen, Leipzig*

Wenn die Frage von Integration, Mitwirkung, Aktivierung so wichtig ist, wäre doch zu überlegen, ob es – hier sitzen jetzt wie beim Bock-Gärtner-Prinzip zum größten Teil Leute, die im institutionellen Zusammenhang tätig sind – nicht auch möglich ist, eine Konferenz zu veranstalten, auf der es darum geht, dass sich die Bürger aus unseren Quartieren der „Sozialen Stadt“ darüber austauschen, wie hier gearbeitet wird und welche Erfahrungen sie mit der institutionellen Ebene gemacht haben. Wir haben 1996 – finanziert durch die EU – eine Bewohnerkonferenz „Lebenslanges Lernen“ mit Bewohnern großer Siedlungen europaweit im Zusammenhang mit Erneuerungsmaßnahmen in Grünau durchgeführt. Sie ist unheimlich positiv aufgenommen worden und hat die Arbeit sehr befruchtet. Das wurde nicht weitergeführt, aber ich glaube, dass dieses „Sich gegenseitig Mut machen“ ein wichtiger Punkt wäre.

*Karin Schmalriede, Lawaetz-Stiftung, Hamburg*

Eine kurze Anmerkung zur aktivierenden Befragung, weil das gern missverstanden wird. So wie wir aktivierende Befragung verstehen, heißt das nicht nur, zu fragen, was wollt Ihr, was wünscht Ihr, sondern: Was wäret Ihr bereit, mitzuverändern, was seid Ihr bereit, mitzutun, mitzuwirken, mitzuarbeiten. Der zentrale Unterschied ist gerade, nicht nur Informationen abzufragen, sondern Informationen zu erzeugen, dass es nämlich ein Handlungsfeld gibt, in dem die Bürger etwas tun können.

Als Schlussbemerkung greife ich drei Punkte heraus: Einmal möchte ich Sie bitten, bei Ihrer Arbeit vor Ort den Spaß nicht zu vergessen, weil Menschen nicht mitmachen, wenn es keinen Spaß macht. Und der zweite Punkt: Seien Sie mutig, haben Sie viele Flausen, weil das, was alle schon gemacht haben, ist nicht immer das, was richtig ist; man kann auch mal etwas ganz anderes machen. Und der dritte Punkt, der fast vollständig vergessen wird: Organisieren Sie die Anerkennung für Ihre Menschen vor Ort. Es wird erwartet, dass die Leute, die Sie aktivieren sollen, etwas tun sollen. Organisieren Sie die Bestätigung, schmücken Sie die Menschen vor Ort mit den Federn des Erfolgs, ihres gemeinsamen Erfolges. Denn wenn Menschen am Erfolg beteiligt sind und der ihnen auch zugerechnet wird, dann haben sie umso mehr Interesse, auch

weiterhin am Erfolg der Quartiere mitzuwirken. Und ein weiterer Aspekt ist der, auch die Bürger in einen Austausch über ihren Erfolg zu bringen. Was haben sie denn gemacht, um noch mehr Leute zu aktivieren etc. Das ist in dieser Thematik bislang so gut wie gar nicht berücksichtigt. Politik beschwert sich oft über die Passivhaltung ihrer Bewohner und Bewohnerinnen. Wenn diese sich dann erfolgreich einmischen, dann vergessen sie es gerne. Der einzige Erfolg, den es zu verkaufen gibt, ist der eigene.

# 5 ■

## Aufgabe des Difu als „Task Force“ – Anmerkungen zu den Aktivitäten in den Modellgebieten

Dr. Heidede Becker  
Deutsches Institut für Urbanistik



## Aufgaben des Difu als „Task Force“ – Anmerkungen zu Aktivitäten in den Modellgebieten

### Vorbemerkungen

Bei der Umsetzung des Programms „Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf – die soziale Stadt“ – das wird in bisherigen Diskussionen und Erfahrungsberichten sowohl auf dieser Starterkonferenz als auch im Vorfeld der Programmdurchführung als prinzipielles Vorgehen betont – kommt es darauf an, eher auf informelle als auf verregelte Ansätze zurückzugreifen, eher unkonventionelle und experimentelle als routinisierte Verfahren einzusetzen und eher neue Partner- und Trägerschaften zu mobilisieren als an eingespielten, aber eindimensionalen und verwaltungslastigen Kooperationen festzuhalten.

Wenn mit dem Programm „Soziale Stadt“ auch Beiträge zur Entwicklung einer „neuen Zivilgesellschaft“ geleistet werden sollen – und das ist unter anderem mit den Zielen „Aktivierung der Quartiersbevölkerung“ und „Entwicklung von langfristig tragfähigen Strukturen in den Stadtteilen“ impliziert –, dann müssen vor allem Defizite und Barrieren im institutionellen Rahmen abgebaut werden. In diese Richtung weisen auch bereits Maßnahmen, Verfahren und Projekte in den Modellgebieten, beispielsweise die in den Erfahrungsberichten erwähnten Verfügungs- und Innovationsfonds, Ansätze zur Verlagerung von Entscheidungskompetenzen in den Stadtteil sowie eine Vielzahl von kooperativen und diskursiven Verfahren, die auf Konsensbildung zwischen den vielen Beteiligten ausgerichtet sind (Runde Tische, Stadtteilforen, Agenda-Gruppen usw.).

Mit dem Programm „Soziale Stadt“ werden neue Wege der Stadtteilentwicklung erprobt. Seine Umsetzung setzt nicht nur ein verändertes Politikverständnis und die Bereitschaft voraus, sich gegenüber ungewohnten Vorgehensweisen, Organisationsmustern und Konzepten zu öffnen, sondern sie erfordert auch den kontinuierlichen Austausch über die vielen in diesem Zusammenhang gemachten praktischen Erfahrungen, über Erfolge und Misserfolge gleichermaßen. Zur unterstützenden Begleitung dieser Prozesse hat das Difu im Auftrag des Bundes und der Länder für die erste Umsetzungsphase des Programms (bis 2002) die Funktion einer Vermittlungs-, Beratungs- und Informationsagentur („Task Force“) übernommen<sup>1</sup>. Finanziert werden alle Aktivitäten dieser Programmbegleitung aus Mitteln des Experimentellen Wohnungs- und Städtebaus und nicht aus Mitteln des Programms „Soziale Stadt“.

---

<sup>1</sup> Vgl. Grafik „Elemente der Programmbegleitung“ in: Deutsches Institut für Urbanistik (Hrsg.), Programmgrundlagen, Berlin 2000 (Arbeitspapiere zum Programm Soziale Stadt, Bd. 3), Begleitbuch zur Starterkonferenz, Vorbemerkungen. (In den folgenden Anmerkungen wird diese Veröffentlichung als „Arbeitspapiere, Bd. 3“ zitiert.) Den Hauptteil dieses Bandes bilden Informationen der Länder zum Programm „Soziale Stadt“.

## Zentrales Element der Programmbegleitung: Aufbau eines bundesweiten Netzwerks „Soziale Stadt“

Wegen des großen Bedarfs an Erfahrungsaustausch, Wissenstransfer, Entwicklung von Kooperationsbeziehungen, Öffentlichkeits- und Informationsarbeit steht der Aufbau eines bundesweiten Netzwerks<sup>2</sup> bei den ersten Arbeitsschritten für die Programmbegleitung im Vordergrund. Dabei werden bereits vorhandene oder ebenfalls im Aufbau befindliche Netzwerke besonders berücksichtigt. Ein erstes Netzwerktreffen am 12. November 1999 in Berlin diente zum Kennenlernen und zu Diskussionen über das weitere Procedere.

Das bundesweite Netzwerk „Soziale Stadt“ gründet sich auf drei Fundamente:

- auf den unmittelbaren Austausch in zentralen und dezentralen Veranstaltungen: Zu den zentralen, das heißt bundesweiten Veranstaltungen gehören die eintägige Auftaktveranstaltung, die am 5. Juli 1999 in Berlin stattgefunden hat, und die in diesem Band dokumentierte zweitägige Starterkonferenz. Darüber hinaus werden Ende 2000 und Mitte 2001 Impulskongresse<sup>3</sup> stattfinden. Den Abschluss der zentralen Veranstaltungen im Rahmen der Difu-Programmbegleitung bildet im Jahr 2002 eine bundesweite Konferenz, auf der eine Zwischenbilanz zum Programm gezogen und Empfehlungen für die weitere Ausgestaltung des Programms diskutiert werden sollen. Dezentrale Veranstaltungen finden in den Modellgebieten – je nach Umsetzungsstand – als Starter- oder als Themenkonferenzen statt; außerdem werden Tagungen zum regionalen Erfahrungsaustausch durchgeführt.
- auf den mittelbaren Austausch über kontinuierliche Berichte, die sowohl als Papierfassungen als auch im Internet-Forum abrufbar sind: Dazu gehören aktuelle Berichte, die (mindestens dreimal jährlich) als „Infos zur sozialen Stadt“ veröffentlicht werden, und die „Arbeitspapiere zum Programm ‚Soziale Stadt‘“ die bisher im Zusammenhang mit zentralen Veranstaltungen herausgegeben worden sind.
- auf das Internet-Forum „Soziale Stadt“ mit einem breiten Informations- und Diskussionsangebot: Dieses Forum ist allgemein zugänglich (<http://www.sozialestadt.de>), und es wird parallel zur Programmumsetzung weiterentwickelt und fortgeschrieben.

## Die Gebietskulisse des Programmjahrs 1999

Ende 1999 stand fest: Die Länder haben insgesamt 161 Gebiete in 123 Städten und Gemeinden für das Programmjahr 1999 gemeldet<sup>4</sup>. Dabei stehen – wie auch schon in

---

<sup>2</sup> Vgl. Arbeitspapiere, Bd. 3, Teil 1.

<sup>3</sup> Bei den beiden Impulskongressen wird die Zahl der Teilnehmer und Teilnehmerinnen gegenüber der Auftaktveranstaltung (etwa 650 Personen) und der Starterkonferenz (rund 850 Personen) begrenzt, um mehr Möglichkeiten für Diskussionen und den direkten Erfahrungsaustausch zu schaffen.

<sup>4</sup> Die Zahl der Gebiete ist in Grenzen variabel, weil die Länder nachträglich noch Umschichtungen vornehmen können.

der ersten Fassung des Leitfadens der ARGEBAU von 1996<sup>5</sup> formuliert und im Rahmen der ExWoSt-Ausschreibung im Herbst 1998 bestätigt – zwei Gebietstypen im Vordergrund:

- verdichtete Großsiedlungen der sechziger bis achtziger Jahre; sie machen gut die Hälfte aller Gebiete des Programmjahrs 1999 aus, wobei sie in den neuen Bundesländern mit fast 70 Prozent noch dominanter sind;
- gründerzeitliche Altbauquartiere vor allem im Innenstadtrandbereich; sowohl in den alten als auch in den neuen Bundesländern machen sie einen Anteil von etwa je einem Viertel der Programmgebiete aus.

Daneben spielen noch hinsichtlich des Baualters und teilweise auch hinsichtlich der Nutzung gemischte Stadtteile – allerdings nur im Westen mit etwa 20 Prozent (im Osten mit rund 5 Prozent) – eine erwähnenswerte Rolle.

Insgesamt liegen drei Viertel der 99er-Programmgebiete in den alten und ein Viertel in den neuen Bundesländern. Spitzenreiter bei den Gebietsmeldungen sind mit 26 und 23 Gebieten die Länder Nordrhein-Westfalen und Bayern; bei den Flächenstaaten hat das Land Baden-Württemberg mit vier Gebieten die geringste Zahl gemeldet. Die räumliche Verteilung der Programmgebiete ist in einer Karte des Bundesamtes für Bauwesen und Raumordnung (BBR)<sup>6</sup> dargestellt; aus ihr werden auch die Überlagerungen mit den Fördergebieten der europäischen Strukturpolitik (für die Jahre 2000 bis 2006) – mit Konzentrationen im Westteil in den Ländern Saarland und Nordrhein-Westfalen – ersichtlich.

Jedes der 16 Bundesländer hat außerdem ein Modellgebiet ausgewählt. Dieses Verfahren geht zurück auf die ursprünglich geplante Einrichtung eines neuen Forschungsfelds im Experimentellen Wohnungs- und Städtebau (ExWoSt) „Stadtteile mit Entwicklungspriorität“, das der Vorbereitung eines dann neu aufzulegenden Programmteils im Rahmen der Städtebauförderung dienen sollte<sup>7</sup>. Im Zusammenhang mit der rot-grünen Koalitionsvereinbarung im November 1998 kam es zur Beschleunigung des Verfahrens und damit zur unmittelbaren Etablierung des Programms „Soziale Stadt“; es trat nach Unterzeichnung der Verwaltungsvereinbarung zur Städtebauförderung durch Bund und Länder<sup>8</sup> im September 1999 in Kraft. Die Bundesländer haben viele der für das ExWoSt-Verfahren gemeldeten Quartiere in das Programm „Soziale Stadt“ überführt.

---

<sup>5</sup> Abgedruckt in: Deutsches Institut für Urbanistik (Hrsg.), Vorbereitungspapiere zum Programm „Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf – die soziale Stadt“, Berlin 1999 (Arbeitspapiere zum Programm Soziale Stadt, Bd. 1), Teil 1.

<sup>6</sup> Arbeitspapiere, Bd. 3, Teil 5.

<sup>7</sup> Dazu die Expertise Heidede Becker, Thomas Franke, Rolf-Peter Löhr, Robert Sander und Wolf-Christian Strauss, Städtebauförderung und Ressourcenbündelung (Materialien des Deutschen Instituts für Urbanistik, Bd. 3/98).

<sup>8</sup> Verwaltungsvereinbarung über die Gewährung von Finanzhilfen des Bundes an die Länder nach Art. 104 a Absatz 4 des Grundgesetzes zur Förderung städtebaulicher Maßnahmen (VV-Städtebauförderung 1999) vom 30. Juni 1999 / 17. September 1999, abgedruckt in: Arbeitspapiere, Bd. 3, Teil 2.

Die Auswahl der Modellgebiete stand im Ermessen der Länder. Dabei gab es offensichtlich verschiedene Vorstellungen über ihre Funktion:

- Zum einen handelt es sich um Gebiete, die modellhaft sind hinsichtlich Konzept und Verfahrensstand: Für die ist ein sehr differenziertes integratives Handlungskonzept ausgearbeitet und/oder auch schon weit in der Umsetzung.
- Zum anderen handelt es sich um Gebiete, die modellhaft sind hinsichtlich Problemlagen und Handlungsbedarf: Sie stehen noch ganz am Anfang der Programmumsetzung und weisen eine „typische“ Ausgangssituation mit Schwächen und Problemen, aber auch mit Stärken und Ressourcen auf, die den Einsatz des Programms rechtfertigt.

Eine erste Übersicht zu den Modellgebieten<sup>9</sup> zeigt, dass knapp die Hälfte der Gebiete (sieben Gebiete) noch ganz am Anfang der Maßnahmen stehen, sechs sich in der Durchführung befinden und drei Gebiete (Kassel-Nordstadt, Gelsenkirchen-Bismarck/Schalke-Nord, Hannover Vahrenheide-Ost<sup>10</sup>) in der Umsetzung schon weiter fortgeschritten sind. Ein Quartiermanagement (respektive Stadtteilbüro, Stadtteilmanagement) wurde bereits in fünf Gebieten etabliert; entsprechend befindet sich in zwei Dritteln der Modellgebiete (elf Gebiete) das Quartiermanagement noch im Aufbau. In Berlin und Hamburg bildet ein gesamtstädtisches Monitoring bereits den Rahmen für die Gebietsauswahl; andere Städte planen ein Monitoring teils ebenfalls für die Gesamtstadt, teils auch nur in den Quartiersgrenzen. Eine Evaluierung wird teilweise auf Ebene der Länder vorbereitet; zu Einzelaspekten liegen in Berlin und Hamburg schon Untersuchungen vor.

### „Programmbegleitung vor Ort“

Mit Auswahl der Modellgebiete haben sich die Länder auch dafür entschieden, in welchen Gebieten parallel zur Umsetzung des integrativen Handlungskonzepts (in Hamburg: Quartiersentwicklungskonzept) eine „Programmbegleitung vor Ort“ eingerichtet werden soll. Mit diesem Arbeitsfeld wird am Verfahren der ExWoSt-Forschungsbegleitung angeknüpft – allerdings wird mit der hier vorgesehenen Programmbegleitung vor Ort stärkeres Gewicht auf einen aktivierenden und animierenden Ansatz gelegt. Die auf die Modellgebiete bezogene Programmbegleitung hat im Wesentlichen die folgenden Aufgaben:

- die begleitende und dokumentierende Untersuchung von Umsetzungsschritten zum Programm „Soziale Stadt“;

---

<sup>9</sup> Vgl. „Steckbriefe“ zu den Modellgebieten in: Arbeitspapiere, Bd. 3, Teil 6.

<sup>10</sup> Das Sanierungsgebiet Vahrenheide-Ost in Hannover ist (noch) nicht Bestandteil des Programms „Soziale Stadt“; es wurde 1998 ins Landesprogramm zur „integrierten Stadterneuerung“ aufgenommen.

- die Übernahme von aktivierenden und (durch Beratung, Information und Projektvorschläge) unterstützenden Funktionen, für die in beschränktem Umfang auch finanzielle Mittel zur Verfügung stehen („Technische Hilfen“<sup>11</sup>);
- die Beteiligung an Vorbereitung und Durchführung der dezentralen Veranstaltungen wie lokale Starter- oder Themenkonferenzen und regionaler Erfahrungsaustausch (in Zusammenarbeit mit dem Difu).

Die Programmbegleitung vor Ort wird vom Difu in Abstimmung mit den Kommunen und den Gebietsakteuren eingesetzt. In vier Gebieten wird das Difu selbst diese Aufgabe übernehmen, in den restlichen zwölf werden externe Büros, Gruppen, Einzelpersonen beauftragt. Die Gesamtkoordination liegt in den Händen des Difu; sie ist vor allem notwendig, um eine Vergleichbarkeit der gebietsbezogenen Dokumentationen und Aktivitäten zu gewährleisten.

Alle Untersuchungen und programmbegleitenden Aktivitäten in den 16 Modellgebieten bilden auch die Basis für zwei weitere Handlungsfelder, denen für eine Zwischenbilanz im Jahr 2002 und für die Entwicklung von Vorschlägen zur Weiterführung des Programms „Soziale Stadt“ besondere Bedeutung zukommt: für Best-Practice-Analysen und die Sicherung der Voraussetzungen für eine spätere Ergebnisevaluierung des Programms. Insgesamt sollen erste Erkenntnisse über Erfolge und Misserfolge der Programmumsetzung gewonnen werden.

## Best-Practice-Analysen

In Arbeitsteilung mit dem Büro Empirica, das seine Best-Practice-Untersuchungen auf Neubauquartiere konzentriert, übernimmt das Difu die Best-Practice-Analyse für Altbaugebiete und gemischte Quartiere. Das kann vieles betreffen: Projekte, Maßnahmen, Verfahren, Ideen – im gesamten Spektrum der Handlungs- und Politikfelder zur Sozialen Stadt, das heißt im ökonomischen, beschäftigungs- und sozialpolitischen, wohnungswirtschaftlichen, soziokulturellen, gesundheitlichen, kriminalpräventiven, nicht zuletzt städtebaulichen Bereich usw. Übergreifend geht es um Ansätze zur Bündelung von Ressourcen (finanzielle Mittel und Personen) auf allen Ebenen (Bund, Länder und Gemeinden), zu Organisation und Management sowie zur Aktivierung der Bewohnerschaft und damit um die Themenfelder, die auf der Starterkonferenz ins Zentrum der Erfahrungsberichte aus den Modellgebieten gerückt worden sind.

Bei den Analysen werden zum einen „gute Beispiele“ ermittelt, die auf lokaler Ebene als innovativ, weiterführend, beispielhaft und damit als „Erfolg“ gelten können. Zum zweiten geht es um Handlungs- und Gestaltungsprinzipien, die über ihre lokale Wirksamkeit hinaus auch auf andere Orte und Situationen übertragbar sind, und damit eher um Best-Practice-Strategien, vielleicht auch um Standards für Ziele, Inhalte und

---

<sup>11</sup> Die Anforderung von und für Technische Hilfen kommen aus den Modellgebieten; sie können sich auf verschiedenste Projekte, Verfahren, Initiativen beziehen: Quartiersevents, Runde Tische, Ausstattungshilfen, Ideen-Märkte, Imageaktionen, Vergabe kleinerer Gutachten zu Einzelfragen, temporäre Installationen, Zukunfts- und/oder Planungswerkstätten, Konsenskonferenzen, künstlerische Aktionen usw.

Verfahren der Programmumsetzung. Den räumlichen Bezugsrahmen für die Best-Practice-Analysen bilden nicht nur die Modellgebiete, sondern alle Gebiete der Programmjahre 1999 und 2000; modellhafte Maßnahmen, Projekte oder Verfahren in Nicht-Programm-Gebieten sollen ebenfalls in die Untersuchungen einbezogen werden.

## Sicherung der Voraussetzungen für die Ergebnisevaluierung des Programms

Im Rahmen der dokumentierenden Aufgabe der Programmbegleitung vor Ort in den Modellgebieten können sicher auch Aussagen dazu erwartet werden, inwieweit Ziele – in erster Linie Verfahrensziele – des Programms erreicht werden konnten. Eine Ergebnisevaluierung im methodisch strengeren Sinne setzt eine längere Laufzeit des Programms voraus, da nachhaltige Problemlösungen und Umsetzungserfolge einen Zeitraum von etwa zehn Jahren erfordern – das jedenfalls wird aus nationalen und internationalen Erfahrungen mit sozialorientierter Stadtteilentwicklung deutlich. Eine Evaluierung der Programmergebnisse kann deshalb im Rahmen der Programmbegleitung durch das Difu nur vorbereitet werden (in Zusammenarbeit mit dem BBR). Zu dieser Vorbereitung zählen verschiedene Arbeitsschritte:

- Auswertung bereits vorliegender oder kurz vor dem Abschluss stehender externer Wirkungsanalysen;
- Fragebogenaktion zur Ausgangssituation hinsichtlich von Problemen, Ressourcen, geplanten Maßnahmen, Zielen (laufend, vorgesehen auch für die Gebiete des Programmjahrs 2000);
- Fragebogenaktion zu Wirkungseinschätzungen (Herbst 2001), um erste Hinweise auf Erfolge und Misserfolge, die dem Programm zugerechnet werden, zu ermitteln;
- Entwicklung eines „indikatorengestützten kleinräumigen Monitoring“ als Eigenprojekt des BBR, um im Rahmen der Ergebnisevaluierung gesamtstädtische Wirkungen der Programmmaßnahmen ermitteln zu können.

Bei der Auswertung werden unter anderem zwei Themenkomplexe besondere Beachtung finden: zum einen, inwieweit und wie der „besondere“ Entwicklungsbedarf in einzelnen Stadtteilen durch eine fundierte, transparente und politisch legitimierbare Gebietsauswahl in Abstimmung zwischen allen betroffenen Politikbereichen konsensfähig gemacht werden konnte, und zum zweiten, inwieweit ein „auf Fortschreibung angelegtes gebietsbezogenes integriertes stadtentwicklungspolitisches Handlungskonzept“<sup>12</sup> maßnahmebegleitend tatsächlich entwickelt wird (integrativer Gehalt der Maßnahmenkonzepte).

## Ausblick

Insgesamt ist also mit der Programmbegleitung durch das Difu eine Vorgehensweise ausgewählt worden, mit der die Umsetzung des Programms unterstützt wird und seine Stärken und Schwächen im breiten Erfahrungsaustausch zur Diskussion gestellt werden.

---

<sup>12</sup> VV-Städtebauförderung 1999, Artikel 2, Schlussabsatz zu (4).

Den Ergebnissen der Best-Practice-Analysen und auch den ersten Erkenntnissen in Sachen Evaluierung kommt besondere Bedeutung zu: Beispielsweise wird im „Leitfaden zur Ausgestaltung der Gemeinschaftsinitiative Soziale Stadt“, der die Positionen der Bundesländer spiegelt, darauf hingewiesen, dass die Evaluation „unabdingbarer Bestandteil integrierter Handlungskonzepte“ sei und darüber hinaus auch eine „verlässliche Grundlage“ darstelle, um Empfehlungen zur „Fortentwicklung der Gemeinschaftsinitiative Soziale Stadt“ zu entwickeln<sup>13</sup>.

Nur indem alle Beteiligten sich kontinuierlich Rechenschaft ablegen über die Leistungsfähigkeit von Maßnahmen, Aktivitäten und Verfahren sowie über Möglichkeiten zur Präzisierung und Verbesserung der Programmstrukturen kann das Programm „Soziale Stadt“ langfristig seine volle Wirksamkeit entfalten.

---

<sup>13</sup> Arbeitspapiere, Bd. 3, Teil 3, S. 18 f.

# 6 ■

## Podiumsgespräch Erfordernisse und Chancen des neuen Programms – eine Betrachtung aus verschiedenen Blickrichtungen

Moderation: Prof. Dr. Michael Krautzberger  
Ministerialdirektor, Leiter der Abteilung Bauwesen und Städtebau des  
Bundesministeriums für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen, Berlin

### Podiumsteilnehmer:

Dieter Cordes

Vorsitzender des Fachausschusses Stadterneuerung und Stadtentwicklung des GdW  
Bundesverband deutscher Wohnungsunternehmen e.V., Köln/Bremen

Hans Fürst

Nassauische Heimstätte Gesellschaft für innovative Projekte im Wohnungsbau mbH,  
Dreieich-Sprendlingen

Prof. Dr. Wolfgang Hinte

Institut für stadtteilbezogene soziale Arbeit und Beratung, Universität Essen

Peter Strieder

Senator für Stadtentwicklung, Berlin

Beate Weber

Oberbürgermeisterin der Stadt Heidelberg

Prof. Peter Zlonicky

Fachgebiet Städtebau und Bauleitplanung, Universität Dortmund

*Prof. Dr. Michael Krautzberger*

Eingangs ein paar Sätze zur Einstimmung auf diese Schlussrunde zum Thema „Erfordernisse und Chancen des neuen Programms – Betrachtungen aus verschiedenen Blickrichtungen“. Da ich einer der Mitverantwortlichen für das Programm bin oder zumindest Mitverantwortung zu tragen habe, hört man natürlich im Laufe einer solchen Veranstaltung besonders sorgfältig auf die kritischen Töne; und ich habe mit Interesse Fragen wahrgenommen, wie: Wo bleiben die Sozialarbeit, die Wirtschaftsförderung, die Kulturarbeit, die Architektur? Zur Frage der Finanzierung: nur investive Kosten? – Ist es Städtebauförderung in einer neuen Variante oder wirklich mehr? Da gab es eine Reihe von kritischen Fragen bis hin zur Feststellung – das hat heute früh jemand so schön gesagt – : „Das ist ein Programm zur Förderung der Kooperation von Ämtern.“ Ich kann Ihnen versichern, dass wir solche Fragen sehr intensiv erörtert haben. Wir haben diese Probleme gesehen und sehen sie immer noch vor uns. Und ich sage als einer der Akteure: Das ist die Ausgangslage, jetzt müssen wir Modelle entwickeln, das zu lösen.

Die Kooperation stellt in Deutschland strukturell ein Problem dar, in einem Land, das nach dem Ressortprinzip organisiert ist, wo wir eben nicht – wie ein englischer Minister – einfach vor Ort gehen und eine Task Force einrichten können, oder – wie in Frankreich – neben der Regierung eine Delegation bilden können, die das Ganze bündelt. Das gehört zur Ausgangslage, zu den Schwierigkeiten, die wir lösen müssen. Nach unserer Einschätzung im Bundesministerium brauchen wir sicherlich nicht nur sechs Monate und nicht nur ein Jahr, sondern – darauf haben wir uns eingestellt – zwei bis drei Jahre, um dieses neue Denken, das man für dieses Programm braucht, zu unterstützen.

Zum Ablauf der Diskussion haben wir uns darauf verständigt, dass wir in zwei Blöcken vorgehen: also nicht in Referaten, sondern, dass wir in einer ersten Runde versuchen, Antworten oder Kommentare zur Frage zu finden, was aus Sicht der hier anwesenden Akteure das hauptsächliche Problem und die wichtigste Aufgabe des Programms ist. Die zweite Runde sollte dann dem Ausblick, der Visionen gewidmet werden.

*Dieter Cordes*

Der GDW, die Wohnungswirtschaft, die Wohnungsunternehmen, die Sanierungsträger freuen sich natürlich darüber, dass diese Gemeinschaftsinitiative des Bundes und der Länder entstanden ist und heute mit der Konferenz auch ihren Start nimmt. Die Frage ist aber, kommt dieses Programm nicht – wie viele andere Programme – schon fast zu spät? In den Papieren dazu steht, der soziale Verbund in unseren Städten ist gefährdet. Vielleicht darf ich eine Anleihe aus dem Wirtschaftsrecht nehmen. Viele unserer Wohnungsunternehmen sind neuerdings rechtlich aufgefordert, ein Risikomanagement für ihr Unternehmen zu unterhalten und ständig zu berichten. Die Frage ist, gibt es eigentlich ein solches Risikomanagement für unsere Gemeinden? Und wenn ja, wo ist es installiert und wie funktioniert es? Wir Wohnungsunternehmen glauben, dass wir so etwas wie ein Frühwarnsystem für Risikoentwicklungen in den Wohngebieten, in den Großsiedlungen, in den Gemeinden sind. Die Verwalter der Wohnungen, die Eigentümer der Wohnungen – ob nun in den Großsiedlungen oder auch in kleineren Wohnanlagen – bekommen bei der Bewirtschaftung zuallererst Kenntnis davon, wohin

sich möglicherweise die Struktur in diesen Wohnungen entwickelt und welche Sorgen unsere Mieter haben. Und, wenn ich das an dieser Stelle vielleicht einflechten darf: Ein besonderes Problem, das heute hier nicht im Mittelpunkt steht, sondern Thema anderer Tagungen ist, sind die dramatischen Entwicklungen in einigen Kommunen, insbesondere in den neuen Bundesländern, die durch diese gravierenden Strukturveränderungen eingetreten sind. Die Regierung hat reagiert und eine Kommission berufen. Wir nehmen zur Kenntnis, dass die Wohnungswirtschaft darin nicht vertreten ist. Ich denke, das sollte noch einmal überdacht werden.

Aber zurück zum Thema: Warum ist es sehr spät für das Programm „Soziale Stadt“? Die Akteure in der Stadt sind immer noch die gleichen; sie haben aber ein völlig neues Rollenverständnis gefunden. Der Staat versteht sich nicht mehr als Hüter des Gemeinwohls, er fühlt sich vielmehr überfordert und möchte am liebsten nur noch moderieren. Die Wirtschaft fühlt sich auch nicht mehr zuallererst dem Gemeinwohl verpflichtet, sondern den Aktionären. Und nun zu unserer Rolle, den Eigentümern der Wohnungen: Wir sind aus der Gemeinnützigkeit entlassen worden. Und dort, wo wir neue Eigentümer haben, müssen wir uns auch an deren Zielen orientieren. Selbst die Stadt, Herr Senator Strieder, vertritt ja heute noch einen großen Gesellschafter der früher gemeinnützigen Wohnungsbaugesellschaften, hat auch neue Ziele für ihre Wohnungsbestände formuliert. Die Stadt betrachtet vielfach diese Wohnungsbestände als Tafelsilber und agiert entsprechend. Das heißt, das Rollenverständnis vieler Akteure in der Stadt hat sich verändert. Die Aufgaben sind aber eigentlich geblieben. Die Wohnungsbestände müssen heute unter veränderten Bedingungen die gleichen Aufgaben erfüllen. Vielfach sind die Aufgaben sogar noch schwieriger und komplexer geworden.

Das Programm „Soziale Stadt“ ist unseres Erachtens ein Instrument, um auf richtige Art und Weise auf diese Veränderungen zu reagieren. Die Wohnungsbaugesellschaften haben vielfach im Zusammenwirken, aber auch, weil sie selbst in der Rolle als Sanierungs- und Entwicklungsträger tätig sind, schon seit 1973 versucht, die verschiedenen Politikfelder für eine gemeinsame Aufgabe zusammenzubinden und sie unter einem gemeinsam formulierten Ziel arbeiten zu lassen. Das ist in den förmlich festgelegten Sanierungs- und Entwicklungsgebieten immer sehr gut gelungen. Und das ist in den letzten Jahren in den Gebieten der Bundesrepublik fortgesetzt worden, in denen die EU-Mittel aus den Strukturfondsprogrammen eingesetzt worden sind. Hier knüpft jetzt auch das Programm „Soziale Stadt“ an, stellt das gleiche Ziel in den Mittelpunkt seiner organisatorischen Aussage, nämlich das Zusammenknüpfen dieser Politikfelder; das begrüßen wir. Wir möchten gern als Akteure weiterhin mitwirken, wenn auch festzustellen ist – und das sollte an dieser Stelle nicht vernachlässigt werden –, dass der Mittelansatz, der zur Verfügung steht, für diesen gewaltigen programmatischen Ansatz, enttäuschend klein ist.

*Prof. Dr. Michael Krautzberger*

Eine Zwischenbemerkung zum Mittelansatz: Ich meine, wer hätte nicht gern mehr Geld. Gestern hat Minister Klimmt auch darauf hingewiesen. Andererseits frage ich mich, wie wir die Motivation in den Ämtern vor Ort und eine Kooperation zwischen Beteiligten schaffen können, wenn wir ein Amt mit einem Topf ausgestattet hätten, was alle

Probleme löst. Die Kritik, die ich heute und gestern wahrgenommen habe, bezog sich auch darauf, dass wir die Mittel nur einem Bereich, nämlich der Städtebauförderung gegeben hätten.

*Nachfrage:* Wie hoch ist denn der Gesamtetat?

Er beträgt 100 Mio. DM Finanzhilfen des Bundes und den gleichen Betrag jeweils von Ländern und Gemeinden; also insgesamt 300 Mio. DM.

*Senator Peter Strieder*

Dazu: Das sind nun aber 300 Millionen mehr als letztes Jahr. So kann man das auch betrachten. Im Übrigen gibt es dann auch noch mehr Mittel: URBAN, EFRE usw. Daneben haben wir auch noch Sanierungs- und Modernisierungs- sowie Instandsetzungsmittel. Und dann gibt es auch noch die Mittel des sozialen Wohnungsbaus. Die Frage ist doch, ob wir in der Lage sind, diese Verknüpfung miteinander herzustellen. Berlin hat wegen seiner Verspätung in der Geschichte jetzt noch eine vielleicht größere Chance als andere Städte in Westdeutschland oder in Westeuropa: Wir hatten diese Randwanderung, diese Suburbanisierung aus den bekannten Gründen nicht gehabt. Und der Prozess der Segregation hat erst vor kurzem eingesetzt, vor drei, vier Jahren mit einer starken Stadt-Land-Wanderung. Diese starke Stadt-Land-Wanderung kann man kurz so zusammenfassen: Diejenigen, die sich das leisten können, ziehen aus problematischen Quartieren weg, womit die Situation in diesen schwierigen Gebieten verstärkt wird. Aber es ist ein Prozess, der in Berlin noch nicht 20 Jahre anhält, sondern erst nach 1990 konnte man mit der Planung von Vorstädten beginnen und sie dann drei bis vier Jahre später realisieren, so dass diese Entmischung eben erst seit einer relativ kurzen Zeit im Gange ist. Deswegen glaube ich, dass für uns dieser Ansatz gerade noch rechtzeitig kommt – sicherlich auch angestoßen durch das Häußermann-Gutachten<sup>1</sup>.

Als ich 1996 gebeten habe, ein solches Gutachten zu machen, war übrigens der Ansatz in Berlin ein ganz anderer: Alle alternativen Gruppen haben diskutiert, dass in der Stadtmitte durch die Hauptstadtfunktion Berlins die angestammte, insbesondere ärmere Bevölkerung vertrieben werden wird. Dies wollten wir untersuchen, diesen Prozess wollten wir nachzeichnen. Das Ergebnis war ein erschreckend anderes. Ich glaube in der Tat, Herr Krautzberger, dass ein Förderprogramm zur Koordinierung von Ämtern das Richtige ist. Die Probleme, die in einzelnen Quartieren entstehen oder entstanden sind, sind von der Zentrale aus einfach nicht mehr zu regeln, auch nicht von den Bezirksratshäusern in Berlin, wo es noch 23 gibt. Wenn Sie sich einen Bezirk wie Neukölln angucken, der hat eben 350 000 Einwohner. Das ist eine nicht ganz kleine Einheit; das ist von der Zentrale dieses Bezirks aus einfach nicht zu händeln.

Ich sehe einen zweiten Bereich, der sich verändert hat: Die Politik der Stellvertretung, also des sich Engagierens für andere, findet nicht mehr den gleichen Anklang wie in den

---

<sup>1</sup> Hartmut Häußermann, Andreas Kapphann u.a., Sozialorientierte Stadtentwicklung. Gutachten im Auftrag der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Umweltschutz und Technologie, Berlin 1998 (Berlin StadtEntwicklung, Bd. 18).

siebziger und achtziger Jahren, so dass wir versuchen müssen, in diesen Gebieten die Menschen zu ermutigen, für sich selbst etwas tun, weil diese Stellvertreter aus vielen Bereichen nicht mehr vorhanden sind, die vielleicht auch eine Zeitlang in so einem Bezirk gewohnt haben, aber sich auch dann noch für den Bezirk engagiert haben, als sie längst sozial aufgestiegen waren und in einem anderen Bezirk wohnten.

Und der dritte Punkt ist, dass wir bei den Berliner Wohnungsbaugesellschaften häufig so große Apparate haben, dass von der Zentrale aus eine ausreichende Feinsteuerung nicht mehr möglich ist. Wahrscheinlich ist es so, dass eine unserer städtischen Wohnungsbaugesellschaften, die heißt „Stadt und Land“, überhaupt den ersten Quartiersmanager beschäftigt hat. Die haben nämlich gesehen, was in ihren Bereichen los ist. Der soziale Wohnungsbau in den sechziger und siebziger Jahren war – jedenfalls kann ich das für Berlin sagen – ein Städtebau, der auf abgesicherte Milieus gezielt hat, auf Arbeiter und Facharbeiter. Durch die Einkommensgrenzen im sozialen Wohnungsbau hat sich auch die Belegschaft dramatisch verändert. Für Berlin ist auch diese irrsinnig hohe Arbeitslosigkeit entscheidend, derzeit 15,3 Prozent. 350 000 Arbeitsplätze sind seit 1990 in diesem Umstrukturierungsprozess verloren gegangen, das führt dazu, dass wir in innerstädtischen Gebieten wie Kreuzberg eine Arbeitslosigkeit von 29 Prozent haben, im Wedding ungefähr 24 Prozent, im Tiergarten 21 Prozent. Das sind schon sehr hohe Zahlen, die unmittelbar Rückwirkungen auf Kaufkraft, auf das Ansiedeln von Läden und dergleichen mehr zulassen. Wir müssen deshalb die Verknüpfung mit Arbeitsmarktmodellen hinkriegen, und wir müssen die gefährdeten Quartiere besonders attraktiv machen. Ich glaube, dass die Qualität des öffentlichen Raumes und die Verteidigung des öffentlichen Eigentums im öffentlichen Raum eine entscheidende Stellschraube dafür sein wird, ob wir Gebiete wieder aufbauen können, in denen man gerne lebt, oder ob wir weiterhin zulassen, dass genau diese öffentlichen Räume und dieses öffentliche Eigentum so verwahrlosen wie es in unseren Großstädten häufig der Fall ist. Ich glaube, dass wir dort auch bei der Frage von sozialer Stadtentwicklung ganz offensiv ansetzen müssen.

*Prof. Dr. Wolfgang Hinte*

Ich möchte drei Bereiche nennen, an denen mein Herz hängt und die mir nach dem, was ich in diesen zwei Tagen gehört habe und was ich über dieses Programm gelesen habe und vor allen Dingen nach dem, was ich auch aus den Innenansichten einiger Kommunen kenne, auch einiger, die hier sind oder waren, möchte ich auf drei wichtige Problembereiche hinweisen.

Erster Bereich: Ich glaube, dieses Programm steht in starkem Widerspruch zu bestimmten Bestandteilen der Verwaltungsreform. Wenn Sie auch zu den Städten gehören, wo die Verwaltungen reformiert wurden oder werden, dann werden Sie gelernt haben, dass die Bürgerinnen und Bürger seit kurzem Kundinnen und Kunden sind. Im Rahmen der Stadtentwicklung mutieren sie jetzt zu endogenen Potentialen. Der Unterschied ist bedeutsam. Ein Kunde wird bedient; und das ist gut so. Deshalb ist das Kundinnen- und Kundenbild in bestimmten Teilen der öffentlichen Verwaltung sehr treffend. Unsere Arbeit, Stadtteilentwicklung, lebt indes davon, dass die Leute eben nicht bedient werden, sondern dass die Leute angeregt werden, dass man ihnen ein bisschen lästig fällt, dass sie aktiviert werden, dass man sagt, Ihr müsst euch selber

bewegen. Wir sind bereit, etwas zu tun, aber Ihr müsst auch was tun. Das heißt, der Kunde wird eben nicht bedient, sondern man mutet ihm sogar etwas zu, was ich für einen im Kern demokratischen Akt halte. Im Profitbereich gibt es das sonst nur bei Ikea. Also das Kundenbild führt in die Irre. Die Verwaltungsreform hantiert zum Teil sehr einseitig und in für mich kaum nachvollziehbarer Begriffsverwirrung immer wieder mit dem Kundinnen- und Kundenbild. Ich setze dagegen das Bild des Bürgers und der Bürgerin, und da ist der aktive Teil ein sehr wichtiger. Ich bin gespannt, wie die Verwaltungen das umgestellt kriegen, nachdem sie die Beschäftigten auf Kundenorientierung trainiert haben; jetzt werden sie auf Aktivierung trainiert.

Ich habe heute mit Interesse gehört, dass ein Bürgermeister mit Stolz von hohen Präsenzzeiten gesprochen hat. Umfangreiche Präsenzzeiten müssen für ein Programm nicht gut sein, denn dann sitzen die Mitarbeiter hinter dem Schreibtisch. Die sollen aber raus in die Lebenswelt. Widersprüche zeigen sich an vielen Stellen vor Ort. Ein Stadtteil ist kein Produkt, der kommt in keinem Produktkatalog vor. Und die Ämter sind nach Produkten sortiert, sowohl innerhalb der Ämter als auch die Ämter selbst, sie haben zum Teil eigene Budgets. Ich habe begrüßt, dass die Ämter eigene Budgets haben. Aber was erleben wir derzeit vor Ort? Das Runterbrechen der Budgets auf den Stadtteil ist ein großes Problem. Jedes Amt schielt argwöhnisch auf sein Budget und sagt: Wo ist das Budget „Stadtteil“, das haben wir nicht. Wir haben nur Ämterbudgets. Und da sind wir natürlich voll ausgelastet. Ich glaube, die Produktorientierung hat enorm die Versäulung gefördert. Und wir sind mit diesem Programm dabei, die Versäulung wieder abzubauen. Auch da bin ich gespannt, wie wir das hinkriegen. Die Versäulung fängt zudem oben an. Ich hab gestern sehr aufmerksam der Ministerin und dem Minister zugehört. Ich sage es mal unbefangen, ich habe nichts zu verlieren hier: Die haben nicht so recht verstanden, was mit dem Programm wirklich gemeint ist, oder sie haben die falschen Redenschreiber.

Die Integrationsleistung muss, so fürchte ich, weiter im Quartier erbracht werden – sowohl mit Blick auf Bundesebene wie auch auf Länderebene. Das weiß ich aus vielen Beispielen, und Sie, die hier sitzen, werden das auch wissen, denn es herrscht auf allen Ebenen immer noch Parzellenmentalität und Bereichsborniertheit. Und solange wir das haben, im Bund, im Land und zum Teil in den Kommunen, schwimmen wir mit diesem sehr guten Programm von unten gegen den Strom. Und verrückt: Dieses Programm ist obendrein noch von oben installiert. Ich erlebe immer wieder, dass die Akteure vor Ort sagen: Wir kriegen weiterhin das Geld über den oder den oder den Finanzstrom. Wir müssen vor Ort die Integrationsleistung erbringen; das ist gerade dann schwer, wenn in bestimmten Bereichen mehr Geld hängt als in anderen. Dann kommt es zu verrückten Trennungen wie bei manchen Projekten: Da sind einerseits investive Maßnahmen, und da sind andererseits sozial integrative Maßnahmen. Das fördert nicht den Integrationsgedanken des Projektes.

Vieles ist noch additiv und nicht integriert. Das merke ich gelegentlich auch hier: Wenn irgendjemand aufstand und sagte: Da fehlt aber „lokale Ökonomie“, da haben sofort die 30 lokalen Ökonomen geklatscht. Wenn einer gesagt hat, da fehlen die Wohlfahrtsverbände, hat diese Ecke da geklatscht. Das heißt, die sitzen auch alle hier verteilt. Soweit zum ersten Bereich: Widerspruch zwischen Verwaltungsreform und diesem Programm.

Der zweite Widerspruch ist der zwischen der Welt der Bürokratie und des Milieus, über das wir reden. Ich habe mehrfach gehört: Mit diesem Programm wollen wir Motivation wecken, Aufbruchstimmung erzeugen, die Leute abholen, Stadtteilbüros sind Anwalt der Betroffenen. Ich habe gehört: Wir tun Schritte, um den Leuten Teilhabe zu ermöglichen. Die Bürokratie entdeckt die Pädagogik – und das in einer Zeit, wo die Pädagogik sich von sich selbst verabschiedet. Ich bin sehr überrascht. Warum macht man das? Weil wir gegen Vandalismus, Drogen, Gewalt, Alkohol, Sprachlosigkeit und vor allen Dingen gegen geringe Wahlbeteiligung sind. Ich teile den Zwischenruf von Rainer Staubach: Geringe Wahlbeteiligung – das kann sehr klug sein von den Bewohnerinnen und Bewohnern. Eine geringe Wahlbeteiligung muss nicht etwas sein, was man bekämpfen muss. Man kann das auch als ein Anzeichen dafür nehmen, dass die Bevölkerung sehr genau weiß, von wem sie was zu erwarten hat.

Ich möchte diese Defizitbeschreibung der Bewohnerinnen und Bewohner gerne kippen und das andere daneben setzen: Die Bürger sind hochgradig aktiv. Die müssen nicht aktiviert werden. Sie sind nur nicht so aktiv, wie sich die Städtebauförderer und -förderinnen das wünschen. Sie sind auf eine andere Art und Weise aktiv. Was wir mit dem Programm gerade nicht machen dürfen, wir dürfen nicht Motivation – wie hier ganz oft gesagt wurde – wecken. Wir müssen sehen, wo bereits Motivation vorhanden ist und diese Motivation aufgreifen. Die Motivation müssen wir suchen und nicht meinen, wir können sie pädagogisch antrainieren oder anerziehen. Dieses Programm ist nur so durchzogen von pädagogisierenden Vokabeln, die uns sagen, was sie alles aus Menschen machen wollen. Ich sage Ihnen, das geht schief. Die Geschichte der Pädagogik ist eine Geschichte der Niederlagen. Also kurz zusammengefasst: Mir geht es nicht darum, die Bewohner zu beteiligen, sondern wir müssen darüber nachdenken, wie können die Bewohnerinnen und Bewohner die Verwaltung an dem beteiligen, was da unten läuft.

Der dritte Bereich: Mir fehlt in dem Programm eine personengestützte Infrastruktur. Ich halte das für das größte Defizit dieses Programms. Wir brauchen Menschen, die dafür zuständig sind, Kontakte zur Wohnbevölkerung zu knüpfen. Diese Menschen kosten Geld, und sie müssen dauerhaft installiert werden und nicht über ABM, ASF, LKZ oder RTL. Sie müssen als eine dauerhafte, personengestützte Infrastruktur in den Kommunen vorkommen, die projektunabhängig Leute aktiviert. Die reine Aktivierung über „Leuchtturmprojekte“ – da haben wir ja einige gesehen – die sind folienkompatibel. Die Realität sieht gelegentlich anders aus, weil, wenn diese zweijährige Überfallaktion „Soziale Stadt“ vorbei ist, haben wir eben nicht diese dauerhafte personengestützte Infrastruktur. Mir ist wichtig, dass zumindest sie anschließend übrig bleibt. Deshalb rate ich dringend dazu, in diesem Bereich in Menschen zu investieren, aber in hochkompetente Menschen, denn die, die wir da brauchen, brauchen eine hohe Qualifikation. Ich glaube sogar mittlerweile, wir brauchen ein neues Berufsbild. Ich rate Ihnen gar nicht, dass das unbedingt Sozialarbeiter sein müssen. Es gibt Sozialarbeiter, die können das, es gibt auch Raumplanerinnen, die können das, es gibt auch andere Berufsgruppen, die können das. Ich würde das nicht an einer Berufsgruppe festmachen. Ich glaube, wir brauchen ein neues Berufsbild für diesen Bereich. Und das gilt es auch, über Förderung zu unterstützen.

*Oberbürgermeisterin Beate Weber*

Herr Hinte, Sie haben relativ locker Dinge miteinander vermischt, die nicht unbedingt in der Wirklichkeit auch miteinander vermischt werden müssen. Wenn man sich mit Kunden befasst, muss das nicht unbedingt heißen, dass man ihnen jetzt die Schuhe putzt und sie von vorn bis hinten bedient, sondern, wenn das Ziel Kundenzufriedenheit ist, dann bekommen Sie genau das, was Sie erreichen wollen, nämlich Menschen, die sich auch gerne engagieren, weil sie das Gefühl haben, sie werden fair behandelt. Bei mir in Heidelberg geht Kundenzufriedenheit und Bürgerbeteiligung zusammen. So, wie Sie das ausgedrückt haben, sieht das so aus, als ob jemand, der von Zeit zu Zeit auch von Bürgern als Kunden redet, davon überhaupt keine Ahnung hat. So locker würde ich das nicht sehen.

Wir, die Stadt Heidelberg haben uns übrigens für das Programm beworben, sind aber 1999 noch nicht angenommen. Wir haben bei unseren Stadtteilrahmenplänen genau das gemacht, von dem Sie gerade gemeint haben, dass es völlig unmöglich sei. Wir versuchen nämlich, einen Qualitätsstandard für unsere Produkte zu setzen: Eine Leistung ist dann gut, wenn z.B. eine soziale Stadt, ein sozialer Stadtteil ein Qualitätskriterium ist, wenn z.B. Gleichstellung von Männern und Frauen, wenn Umweltschutz und Nachhaltigkeit Qualitätskriterien sind. Wir sind verantwortlich für die Entwicklung von Qualitätsstandards von diesen sogenannten Produkten. Genau hier fängt es an, interessant zu werden. Das sollte man nicht ganz so einschichtig und eindimensional sehen, wie Sie das eben dargestellt haben. Wenn man die richtigen Dinge miteinander verbindet, dann wird da nämlich was Vernünftiges draus. Es ist klar, dass man nicht einfach nur Leistungen A, B, C, D, E nebeneinander stellen kann, sondern immer auch fragen muss, was denn das Grundziel ist, was hinter einer solchen Leistung steht und welche Qualitätsvorstellung man von einer vernünftigen Stadt hat.

Darf ich zu dem zurückkommen, was schwierig ist an diesem Programm. Es gibt ein paar Punkte, die außerordentlich kompliziert sind. Das erste ist sicher, dass jeder will, dass eine Stadt sozial stabil ist. Was das im Einzelnen heißt, interessiert diejenigen, die in Heidelberg in Neuenheim wohnen, relativ wenig, weil die damit keine Probleme haben. Die woanders wohnen, haben damit sehr wohl Probleme. Jeder will das, aber nur sehr wenige haben Lust, sich damit zu beschäftigen. Solche Themen werden bei uns in Sozialausschüssen behandelt. Zuständig für Sozialausschüsse sind in der Regel zwei Drittel Frauen und ein Drittel Männer, wenn es überhaupt so viele Frauen im Gemeinderat gibt. Damit ist das Thema dann erledigt. Das Thema „Soziale Stadt“ ist interessanterweise für das Gros der städtischen Politik kein Thema. Es ist natürlich im Hintergrund ein Thema, weil, wenn es nicht funktioniert, es sofort zum Thema wird, aber wie es zum Funktionieren gebracht wird, interessiert die Leute relativ wenig.

Ich erinnere mich mit großer Freude dran: Als wir mit unserer Stadtentwicklungsplanung angefangen haben, die 1997 dann mit dem Bürgerbeteiligungsprozess abgeschlossen wurde, habe ich mit einer Diskussionsrunde zum Thema „Die solidarische Stadt“ begonnen. (Da gab es das Programm noch nicht, vielleicht hätte ich es später auch „Soziale Stadt“ genannt.) Damit bin ich auf völliges Unverständnis gestoßen. Der Gemeinderat, die Bevölkerung haben erst ziemlich verblüfft geguckt, einige unserer Ämter waren sehr überrascht, weil normalerweise Stadtentwicklungsplanung – und das ist eins der Haupthindernisse – immer als gebaute Stadt gesehen wird. Ich finde, das

dokumentiert sich sehr schön in der Reaktion Baden-Württembergs auf dieses Programm: das heißt, alles, was gebaut ist, ist richtig, da kann man Messingplättchen dran hängen, das ist in der Amtszeit X, Y, Z entstanden. Da kann man stolz auf einen Tunnel, eine Brücke oder ein Kongresszentrum sein, aber, wenn man sich um Zusammenhänge, um das, was sich in einer Stadt bewegt, kümmert, dann ist das eigentlich kein Thema, mit dem man Lorbeeren oder Wahlen gewinnen kann. Das läuft gegen die Wahrnehmung.

Politik wird dann belohnt, wenn Sie große Maßnahmen in Angriff nehmen. Wenn CO<sub>2</sub> gemindert wird, wenn die Frauen alle Arbeit haben, die Kinder alle versorgt sind, es keinen Kampf zwischen Jugendbanden in irgendeinem Stadtteil gibt, dann ist das sehr schwierig zu messen. Das ist ein Problem, das wir im Augenblick in der Politik überall haben, dass die Ursache-Wirkungs-Beziehung nicht so eindeutig und einfach herzustellen ist. Das heißt, man kann nicht sagen, mit *diesem* Gemeinderatsbeschluss haben wird *das* in Ordnung gebracht und mit diesen Millionen oder mit diesen 100 000 DM haben wir das Problem gelöst. In dem Augenblick, wo das nicht geht, haben Sie unendliche Schwierigkeiten, in einem Gemeinderat eine ernsthafte Debatte zu bekommen. Diese Dinge werden ohne Diskussion in drei Minuten abgewinkt. Das ist das allerschwierigste Problem, mit dem wir zu kämpfen haben, dass wir die große Begeisterung in der politischen Debatte, in den Medien dafür nicht bekommen. Aber wir bekommen sie möglicherweise in der Bevölkerung. Eine Bürgerbeteiligungskultur schrittweise aufzubauen, gelingt nicht mit einem Programm. Wenn man da keine Tradition hat, muss man die erst schrittweise entstehen lassen, und die Bürger müssen merken, dass sie nicht jedes Mal mit ihrer Vorstellung von Veränderungen gewinnen können. Es muss auch mal etwas schief gehen können, man muss auch einmal erkennen, dass das eigene Interesse offensichtlich nicht das von allen anderen war. Die Menschen machen dann mit unglaublicher Begeisterung mit.

Wir haben gerade in dem schwierigen Stadtteil, den wir für das Programm angemeldet haben, unseren Stadtteilrahmenplan abgestimmt – und zwar in einem langen Verfahren mit Workshops, bei denen 50 bis 60 Leute aus völlig unterschiedlichen Organisationen des Stadtteils mit Begeisterung mitgemacht und sich engagiert haben. (Ich hab allerdings vorhin gelernt, dass man sie dafür auch noch mehr loben müsste, das heißt die Rückmeldung noch positiver geben sollte.) Diese Aktivitäten im Stadtteil werden aber nicht in der politischen Diskussion in der großen Stadt widergespiegelt. So ein abgeschlossener Stadtteilrahmenplan ist eine schöne Sache, erreicht auch mit Zukunftswerkstätten, wo Frauen ganz gezielt angesprochen werden, weil man die sonst nicht in die Debatte reinkriegt. Das Ergebnis taucht in Zeitungen auf der fünften Seite auf, „Stadtteilrahmenplan verabschiedet“, und das ist es dann. Aber dass das ein Prozess ist, der weitergeht, der nicht mit einem verabschiedeten Papier beendet ist, das muss in der Öffentlichkeit noch mehr transportiert und befördert werden. Und da kämpft man ein paar Jahre dran. Aber ich hoffe, dass das trotzdem erfolgreich ist.

Ich bin froh, dass es das Programm gibt und hoffe, dass wir damit etwas bewirken können. Wir greifen nach jedem Strohalm wie alle anderen, wenn man einen schwierigen Stadtteil hat. Heidelberg gilt ja nun nicht als der soziale Brennpunkt, aber wir haben auch unsere Probleme. Ich denke, dass man damit was anfangen kann und

finde es nur schade, dass das Programm bei uns weitgehend auf Bau reduziert ist. Aber wir werden das versuchen zu machen, was wir für richtig halten.

*Hans Fürst*

Sie hatten mich bei der Vorbesprechung gebeten, etwas zu den Hauptproblemen zu sagen, die wir in diesem Programm sehen. Hauptprobleme gibt es mit Sicherheit genug. Aber man sollte diese differenzieren, vielleicht aufgrund der Erfahrung, die wir jetzt haben. Zwei, drei Jahre arbeiten wir in Hessen schon an diesem Thema. In verschiedenen Phasen der Projektbearbeitung gibt es auch verschiedene – bleiben wir mal bei dem Begriff – Hauptprobleme. Das politische Problem, dass dieses Programm nur aus einer Blickrichtung, nämlich dem Städtebau, Mittel bereitstellt, ist schon besprochen. Aber in der zweiten Phase, in der das Projekt vor Ort anläuft, dazu würde ich gerne ein paar Kommentare abgeben, zumal das hier ja auch eine Starterkonferenz ist und gerade zum Start solcher Programme wir eine Reihe sehr kraftraubender Diskussionen in verschiedenen Standorten hatten. Es ist hier immer aus der Sicht von Kommunen diskutiert worden. Aber die Aktivitäten finden vor Ort statt. Das ist hier zu Recht gesagt worden, der Stadtteil wird ja vor Ort entwickelt und nicht nur in Zusammenarbeit kommunaler Ämter. Da muss man sich genau angucken, wer vor Ort eigentlich die Akteure sind, wer denn da zusammengespannt werden soll. Ich finde es – ganz vorsichtig formuliert – eine relativ liebenswürdige Vorstellung, weil alleine durch den Umstand, dass es einen gemeinsamen Topf gibt, jetzt plötzlich eine ganze Reihe von im Stadtteil tätigen Leuten zusammenarbeiten. Das ist nicht die Erfahrung, die wir in der Praxis gemacht haben. Aber, damit ich nicht falsch verstanden werde, die Überschrift zu dem, was ich sage, lautet: Das ist ein richtiger Weg, und das wird auch gelingen. Aber man darf nicht außer Acht lassen, wo es Schwierigkeiten gibt. Dazu muss man die unterschiedlichen Interessen im Stadtteil sehen.

Es gibt da z.B. die Wohnungswirtschaft. Für sie ist der Stadtteil durchaus auch ein Produkt. Da muss ich Ihnen widersprechen, Herr Hinte, denn die Wohnungswirtschaft lebt davon, dass Leute etwas dafür bezahlen, in diesem Stadtteil zu leben. Und wenn sie dieses nicht mehr tun, dann stellen wir uns vor, dass unser Produkt Wohnen nicht mehr marktgerecht ist. Und deshalb gibt es durchaus ein wirtschaftliches Interesse, das im Übrigen ein sehr tragfähiges Motiv ist, auch etwas zu tun. Also nicht nur Liebe zum Menschen, sondern ein wirtschaftliches Interesse der Wohnungswirtschaft, sich solchen Fragen auch zu stellen. Der nächste Schritt innerhalb dieses Programms wäre dann, mit beispielsweise diesen Interessen des Akteurs Wohnungswirtschaft, Stadtteilentwicklung voranzubringen. Inhaltlich besteht durchaus Einigkeit, wo die Richtung hingehen soll: Wie kann ich die Interessen z.B. dieses Partners nutzen? Welches Interesse hat soziale Arbeit?

Wir haben sehr viel Kraft damit verbraucht, zwischen den Akteuren vor Ort miteinander darüber zu reden. Das sind unterschiedliche Leute mit sehr unterschiedlichen Professionen, unterschiedlichen Vorstellungen von Professionalität und mit unterschiedlichen Zeithorizonten, in denen gearbeitet wird. Stadtplanung mit dem Bebauungsplan hat ihren eigenen Zeithorizont; Sozialarbeit arbeitet mit ganz anderen Zeithorizonten; die Wohnungswirtschaft arbeitet wieder mit anderen Zeithorizonten,

Politik denkt an die nächste Kommunalwahl. Das sind verschiedene Ebenen, und nicht automatisch alle sprechen von vornherein eine vergleichbare Sprache.

Weiter gibt es unterschiedliche Erfahrungen der Akteure. Sozialarbeiter, mit denen wir die ersten Kontakte hatten, haben mich sehr irritiert. Die haben mir gesagt, das Problem ist eine halbe Stelle groß. Ich hab noch nie ein Problem gesehen, das eine halbe Stelle groß ist. Ich hatte auch noch nie das Privileg, so arbeiten zu dürfen, dass mir jemand sagt, du kriegst eine halbe Stelle, mach damit, was Du für richtig hältst; sondern es gibt ein sehr klares Abhängigkeitsverhältnis in dem, was man tut. Und jetzt ist plötzlich Geld da, das soll zweckgebunden eingesetzt werden. Das widerspricht der Art und Weise, wie bestimmte Leute bisher gearbeitet haben. Wir müssen da auch dazu lernen. Ich rede jetzt nicht aus der Position des Besserwissens, aber man muss auf der Ebene unglaublich viel machen und unglaublich viel auch wechselseitig voneinander verstehen (lernen).

Die Sozialarbeit bewegt sich in der Logik des Bundessozialhilfegesetzes, dann gibt es einen KJHG, dann kommen wir als Wohnungswirtschaftler mit unserer Zweiten Berechnungsverordnung unterm Arm und sagen, die Miete muss so und so hoch sein. Das sind geradezu unterschiedliche Milieus, die da zusammengespannt werden und das Verständnis für die jeweilige Art des anderen, zu arbeiten, das ist für mich ein ganz wichtiger Punkt, der zum Start solcher Projekte den jeweiligen Akteuren klar sein muss. Für mich beginnt jede Maßnahme „Soziale Stadt“ mit Verständigung darüber, wie arbeiten die, die zusammenarbeiten sollen, vor Ort zusammen, wie verständigen wir uns auf eine gemeinsame Basis, wie gewinnen wir Verständnis für die jeweiligen Interessen und für die jeweilige Art des Arbeitens des anderen, um dann zu Synergien kommen zu können. Meine dringende Bitte oder auch ein Wunsch für die Zukunft ist, dass das Difu auf diesen Punkt etwas genauer guckt. Wir haben uns wechselseitig schon eine Menge Kraft gekostet, weil wir von so unterschiedlichen Ecken nur über einen gemeinsamen Fördertopf zusammengespannt worden sind und sehr lange gebraucht haben, bis wir jeweils wechselseitig verstanden haben, warum der andere so arbeitet und Dinge nicht so sieht, wie wir sie sehen oder umgekehrt. Das ist in der Startphase für mich eines der Hauptprobleme.

Ein zweites Problem ist für mich die Aktivierung der Bewohnerschaft. Da gibt es auch sehr unterschiedliche Vorstellungen darüber, wie aktiviert werden kann. Das lässt sich nur am konkreten Beispiel deutlich machen. Wir haben z.B. Mieterinitiativen vor Ort, die meinen, sie seien der Sprecher für die Interessen aller Mieter. Dann kommen wir in den Stadtteil mit „Soziale Stadt“ und meinen aber, wir wählen einen basisdemokratischen Beirat. Bei uns entsteht Ärger, weil die, die sich seit Jahren engagiert haben, jetzt plötzlich neben sich eine Konkurrenz aufkommen sehen. Was ist die Legitimation von Bevölkerung vor Ort? Da haben wir noch keinen ausreichenden Zugang, wir wissen auch noch nicht so genau, wie wir in den großen Siedlungen mit 3 000, 4 000, 5 000 oder zum Teil 16 000 Bewohnern, die Bevölkerung wirklich aktivieren können. Es gibt Erfahrungen in sozialen Brennpunkten. Da gab es eine relativ homogene Bewohnerschaft, die sich ausgegrenzt gefühlt hat, und da hab ich von Sozialarbeit gelernt: Außendruck erhöht Innensolidarität. Jetzt haben wir sehr große Gebilde. Die Leute untereinander – sehr unterschiedliche Bevölkerungsgruppen – mögen sich noch nicht einmal. Es bleibt ein großer Rest an Anonymität, an den wir noch nicht rankommen. Ich sehe noch nicht, wie wir an den Anspruch, wirklich Volkes

Wille als Stadtteil-Entwicklungswille zu identifizieren, tatsächlich in dieser zweiten Phase rankommen. Ein Teilprojekt in dieser zweiten Phase ist die Wiederentdeckung des Klingelknopfes. Man muss zu den Leuten gehen, mit ihnen reden. Es genügt nicht, ein Plakat aufzuhängen: „Kommen Sie heute Abend vorbei und reden Sie über den Stadtteil.“ Das ist bestimmt noch kein Konzept, um Bevölkerung zu erreichen. Da würde ich mir wünschen als jemand, der vor Ort arbeitet, dass uns da auch Wissenschaft und Difu zur Seite stehen, wie man wirklich an diese heterogenen, konfliktbelasteten Bewohnerschaften herankommt, mit Leuten, die zum Teil so große Probleme haben, dass die gar keine Lust haben, sich auch noch Gedanken über die Probleme ihres Stadtteils zu machen.

*Prof. Peter Zlonicky*

Ich möchte gern den Gedanken von Frau Weber aufnehmen, den Zusammenhang von Stadtteil und Gesamtstadt zu sehen. Und ich möchte als eine Prämisse den Satz von Herrn Bürgermeister Reinhardt aufnehmen, der mich heute unter den vielen sehr farbigen und guten Darstellungen besonders beeindruckt hat. Er sagte: „Gemeinsam sind wir Stadt“. Eine andere Prämisse habe ich unten beim Kaffeetrinken gesehen: Da steht groß an der Wand ein Text von Benjamin Franklin, und der sagt, es komme nicht nur auf die Freiheit der Menschen an, sondern auf die Rechte der Bürger. Wenn wir die Rechte der Bürger gesichert haben, dann kann jeder seinen Fuß in jede Stadt setzen und sagen, das ist auch meine Stadt. Er hat es nicht genauso gesagt, wie ich es interpretiere, aber auch diese Prämisse ist eine Anregung für einige Punkte, die ich zu Ihrer Frage, Herr Krautzberger, erläutern möchte. Was ist mir bei dem Programm „Soziale Stadt“ wichtig?

Erstens ist es wichtig, sich mit diesem Programm nicht nur auf den einzelnen Stadtteil und das einzelne Modellgebiet zu konzentrieren, sondern den Zusammenhang mit der gesamten Stadt zu sehen. Gott sei Dank heißt das Programm „Soziale Stadt“ und nicht „Sozialer Stadtteil“.

Es geht zweitens darum, den sozialen Frieden in der Stadt zu erhalten und nicht durch Wegschauen oder Tabuisieren oder falsche Zuständigkeiten Ausgrenzungen entstehen zu lassen. Frieden kann man erst sichern, wenn man seinen Beitrag zur sozialen Stadt ernst nimmt.

Als dritten Punkt nenne ich die notwendige und bisher in den einzelnen Darstellungen zu kurz gekommene Kooperation mit der Wirtschaft. Warum? Städte sind gegründet worden als Markt. Und die Wirtschaft ist bis heute in der Regel die tragende Ebene für Stadtentwicklung und auch für sozialen Frieden. Aber wir haben auch gelernt, dass Wirtschaft zu einem immer stärkeren Teil auch zur Zerstörung unserer Städte beiträgt und dass sie es mit zu verantworten hat, dass Armut, Ausgrenzung, Arbeitslosigkeit einen immer größeren Raum einnehmen und zu einer Belastung der Stadtteile führen, die unerträglich ist im Verhältnis zu dem, was die Gewinne auf der anderen Seite sind. Folglich muss man diejenigen, die betriebswirtschaftlich investieren, auch in die Pflicht nehmen können. Das ist im Ausland ganz selbstverständlich. Social return ist eines der wichtigen Programme, die es in Großbritannien gibt. In Frankreich wird der Versuch

gemacht, Investoren mit einem *contrat social* zu binden. In den USA wird mit Fair Share ein Ausgleich für benachteiligte Stadtteile vereinbart.

Wenn ich auf der anderen Seite sehe, dass die Großinvestitionen, die zwischen Oberhausen und Dortmund im Ruhrgebiet laufen, nicht nur stadtzerstörerische Wirkungen haben, sondern dass das UFO in Dortmund mit knapp 300 Mio. DM vom Land Nordrhein-Westfalen gefördert wird, dann frage ich mich, wo da die Verhältnismäßigkeit bleibt. Wenn Ihr Programm mit 100 Mio. DM für die ganze Republik auskommen soll und ein einzelnes Projekt mit nachteiligen Wirkungen auf die gesamte Stadt vom Land Nordrhein-Westfalen mit 300 Mio. DM gefördert wird, dann stimmt da irgendetwas nicht. Wie kann man die Spielräume für eine vernünftige Kooperation erweitern?

Ich möchte als vierten Punkt die Frage nach den Potentialen der lokalen Ökonomie ausweiten. Lokale Ökonomie ist ein Angebot, von dem heute viele Stadtteile im Ruhrgebiet leben. Duisburger Stadtteile zum Beispiel können überleben, weil sich ausländische Geschäftsleute als Investoren engagieren. Inzwischen sagen sie, es wäre ihnen eigentlich ganz recht, wenn ein paar Deutsche mehr im Stadtteil wohnen würden: Dann würden wir uns nicht so mit unseren Geschäften auf die Füße treten und wir hätten ein paar Kunden mehr. Sie übernehmen die Erneuerung der Häuser, zum Teil auch die Erneuerung des öffentlichen Raums; sie tragen dazu bei, dass es Arbeit, dass es Perspektiven für Jugendliche, dass es im Stadtteil einen stärkeren Zusammenhalt gibt als in anderen Städten, die solche Initiativen nicht für sich mobilisieren konnten.

Damit komme ich zu meinem fünften und letzten Punkt: Wir müssen anerkennen, dass diese Stadtteile nicht nur benachteiligt sind, sondern dass sie Leistungen für die Gesamtstadt erbringen, weil sie soziale Integrationsmaschinen sein können. Es gibt keine anderen Stadtteile, die so viel an schwierigen Lösungen zu bewältigen haben, aus dieser Bewältigung auch ihre Kraft entwickeln und damit beispielhaft leisten, was andere Stadtteile gar nicht nötig haben – so wie es Frau Weber mit den „guten Stadtteilen“ in Heidelberg beschrieben hat. Diese Integrationsleistung anzuerkennen und sie als ein Modell für die soziale Stadt zu sehen, das wird denen, die vor Ort arbeiten, ein ganz anderes Selbstwertgefühl geben können.

Zum Schluss: Gestern bin ich mit einem unwohligen Gefühl hier herausgegangen angesichts einerseits programmatischer Reden, mit denen die Eckpfeiler der Politik beschrieben wurden, und andererseits der Lebendigkeit, mit der die ersten Stadtteile vorgestellt wurden. Und heute Nacht im Hotel hatte ich einen kurzen Traum: Ich ging durch Gelsenkirchen-Bismarck und sah Herrn Wagner und Herrn Klimmt vor Ort. Und ich sah auf der anderen Seite alle, die hier ihre Arbeit vor Ort vorgestellt haben hier am Tisch, und sie haben die Eckpunkte der Politik bestimmt. Was kam denn dabei heraus? Nun, ich bin dann sehr schnell aufgewacht.

*Prof. Dr. Michael Krautzberger*

Sie haben auf Entwicklungen und den Umgang mit den Problemen in Stadtquartieren, in anderen westeuropäischen Ländern hingewiesen, wo es Vorlauf gibt, wo wir vom Bund nach der Koalitionsvereinbarung von 1998 und dem Programm 1999 auf dem Wege sind, das ist Frankreich, das sind die Niederlande, das ist auch Großbritannien. Und es

ist last but not least mehrmals die Strukturpolitik der Europäischen Union erwähnt worden. Die Vorstellung, dass das Programm „Soziale Stadt“ ein Sonderprogramm ist, das ein, zwei Jahre läuft, ist nicht die Vorstellung des Bundesbauministeriums, der Länder und der Bundesregierung. Vielmehr ist das der Beginn einer neuen Programmatik des Umgangs auch der Gemeinden mit Stadtentwicklung. Was sich daran ändern wird, wird vermutlich einiges an der inhaltlichen Ausgestaltung sein. Da hoffe ich auch sehr auf Lernfähigkeit. Ich kann mir nur schwer vorstellen, dass das, was die Vorstellung der Politik betrifft – von der Fachwelt ganz abgesehen – sozusagen auf einen Mittelhorizont beschränkt ist.

Ich möchte zum Schluss dieser ersten Runde doch gern Sie, Herr Strieder, nach einem zweiten Aspekt fragen. Berlin als die größte Stadt Deutschlands, Berlin mit einer für einen Außenstehenden nicht ganz einfachen Verwaltungsstruktur mit den Bezirken: Wie ist aus Ihre Sicht diese Aufgabe der Koordinierung der verschiedenen Mitspieler zu sehen, was sind Ihre Erfahrungen dabei?

*Senator Peter Strieder*

Ich würde gerne zwei Vorbemerkungen machen, weil Herr Zlonicky gerade bekannt hat, dass er im Gegensatz zu Herrn Klimmt in der Großsiedlung des sozialen Wohnungsbaus wohnt und sich deswegen mit den Fragen der benachteiligten Stadtteile beschäftigt. Ich wohne in Kreuzberg. Meine Kinder besuchen in Kreuzberg eine Gesamtschule und sind entsprechend der ethnischen Situation in Kreuzberg befreundet. Eines der 15 Quartiersmanagementgebiete in Berlin ist ein Teil von Kreuzberg. Man kann an diesem Beispiel von Kreuzberg sagen, dass es in der Tat Stadtteile gibt, die eine riesige Integrationsleistung für die ganze Stadt bringen und daraus auch Kraft schöpfen. Aber es gibt auch andere Gebiete in Berlin, die aus dieser Integrationsleistung überhaupt gar keine Kraft mehr schöpfen, sondern die einfach nur noch bedient sind. Insofern würde ich bitten, dass wir diese Heroisierung ein wenig reduzieren, und uns mit der Frage auseinandersetzen, welche Lebenschancen Menschen in diesen Stadtteilen haben, und insbesondere, welche Lebenschancen wir Kindern in diesen Stadtteilen bieten. Ist es nicht so, dass man bei der Bewerbung um einen Ausbildungsplatz schon nach der Adresse des Absenders aussortiert. Dann nützt es denen nämlich nichts, wenn man ihnen auf einem Podium erzählt, sie würden ansonsten aber viel Kraft aus dieser Integrationsleistung ziehen.

Und der zweite Punkt, Herr Professor Hinte: Ich glaube, dass auch die Gemeinwesenarbeiter und ihre Lehrer darüber nachdenken müssen, dass sich ihr Berufsbild kräftig verändert. Der Unterschied zum Kunden ist der Untertan. Der Untertan ist derjenige, der ein Sprachrohr hat, und als solches fühlten sich die Gemeinwesenarbeiter lange Zeit und haben in dieser Zeit auch wichtige Arbeit geleistet. Ich glaube aber, dass sich diese Zeiten verändert haben und dass auch die Gemeinwesenarbeiter die Bürgerinnen und Bürger als Kunden betrachten müssen, nicht mehr als die, denen sie sagen, was Sache ist, sondern als die, denen sie helfen, selbst zu sagen, was Sache ist. Ich gebe Ihnen völlig Recht, dass wir nicht hinkommen können und sagen: „Meine Lieben, wir klingeln jetzt bei Ihnen. Eigentlich findest Du doch auch, dass es bei Dir hier in der Gegend grauenhaft aussieht. Nun fang doch mal an, Dir darüber Gedanken zu machen. Und ich würde das gerne aufschreiben, was Du denkst.“

So läuft das Quartiersmanagement nicht. Es läuft natürlich so, dass sie ein genaues Gespür dafür haben, was in ihrem Gebiet fehlt und was nicht fehlt. Die interessante Erfahrung für die Politik ist, dass es in Nordrhein-Westfalen beispielsweise – und wir überlegen, ob wir das in Berlin nicht auch machen können – hervorragende Beispiele dafür gibt, dass mit einer Pauschale von 1 Mio. DM pro Quartiersmanagementgebiet Unglaubliches umgesetzt wurde und sich die Wohnzufriedenheit dort sehr stark erhöht hat. Es sind wahrscheinlich ganz andere Projekte als die, auf die Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitiker samt Verwaltung gekommen wären. Das sind dann nicht mehr die Gemeinwesenarbeiter, wie in den achtziger Jahren, die gesagt haben, Infrastruktur, das und das und das fehlt, sondern es sind die Bewohnerinnen und Bewohner, die sich die eigenen Gedanken machen. Das zu koordinieren, ist in der Tat ein größeres Problem.

Wir brauchen das Quartiersmanagement, weil die großen Verwaltungsstrukturen, die wir trotz dezentraler Ressourcenverantwortung haben, und auch das Arbeiten innerhalb des öffentlichen Dienstes nicht geeignet sind, an der Haustür nachzufragen, was sich die Leute ohnehin schon denken. Dafür brauchen wir Quartiersmanagerinnen und Quartiersmanager. Wir müssen auf der anderen Seite versuchen, Ressortegoismen in Bezirksverwaltungen und bei uns auf der Senatsebene abzubauen. Dazu haben wir Koordinierungsgremien. Quartiersmanagement beruht auf einem Vertrag, den der Bezirk und der Senat mit dem Quartiersmanager gemeinsam abschließen. Der Bezirk ist verpflichtet, eine koordinierende Stelle einzurichten. Dieser gegenüber artikuliert der Quartiersmanager das, was die Bewohnerinnen und Bewohner in diesem Quartier wollen und was dort erarbeitet worden ist. Er muss auch moderieren, weil die Frage, ob denn nachmittags ein Schulhof als normaler Spielplatz geöffnet werden kann, strittig ist zwischen der Abteilung Jugend und der Abteilung Schule. Dazu kommt noch der Finanzstadtrat und fragt, ob es dafür eine Versicherung gäbe. Deswegen braucht es jemanden, der diesen Prozess moderiert. Außerdem gibt es eine koordinierende Runde zwischen den Bezirken und der Senatsebene, wo laufend berichtet wird. Wir versuchen weiter als Experiment auf der Senatsebene, Ressortegoismen zu überwinden. Das ist in Berlin traditionell ausgesprochen schwierig. Aber wir haben jetzt eine Staatssekretärsrunde eingerichtet, an der die Ressorts „Stadtentwicklung“, „Schule, Jugend, Familie, Sport“ und „Soziales, Gesundheit, Arbeit, Frauen“ beteiligt sind.

Wir haben ein Sonderprogramm mit 100 Mio. DM zur Sanierung heruntergekommener Sanitäreinrichtungen, Dächer usw. von Schulen. Als erstes muss nun die Prioritätenliste festgestellt werden, weil wir natürlich viel mehr ausgeben könnten als 100 Mio. DM. Dazu diskutieren wir zwischen „Schule“ und unserem neugegründeten Referat „Soziale Stadt“. Was sind denn die Prioritäten? Die Schule orientiert sich an Größenordnungen von Schuleinzugsbereichen. Wir sagen dagegen: In den schwierigsten Gebieten soll es die besten Schulen geben, damit es weniger Anreiz gibt, dort wegzuziehen. Auch die Arbeitsverwaltung ist einbezogen, die Vergabe-ABM hinzufügt. Wir versuchen, die Vergabe-ABM so zu strukturieren, dass sie der lokalen Ökonomie und auch der Jugendarbeit, der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit in diesem Stadtteil zugute kommt. Die Schule betont allerdings, dass das Programm zu lange dauere, wenn die Vergabe-ABM hinzukommt. Da sind wir eher skeptisch und binden die Mittel an die Vergabe-ABM. An Schulen und Sportstätten läuft auf diese Art und Weise jetzt ein Sanierungsprogramm.

Als nächstes geht es um ein Programm zur Profilbildung von Schulen. Wenn Berlin ein neues Sportgymnasium einrichtet, dann gibt es Vorstellungen für einen Standort im Bezirk Charlottenburg (Olympiagelände). Vielleicht wäre es aber richtiger, das im Bezirk Neukölln oder in Friedrichshain zu machen, Sport als soziale Integration zu betrachten und, dieses Sportgymnasium eher in einem schwierigen Bezirk als in einem typisch bürgerlichen Bezirk einzurichten. Auch dieser Prozess muss moderiert werden. Sich für soziale Stadt zu engagieren bedeutet, städtische Gesellschaftspolitik zu betreiben. Das hat nur noch am Rande mit Stadtplanung und Architektur zu tun, das hat aber auch zu tun mit der Gestaltung des öffentlichen Raumes. Soziale Stadtentwicklung bezieht sich nicht nur auf 15 Quartiersmanagementgebiete, sondern soziale Stadtentwicklung muss die ganze Stadt umfassen, weil wir wollen, dass sich die städtische Gesellschaft im sozialen Kontext weiterentwickelt. Auf die 15 Quartiere müssen wir uns konzentrieren, aber der integrative Ansatz für städtische Gesellschaftspolitik ist für die gesamte Stadt zu formulieren.

*Prof. Dr. Michael Krautzberger*

Das war jetzt fast schon das Schlusswort. Mit Blick auf die Zeit möchte ich nun Folgendes vorschlagen: Kurz dazu etwas zu sagen, wie Ihre weiteren Vorstellungen aussehen. Wenn wir hier in fünf Jahren wieder zusammensitzen sollten, Ihre Erwartungen und Ihre Hoffnungen, Ihre Visionen an das Programm in ganz kurzen Statements.

*Dieter Cordes*

Der erste Wunsch ist verständlich und erklärt sich aus dem letzten Satz meines Eingangsstatements. Wir wünschen uns natürlich, dass das Programm in den Folgejahren besser ausgestattet wird. Aber darüber hinaus gibt es weitere Wünsche. Und nachdem das Wichtigste an diesem Programm die verabredete Bündelung ist, dass hier die verschiedenen Politikfelder zusammen agieren, wünschen wir uns in den Wohnungsunternehmen, dass diejenigen, die diese Mittel verwalten, auch die Kraft aufbringen, sich im Sinne des Programms für diese Bündelung einzusetzen und gegebenenfalls auch mal eine Zuständigkeit aufzugeben. Es ist aus unserer Sicht nicht so, dass wir am Anfang dieses Prozesses stehen. Ich meine vielmehr, dass im Rahmen der Städtebauförderung und auch der EU-Programme das bereits erfolgreich probiert wurde. Es gibt funktionierende Organisationsformen für das Quartiersmanagement, und darauf kann man aufbauen.

*Prof. Dr. Peter Zlonicky*

Nun bin ich Hochschullehrer, und deswegen will ich mich auf die Frage konzentrieren, was in fünf Jahren die Hochschulen dazu beigetragen haben, dass wir eher von einer sozialen Stadt reden, als wir das heute tun können. Erstens: Wir haben Ausbildungs- und Studiengänge entwickelt, die durch interdisziplinäre Zusammenarbeit, durch das Zusammendenken bisher getrennter Ansätze einen Beitrag dazu liefern, dass Menschen ausgebildet werden, die gut mit Städten, mit Stadtteilen, mit Menschen umgehen

können. „Community building“ ist einer der Schwerpunkte, den wir in Dortmund setzen. Ich denke, dass die Vernetzung von sehr vielen unterschiedlichen Ansätzen im Jahr 2005 realisiert sein wird.

Zweitens: Die Universitäten werden nicht mehr nur die Aufgabe haben, Leute auszubilden, sondern sie werden sich zu Stadtteilzentren entwickeln. Wo dies an ihrem Standort nicht möglich ist, werden sie sich dezentral organisiert haben, um auch beratend und in Projekten in den Stadtteilen arbeiten zu können. Das machen uns beispielsweise Amerikaner und Franzosen vor. Damit sind die Universitätsgebäude nicht nur eine begrenzte Zeit und schon gar nicht nur während des Semesters geöffnet, sondern sie sind als offene Häuser 24 Stunden am Tag, an 365 Tagen im Jahr offen. Sie können dann auch von denen genutzt werden, die Anspruch auf Raum und professionelle Beratung haben, weil sie schließlich auch mit bezahlt haben. Wünschenswertes Ziel – noch mal in fünf Jahren gedacht – wäre es, dass es Brücken und Vernetzungen gibt, dass die Universitäten Knoten in diesen städtischen Netzen bilden können und damit auch die Grundlage für einen neuen Stadtvertrag bieten.

*Oberbürgermeisterin Beate Weber*

Erst mal glaube ich, dass wir alle realistisch genug sind, zu wissen, dass wir in fünf Jahren das Ziel nicht erreicht haben werden, dass alle Städte sozial sind. Zweitens hoffe ich aber, dass wir in fünf Jahren so weit sind, dass sich alle ohne Ressortegoismen diesem Ziel verpflichtet fühlen. Das wäre schon ein riesiger Fortschritt in den Verwaltungen, aber auch bei den Bürgern, denn die brauchen wir, um unsere Politik in den Städten durchführen zu können. Wenn wir die Unterstützung der Bürger für solche Maßnahmen nicht haben, dann können wir es auch nicht schaffen. Und ich erhoffe mir noch etwas ganz anderes: Es wäre gut, wenn wir in fünf Jahren mit Leuten aus der Landesebene zusammensäßen. Gut, jetzt haben wir hier Berlin in der Doppelfunktion Landes- und Bundesebene, die erkannt haben, dass man sich um ein Programm „Soziale Gesellschaft“ kümmern sollte, weil man erkannt hat, dass die Städte allein soziale Städte nicht erreichen können, wenn die Gesellschaft nicht sozial ist. Dazu braucht man Wirtschaft, Wissenschaft und Politik.

*Prof. Dr. Wolfgang Hinte*

Drei bescheidene Hoffnungen: Ich hoffe, dass in fünf Jahren der Geist des Programms in den Kommunen zur Regel geworden ist. Prozesse in Stadtteilen brauchen enorm viel Zeit, nicht nur zwei und nicht fünf Jahre. Wir gehen bei Projekten, die wir durchführen, von zehn bis 15 Jahren aus. Der Geist der Kommunalverwaltung muss nachhaltig durchweht werden von dem Geist dieses Projektes. Das ist meine erste Hoffnung.

Meine zweite ist, dass wir gesetzlich gestützte Vorgaben für den Aufbau personengestützter Infrastruktur in diesen Stadtteilen haben. Und mein dritter Wunsch ist: Wir haben eine hochwertige Ausbildung für Quartiersmanagement. Und mein Tipp ist: Dies wird nicht an den Hochschulen geleistet werden; das bringen die meisten deutschen Hochschulen nicht. Das beinhaltet nämlich hohe kommunikative und organisatorische Fertigkeiten, die an bundesdeutschen Hochschulen, mit wenigen

Ausnahmen, nicht ausgebildet werden. Ich habe trotzdem die Hoffnung, dass die dann woanders angeboten werden – vielleicht in Kooperation mit einer Hochschule.

*Senator Peter Strieder*

Ich hoffe in fünf Jahren auf einen solchen wirtschaftlichen Aufschwung, dass eine der ganz wesentlichen Ursachen, nämlich die Arbeitslosigkeit, nicht mehr im gleichen Maße drückt wie heute. Das heißt also, dass auch individuelle Kaufkraft vorhanden ist, die es erlaubt, in diesen Gebieten in gemischten Strukturen zu leben. Ich bin mir sicher, dass die Quartiersmanagementgebiete in fünf Jahren längst nicht über den Berg sind. Aber ich bin mir sicher, dass sie schon wieder eine solche Anziehungskraft und Attraktivität gewonnen haben, dass es selbst die Hochschullehrer, die Quartiersmanager nicht ausbilden können, in diese Gebiete zieht. Das wäre doch auch etwas zur Verbesserung der sozialen Situation.

*Hans Fürst*

Ich wünsche mir, dass wir in fünf Jahren zusammen sind und darüber rätseln, warum wir uns damals so viele Gedanken über das völlig harmlose Problem der interdisziplinären Zusammenarbeit gemacht haben. Und ich wünsche mir – jenseits aller Realität –, dass sich die Lebenssituation der Leute in diesen Siedlungen deutlich verbessert hat, dass sich insbesondere die bedrückende Lebenssituation und die Perspektiven von Kindern und Jugendlichen verbessert haben und dass wir deutlich näher an einer solidarischen Gesellschaft sind als dies heute der Fall ist.

*Prof. Dr. Michael Krautzberger*

Meine Damen und Herren, wir sind am Ende der Veranstaltung angelangt. Ich möchte mich bei Ihnen hier auf dem Podium bedanken, dass Sie noch mal am Schluss diese Impulse gegeben haben. Weiter freue ich mich, dass so viele von Ihnen der Einladung zu dieser Veranstaltung gefolgt sind. Vielen Dank an das Difu und an Sie alle.

## Anhang

- Programm der Starterkonferenz
- Difu-Flyer zur Programmbegleitung
- Photographische Impressionen von der Starterkonferenz





Bundesministerium  
für Verkehr, Bau- und  
Wohnungswesen



Bund-Länder-Programm  
„Stadtteile mit besonderem  
Entwicklungsbedarf – die soziale Stadt“

## STARTERKONFERENZ

1. und 2. März 2000

Mittwoch, 1. März 2000

- ▶ 15.30  
**Begrüßung**  
*Prof. Dr. Michael Krautzberger*, Ministerialdirektor,  
Leiter der Abteilung Bauwesen und Städtebau des  
Bundesministeriums für Verkehr, Bau- und  
Wohnungswesen, Berlin
- ▶ 15.45  
**Das Programm „Soziale Stadt“ als  
wichtiges Element der  
Stadterneuerungspolitik der Länder**  
*Eugen Wagner*,  
Senator und Präses der Baubehörde  
Hamburg, Vorsitzender der ARGEBAU
- ▶ 16.15  
**Beispiel für Bündelung auf der  
Bundesebene: der Beitrag der Jugendhilfe**  
*Dr. Christine Bergmann*,  
Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und  
Jugend, Berlin
- ▶ 16.30  
**Das Programm „Soziale Stadt“ – ein neuer  
Ansatz in der Städtebaupolitik des Bundes**  
*Reinhard Klimmt*,  
Bundesminister für Verkehr, Bau- und Wohnungs-  
wesen, Berlin

17.00 Kaffeepause

▶ 17.30  
**Bündelung der Ressourcen  
Erfahrungen und Aktivitäten aus Ländern  
und Modellgebieten**

Moderation:  
*Dr. Rolf-Peter Löh*r, stellvertretender Institutsleiter,  
Deutsches Institut für Urbanistik

Sachsen-Anhalt und Halle-Silberhöhe  
*Joachim Stappenbeck*, Ministerialrat, (verhindert)  
Ministerium für Wohnungswesen,  
Städtebau und Verkehr des Landes  
Sachsen-Anhalt, Magdeburg

*Dr. Friedrich Busmann*, Beigeordneter,  
Dezernat Planen und Umwelt, Halle/Saale

Hessen und Kassel-Nordstadt  
*Rudolf Raabe*, Ltd. Ministerialrat, (verhindert)  
Ministerium für Wirtschaft, Verkehr und  
Landesentwicklung des Landes Hessen, Wiesbaden

*Ilona Caroli*, Stadträtin,  
Dezernat für Arbeitsförderung, Frauen,  
Gesundheit und Soziales, Kassel

*Dr. Annegret Boos-Krüger*,  
Kommunale Arbeitsförderung gGmbH, Kassel

Hamburg und Altona-Lurup  
*Till Krüger*, Ltd. Baudirektor,  
Stadtentwicklungsbehörde der Freien und  
Hansestadt Hamburg

*Martin Brinkmann*,  
Stadtentwicklungsgesellschaft STEG,  
Hamburg-Altona-Lurup

Nordrhein-Westfalen und  
Gelsenkirchen-Bismarck  
*Karl Jasper*, Ltd. Ministerialrat,  
Ministerium für Arbeit, Soziales und  
Stadtentwicklung, Kultur und Sport des Landes  
Nordrhein-Westfalen, Düsseldorf

*Wolfram Schneider*,  
Stadtplanungsamt, Gelsenkirchen

*Johannes Mehlmann*,  
Stadtplanungsamt, Stadtteilbüro  
Bismarck/Schalke-Nord, Gelsenkirchen

*Stefan Rommelfänger*,  
Stadtplanungsamt, Stadtteilbüro  
Bismarck/Schalke-Nord, Gelsenkirchen

Bremen und Gröpelingen  
*Annegret Lüking*  
Bremische Gesellschaft für Stadterneuerung,  
Stadtentwicklung und Wohnungsbau m.b.H.

*Siegfried Staud*,  
Senatsverwaltung für Bau und Umwelt, Bremen

### Nachfragen und Diskussion

19.30 Ende des ersten Konferenztages

Donnerstag, 2. März 2000

▶ 9.00

**Management und Organisation –  
Erfahrungen und Aktivitäten aus Modell-  
gebieten**

Moderation: *Robert Sander*  
Deutsches Institut für Urbanistik

Leipzig-Ostraum

*Karsten Gerkens*,  
Leiter des Amtes für Stadtsanierung und  
Wohnungsbauförderung, Leipzig

Hannover-Vahrenheide-Ost

*Veit Brauch*,  
Abteilungsleiter Stadterneuerung, Stadtplanungsamt  
Hannover

Neunkirchen Östliche Innenstadt

*Manfred Hörth*,  
Beigeordneter der Kreisstadt Neunkirchen

Flensburg-Neustadt

*Frank Rolfes*,  
Stadt Flensburg, FB Umwelt und  
Planen/Städtebauförderung

*Helene Luig-Arlt*,  
Stadtteilmanagement Flensburg-Neustadt

Ludwigshafen-Westend

*Andrea Fleck*,  
Stabsstelle Dezernatsübergreifende Planungsaufgaben

**Nachfragen und Diskussion**

11.00 Kaffeepause

▶ 11.30

**Aufgaben des Difu als „Task Force“ –  
Anmerkungen zu den Aktivitäten in den  
Modellgebieten**

*Dr. Heidede Becker*,  
Deutsches Institut für Urbanistik, Berlin

12.00 Mittagsimbiss

▶ 13.30

**Aktivierung der Quartiersbevölkerung  
Erfahrungen und Aktivitäten aus  
Modellgebieten**

Moderation: *Karin Schmalriede*,  
Lawaetz-Stiftung, Hamburg

Nürnberg-Südstadt

*Hans-Joachim Schlößl*,  
Amt für Wohnen und Stadterneuerung, Nürnberg

Berlin-Kottbusser Tor

*Monica Schümer-Strucksberg*  
Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Berlin

*Sylvia Kahle*  
Quartiersmanagement Kottbusser Tor

Leinefelde-Südstadt

*Gerd Reinhardt*, Bürgermeister  
Leinefelde

Cottbus-Sachsendorf-Madlow

*Stephan Westermann*,  
StadtBüro Hunger, Gebietsbeauftragter, Cottbus

Singen-Langenrain

*Thiolo Brügel*,  
Stadt Singen, FB Bauen

*Torsten Kalb*,  
Stadt Singen, FB Soziales und Recht

Schwerin-Neu-Zippendorf

*Reinhard Huß*,  
Leiter des Stadtplanungsamtes, Schwerin

**Nachfragen und Diskussion**

15.30 Kaffeepause

▶ 16.00

**Podiumsgespräch  
Erfordernisse und Chancen des neuen  
Programms – eine Betrachtung aus  
verschiedenen Blickrichtungen**

Moderation: *Prof. Dr. Michael Krautzberger*

*Dieter Cordes*,  
Vorsitzender des Fachausschusses Stadterneuerung  
und Stadtentwicklung des GdW Bundesverband  
deutscher Wohnungsunternehmen e.V., Köln/Bremen

*Hans Fürst*,  
Nassauische Heimstätte Gesellschaft für innovative  
Projekte im Wohnungsbau mbH, Dreieich-  
Sprendlingen

*Prof. Dr. Wolfgang Hinte*,  
Institut für stadtteilbezogene soziale Arbeit und  
Beratung, Universität Essen

*Peter Strieder*,  
Senator für Stadtentwicklung, Berlin

*Beate Weber*,  
Oberbürgermeisterin der Stadt Heidelberg

*Prof. Peter Zlonicky*,  
Fachgebiet Städtebau und Bauleitplanung, Universität  
Dortmund

17.30 Ende der Konferenz

## Deutsches Institut für Urbanistik (Difu), Berlin

Das 1973 auf Initiative der deutschen Städte gegründete Institut unterstützt Kommunalverwaltungen und -politik durch seine Forschungsarbeit bei der Lösung ihrer Aufgaben. Darüber hinaus zeigt das Difu längerfristige Perspektiven und Handlungsmöglichkeiten für die städtische Entwicklung auf.

Als Gemeinschaftseinrichtung von rund 140 Zuwendern, Verbänden und Planungsgemeinschaften orientiert das unabhängige Institut seine Arbeit damit gezielt am Bedarf der Städte. Mit seinen Forschungsberichten, Studien, Fortbildungsveranstaltungen sowie Informations- und Dokumentationsdiensten fördert es die anwendungsorientierte Vermittlung wissenschaftlicher Erkenntnisse, den Erfahrungsaustausch zwischen Kommunen und die Umsetzung von Planungszielen in kommunales Verwaltungshandeln.

Rechtsträger des Difu ist der Verein für Kommunalwissenschaften e.V. (VfK). Dieser bietet darüber hinaus Fachtagungen und Workshops zu aktuellen Fragestellungen der Jugendhilfe, vornehmlich an der Schnittstelle zu anderen Bereichen, an.

Deutsches Institut für Urbanistik (Difu)  
Ernst-Reuter-Haus  
Straße des 17. Juni 112  
10623 Berlin

Telefon: 030/39 001-0 (Zentrale)  
Telefax: 030/39 001-269/-128  
E-Mail: [difu@difu.de](mailto:difu@difu.de)  
Internet: [www.difu.de](http://www.difu.de)

## Kontakt

Internet: [www.sozialestadt.de](http://www.sozialestadt.de)  
E-Mail: [sozialestadt@difu.de](mailto:sozialestadt@difu.de)

### Direktkontakt zur Projektgruppe:

E-Mail-Kontakt: [vorname.nachname@difu.de](mailto:vorname.nachname@difu.de)  
Telefon-Kontakt: 030/39001 + Durchwahl

<i>Dr.-Ing. Heidede Becker</i> Projektleitung	-298
<i>Dipl.-Ing. Christa Böhme</i>	-291
<i>Dipl.-Geogr. Cathy Cramer</i>	-106
<i>Dipl.-Geogr. Thomas Franke</i>	-107
<i>Angelika Friederici, M.A.</i>	-105
<i>Dr. Jur. Rolf-Peter Löhr</i>	-220
<i>Dipl.-Ing. Ulrike Meyer</i>	-270
<i>Dipl.-Soz. Robert Sander</i>	-267
<i>Dipl.-Volksw. Ulla-Kristina Schuleri-Hartje</i>	-234
<i>Dipl.-Ing. Wolf-Christian Strauss</i>	-296
<b>Sekretariat:</b> <i>Susanna Mayer</i> <i>Renate Schulz</i>	-237 -218
<b>Pressekontakte:</b> <i>Sybille Wenke-Thiem</i>	-209

Stand: 14. März 2000



## Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf – die soziale Stadt

## Programmbegleitung

## Bund-Länder-Programm „Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf – die soziale Stadt“

Die soziale und räumliche Polarisierung in den Städten nimmt zu. Daher haben Bund und Länder die Städtebauförderung um das Programm „Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf – die soziale Stadt“ ergänzt. Ziel ist eine zukunftsfähige Entwicklung in diesen Quartieren.

Dazu sollen:

- Förderungsprogramme ressort- und ämterübergreifend gebündelt,
- nicht-investive Maßnahmen stärker berücksichtigt,
- die Bürgerschaft, Betriebe und Wohnungsunternehmen im Quartier aktiv einbezogen und
- neue Verwaltungs- und Managementstrukturen erprobt werden.

Die vielfältigen Ressourcen können so für eine umfassende und integrierte Stadtentwicklung gebündelt und der Mitteleinsatz zielgenauer, effizienter und flexibler gestaltet werden.

Das Programm wird Erfolg haben, wenn die lokalen und lokal wirksamen Akteure engagiert zusammenarbeiten und wenn Politik und Verwaltung dieses Programm wirklich wollen.

## Erwartete Wirkungen

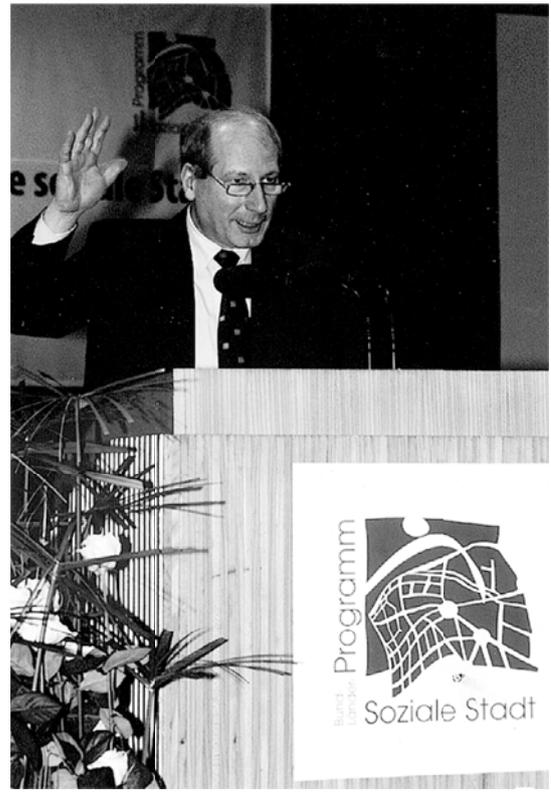
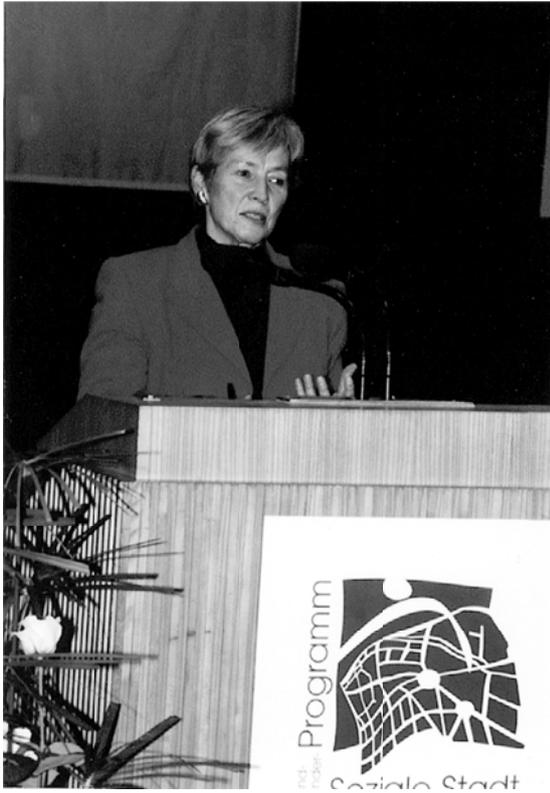
Von einer engagierten und kreativen Umsetzung des Programms werden folgende Wirkungen erwartet:

- *soziale Impulse* (z.B. Aktivierung und Förderung der Potenziale im Quartier, Stärkung von Selbstverantwortung, Verlagerung von Entscheidungsbefugnissen ins Gebiet, Erhöhung der Sicherheit),
- *ökonomische Impulse* (z.B. Beschäftigung und Qualifizierung, Stabilisierung und Gründung lokaler Unternehmen, Tauschbörsen),
- *ökologische Impulse* (z.B. Energieeinsparung, Verkehrsreduzierung, Lärmschutz, Entsiegelung, Begrünung, Renaturierung),
- *kulturelle Impulse* (z.B. Weiterentwicklung der Quartiersidentität, Ausweitung von Angeboten für Bildung und Spracherwerb, Stärkung des nachbarschaftlichen Zusammenlebens im Gebiet, Einrichtung von Treffpunkten und Quartierszentren),
- *baulich-städtebauliche Impulse* (z.B. bewohnerorientierte Modernisierung, Verbesserung der Infrastruktur, Wohnumfeldverbesserung),
- *partizipatorische Impulse* (z.B. Mitwirkung an der Quartiersentwicklung, Agenda-Gruppen, Runde Tische, Selbst-/Nachbarschaftshilfe),
- *politisch-administrative Impulse* (z.B. kooperativer und gebietsorientierter Einsatz verschiedener Fachpolitiken, Bündelung investiver und nicht-investiver Maßnahmen, Einrichtung von Quartiersbudgets).

## Programmbegleitung durch das Deutsche Institut für Urbanistik

Das DiFu übernimmt im Auftrag des Bundesministeriums für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen sowie der Länder für das Programm „Soziale Stadt“ die Funktion einer „Task Force“ als überregionale Vermittlungs-, Informations- und Beratungsagentur. Es ist Ansprechpartner für alle im Rahmen des Programms beteiligten Personen, Initiativen und Institutionen. Wesentliche Elemente der Programmbegleitung sind:

- Aufbau eines bundesweiten, allgemein zugänglichen Informations- und Diskussions-Netzwerks durch:
  - zentrale Veranstaltungen: Starterkonferenz 2000, Impulskongresse 2000 und 2001, Zwischenbilanz 2002,
  - dezentrale Veranstaltungen: Konferenzen zu aktuellen Themen, regionaler Erfahrungsaustausch,
  - Herausgabe von Informationsblättern, Materialsammlungen, Tagungsdokumentationen und Berichten,
  - Einrichtung eines Internet-Forums.
- *Programmbegleitung vor Ort* in den Modellgebieten: Vermittlung von Informationen und Erfahrungen zur Entwicklung der Quartiere, Initiierung und Unterstützung von lokalen Aktionen, begleitende Dokumentation.
- *„Best Practice“-Analysen* zu ausgewählten Themenkomplexen wie z.B. Bündelung der Ressourcen, Aktivierung der Quartiersbevölkerung, Management und Organisation.



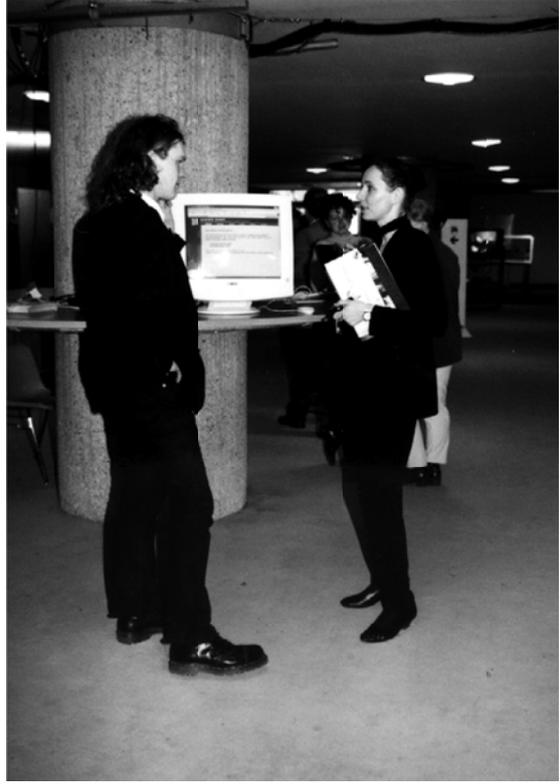














# Arbeitspapiere zum Programm Soziale Stadt

Bisher erschienen:

Band 1

Vorbereitungspapiere – zum Bund-Länder-Programm  
„Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf – die soziale Stadt“

Band 2

Auftaktveranstaltung – zum Bund-Länder-Programm  
„Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf – die soziale Stadt“

Beiträge der Referenten

Band 3

Programmgrundlagen

Herausgeber:

Deutsches Institut für Urbanistik 

Straße des 17. Juni 112 • 10623 Berlin